

# Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

## Plenarprotokoll / Bremische Bürgerschaft, Landtag 11. Wahlperiode: 1983/84

19.06.1984 - Sitzung Nr.14

## 14. Sitzung

am Dienstag, dem 19. Juni 1984

### Inhalt

Eingang gemäß § 21 der Geschäftsordnung . . .	791	<b>6. Statistische Erhebungen im Hochschulbereich</b>	
Kleine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung . . . . .	791	Anfrage des Abgeordneten Mützelburg und Fraktion der GRÜNEN vom 13. Juni 1984 . . . . .	798
Eingaben gemäß § 70 der Geschäftsordnung . . .	791		
<b>Fragestunde</b>		<b>Aktuelle Stunde . . . . .</b>	<b>800</b>
<b>1. Repräsentanz der Republik Bophuthatswanas in Bremen</b>		<b>Maßnahmen zur Verminderung der Steuerrückstände und zur Erhöhung der Steuergerechtigkeit im Land Bremen</b>	
Anfrage des Abgeordneten Wierk und Fraktion der GRÜNEN vom 30. Mai 1984 . . . . .	791	Antrag der Fraktion der GRÜNEN vom 2. Mai 1984 (Drucksache 11/149)	
<b>2. Schiffe für Nicaragua</b>		<b>Steuerrückstände im Land Bremen</b>	
Anfrage des Abgeordneten Wierk und Fraktion der GRÜNEN vom 30. Mai 1984 . . . . .	792	Antrag der Fraktion der SPD vom 8. Mai 1984 (Drucksache 11/151)	
<b>3. Verbesserung der Arbeits- und Ausbildungsbedingungen für Lehrmeister</b>		Abg. Mützelburg (GRÜNE) . . . . .	800
Anfrage der Abgeordneten Ravens, Neumann und Fraktion der CDU vom 12. Juni 1984 . . . . .	794	Abg. Stäcker (SPD) . . . . .	803
<b>4. Weitergabe von Daten aus eingestellten Ermittlungsverfahren</b>		Abg. Klein (CDU) . . . . .	806
Anfrage des Abgeordneten Mützelburg und Fraktion der GRÜNEN vom 13. Juni 1984 . . . . .	795	Bürgermeister Thape, Senator für Finanzen . .	808
<b>5. Ausgliederung der Staats- und Universitätsbibliothek aus der Universität</b>		Abg. Mützelburg (GRÜNE) . . . . .	809
Anfrage des Abgeordneten Mützelburg und Fraktion der GRÜNEN vom 13. Juni 1984 . . . . .	796	Abg. Stäcker (SPD) . . . . .	810
		Abstimmung . . . . .	811
		<b>Ausbildungsverträge in öffentlichen Eigen- und Beteiligungsgesellschaften</b>	
		Große Anfrage der Fraktion der CDU vom 27. April 1984 (Drucksache 11/146) . . . . .	811

**Ausbildungsplatzdefizit**

Antrag der Fraktion der SPD  
vom 8. Mai 1984  
(Drucksache 11/152) . . . . . 811

**Konkrete Maßnahmen zur Verbesserung der Strukturen der Verwaltung**

Mitteilung des Senats vom 20. März 1984  
(Drucksache 11/121)

**Bericht zur Lage und Entwicklung des öffentlichen Dienstes**

Antrag der Fraktion der GRÜNEN  
vom 14. Juni 1984  
(Drucksache 11/193)

Abg. Klein (CDU) . . . . . 811  
Abg. Mützelburg (GRÜNE) . . . . . 814  
Abg. Griesche (SPD) . . . . . 815  
Senator für Arbeit Grobecker . . . . . 817  
Abg. Klein (CDU) . . . . . 819  
Senator für Arbeit Grobecker . . . . . 821  
Abg. Stäcker (SPD) . . . . . 821  
Abg. Frau Leinemann (SPD) . . . . . 822  
Abstimmung . . . . . 823

**Bericht über bereits eingeleitete und weiterhin beabsichtigte Maßnahmen zur Bekämpfung der illegalen Beschäftigung und der Schwarzarbeit im Land Bremen**

Mitteilung des Senats vom 27. März 1984  
(Drucksache 11/133)

**Verbesserung der Datenlage im Bereich Bekämpfung der illegalen Beschäftigung und der Schwarzarbeit im Land Bremen**

Antrag der Fraktion der CDU  
vom 11. Mai 1984  
(Drucksache 11/158)

**Bekämpfung der illegalen Beschäftigung und Schwarzarbeit**

Antrag der Fraktion der SPD  
vom 4. Juni 1984  
(Drucksache 11/181)

Abg. Urban (CDU) . . . . . 824  
Abg. Beckmeyer (SPD) . . . . . 826  
Senator für Arbeit Grobecker . . . . . 829  
Abg. Urban (CDU) . . . . . 830  
Abstimmung . . . . . 831

**Internationale Nordseeschutzkonferenz**

Antrag der Fraktion der SPD  
vom 8. Mai 1984  
(Drucksache 11/153)

D a z u

**Änderungsantrag der Fraktion der CDU vom 11. Mai 1984**

(Drucksache 11/159)

**Änderungsantrag der Fraktion der GRÜNEN vom 14. Mai 1984**

(Drucksache 11/161)

Abg. Töpfer (SPD) . . . . . 831  
Abg. Oeing (CDU) . . . . . 834  
Bürgermeister Koschnick, Präsident des Senats  
und Senator für kirchliche Angelegenheiten . 837  
Abg. Willers (GRÜNE) . . . . . 837  
Senator für Umweltschutz Frau Lemke . . . . . 838  
Abg. Oeing (CDU) . . . . . 842  
Abg. Willers (GRÜNE) . . . . . 842  
Abstimmung . . . . . 843

**Anerkennung der Türkei im Europarat**

Antrag (EntschlieÙung) der Fraktionen der  
GRÜNEN und der SPD  
vom 19. Juni 1984  
(Drucksache 11/196)

Abg. Willers (GRÜNE) . . . . . 843  
Bürgermeister Koschnick, Präsident des Senats  
und Senator für kirchliche Angelegenheiten . 846  
Abg. Teiser (CDU) . . . . . 847  
Abg. Wedemeier (SPD) . . . . . 848  
Abg. Neumann (CDU) . . . . . 850  
Abg. Willers (GRÜNE) . . . . . 852  
Bürgermeister Koschnick, Präsident des Senats  
und Senator für kirchliche Angelegenheiten . 853  
Abstimmung . . . . . 853

**Drohende Einstellung des Bilgenentölungssam-  
meldienstes auf der Weser**

Antrag der Fraktion der SPD  
vom 9. Mai 1984  
(Drucksache 11/154)

Abg. Töpfer (SPD) . . . . . 853  
Abg. Gassdorf (CDU) . . . . . 854  
Abg. Wierk (GRÜNE) . . . . . 856  
Abstimmung . . . . . 858

**Gesetz zur Änderung des Bremischen Gebühren- und Beitragsgesetzes**

Mitteilung des Senats vom 4. Juni 1984  
(Drucksache 11/185)

1. Lesung . . . . . 859

**Bericht des Petitionsausschusses Nr. 10 vom 8. Mai 1984**

(Drucksache 11/156) . . . . . 859

**Bericht des Petitionsausschusses Nr. 11 vom 21. Mai 1984**

(Drucksache 11/163) . . . . . 859

**Gesetz zur Änderung und Aufhebung vollstreckungsrechtlicher Vorschriften**

Mitteilung des Senats vom 4. Juni 1984  
(Drucksache 11/186)

1. Lesung . . . . . 859

**Bericht des Petitionsausschusses Nr. 12 vom 4. Juni 1984**

(Drucksache 11/180) . . . . . 859

Anhang zum Plenarprotokoll . . . . . 860

Entschuldig t fehlt der Abgeordnete Groß.

**Präsident Dr. Klink**

**Vizepräsident Frau Knorr**

**Schriftführer Pötting**

**Vizepräsident v. d. Schulenburg**

**Schriftführer Sixt**

**Schriftführer Urban**

---

Bürgermeister **Koschnick** (SPD), Präsident des Senats  
und Senator für kirchliche Angelegenheiten

Bürgermeister **Thape** (SPD), Senator für Finanzen

Senator für Gesundheit und Sport **Brückner** (SPD)

Senator für Bildung, Wissenschaft und Kunst **Franke** (SPD)

Senator für Arbeit **Grobecker** (SPD)

Senator für Inneres **Kröning** (SPD)

Senator für Wirtschaft und Außenhandel **Lenz** (SPD)

Senator für Umweltschutz Frau **Lemke** (SPD)

---

Staatsrat **Dr. Weiss** (Senatskanzlei)

Senatsdirektor **Dr. Euler** (Senator für Gesundheit und Sport)

Senatsdirektor **Dr. Heidorn** (Senator für Arbeit)

Senatsdirektor **Dr. Hennemann** (Senator für Wirtschaft und Außenhandel)

Senatsdirektor **Professor Dr. Hoffmann** (Senator für Bildung, Wissenschaft  
und Kunst)

Senatsdirektor **Dr. Lüthge** (Senator für Umweltschutz)

Senatsdirektor **Stahl** (Senator für Finanzen)

Senatsrat **Kraft** (Senatskommission für das Personalwesen)

- (A) Präsident Dr. Klink eröffnet die Sitzung um 10.15 Uhr.

**Präsident Dr. Klink:** Die 14. Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist eröffnet.

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und die Vertreter der Presse recht herzlich.

Folgende Gruppen sind anwesend: drei Klassen des Schulzentrums Dreberstraße, eine Klasse der Lesingschule Bremerhaven und zwei Klassen der St.-Johannis-Schule.

Ich begrüße die Zuhörer in unserem Kreis.

(Beifall)

Gemäß Paragraph 21 der Geschäftsordnung gebe ich Ihnen folgenden Eingang bekannt:

Erhalt der Privatschulen im Lande Bremen, Antrag (Entschließung) der Fraktion der CDU vom 15. Juni 1984, Drucksache 11/194.

Gemäß Paragraph 31 Absatz 3 unserer Geschäftsordnung gilt dieser Entschließungsantrag als dringlich. Er steht in wesentlicher Verbindung mit Tagesordnungspunkt 22. Ich werde ihn daher gemeinsam mit diesem Punkt zur Beratung stellen.

Erhebt sich dagegen Widerspruch? — Das ist nicht der Fall. Dann werden wir so verfahren.

- (B) Die übrigen Eingänge bitte ich der Mitteilung über den voraussichtlichen Verlauf der Plenarsitzungen sowie dem heute verteilten Umdruck zu entnehmen.

#### I. Kleine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung

1. Verbesserung der Arbeit der Polizei  
Kleine Anfrage der Fraktion der CDU vom 3. Mai 1984  
D a z u  
Antwort des Senats vom 22. Mai 1984 (Drucksache 11/165)
2. Ermittlungsverfahren gegen Juristen des „Volksgerichtshofes“  
Kleine Anfrage der Fraktion der SPD vom 8. Mai 1984  
D a z u  
Antwort des Senats vom 22. Mai 1984 (Drucksache 11/166)
3. Statistische Dienste  
Kleine Anfrage der Fraktion der CDU vom 5. Juni 1984
4. Möglichkeiten und Probleme des Kunststoffrecyclings  
Kleine Anfrage der Fraktion der GRÜNEN vom 10. Mai 1984
5. Kontrolle von Rüstungs- und Atomtransporten über bremische Häfen  
Kleine Anfrage der Fraktion der GRÜNEN vom 28. Mai 1984

#### II. Eingaben gemäß § 70 der Geschäftsordnung

1. Schreiben von Herrn Paul Niederbockstruck zur Problematik der Spenden an politische Parteien.
2. Schreiben des Ortsvereins Neunkirchen-Seelscheid e. V. des Deutschen Kinderschutzbundes e. V. mit diversen Unterschriften mit einer Forderung nach einem totalen Verbot von Herstellung, Verleih und Import der Horror- und Gewaltfilme und Videocassetten.
3. Schreiben des Wissenschaftsrates mit einer Entschließung zu Fragen der tierexperimentellen Forschung und des Tierschutzes.
4. Schreiben der Rechtsanwälte und Notare Schulze, Stieringer & Partner mit der Forderung, die Konsequenzen aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Amtsbezeichnung von Lehrern im bremischen Schuldienst zu ziehen.
5. Schreiben des Reichsbundes der Kriegsgesopfer, Behinderten, Sozialrentner und Hinterbliebenen e. V. zur beabsichtigten Erhöhung der Aufwandsentschädigung für Abgeordnete.
6. Schreiben mit verschiedenen Unterschriften zur beabsichtigten Anhebung der Aufwandsentschädigung für Abgeordnete.
7. Schreiben der Elterninitiative Schule Butjadinger Straße zur Suche betrieblicher Ausbildungsplätze für bremische Schulabgänger mit der Bitte, den für die beabsichtigte Erhöhung der Aufwandsentschädigung für Abgeordnete erforderlichen Mehrbetrag einem Fonds zur Finanzierung zusätzlicher betrieblicher Ausbildungsplätze zukommen zu lassen.

Die Eingaben können bei der Verwaltung der Bürgerschaft eingesehen werden.

Zur Abwicklung der Tagesordnung wurden interfraktionelle Absprachen getroffen, und zwar zur dringlichen Behandlung von Anträgen, zur Verbindung und zur Aussetzung von Tagesordnungspunkten sowie zur Behandlung von Tagesordnungspunkt 31 vor Punkt 21.

Wer mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmhaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Wir treten in die Tagesordnung ein.

#### Fragestunde

Im Rahmen der Fragestunde sind sechs Anfragen frist- und formgerecht eingereicht worden.

Die erste Anfrage beschäftigt sich mit der **Repräsentanz der Republik Bophuthatswanas in Bremen**. Die Anfrage ist unterschrieben von dem Abgeordneten Wierk und Fraktion der GRÜNEN.

(C)

(D)

(A) Ich bitte den Abgeordneten Wierk, die Anfrage vorzutragen!

Abg. **Wierk** (GRÜNE): Wir fragen den Senat:

Erstens: Welche Kenntnisse hat der Senat über die sogenannte Repräsentanz der Republik Bophuthatswanas in Bremen?

Zweitens: Mit welchem Recht kann ein Privatunternehmer sich diesen Anschein einer offiziellen Vertretung geben?

Drittens: Was hat der Senat unternommen, um zu verhindern, daß Bremen auf diese Weise den Anschein erweckt, die Homelands Südafrikas anzuerkennen, die von keinem Staat der Welt anerkannt werden?

**Präsident Dr. Klink:** Zur Beantwortung erhält das Wort Herr Bürgermeister Koschnick.

**Bürgermeister Koschnick, Präsident des Senats und Senator für kirchliche Angelegenheiten:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage der GRÜNEN wie folgt:

Erstens: Der Senat hat am 19. Oktober 1981 aufgrund einer Eingabe der Anti-Apartheid-Bewegung in der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin e. V. vom 8. Oktober 1981 von der „Repräsentanz der Republik Bophuthatswanas“ Kenntnis genommen und in seiner Antwort auf die Eingabe festgestellt, daß es sich hierbei um eine private Interessenvertretung eines Herrn Karsten Uwe Köpke handelt.

Zweitens: Der Anschein einer offiziellen Vertretung ist nicht erweckt worden. Die „Repräsentanz“ erhebt keinerlei Anspruch darauf, einen diplomatischen oder konsularischen Status zu besitzen. Sie verfolgt offensichtlich wirtschaftliche Ziele, wie sich dies aus der Tatsache ergibt, daß die Mitteilung von der Übernahme der „Repräsentanz“ im Wirtschafts- teil des „Weser-Kurier“ veröffentlicht wurde.

Drittens: Bremen hat in keiner Weise den Eindruck erweckt, die Homelands Südafrikas anzuerkennen. In voller Übereinstimmung mit der Bundesregierung ist für die Freie Hansestadt Bremen Bophuthatswanas staats- und völkerrechtlich nicht existent.

**Präsident Dr. Klink:** Haben Sie den Wunsch, eine Zusatzfrage zu stellen?

(Abg. **Wierk** [GRÜNE]: Nein!)

Zusatzfragen liegen nicht vor. Ich bedanke mich bei Herrn Bürgermeister Koschnick für die erteilten Auskünfte.

Die zweite Anfrage befaßt sich mit **Schiffen für Nicaragua**. Die Anfrage ist unterzeichnet von dem Abgeordneten Wierk und Fraktion der GRÜNEN.

Ich bitte den Abgeordneten Wierk, die Anfrage vorzutragen!

Abg. **Wierk** (GRÜNE): Wir fragen den Senat:

Wie steht der Senat zu den mehrfachen öffentlichen Zusagen von Senator Dr. Scherf, die beiden Schiffe Butt und Stedingen aus den Beständen der AG „Weser“ zu kaufen und der Regierung Nicaraguas zu schenken?

Wie beurteilt der Senat das Gutachten des Ingenieurbüros Seehafer, daß die Tauglichkeit der beiden Schiffe für den Einsatz in Nicaragua bestätigt?

Welche anderen Projekte und Vorhaben zur Unterstützung der Bevölkerung Nicaraguas erwägt der Senat, und wie weit sind diese gediehen?

**Präsident Dr. Klink:** Zur Beantwortung erhält das Wort Herr Senator Lenz.

**Senator für Wirtschaft und Außenhandel Lenz:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Für den Senat beantworte ich die Fragen wie folgt:

Die Fragen eins und zwei stehen im ursächlichen Zusammenhang, ich beantworte sie daher zusammen. Aus der Zusammenarbeit des Landes Bremen mit freien Trägern der Entwicklungszusammenarbeit ist dem Senat die besondere Notsituation dieses Landes bekannt. Er befürwortet daher grundsätzlich Entwicklungsprojekte, die zur Verbesserung der Situation in Nicaragua beitragen können.

Durch das besondere Engagement des Senats wurde schon 1982 vom Senat beschlossen, die Fähre Gröpeln kostenfrei zur Verbesserung der technischen Infrastruktur Nicaraguas zur Verfügung zu stellen. Das Landesamt für Entwicklungszusammenarbeit war für die Abwicklung dieser Maßnahme verantwortlich. Leider haben unglückliche kriegerische Umstände zu dem Verlust der Fähre Gröpeln geführt. Durch diese und weitere für ein Bundesland nicht selbstverständliche Hilfe ist Bremen zu einem ernsthaften Ansprechpartner in Nicaragua geworden. Das solidarische Signal vom Land Bremen, der Gewerkschaften und der freien Trägergemeinschaften, die sich an der Durchführung der Maßnahme beteiligt haben, wurde verstanden.

1983 wurde die Kooperation fortgesetzt. In der abgelegenen und wirtschaftlich armen Provinz von Rio San Juan wurden Vorschulen für zirka 1 000 Kinder im Alter von drei bis sechs Jahren eingerichtet. Dieses Programm ist ein Teil eines landesweiten Planes, welcher unter direkter Mitwirkung der Bevölkerung verwirklicht wird. Dieses Projekt wird von der Kinderhilfsorganisation terre des hommes in Zusammenarbeit mit dem nicaraguanischen Erziehungsministerium und den Dorfverwaltungen verwirklicht. Bremen hat sich an den Gesamtkosten von zirka 70 000 DM mit 20 000 DM beteiligt.

Nach den Vorstellungen Nicaraguas ist die Region von Zelaya heute besonders hilfsbedürftig. Von dort wird eine Unterstützung im Bereich der landwirtschaftlichen Ausbildung gewünscht, die direkt mit einer lokalen Organisation durchgeführt werden soll. Diese eigenständige Projektplanung ist nach Meinung des Senats ein wichtiger Schritt zum Verständnis einer selbstbestimmten Entwicklung.

(C)

(D)

(A) Herr Senator Dr. Scherf ist von engagierten Privatpersonen auf die mögliche Versendung der Werkstattschiffe Butt und Stedingen der ehemaligen AG „Weser“ angesprochen worden. Herr Senator Dr. Scherf hat diese Anregung dem Landesamt für Entwicklungszusammenarbeit beim Senator für Wirtschaft und Außenhandel mit der Bitte um Prüfung mitgeteilt. Das Landesamt hat nach eingehender Prüfung und Besichtigung der Schiffe Herrn Senator Dr. Scherf vorgeschlagen, die Anregung nicht weiterzuverfolgen, da der erforderliche technische Aufwand im ungünstigen Verhältnis zu der möglichen Verbesserung der Infrastruktur in Nicaragua stünde.

Das Zerlegen des Schiffes Butt in transportfähige Sektionen ist technisch durchaus machbar, wie es auch das Gutachten des Ingenieurbüros Seehafer feststellt. Die Bedenken überwogen jedoch, diesen Aufwand für ein 38 Jahre altes Schiff zu leisten, zumal es in Nicaragua erhebliche Probleme beim Absetzen auf der Reede und dem Wiederausammenfügen geben würde. Dies ist wohl mehr eine technische Herausforderung, die den entwicklungstechnischen Effekt sehr in Frage stellt. Das andere Schiff, die Stedingen, ist wegen seines Tiefgangs von 2,10 Meter wegen der variablen Wasserstände und Untiefen nur bedingt einsetzbar.

(B) Die Fähre Gröpeln wurde von Bremen Nicaragua kostenfrei überlassen, und eine Linienreederei hat den Transport zu Selbstkosten übernommen. Der Haushalt des Landesamtes für Entwicklungszusammenarbeit wurde trotzdem mit 49 500 DM belastet. Damit stellt sich nicht mehr die Frage, die beiden Schiffe zu versenden.

Der Schätzpreis des Auktionators lag bei 37 000 DM für das Schiff Butt und 43 000 DM für die Stedingen, einschließlich aller Gebühren. Die Überführungskosten, resultierend aus den Erfahrungen mit der Gröpeln, liegen damit höher als der Wert der Schiffe. Rein rechnerisch läßt das den Schluß zu, einsetzfähige Schiffe vergleichbarer Größe in der Nachbarregion ohne die hohen Transportkosten zu erwerben. Dies ist eine Angelegenheit des Partners in Nicaragua.

Der Senat würde es deswegen begrüßen, wenn auch in Bremen Konsens darüber herrschte, daß für die Nicaragua-Hilfe nicht die Frage der technischen Durchführbarkeit, sondern vielmehr die entwicklungspolitische Sinnhaftigkeit bestimmend sein muß. — Soweit die Antwort des Senats auf die Fragen eins und zwei!

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Dr. Klink:** Haben Sie den —.

**Senator Lenz:** Einen Moment bitte, Herr Präsident! Ich habe die Anfrage noch nicht vollständig beantwortet. Ich habe erst die Fragen eins und zwei beantwortet und komme jetzt zur dritten Frage.

**Präsident Dr. Klink:** Bitte sehr, Herr Senator!

(C) **Senator Lenz:** Das Landesamt für Entwicklungszusammenarbeit beim Senator für Wirtschaft und Außenhandel koordiniert alle bremischen Maßnahmen auf diesem Gebiet. In diesem Zusammenhang wird zur Zeit die Übergabe eines Projektplanes zur Förderung einer landwirtschaftlichen Ausbildung in der besonders hilfsbedürftigen Region von Zelaya in Nicaragua durch eine angekündigte offizielle Regierungsdelegation aus Nicaragua erwartet. Informelle Vorgespräche haben in diesem Zusammenhang mit der nicaraguanischen Vertretung in Bonn und der Dienststelle stattgefunden. Hierbei war es ein Anliegen der diplomatischen Vertretung in Bonn, daß die Zusammenarbeit Bremens direkt mit einer nicaraguanischen Organisation durchgeführt werden möge.

Unabhängig davon wird durch Hilfsorganisationen, die in Nicaragua tätig sind, geprüft, ob drei Stück Diesel-Gas-betriebene Generatoren von je 165 Kilowatt, die dem Landesamt für Entwicklungszusammenarbeit kostenfrei mit Ersatzteilen überlassen werden können, sinnvoll in Nicaragua eingesetzt werden können. Wegen der Mannigfaltigkeit der gelieferten Nicaragua-Hilfe, bestehend aus zum Beispiel technischem Gerät und Medikamenten, hat die Regierung in Managua eine Prüfstelle für die sinnvolle Verwendung vor Versendung der Hilfsgüter eingerichtet. Das Landesamt wird daher seine Entscheidung von dem Votum aus Nicaragua und seiner Partner abhängig machen.

(D) Der Senat ist bemüht, die selbstbestimmte Entwicklung seiner Partnerländer zu unterstützen. Er begrüßt jede nichtstaatliche Entwicklungsbemühung zur Verbesserung der Lebenssituation befreundeter bedürftiger Länder.

Abschließend weist der Senat darauf hin, daß Bremen sich offiziell zu einer Unterstützung des bedrängten Landes Nicaragua bekennt. Der Senat wendet sich dagegen, daß Sachfragen der Entwicklungszusammenarbeit im Dialog mit den Partnern zur optimalen Gestaltung der Unterstützung von Gruppen zu innenpolitischen Auseinandersetzungen mißbraucht werden. — Soweit die Antwort auf die drei Fragen!

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Dr. Klink:** Haben Sie den Wunsch, eine Zusatzfrage zu stellen? — Bitte sehr, Herr Wierk!

**Abg. Wierk (GRÜNE):** Wie beurteilt der Senat die Tatsache, daß in der vergangenen Woche Vertreter von sieben Einzelgewerkschaften den Plan, genau diese beiden Schiffe durch Spendenaufrufe in Bremen für Nicaragua bereitstellen zu können, befürwortet haben?

**Präsident Dr. Klink:** Bitte, Herr Senator!

**Senator Lenz:** Prinzipiell positiv, aber ich glaube, nach Lage der Dinge wird man wohl auch dort zu der

(A) Einsicht gelangen, daß es wenig sinnvoll ist, diesen Weg weiter zu beschreiten.

**Präsident Dr. Klink:** Zusatzfrage? — Bitte, Herr Wierk!

Abg. **Wierk** (GRÜNE): Treffen nicht eher Vermutungen zu, daß weniger der Zustand der Schiffe als der des Bremer Haushalts den Rückzieher verursacht hat?

**Präsident Dr. Klink:** Bitte, Herr Senator!

**Senator Lenz:** Nein, das ist unzutreffend!

**Präsident Dr. Klink:** Zusatzfrage? — Bitte sehr, Frau Abgeordnete Lange!

Abg. Frau **Lange** (SPD): Herr Senator, ist Ihnen bekannt, daß die Botschaft von Nicaragua die Auffassung des Landesamtes für Entwicklungshilfe teilt?

**Präsident Dr. Klink:** Bitte, Herr Senator!

**Senator Lenz:** Das ist mir bekannt! Das ist uns ausdrücklich mitgeteilt worden!

**Präsident Dr. Klink:** Zusatzfrage? — Bitte sehr, Frau Lange!

(B) Abg. Frau **Lange** (SPD): Herr Senator, teilen Sie mit mir die Auffassung, daß eine längerfristige Hilfe und Unterstützung im landwirtschaftlichen Bereich sozusagen als Hilfe zur Selbsthilfe eine bessere Form der Entwicklungshilfe ist als das Verschenken von zu verschrottenden Schiffen?

**Präsident Dr. Klink:** Bitte, Herr Senator!

**Senator Lenz:** Ich teile diese Auffassung, weil ich weiß, daß sie auch von der nicaraguanischen Seite so gesehen wird.

**Präsident Dr. Klink:** Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. Damit ist die zweite Anfrage erledigt. Ich bedanke mich bei Herrn Senator Lenz!

(Beifall bei der SPD)

Die dritte Anfrage bezieht sich auf eine **Verbesserung der Arbeits- und Ausbildungsbedingungen für Lehrmeister**. Die Anfrage trägt die Unterschriften der Abgeordneten Ravens, Neumann und Fraktion der CDU.

Ich bitte den Abgeordneten Ravens, die Anfrage vorzutragen!

Abg. **Ravens** (CDU): Wir fragen den Senat:

Wann ist für die Lehrmeister im Land Bremen mit einer Änderung der arbeitsrechtlichen Bedingungen sowie mit der Verwirklichung der Rahmenordnung für Ausbildung und Prüfung der Lehrer für Fach-

praxis im beruflichen Schulwesen, beschlossen auf der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder vom 6. Juli 1973, zu rechnen? (C)

**Präsident Dr. Klink:** Zur Beantwortung erhält das Wort Herr Senator Franke!

**Senator für Bildung, Wissenschaft und Kunst Franke:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat antworte ich wie folgt:

An der Änderung der arbeitsrechtlichen Bedingungen für Lehrmeister im Land Bremen aufgrund des Urteils des Bundesarbeitsgerichts vom 21. März 1984 wird zur Zeit gearbeitet. Die internen Abstimmungsgespräche zwischen der Senatskommission für das Personalwesen und der Behörde des Senators für Bildung, Wissenschaft und Kunst haben stattgefunden. Die Arbeiten sollten so bald wie möglich abgeschlossen werden, so daß möglichst schon vom Schuljahresbeginn 1984/85 an nach den neuen Bedingungen für Arbeitszeit, Pflichtstundenzahl und Urlaubsansprüchen gearbeitet werden kann.

Wegen der gegen Ende der achtziger Jahre auch im beruflichen Schulwesen zu erwartenden rückläufigen Schülerzahlen und des Auslaufens der BFS/q-Programme, die einen hohen Anteil an fachpraktischer Ausbildung erfordern, ist die Unterrichtsversorgung der beruflichen Schulen im Unterricht in den fachpraktischen Fächern aus dem Bestand der zur Zeit tätigen Lehrmeister auf absehbare Zeit darstellbar.

Für die Ausbildung von Lehrern für Fachpraxis in Anwendung der entsprechenden Rahmenordnung der KMK besteht danach im Land Bremen zur Zeit kein Handlungsbedarf. (D)

**Präsident Dr. Klink:** Besteht der Wunsch, eine Zusatzfrage zu stellen? — Bitte sehr, Herr Abgeordneter Kunick!

Abg. **Kunick** (SPD): Herr Senator, hat demnach auch die SKP ihre Haltung revidiert, die in den letzten anderthalb Jahren Vorstöße der SPD-Fraktion in genau diese Richtung jeweils abgeblockt haben?

**Präsident Dr. Klink:** Bitte, Herr Senator!

**Senator Franke:** Herr Abgeordneter, auch die SKP weicht natürlich den Sanktionen, die mit einem Gerichtsurteil verbunden sind.

**Präsident Dr. Klink:** Weitere Zusatzfrage? — Bitte sehr, Herr Abgeordneter Ravens!

Abg. **Ravens** (CDU): Herr Senator, ist Ihnen das Schreiben der Anwaltskanzlei Schulze, Stieringer und Partner, das heute auch bei den Eingängen als Punkt vier aufgeführt worden ist, bekannt, in dem darauf hingewiesen wird, daß das Arbeitsgericht in Bremen am 8. 5. ein Verfahren anerkannt hat, daß auf das bestehende Arbeitsverhältnis eines Lehrmeisters die Sonderregelungen für Angestellte als Lehr-

(A) kräfte, SR II/BAT I, Anwendung finden, daß darauf aber noch nicht Bezug genommen wird? Es liegt da ein Schreiben vor, in dem es heißt: „Um so überraschter muß ich von Herrn X“ — ich will den Namen jetzt nicht nennen — „jetzt hören, daß in der praktischen Ausgestaltung des Arbeitsverhältnisses offensichtlich überhaupt nicht daran gedacht ist, entsprechend zu verfahren.“ Von der SKP! Das Schreiben dieser Anwaltskanzlei ging an die SKP!

**Präsident Dr. Klink:** Bitte, Herr Senator Franke!

**Senator Franke:** Wie gesagt, die Umsetzung des Urteils des Bundesarbeitsgerichts in Arbeitszeit, Pflichtstundenzahl — das hängt ja zusammen — und Urlaubsansprüchen wird nach meiner Einschätzung ab 1. 9. 1984 geregelt sein.

**Präsident Dr. Klink:** Zusatzfragen liegen nicht vor. Dann ist auch die dritte Anfrage erledigt. Ich bedanke mich bei Herrn Senator Franke.

Die vierte Anfrage in der Fragestunde steht unter dem Betreff „**Weitergabe von Daten aus eingestellten Ermittlungsverfahren**“. Die Anfrage ist unterschrieben von dem Abgeordneten Mützelburg und Fraktion der GRÜNEN.

Ich bitte den Abgeordneten Mützelburg, die Anfrage vorzutragen!

(B) **Abg. Mützelburg (GRÜNE):** Wir fragen den Senat: Welche Daten von Personen, gegen die ein Ermittlungsverfahren wegen strafbarer Handlungen später eingestellt wurde, werden oder wurden bei Behörden im Bereich des Senators für Inneres oder des Senators für Rechtspflege und Strafvollzug gespeichert? Auf welche Rechtsgrundlage stützt sich die Speicherung?

**Präsident Dr. Klink:** Zur Beantwortung der Anfrage erhält das Wort Herr Senator Kröning!

**Senator für Inneres Kröning:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

In kriminalpolizeilichen Sammlungen werden Daten, die für Zwecke der Strafverfolgung und der vorbeugenden Verbrechensbekämpfung benötigt werden, gespeichert. Im einzelnen wird auf Nummer 2.3 der bundeseinheitlichen Richtlinien für die Führung kriminalpolizeilicher personenbezogener Sammlungen — genannt KpS-Richtlinien — hingewiesen, die in Bremen seit dem 20. Februar 1981 in Kraft gesetzt und im Amtsblatt der Freien Hansestadt Bremen Nummer 44 vom 19. Juni 1981 veröffentlicht sind. Die gesetzliche Grundlage sind die Paragraphen 81 b, 163 b der Strafprozeßordnung in Verbindung mit Paragraph 10 des Bremischen Datenschutzgesetzes und Paragraph 27 des Bremischen Polizeigesetzes.

Nach Nummer 5.4.3 der KpS-Richtlinien sind Unterlagen im Rahmen der laufenden Sachbearbeitung

(C) der Polizei stets auszusondern, wenn die Ermittlungen oder eine der Polizei bekannte Entscheidung der Staatsanwaltschaft oder eines Gerichts ergeben, daß die Gründe, die zur Aufnahme in die Sammlung geführt haben, nicht zutreffen. Die Einzelheiten der Aufbewahrungsdauer und der Aussonderung von Unterlagen ergeben sich aus Nummern 5 und 6 der Richtlinien.

In das zentrale Js-Register der Staatsanwaltschaft werden Name und Geburtsdatum des Beschuldigten sowie die ihm vorgeworfenen Straftaten eingetragen. Die Speicherung dieser Daten ist durch Paragraph 10 Absatz 1 des Bremischen Datenschutzgesetzes in Verbindung mit Paragraph 47 Absatz 1 Satz 1, dem Muster 32 zu Paragraph 47 Absatz 1 und Paragraph 48 Absatz 1 der Aktenordnung zugelassen.

Die Eintragungen werden nach Einstellung des Verfahrens nicht getilgt, weil die Verfügung der Staatsanwaltschaft, mit der das Verfahren eingestellt wird, nach den Vorschriften der Strafprozeßordnung keine Rechtskraftwirkung entfaltet und das Verfahren jederzeit wieder aufgenommen werden kann. Nach Nummer 602 der Bestimmungen über die Aufbewahrungsfristen für das Schriftgut der ordentlichen Gerichtsbarkeit, der Staatsanwaltschaften und der Justizvollzugsbehörden, die bundeseinheitlich gelten, können die gespeicherten Daten nach Ablauf von fünf Jahren gelöscht werden. — Das war die Antwort!

(D) **Präsident Dr. Klink:** Zusatzfrage? — Bitte sehr, Herr Abgeordneter Mützelburg!

**Abg. Mützelburg (GRÜNE):** Herr Senator Kröning, habe ich Ihre Antwort jetzt richtig verstanden, daß es danach möglich ist, daß ein Beschuldigter, gegen den ein Ermittlungsverfahren gelaufen ist, das, sagen wir einmal, im vergangenen Herbst eingestellt worden ist, jetzt noch in der kriminalpolizeilichen Sammlung, sowohl mit personenbezogenen Daten als auch mit dem Sachverhalt, mit dem Delikt, dessen er beschuldigt ist, eingetragen ist?

**Präsident Dr. Klink:** Bitte, Herr Senator!

**Senator Kröning:** Nur dann, wenn die Gründe, die zur Aufnahme in die Sammlung geführt haben, weiterhin zutreffen und im Rahmen der Löschungsfristen, die ja nach diesem kurzen Zeitraum noch nicht abgelaufen sind.

**Präsident Dr. Klink:** Zusatzfrage? — Bitte sehr, Herr Abgeordneter Mützelburg!

**Abg. Mützelburg (GRÜNE):** Herr Senator Kröning, wie erklären Sie sich dann folgenden Sachverhalt? Es gibt zum Beispiel Fälle hinsichtlich der Beteiligung an einer Demonstration der Friedensbewegung im vergangenen Herbst in Bremerhaven, wo man gegen jemanden ein Ermittlungsverfahren eingeleitet hat, dieses Ermittlungsverfahren eingestellt worden ist und diese Person, die bisher niemals irgendwie ande-

(A) ren Kontakt mit der Polizei gehabt hatte, bei Begegnungen mit der Polizei im Frühling dieses Jahres sofort als positiv auffällig gekennzeichnet worden ist.

**Präsident Dr. Klink:** Bitte, Herr Senator!

(Abg. Klein [CDU]: Positiv auffällig ist doch etwas Gutes!)

**Senator Kröning:** Ja, das würde ich auch sagen! Der Ausdruck wird in der Medizin aber auch in umgekehrter Richtung gebraucht. Wahrscheinlich ist das im Strafrecht auch so.

Sie haben sich aber widersprochen in Ihrer Frage. Sie haben nämlich auf der einen Seite davon gesprochen, daß die betreffende Person mit der Polizei das erste Mal in Berührung gekommen sei, aber auf der anderen Seite gesagt, die Polizei habe erklärt, die Person sei bereits — jetzt unterstelle ich diesen Sprachgebrauch — positiv bekannt gewesen. Das ist eine tatsächliche Streitfrage, die der betroffene Bürger, denke ich, rechtlich austragen muß, auch vielleicht mit Hilfe des Datenschutzbeauftragten. Ich vermag jetzt nicht der einen oder der anderen Version beizutreten.

**Präsident Dr. Klink:** Zusatzfrage? — Bitte sehr, Herr Abgeordneter Mützelburg!

Abg. **Mützelburg** (GRÜNE): Herr Senator Kröning, ist es denn richtig, daß dieser betroffene Bürger und vergleichbar ähnlich betroffene Bürger, die mir bekannt sind, Auskunftsrechte hätten und gegebenenfalls auch Löschungsrechte hätten?

(B)

**Präsident Dr. Klink:** Bitte, Herr Senator!

**Senator Kröning:** Nein, Löschungsrechte — abgesehen von den Fristen — gibt es nicht, aber Auskunftsrechte ja. Die sind durch die KpS-Richtlinien vor Jahren ausdrücklich eingeräumt und übrigens im Bremischen Polizeigesetz auch zum Gesetz erhoben worden.

**Präsident Dr. Klink:** Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. Dann ist auch die vierte Anfrage erledigt.

Ich rufe die fünfte Anfrage auf. Sie betrifft die eventuelle **Ausgliederung der Staats- und Universitätsbibliothek aus der Universität**. Die Anfrage ist unterschrieben von dem Abgeordneten Mützelburg und Fraktion der GRÜNEN.

Ich bitte den Fragesteller, die Anfrage vorzutragen!

Abg. **Mützelburg** (GRÜNE): Wir fragen den Senat: Beabsichtigt der Senat, die Staats- und Universitätsbibliothek aus der Universität auszugliedern?

Welche Gründe haben zu derartigen Überlegungen geführt?

**Präsident Dr. Klink:** Herr Senator Franke, sind Sie bereit, die Antwort des Senats zu geben? — Bitte sehr!

**Senator für Bildung, Wissenschaft und Kunst Franke:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat gebe ich folgende Antwort: (C)

Der Senat prüft zur Zeit, ob die Staats- und Universitätsbibliothek aus der Universität ausgegliedert werden soll. Dabei geht es um die Frage, ob der derzeitige Status der Staats- und Universitätsbibliothek als zentrale Betriebseinheit der Universität der erweiterten Aufgabenstellung der Staats- und Universitätsbibliothek für die gesamte bibliothekarische Versorgung nicht nur der Universität, sondern auch aller Hochschulen und der außeruniversitären Forschungseinrichtungen im Lande Bremen noch angemessen ist.

Eventuell könnte eine Neuordnung von Organisation und Struktur der Staats- und Universitätsbibliothek die Voraussetzung dafür schaffen, daß diese ihren gesamten Aufgabenbereich — auch gegenüber der Universität — besser wahrnehmen kann als bisher.

**Präsident Dr. Klink:** Haben Sie den Wunsch, eine Zusatzfrage zu stellen? — Bitte sehr, Herr Abgeordneter Mützelburg!

Abg. **Mützelburg** (GRÜNE): Herr Senator Franke, darf ich Ihren Ausführungen entnehmen, daß Sie der Auffassung sind, daß die Staats- und Universitätsbibliothek bisher ihre Aufgaben nicht hinreichend erfüllt hat?

**Präsident Dr. Klink:** Bitte, Herr Senator! (D)

**Senator Franke:** Also, das Bessere ist stets der Feind des Guten, und ich bin der Auffassung, daß die Staats- und Universitätsbibliothek in der Tat es übertragen kann, daß man sie fortentwickelt.

**Präsident Dr. Klink:** Zusatzfrage? — Bitte sehr, Herr Abgeordneter Mützelburg!

Abg. **Mützelburg** (GRÜNE): Herr Senator Franke, die Versorgungsaufgaben der Staats- und Universitätsbibliothek auch in der Funktion als Staatsbibliothek für die anderen Hochschulen sind doch Ihnen und dem Senat seit Eingliederung dieser Bibliothek 1972 in das Universitätssystem bekanntgewesen! Zugleich ist Ihnen — das unterstelle ich als Frage — auch bei der Neufassung des Bremischen Hochschulgesetzes im Jahre 1977 und in den folgenden Jahren bekanntgewesen, daß die Staats- und Universitätsbibliothek diese umfassenden Aufgaben hat? Wieso sind Sie seinerzeit nicht — —

(Glocke)

**Präsident Dr. Klink:** Das ist die dritte Frage! Nun lassen Sie erst einmal Senator Franke antworten!

**Senator Franke:** Obwohl das, was er sagen will, die Logik seiner ersten beiden Fragen ist! Er will nämlich wissen, warum wir das nicht schon früher gemacht haben.

(A) Herr Abgeordneter Mützelburg, wir hatten — das wird Ihnen ja aus Ihrer Zeit, als Sie noch gearbeitet haben,

(Heiterkeit)

Entschuldigung, ich meine, als Sie noch in der Universität gearbeitet haben,

(Abg. Mützelburg [GRÜNE]: Das müßte eigentlich der Präsident rügen!)

ja, das ist ein Versprecher gewesen, ich wollte sagen, als Sie noch in der Universität gearbeitet haben,

(Abg. Klein [CDU]: Geschickt von Ihnen, Herr Senator!)

aus dieser Zeit muß Ihnen bekannt sein —, wir hatten in der Tat in der Universitätsbibliothek ziemlich deutliche Konsolidierungsschwierigkeiten. Wir haben nicht zuletzt aus diesem Grund uns sehr intensiv bemüht, ich habe mich da selbst einer Kommission bedient, einen Leiter zu finden, von dem wir uns nun eine deutliche und durchgreifende Konsolidierung der Universitätsbibliothek erhoffen. Da sind inzwischen sehr deutliche Konsolidierungsanstrengungen von Herrn Professor Dr. Koch unternommen worden, die auch zu Resultaten geführt haben.

(B) Unser derzeitiger Erkenntnisstand ist aber, daß wir uns jetzt nicht zufrieden auf die Lorbeeren setzen können, sondern daß da noch Defizite in der Tat bestehen, und diese Defizite, die wir sehr deutlich erkannt haben, scheinen am klarsten und am besten aufarbeitbar zu sein, wenn man die Universitäts- und Staatsbibliothek als eine nachgeordnete Dienststelle des Senators für Bildung, Wissenschaft und Kunst aus dem Kontext der Universität etwas herauslöst.

**Präsident Dr. Klink:** Zusatzfrage? — Bitte sehr, Herr Abgeordneter Mützelburg!

Abg. Mützelburg (GRÜNE): Herr Senator Franke, treffen denn Gerüchte zu, daß Sie oder der Senat bei der Einstellung von Herrn Dr. Koch diesem entsprechende Zusagen zu einer Ausgliederung gemacht haben?

**Präsident Dr. Klink:** Bitte, Herr Senator!

**Senator Franke:** Also, ich habe dem Herrn Professor Dr. Koch eine Zusage gemacht, die vieles einschließt, und das muß man im Laufe der Zeit abarbeiten. Ich habe ihm gesagt, daß ich alles tun werde, um seine Konsolidierungsarbeit an der Staats- und Universitätsbibliothek zu unterstützen. Jedermann weiß, um es einmal ganz klar zu sagen, wie hoch ich das Bremische Personalvertretungsgesetz halte, ich habe immer an jeder Stelle erklärt, ich will das nicht ändern, dieses Gesetz soll so bleiben. Aber, ich möchte noch eines dazusagen, Herr Mützelburg,

eine Universitätsbibliothek ist für die Benutzer da und nicht für die Bediensteten. (C)

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Deswegen mache ich alles, was benutzerfreundlich ist, und dazu scheint mir auch dieser Schritt nötig zu sein.

**Präsident Dr. Klink:** Zusatzfrage? — Bitte, Herr Abgeordneter Mützelburg!

Abg. Mützelburg (GRÜNE): Herr Senator Franke, habe ich Sie jetzt richtig verstanden, daß Sie im wesentlichen diese Maßnahme für die Bibliothek treffen wollen, weil der Personalrat der Universität hinhaltenen Widerstand gegen Rationalisierungsmaßnahmen leistet?

**Präsident Dr. Klink:** Bitte, Herr Senator!

**Senator Franke:** Da haben Sie mich ganz falsch verstanden!

**Präsident Dr. Klink:** Zu einer weiteren Zusatzfrage hat das Wort der Abgeordnete Willers!

Abg. Willers (GRÜNE): Herr Senator, können Sie bitte noch einmal etwas genauer skizzieren, worin die von Ihnen durch die Umstrukturierung erwarteten Verbesserungen bei den Dienstleistungsaufgaben der Bibliothek liegen sollen? Sie müssen doch, wenn Sie so etwas anfangen, Vorstellungen darüber haben! (D)

**Präsident Dr. Klink:** Bitte, Herr Senator!

**Senator Franke:** Ich sagte Ihnen schon, ich möchte eine höhere Benutzerfreundlichkeit erzielen, das heißt also, das benötigte Buch bekommt ein Benutzer schneller, besser, präziser geliefert.

**Präsident Dr. Klink:** Zusatzfrage? — Bitte, Herr Abgeordneter Willers!

Abg. Willers (GRÜNE): Sind Sie tatsächlich der Auffassung, Herr Senator, daß das Personalvertretungsgesetz diesen Aufgaben im Wege steht?

**Präsident Dr. Klink:** Bitte, Herr Senator!

**Senator Franke:** Das Personalvertretungsgesetz steht nie Aufgaben im Wege.

(Zuruf des Abg. Mützelburg [GRÜNE])

Das Personalvertretungsgesetz wird auch für die neue Struktur der Universitätsbibliothek gelten. Das ist ein Gesetz, das alles umfassend regelt und nicht nur dann greift, wenn die Universitätsbibliothek im Integrationszusammenhang mit der Universität ist. Also, das Bremische Personalvertretungsgesetz

(A) bleibt für die bremische Universitätsbibliothek, in welcher Struktur sie sich auch immer befindet, zuständig.

**Präsident Dr. Klink:** Zusatzfrage? — Bitte, Herr Willers!

Abg. **Willers** (GRÜNE): Herr Senator, habe ich Sie richtig verstanden, daß Sie hier gesagt haben, daß im wesentlichen auch die Wahrnehmung der Aufgaben des Personalrats der Universität Ihnen von Ihren Vorstellungen her Schwierigkeiten bereitet?

**Präsident Dr. Klink:** Bitte, Herr Senator!

**Senator Franke:** Ich habe gesagt, daß die Bibliothek für die Benutzer da ist und nicht für die Bediensteten. Ich habe das Wort Personalvertretung in diesem Zusammenhang gar nicht in den Mund genommen.

**Präsident Dr. Klink:** Zusatzfrage? — Bitte, Herr Abgeordneter Dittbrenner!

Abg. **Dittbrenner** (SPD): Herr Senator, darf ich Sie fragen, ob Sie bei den von Ihnen beabsichtigten Plänen auch die Unterstützung der Universitätsleitung insgesamt finden?

**Präsident Dr. Klink:** Bitte, Herr Senator!

(B) **Senator Franke:** Ich würde sagen, die Universitätsleitung hat eine etwas ambivalente Haltung. Einerseits sieht sie, daß die Konsolidierungsabsichten des Senators für Bildung, Wissenschaft und Kunst auch in ihrem Sinn sind, andererseits hat sie so das Gefühl, daß etwas aus ihrem Imperium verlorengeht, wenn die Universitäts- und Staatsbibliothek sich verselbstständigt. Ich würde sagen, sie hat keine ganz klare Position.

**Präsident Dr. Klink:** Zu einer weiteren Zusatzfrage hat das Wort der Abgeordnete Fluß!

Abg. **Fluß** (SPD): Herr Senator, halten Sie die ganzen Zusatzfragen und Befürchtungen der Kollegen hier im Haus nicht insofern für überflüssig, als diese Entscheidung nicht von Ihnen getroffen werden kann, sondern einer gesetzlichen Regelung bedarf, und für Gesetze ist immer noch dieses Haus zuständig?

**Präsident Dr. Klink:** Bitte, Herr Senator!

**Senator Franke:** Herr Abgeordneter Fluß, dabei läßt es die Verfassung der Freien Hansestadt Bremen zu, daß der Senat Gesetze einbringt.

(Abg. **Fluß** [SPD]: Aber wir beschließen sie! — Heiterkeit)

**Präsident Dr. Klink:** Beschlossen werden die Gesetze im Parlament.

**Senator Franke:** So ist es!

(C)

**Präsident Dr. Klink:** Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. Damit ist die fünfte Anfrage erledigt. Ich bedanke mich bei Herrn Senator Franke!

(Beifall bei der SPD)

Die sechste und damit letzte Anfrage in der Fragestunde hat die **statistischen Erhebungen im Hochschulbereich** zum Gegenstand. Die Anfrage trägt die Unterschriften des Abgeordneten Mützelburg und Fraktion der GRÜNEN.

Ich bitte den Abgeordneten Mützelburg, die Anfrage vorzutragen!

Abg. **Mützelburg** (GRÜNE): Wir fragen den Senat: Welche Erhebungen, die das Hochschulstatistikgesetz vorsieht, werden derzeit oder im Laufe der Jahre 1984/85 an Bremer Hochschulen durchgeführt?

**Präsident Dr. Klink:** Zur Beantwortung erhält das Wort Herr Senator Kröning!

**Senator für Inneres Kröning:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zur Zeit wird die im sechsjährigen Turnus durchzuführende Erhebung des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals für das Jahr 1983 abgewickelt. Die nach dem Hochschulstatistikgesetz vorgeschriebenen nächsten Erhebungen der Jahre 1984/85 sind erstens, zum Herbst und Frühjahr dieser Jahre, die semesterweise durchzuführende Erhebung der Studenten und Prüfungskandidaten sowie die Erhebung der Promotionen; zweitens, zum Herbst jeden Jahres, die jährliche Erhebung des technischen Verwaltungs- und sonstigen Personals, der Hochschulfinanzen und der Abiturienten sowie die Erhebung der Bestandsveränderungen beim wissenschaftlichen und künstlerischen Personal; drittens, zum Ende jeden Jahres, die Erhebung des Raumbestandes und der Gebäude- und Raumnutzung; viertens, zum Anfang 1985, die Erhebung der Habilitationen des Jahres 1984.

**Präsident Dr. Klink:** Haben Sie den Wunsch, eine Zusatzfrage zu stellen? — Bitte, Herr Mützelburg!

Abg. **Mützelburg** (GRÜNE): Herr Senator Kröning, ist Ihrem Haus bekannt — ich vermute das —, daß der Datenschutzbeauftragte des Landes Bremen im Jahresbericht gegen alle diese Erhebungen sehr erhebliche Bedenken bezüglich ihrer Rechtmäßigkeit aufgrund des Urteils zur Volkszählung festgestellt hat?

**Präsident Dr. Klink:** Bitte, Herr Senator!

**Senator Kröning:** Ja!

(D)

(A) **Präsident Dr. Klink:** Zusatzfrage? — Bitte, Herr Mützelburg!

Abg. **Mützelburg** (GRÜNE): Welche Konsequenzen haben Sie daraus gezogen,

(Abg. **G a s s d o r f** [CDU]: Keine!)

wo Sie diese Erhebungen nach wie vor durchführen lassen?

**Präsident Dr. Klink:** Bitte, Herr Senator!

**Senator Kröning:** Zweierlei! Erstens, es wird zu dem Jahresbericht und damit auch zu diesen Bedenken von Seiten des Senats noch Stellung genommen werden. Anschließend wird das Thema sicherlich noch die Bürgerschaft beschäftigen, voraussichtlich nach der Sommerpause.

Zweitens, für diesen konkreten Fall haben wir die Bedenken sofort mit der Behörde des Senators für Bildung, Wissenschaft und Kunst besprochen und auch an den Bundesinnenminister herangetragen. Zwischen Bund und Ländern besteht Einvernehmen, daß das Gesetz möglichst bald novelliert wird. Dies wird voraussichtlich im Zusammenhang mit der Änderung statistischer Rechtsvorschriften, die in Arbeit ist, erfolgen.

**Präsident Dr. Klink:** Zusatzfrage? — Bitte, Herr Mützelburg!

(B)

Abg. **Mützelburg** (GRÜNE): Herr Senator Kröning, habe ich jetzt Ihrer Antwort richtig entnommen, daß Sie trotz erheblicher rechtlicher Bedenken und Mängel, die mit diesen Gesetzen, aufgrund derer diese Erhebungen durchgeführt werden, verbunden sind, die Erhebungen dennoch durchführen lassen?

**Präsident Dr. Klink:** Bitte, Herr Senator!

**Senator Kröning:** Ja, das haben Sie richtig verstanden! Ich will allerdings zwischen den Bedenken des Landesbeauftragten für den Datenschutz und den Bedenken des Senats unterscheiden, hier gibt es noch Unterschiede in Nuancen. Aber grundsätzlich sind auch wir der Meinung, daß dieses Hochschulstatistikgesetz vor dem Hintergrund der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum Volkszählungsgesetz überarbeitet werden muß.

Nur in einem Punkt haben wir eine klare Differenz mit dem Landesbeauftragten für den Datenschutz. Der Landesbeauftragte läßt nämlich seine Bedenken in die Forderung münden, dieses Gesetz in Bremen nicht anzuwenden. Das machen wir mit einem Bundesgesetz nicht!

**Präsident Dr. Klink:** Zusatzfrage? — Bitte, Herr Mützelburg!

Abg. **Mützelburg** (GRÜNE): Welche Gründe haben Sie dafür, da Ihnen nun diese sehr erheblichen und

verfassungsrechtlich begründeten Bedenken des Datenschutbeauftragten bekannt sind, die Erhebung trotzdem durchzuführen?

(C)

**Präsident Dr. Klink:** Bitte, Herr Senator!

**Senator Kröning:** Der Rechtsgehorsam, dem jeder Beamte, jeder Bürger und auch Senatoren unterliegen!

**Präsident Dr. Klink:** Zusatzfrage? — Bitte, Herr Mützelburg!

Abg. **Mützelburg** (GRÜNE): Herr Senator Kröning, schließt dieser Rechtsgehorsam auch ein, daß die Daten derjenigen Befragten, die sich aufgrund dieser rechtlichen Mängel weigern, an dieser Befragung teilzunehmen, gespeichert werden?

**Präsident Dr. Klink:** Bitte, Herr Senator!

**Senator Kröning:** Ich kann im Moment Einzelheiten dieses Hochschulstatistikgesetzes nicht nennen. Aber ich gehe davon aus, daß Daten, die erhoben werden, auch zunächst gespeichert werden, daß diejenigen, die Rechtspflichten aus diesem Gesetz zu erfüllen haben, auch Einsicht zeigen werden. Wenn nicht, muß dieser Einsicht etwas nachgeholfen werden.

(Widerspruch bei den GRÜNEN)

(D)

Ja, zum Teil sind diese Rechtspflichten auch bußgeldbewehrt oder ähnliches!

Die Hauptsorge besteht — genauso wie beim Volkszählungsgesetz — hinsichtlich der Weitergabe der Daten, die das Statistische Landesamt erhält, an andere Behörden. Ich will hier ganz klar sagen, damit die Irritation, die vielleicht durch die Frage oder sogar durch meine Antwort ausgelöst ist, beseitigt wird, daß die Weitergabe von Daten, die das Statistische Landesamt im Rahmen der Hochschulstatistik erhält, an andere Behörden bisher nicht üblich war und auch in diesem Fall nicht praktiziert wird. Das heißt also, daß eine wesentliche Einschränkung, die das Gesetz zuläßt, auch vorgenommen wird. Ich denke, daß deshalb wie in der Vergangenheit gar keine Verweigerungsgründe bestehen.

**Präsident Dr. Klink:** Zusatzfrage? — Bitte, Herr Mützelburg!

Abg. **Mützelburg** (GRÜNE): Herr Senator Kröning, ist Ihnen bekannt, daß sich die Bedenken des Datenschutbeauftragten nicht in erster Linie auf die Tätigkeit des Statistischen Landesamtes, sondern auf die Verfassungsmäßigkeit dieser Gesetze beziehen?

**Präsident Dr. Klink:** Bitte, Herr Senator!

**Senator Kröning:** Ja! Aber, Herr Abgeordneter Mützelburg, irgendeinen Grund müssen die Beden-

(A) ken haben. Die Bedenken liegen, wie auch beim Volkszählungsgesetz, im wesentlichen in der Weitergabe durch die statistischen Ämter an kommunale Behörden, Landesbehörden oder auch Bundesbehörden. Dies ist auch der tragende Grund des Vorbringens des Landesbeauftragten für den Datenschutz. Ich habe hier klargestellt, daß diese Weitergabe nicht erfolgt und

(Abg. Willers [GRÜNE]: Nicht üblich ist!)

bisher gar nicht praktiziert wurde. Dies wird jetzt durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts untermauert.

(Abg. Willers [GRÜNE]: Aber was ist das für eine Aussage, daß es nicht üblich ist!)

**Präsident Dr. Klink:** Zusatzfrage? — Bitte, Herr Mützelburg!

Abg. **Mützelburg** (GRÜNE): Herr Senator Kröning, trifft es zu, daß Sie diese ganzen Verfahren weiterführen, obwohl die rechtlichen Bedenken erheblich sind, weil Sie sonst befürchten, daß das Bundesland Bremen nicht an finanzielle Mittel — etwa nach dem Hochschulbauförderungsgesetz — herankommt?

**Präsident Dr. Klink:** Bitte, Herr Senator!

(B)

**Senator Kröning:** Nein, das ist nicht mein maßgeblicher Grund! Wir sind uns mit dem Senator für Bildung, Wissenschaft und Kunst, der diese finanziellen Bedenken in erster Linie haben mußte, darin einig, daß Bedenken gegen dieses Gesetz bestehen und haben sie, wie ich bereits ausgeführt habe, unmittelbar dem Bund mitgeteilt. Wir drängen den Bund auch, das Gesetz zu ändern. Es sind also ausschließlich rechtliche Überlegungen, die uns dazu bewegen, das Gesetz zwar einschränkend anzuwenden, aber auf der anderen Seite auch nicht auszusetzen.

(Abg. Willers [GRÜNE]: An Bundestreue ist das nicht zu überbieten!)

**Präsident Dr. Klink:** Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. Dann ist auch die sechste und damit letzte Anfrage erledigt. Ich bedanke mich bei Herrn Senator Kröning!

Meine Damen und Herren, damit ist Punkt eins der Tagesordnung abgeschlossen.

### Aktuelle Stunde

Meine Damen und Herren, für die Aktuelle Stunde ist von den Fraktionen kein Thema beantragt worden.

### Maßnahmen zur Verminderung der Steuerrückstände und zur Erhöhung der Steuergerechtigkeit im Lande Bremen

Antrag der Fraktion der GRÜNEN  
vom 2. Mai 1984  
(Drucksache 11/149)

(C)

Wir verbinden hiermit:

### Steuerrückstände im Lande Bremen

Antrag der Fraktion der SPD  
vom 8. Mai 1984  
(Drucksache 11/151)

Die gemeinsame Beratung ist eröffnet.

Das Wort hat der Abgeordnete Mützelburg.

Abg. **Mützelburg** (GRÜNE): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Als wir im vergangenen Winter in die Haushaltsberatungen eingetreten sind, wurde über die Löcher im bremischen Haushalt öffentlich debattiert.

(Vizepräsident v. d. Schulenburg  
übernimmt den Vorsitz.)

Die Vierteljahresberichte über die Abwicklung des Landeshaushalts weisen aus, daß sie keineswegs geringer geworden sind. Während dieser Haushaltsberatungen stießen wir auf Meldungen aus dem Haus des Finanzsenators, daß im Jahr 1981 immerhin 230 Millionen DM und im Jahr 1982 sogar 304 Millionen DM an Steuern nicht eingetrieben worden sind.

(D)

Wir haben diese Tatsache entsprechend allgemeiner Anschauung erst einmal für normal gehalten. Dann hat uns die Deutsche Steuergewerkschaft anläßlich der Rationalisierungsbemühungen und Stellenstreichungsbemühungen, die auch im Haus des Finanzsenators stattgefunden haben, darauf aufmerksam gemacht, daß ein großer Teil dieser Gelder deshalb nicht beigetrieben werde, weil Betriebsprüfer fehlten. Wir wurden hellhörig!

(Abg. Stelljes [SPD]: Schwarz Hörer!)

Wir haben dann vorgeschlagen, auch in der Bürgerschaft, verschärft Steuern einzutreiben, und haben deshalb bei den Haushaltsberatungen mehr Personal für diesen Bereich gefordert. Ihre Fraktion, die SPD, hat das abgelehnt.

Wir haben zugleich eine Große Anfrage zu diesem ganzen Komplex der Steuerrückstände gestellt und mußten erfahren, daß diese Rückstände mittlerweile auf 470 Millionen DM oder nahezu zehn Prozent des Bremer Landeshaushalts gestiegen sind. Dies finden wir nun nicht mehr normal, denn die ganze Angelegenheit hat — so hat uns der Finanzsenator in der Antwort auf die Große Anfrage erklärt — gar nichts mit fehlendem Personal zu tun. Die fehlenden Steuereinnahmen seien sowieso nur rein zahlenmäßig vorhanden. Sie seien auf Umstellungspro-

- (A) bleme der elektronischen Datenverarbeitung zurückzuführen, und schließlich seien sie im wesentlichen auch nur ein paar Tage alt und kurzfristig.

Diese Argumentation hat uns zu Nachforschungen Anlaß gegeben. Noch mehr Anlaß zu Nachforschungen hat uns gegeben, als es der Senat ganz offenkundig eilig hatte, diese sehr umfangreiche, mit vielen Zahlen gespickte Antwort auf unsere Große Anfrage auch noch zu publizieren.

In den „Bremer Nachrichten“ war am 27. 4. nämlich ein ausführlicher Artikel, offensichtlich beruhend auf Informationen aus dem Haus des Finanzsenators und der Oberfinanzdirektion, zu lesen, in dem erklärt wurde, daß das Haushaltsloch auch ohne Steuerschulden entstanden wäre. Dabei hatten wir auch nie behauptet, daß die Steuerschulden allein das Haushaltsloch ausmachten.

Weiterhin wurde erklärt, daß diese ganzen Steuerrückstände im wesentlichen nur auf Kurzzeitschulden beruhten, und launig wurde dann auch noch aus dem Haus des Finanzsenators erklärt, das ginge doch jedem so. Man bezahle seine Kraftfahrzeugsteuer vielleicht nicht sofort, bekomme eine Mahnung, und dann sei das alles als Steuerschuld im Computer.

Schließlich endete dieser Artikel auch noch mit der schönen Aussage: „Gelänge es den Bremer Finanzämtern tatsächlich, alle rückständigen Steuern einzutreiben, so hätte Bremen ja gar nichts davon. Entsprechend geringer würden nur die Zuweisungen aus dem Länderfinanzausgleich.“

- (B) Ich denke, Sie sollten einmal die letzte Überlegung auf sich wirken lassen: Wenn im Lande Bremen Steuern eingetrieben werden, bekommt Bremen weniger Geld aus dem Länderfinanzausgleich! Das mag ja rechnerisch in bestimmtem Umfang stimmen, aber ist das nicht eine direkte Aufforderung zur Nichtzahlung von Steuern? Am einfachsten wäre es dann doch, gleich zu sagen, schließen wir die Finanzämter, treiben wir keine Steuern ein, dann bekommen wir sehr viel Geld aus dem Länderfinanzausgleich. Ich glaube, das kann doch nicht ernst gemeint sein!

(Abg. W e d e m e i e r [SPD]: Das sagt doch auch keiner!)

Wenn der Finanzsenator so drastisch und auch noch publizistisch auf unsere Große Anfrage reagiert, denke ich, muß daran doch einiges sein, was nicht so exakt erklärt worden ist, was vielleicht verschwiegen worden ist, was vielleicht diese Angelegenheit doch etwas skandalöser macht und sie aus dem Bereich der Normalität heraushebt.

Unsere Nachforschungen haben uns selbstverständlich auch mit der Basis zusammengeführt. Die Deutsche Steuergewerkschaft sowie die ÖTV im Finanzamt haben sich intensiv mit diesen Fragen beschäftigt, und wir sind ihnen sehr zu Dank verpflichtet, daß sie, insbesondere die Gewerkschaft ÖTV, die Fragen, die sich aus der Beantwortung unserer Großen Anfrage ergeben haben, auch öffentlich gemacht haben. Ich möchte hier nur auf drei Punkte eingehen.

- (C) Herr Senator Thape und seine nachgeordneten Beamten haben öffentlich erklärt, es handele sich bei diesen riesigen Steuerrückständen in Höhe von 470 Millionen DM um kurzfristige Zahlungsüberziehungen, von denen nach Angaben des Senators immerhin 340 Millionen DM auch beiteilbar sein sollen. Nach den Angaben der Steuerbeamten sind nur 29,6 Millionen DM, das sind 6,3 Prozent, kurzfristige Nichtzahlungen von Steuern. Ist das ein wesentlicher Anteil? Ich sehe das nicht so, und Sie können das ja auch nachrechnen. Das heißt, die kurzfristigen Zahlungsüberziehungen sind es offensichtlich nicht.

(Abg. S t ä c k e r [SPD]: Ohne Gewerbesteuer, Herr Kollege!)

Zweitens: Wer ist steuerrückständig? Der Senator hat uns hier erklärt, er könne nicht beantworten, ob sich das auf Unternehmer, Arbeitnehmer und so weiter verteilt. Er könne nur die Steuerarten aufzählen.

Immerhin sind nach den Daten des Senators 206 Millionen DM Rückstände aus Lohn- und Umsatzsteuer entstanden. Was sind das für Beträge? Das sind doch Beträge, die Unternehmen und Betriebe eingenommen und bisher nicht weitergeleitet haben. Das heißt, die Steuern, die ein Arbeitnehmer zahlt, der vielleicht in einem Betrieb beschäftigt ist — zum Beispiel wie der Herr Kollege Groß —, werden von seinem Unternehmen einbehalten und erst später weitergeleitet.

- (D) Der Arbeitnehmer kreditiert den Unternehmer, und wir finden das auch noch eine gerechte Maßnahme! Das steckt dahinter! 206 Millionen DM sind immerhin weit über 40 Prozent dieser Steuerrückstände, über 40 Prozent billige Kredite von Arbeitnehmern an Arbeitgeber. Wenn man dazu noch die Unternehmensteuern von über 80 Millionen DM rechnet, dann sind über 60 Prozent, knapp zwei Drittel aller Steuerrückstände, Steuerrückstände, die zu Lasten von Betrieben und Unternehmen im Lande Bremen gehen.

(Abg. K u n i c k [SPD]: Zugunsten, nicht zu Lasten!)

Der Herr Kollege Kunick weist darauf hin, daß das zugunsten der Unternehmen sei. Man kann das selbstverständlich so sehen, daß, wenn man Unternehmen Steuern stundet oder sie ihnen vollständig erläßt, ihre Finanzsituation verbessert wird.

(Abg. K u n i c k [SPD]: Zu Lasten des Staates, zugunsten des Unternehmers!)

Herr Kollege Kunick, aber was passiert mit dem Arbeitnehmer? Jedem Lohnsteuerpflichtigen wird das Geld von seinem Gehalt oder seinem Lohn abgezogen,

(Abg. K u n i c k [SPD]: Das Geld, das er dem Staat schuldet!)

(A) und zurück bekommt er es irgendwann einmal beim Lohnsteuerjahresausgleich. Die Fristen verlängern sich von Jahr zu Jahr. Das können Sie auch in der Presse lesen. Was ist das, Gleichbehandlung oder Ungleichbehandlung? Was Sie machen, Herr Kollege Kunick, ist eigentlich ein Aufruf zur Steuerungsrechtigkeit. Das kann die Sozialdemokratische Partei doch ihrem Anspruch nach eigentlich gar nicht vertreten.

(Abg. K u n i c k [SPD]: Unfug!)

Drittens: Herr Senator Thape hat erklärt, Bremen läge bei den Steuerprüfungen im Grunde über dem Bundesdurchschnitt, und das könne er auch damit begründen, daß zumindest die Mehrzahl der Großbetriebe so geprüft würde, daß sie die Verjährungsfrist von fünf Jahren für Steuern nicht erreichten. Daraus leitet er auch ab, daß das Personal für Betriebsprüfungen knapp ausreichend sei.

Ich möchte in diesem Zusammenhang aus der Stellungnahme der Gewerkschaft ÖTV etwas verlesen. Dort heißt es nämlich — ich zitiere mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten —:

„Es gibt eine Anweisung der Oberfinanzdirektion Bremen vom 12. November 1982 zur Verkürzung der Prüfungszeiträume.“ Insofern hat er recht! „Die Verkürzung der Prüfungszeiträume soll erreicht werden, wenn bei der Vorbereitung und der Durchführung der Prüfung vom Prüfer die Grundsätze rationalen Prüfens, zum Beispiel Bildung von Prüfungsschwerpunkten, Aussparen nicht prüfungsbedingter Bereiche, beachtet werden. Das heißt, geprüft werden soll nicht mehr alles, sondern schwerpunktmäßig. Im Protokoll einer Dienstbesprechung dazu heißt es, daß in Anbetracht des langen, durchschnittlichen Prüfungsturnusses in Bremen bei Großbetrieben vermehrt auf die Grundsätze der Rationalisierung zurückgegriffen werden müsse. Der Häufigkeit von Betriebsprüfungen sei künftig der Vorrang vor der Gründlichkeit zu geben. Hierbei müssen Steuerausfälle in Kauf genommen werden.“

Diese Grundsätze der Rationalisierung führen dann dazu, daß Bremen plötzlich in der Statistik ganz weit oben steht, aber nur statistisch! An den Tatsachen hat sich nichts geändert, denn die Betriebe, die in der Statistik als geprüft erscheinen, sind lange nicht alle geprüft. In dem Protokoll, das ich eben zitiert habe, heißt es dazu:

„Übereinstimmend wurde dagegen festgehalten, daß Betriebe künftig dann vom Prüfungsplan abzusetzen sind, wenn sich nach dem Akteninhalt keine Anhaltspunkte dafür ergeben, daß die Prüfung zu wesentlichen Änderungen der Besteuerungsgrundlagen führen würde. Diese Fälle sollen jedoch als geprüft gelten für die Jahre und statistisch erfaßt werden.“

So läßt sich in der Tat eine gute Statistik fabrizieren, Herr Senator Thape! Der Prüfungszeitraum liegt nämlich, wenn man diese Daten einmal als nicht geprüfte Betriebe rechnet, unter dem Bundesdurch-

schnitt. Ich glaube, das können Sie auch nicht vom Tisch wischen. (C)

Drei Beispiele aus der Antwort auf die Große Anfrage, drei Beispiele, die meines Erachtens zeigen, daß in der Frage der Steuereinnahmen und der Steuerbeitreibung mit zweierlei Maß gemessen wird!

In der Tat, die Beitreibung von Steuerrückständen im Land Bremen ist nicht der Stein der Weisen zur Lösung aller Haushaltsprobleme. Das wird hier niemand behaupten. Die Beitreibung von Steuerrückständen ist aber ein kleiner Schritt zu mehr Steuergerechtigkeit.

Selbstverständlich ist das Grundübel der Ungerechtigkeit das Steuersystem insgesamt, aber ein Teil wird eben auch durch die Beitreibung der Steuerrückstände beigetragen. Daß Arbeitnehmer die wachsenden Steuerschulden von Betrieben und Unternehmern nicht mit Vergnügen sehen können, kann man eigentlich einfachen Daten entnehmen.

Stellen Sie sich einmal vor, im Jahr 1951 betrug der Anteil der Lohnsteuer in der Bundesrepublik zehn Prozent vom Steueraufkommen, der Anteil der Einkommensteuer betrug neun Prozent, der Anteil der Körperschaftsteuer der Kapitalgesellschaften betrug etwa acht Prozent! Im Jahre 1971, das war in der sozialliberalen Zeit, betrugen die Lohnsteueranteile schon 25 Prozent, die Einkommensteuer betrug zwölf Prozent, die Körperschaftsteuer vier Prozent.

Sehen wir uns das Jahr 1983, nach der Wende, an! Die Arbeitnehmer zahlen 33 Prozent des Steueraufkommens an Lohnsteuer, Selbständige und Unternehmer nur noch acht Prozent an Einkommensteuer und Kapitalgesellschaften nur noch sechs Prozent an Körperschaftsteuer. Die Steuerschere klafft immer weiter auseinander, und durch das Nichtbeitreiben von Steuerrückständen von Unternehmern wird das natürlich auch in der Realität noch verschärft. (D)

Ist das Steuergerechtigkeit, wenn die Steueranteile der Lohnabhängigen steigen und die Steueranteile der Unternehmen immer weiter sinken und die Steuern, die sie bezahlen müssen, auch nicht mehr eingetrieben werden?

Meine Damen und Herren, Bremen, der Auffassung sind wir GRÜNEN, muß für eine Steuerreform eintreten, und die Steuerreform muß sich selbstverständlich auf das gesamte Steuersystem beziehen und nicht nur eine Veränderung der Tarife der Lohn- und Einkommensteuer vorsehen. Sie muß nach Auffassung der GRÜNEN eine Ressourcensteuer, Immissionsteuer und Wertschöpfungssteuer in die Debatte einbeziehen. Wir haben das hier anlässlich der Haushaltsberatungen ansatzweise debattiert und eine Tendenz bei der SPD gesehen, sich in die gleiche Richtung zu bewegen. Mit der Steuerreform muß aber auch eine Reform der Steuerverteilung und der Steuerbeitreibung Hand in Hand gehen, und dazu sind aktuelle Maßnahmen möglich und notwendig.

Wir haben in unserem Antrag gefordert, die Anzahl der Planstellen für Betriebsprüfungen so auszuweiten, wie es in früheren Jahren haushaltsmäßig auch vorgesehen war, vom Haushaltsausschuß be-

(A) ziehungsweise vom Senat dann jedoch gestrichen worden ist. Diese Stellenanträge geben wenigstens die Chance, in geringem Umfang dafür zu sorgen, daß rückständige Steuern schneller beigetrieben werden und daß schneller Klarheit darüber besteht, was tatsächlich niedergeschlagen werden muß und was eintreibbar ist. Insofern kann auch eine haushaltmäßige Entlastung erreicht werden.

Solange die Steuerfahndung im Land Bremen zwei Jahre im Rückstand ist, und damit ist sie fast Schlußlicht aller Bundesländer, kann sich nichts ändern. Solange dieser Zustand nicht durch mehr Personal beim Finanzsenator ausgeglichen wird — und darauf weisen die zuständigen Gewerkschaften lange hin —, wird sich auch nichts ändern. Steuerfahndung, meine Damen und Herren, macht sich bezahlt, meinen wir, und zwar nicht nur in Bargeld, sondern sie macht sich auch bezahlt im Vertrauen auf die Steuergerechtigkeit, die bei uns herrschen muß.

Wir GRÜNEN, nicht nur hier im Parlament, sind gegen mehr Wachstum. Wir sind auch gegen mehr Wachstum von Steuerungerechtigkeit zugunsten von Großunternehmen und Betrieben. Meine Damen und Herren von der Sozialdemokratie, wenn Sie Ihre Forderung nach Steuergerechtigkeit wahr machen wollen, die Sie im Bund gegenüber der jetzigen Bundesregierung erheben, dann müssen Sie sich im Grunde unserem Antrag anschließen und nicht nur eine deklamatorische Erklärung zur möglichst zügigen Eintreibung von Steuern beschließen, denn nicht nur Worte, sondern Taten zählen, und Taten sind in diesem Fall Personalstellen. Mehr Steuergerechtigkeit also und gegen das Wachstum von Steuerungerechtigkeit!

(B)

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Vizepräsident v. d. Schulenburg:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Stäcker.

Der Abgeordnete Stäcker hat um Verlängerung seiner Redezeit gebeten. Nach der Geschäftsordnung könnte er bis zu einer halben Stunde sprechen, aber die Verlängerung ist nur vorsorglich angemeldet worden.

**Abg. Stäcker (SPD):** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist schwierig und mißlich, wenn man nach einem so großen zeitlichen Abstand zur Vorlage der Antwort des Senats heute auf diese umfangreiche Antwort zurückkommen muß. Es ist jedoch wohl notwendig, dies zu tun, und deswegen muß es auch gestattet sein, zunächst eine Vorbemerkung zu machen.

Unangenehm sind Steuerrückstände für alle, ob das im Bund, bei den Kommunen oder in den Ländern ist. Das ist etwas, mit dem man sich nicht einverstanden erklären kann und bei dem man überlegen muß, was man besser machen kann. Besonders unangenehm ist es, wenn auch noch die Kassenlage schwierig ist und wir darauf bedacht sein müssen, möglichst die Einnahmen, die uns zustehen, auch hereinzuholen.

Bremen, und das ist Tatsache, liegt zusammen mit dem Saarland mit 10,75 Prozent Anteil am Steueraufkommen mit den Rückständen an der Spitze, und das ist in diesem Fall sicherlich keine schöne Position. Aber man muß bei genauerem Hinsehen auch feststellen, daß hier teilweise Vergleiche gezogen worden sind, auch in den Publikationen, die von den verschiedensten Institutionen herausgegeben wurden, die nun nicht gerade zulässig sind und die auch einer näheren Betrachtung nicht standhalten.

Ein Vergleich der Niederschlagungsquoten ergibt zum Beispiel, daß im Bundesdurchschnitt in den Jahren 1980 bis 1983 das Zwei- bis Dreifache des bremischen Anteils niedergeschlagen wurde und damit, wenn wir das umrechnen, aus den echten Rückständen herauszurechnen ist. Das bedeutet für Bremen, wenn nach dem gleichen Modus die Niederschlagungsquote nach dem Bundesdurchschnitt aus den echten Steuerrückständen herausgerechnet wird, einen Betrag von bis zu 120 Millionen DM. Keine kleine Summe!

Die zurückhaltende Niederschlagungspraxis in Bremen zeigt sich für diesen Bereich auch daran, daß in Bremen die Rückstände zu 66,6 Prozent, im Bundesdurchschnitt jedoch nur zu 41,3 Prozent älter als ein Jahr waren. Außerdem sind bei uns in den echten Rückständen rund 44 Millionen DM Konkursforderungen enthalten.

Um also vergleichbare Fakten zu haben, ist anzustreben, und darauf zielt auch unser Antrag, daß Bremen die übliche Niederschlagungspraxis des Bundes übernimmt und die bisher noch nicht erfolgten Niederschlagungen nachholt.

Meine Damen und Herren, für eine Gesamtbeurteilung kann man außerdem nicht außer acht lassen, daß 1982 die Umstellung der Erfassung nach Einführung des automatisierten Steuererhebungsverfahrens erfolgte. Ich meine damit, daß auch die kurzfristigen Überschreitungen der Zahlungstermine jetzt natürlich auch mit als Rückstände erfaßt worden sind.

Nimmt man die eingangs von mir erwähnten niederschlagungsreifen Steuerforderungen dazu, dann sind die möglichen Beitreibungen der Vollstreckungsstelle auf einen Rückstandsanteil von etwa 179 Millionen DM zu beziehen. Es ist, meine Damen und Herren — das sage ich auch nach den Erfahrungen derjenigen, die das machen müssen und das auch leisten —, wohl damit zu rechnen, daß hiervon 50 Millionen DM als aussichtslose Fälle nicht hereingeholt werden können. Das muß man aber erst untersuchen.

Wir haben also festzustellen, daß von den insgesamt 470 Millionen DM Steuerrückständen etwa, wenn wir die Stundungen und Ausnahmen bei Zahlungen mit 130 Millionen DM ansetzen, 340 Millionen DM übrigbleiben. Dann fallen da außerdem noch die weiteren 44 Millionen DM heraus, so daß wir, und da stimmen wir in den Beträgen überein, von Steuerrückständen in Höhe von 304 Millionen DM sprechen. Bis Ende 1983 sind darin — ich darf das

(C)

(D)

- (A) noch einmal wiederholen — auch 44,4 Millionen DM Konkursforderungen enthalten.

Ich stimme dem Kollegen Mützelburg zu, daß es unbefriedigend und gegenüber denjenigen Steuerzahlern auch ungerecht ist, die sofort ihre Steuern vom Lohn abgezogen bekommen, wenn rund 32 Millionen DM an Lohnsteuern nicht an den Staat weitergeleitet werden.

(Beifall bei der SPD)

Die SPD-Fraktion erwartet — auch darauf zielt unser Antrag ab —, daß dieser Feststellung energisch nachgegangen wird und daß das auch umgehend erfolgt.

Dasselbe, meine Damen und Herren, gilt auch für die rund 174 Millionen DM Umsatzsteuern, die der Verbraucher, also der Käufer, zwar bezahlt hat, die aber ebenfalls dem Staat noch vorenthalten werden. Auch diese Verhaltensweise ist für denjenigen, der sich nicht zur Wehr setzen kann, ein Schlag ins Gesicht und hat auch nichts mit einer ehrlichen Steuerabführung im eigentlichen Sinne zu tun.

Rechnet man die Steuern, die die Unternehmen selbst aufbringen müssen, hinzu, wie die Körperschaftsteuer, Versicherung-, Gewerbesteuer und so weiter, dann sind das noch einmal weitere 86 Millionen DM, und das heißt doch nichts anderes, als daß hier in Höhe von 293 Millionen DM, wenn wir nur diese drei Beträge einmal zusammenrechnen, Bremische Betriebe und Firmen sich direkt oder indirekt zusätzlich stille Kredite verschaffen, und dies auf Kosten des Staates.

- (B)

Meine Damen und Herren, es hört sich gut an, wenn wir sagen, daß wir damit nicht einverstanden sind und daß das nicht in Ordnung ist. Das ist auch nicht in Ordnung. Auf der anderen Seite muß man jedoch auch einräumen, daß es aufgrund aktueller wirtschaftlicher Schwierigkeiten von Unternehmen durchaus zu kurzfristigen Zahlungsaufschüben kommen kann. Dies ist ebenfalls mit zu sehen. Es ist hier also nicht alles über einen Leisten zu schlagen. 293 Millionen DM jedoch, das sind 62 Prozent der Steuer rückstände, sind zuviel und sind auch nicht zu verantworten, von der Steuergerechtigkeit selbst ganz zu schweigen.

Wenn der Anteil Bremens, das heißt Land und beide Kommunen, rund 195 Millionen DM an den insgesamt rückständigen Steuern von 470 Millionen DM beträgt, ist auch dies für uns zu hoch. Gerade in diesen Zeiten, in denen wir doch bei der Durchführung und Abwicklung unserer Haushalte große Probleme haben, muß hier mehr unternommen werden, um Außenstände hereinzuholen. Auch dies will der Antrag meiner Fraktion.

Ich komme nun zu einem anderen Punkt, nämlich zur Entwicklung der Fallzahlen und der personellen Situation in der Landeshauptkasse und in der Vollstreckungsstelle! Die Zunahme von Rückständen aufgrund der ungünstigen wirtschaftlichen Situation wirkt sich auch auf Forderungen aus. Hier handelt es sich um die Vollstreckung kommunaler Forderungen

aller Art, zum Beispiel für Verkehrsordnungswidrigkeiten, die in einem Jahr um über 15 Prozent gestiegen sind, oder beim Krankentransport, für den wir ab April 1982 eine Eigenbeteiligung von fünf DM eingeführt haben. Dazu zählen aber auch die Gebühren und Elternbeiträge, die in den Kindertagesstätten gezahlt werden müssen, was zum großen Teil über Einzugsermächtigungen erfolgt, dazu gehört die Einführung der Fehlbelegungsabgabe im Wohnungsbau, auch sie hat zu erheblichen Mehrbelastungen geführt.

(C)

Natürlich sind in den Rückständen auch Forderungen enthalten, die die Landeshauptkasse und die Vollstreckungsstelle für andere einziehen, auch das soll man nicht unerwähnt lassen, ob das nun die Stadtwerke sind, die Krankenanstalten mit 2 800 Fällen, Kammern und Krankenkassen mit 1 500 Fällen, Rundfunkgebühren — übrigens eine stark zunehmende Tendenz — mit 2 400 Fällen oder auch auswärtige Gläubiger im Amtshilfeverfahren.

Insgesamt sind von 1982 bis 1984 die Vollstreckungsfälle in diesem Bereich um 33 Prozent gestiegen. Diese Entwicklung zeichnete sich bereits vor 1983 ab — das will ich auch besonders betonen —, vor Auflösung des Steueramtes, nämlich in den vier verschiedenen Vollstreckungsstellen und auch in der Landeshauptkasse. Sie ist im wesentlichen auf die ungünstige wirtschaftliche Lage bei uns hier im Land Bremen sowie auf die abnehmende Zahlungsbereitschaft zurückzuführen. Deswegen, meine Damen und Herren, muß man auch hier ansetzen, um zu überlegen, ob nicht, wenn man für andere zum Beispiel solche Rückstände und Forderungen betreibt, noch kostendeckender gearbeitet werden muß.

(D)

Wir halten folgende Maßnahmen für erforderlich: Erstens: Die Behörden müssen von den Jahre zurückliegenden, aber in der Statistik immer wieder auftauchenden Fällen, entlastet werden und müssen sich darum bemühen, eine Niederschlagung von rund 90 000 immer mitgeführten Papierfällen zu erreichen.

Zweitens: Probleme, die vom Gläubiger der Forderung organisatorisch und kostengünstiger gelöst werden können, dürfen weder die Landeshauptkasse noch die Vollstreckungsstelle belasten.

Drittens: Es ist auch notfalls durch Rechtsänderungen zu erreichen, daß andere Gläubiger für die Beitreibung ihrer Forderungen den kostendeckenden Verwaltungsaufwand, was auch mehr Personal in unseren Verwaltungen bedeutet, bezahlen. Es ist nicht einzusehen, daß wir für andere noch zusätzliche Kosten aufwenden, um diese Forderungen einzuziehen.

Viertens: Es sind so schnell wie möglich organisatorische Erleichterungen zum Beispiel bei der Handhabung des Mahnverfahrens einzuführen. Ich meine damit, daß, wenn erfahrungsgemäß 23 Prozent aller Mahnfälle innerhalb von sechs bis acht Wochen sich von selbst erledigen, weil dann auch der Eingang registriert wird, es doch überlegenswert wäre, ob man

(A) weitere Mahnungsmittelungen erst nach diesem Zeitraum verschickt. Man könnte sich doch etwa 20 Prozent der Bearbeitung dann ersparen.

Es ist auch die Frage, ob man durch ganz einfache Maßnahmen — und auch dies haben meine Kollegen im Haushaltsausschuß und aus der Finanzdeputation aus den Gesprächen mit Personalräten und anderen Bediensteten herausgehört — nicht eine neue Form einführt, indem man die Begeherbezirke vorher auswertet und auf den einzelnen Rückstandsanzeigen gleich von vornherein registriert, damit nicht jedesmal, wenn ein Vorgang bearbeitet wird, nachgesehen werden muß, wo sich denn nun die Straße befindet und wer dafür zuständig ist, wo derjenige wohnt, bei dem man das betreiben muß. Ist es nicht auch rückständig, wenn Karteikarten immer noch mit der Hand und nicht maschinell geschrieben werden?

Über diese Maßnahmen, meine ich, muß man jetzt ernsthaft nachdenken und an sie herangehen. Es gilt also — das möchte ich damit ausdrücken —, auch im Finanzressort, bei den Finanzämtern und hier in diesem speziellen Fall bei den Vollstreckungsstellen und bei der Landeshauptkasse noch einiges zu verbessern.

Meine Damen und Herren, es gilt jetzt vordringlich, die Einnahmeverbesserung zu sehen, und dazu ist zum Antrag der GRÜNEN folgendes zu sagen — ich gehe damit gleichzeitig auch auf die Frage der Stellenproblematik ein —: 1979 bestanden im Außendienst der Steuerverwaltung, zum Beispiel Betriebsprüfer und Steuerfahnder, Lohn- und Umsatzsteuersonderprüfer, 261 Stellen. Jetzt sind 301 Stellen vorhanden.

(B)

(Zuruf des Abg. Mützelburg [GRÜNE])

Davon sind zur Zeit zwölf unbesetzt, was im wesentlichen durch Abgänge im laufenden Jahr begründet ist.

Ab 1. August, und das ist ja nicht mehr lange hin, Herr Kollege Mützelburg — das war auch so geplant und ist gar keine Überraschung, das ist auch nicht erst durch die Anfrage der GRÜNEN zustande gekommen, sondern das ist ein ganz normaler Ablauf —, wenn der diesjährige Ausbildungsjahrgang ausläuft, werden die 301 Stellen voll dem Außendienst der Steuerverwaltung wieder zur Verfügung stehen. Sie werden also wieder aufgefüllt.

Nun sieht — ich möchte das auch gar nicht verschweigen — das Ausgleichskonzept 1984 bis 1987 die Einsparung von 149 Stellen im Finanzressort vor. Durch Aufgabenverminderung bei den Prämienstellen und Kassen sowie durch andere organisatorische Maßnahmen sollen 60 Stellen eingespart werden können, 50 Stellen sollen außerhalb der Steuerverwaltung zu erbringen sein, und der Rest muß innerhalb der Steuerverwaltung durch Fluktuation eingespart werden.

Ich gebe zu, daß das mühselig ist, daß das auch nicht einfach ist, ich meine aber, daß das auch aufgrund der Fakten, die uns vorliegen, nicht hoff-

(C) nungslos ist. Immerhin sind im Bereich Finanzen vom 1. 11. 1983 bis zum 1. 6. 1984 bereits 36 Stellen frei geworden und nicht wieder besetzt worden. Es sind sogar mehr frei geworden. Wir haben einen kleinen Teil davon wieder besetzen müssen, weil die Notwendigkeit dazu vorhanden war. 36 Stellen aber sind echt vom 1. November vergangenen Jahres bis jetzt frei geblieben.

Ich muß auch, meine Damen und Herren — das gilt generell —, mit aller Deutlichkeit und auch mit Nachdruck darauf hinweisen, daß, wenn zusätzliche Maßnahmen zu erhöhten Einnahmen führen sollen, ganz egal in welchem Bereich, dies dann aber auch zukünftig zusätzliche Kräfte im Finanzressort erfordert. Wir können nicht sagen, wir wollen durch diese oder jene Maßnahme mehr Geld hereinbekommen, und dann ist nur das Ressort, das womöglich Mahnschreiben ausstellt, zuständig, sondern das muß auch von der Einnahmeverwaltung bearbeitet werden.

Da kann man nicht sagen, das machen die noch einmal eben nebenbei, sondern die Zunahme dieser Fälle in der vergangenen Zeit ist so enorm gewesen, daß das jetzt nicht mehr verkraftet werden kann und dementsprechend auch mehr Personal, wenn weitere Maßnahmen folgen, erforderlich wird. Daß das kostenneutral sein muß, brauche ich nicht besonders zu erwähnen.

Es ist weiter zu prüfen, ob nicht, und wenn es auch nur vorübergehend ist, auf weitere diesjährige Prüfungsabsolventen von allen Finanzämtern zugunsten der Vollstreckungsstelle zurückzugreifen ist, um durch einen einmaligen Kraftakt Rückstände aufzuarbeiten. Es ist auch hilfreich, und das ist auch bekannt geworden, daß ab Herbst neun weitere Kräfte im Rahmen von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen eingesetzt werden können, um diese einmalige Aktion zu unterstützen.

(D) Meine Damen und Herren, nimmt man dazu die Niederschlagungspraxis, wie sie im Bundesgebiet üblich ist, nimmt man dazu organisatorische und rationale Verbesserungen, dann müßten die Rückstände beträchtlich abgebaut werden können und müßten sich unsere Steuereinnahmen erhöhen. Weil das bereits — nicht erst seit der Anfrage der GRÜNEN — eingeleitet wurde, bedarf es auch nicht eines solchen Antrags, sondern es sind viele Dinge, nachdem die Vollstreckungsstellen zusammengelegt wurden, das Steueramt aufgelöst worden ist und eine Übergangszeit von zwei Monaten verkraftet wurde, in Gang gesetzt worden.

Deswegen wollen wir mit unserem Antrag zum Ausdruck bringen, daß wir dem noch mehr Nachdruck verleihen und daß wir auch dem Senator für Finanzen hier den Rückhalt geben, der erforderlich ist, um diese Bemühungen zu einem besseren Ergebnis zu führen und damit letztlich auch zu mehr Steuererechtigkeit.

(Abg. Willers [GRÜNE]: Aber doch nicht mit so einem Wischwaschi-Antrag! — Präsident Dr. Klink übernimmt wieder den Vorsitz.)

- (A) Der Wischiwaschi-Antrag beinhaltet nach Ihrer Meinung nichts Konkretes. Ich habe Ihnen aber konkrete Maßnahmen aufgezeigt! Klagen und nur Worte zu machen genügt nicht, man muß auch handeln!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Dies habe ich hier von seiten meiner Fraktion zum Ausdruck gebracht!

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Klein. Der Abgeordnete Klein bittet darum, daß er ebenfalls entsprechend der Geschäftsordnung die Redezeit von 15 Minuten in seinem ersten Beitrag etwas überziehen kann.

**Abg. Klein (CDU):** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Ich möchte, nachdem ich den beiden Kollegen zugehört habe, eine Vorbemerkung machen.

(Abg. Willers [GRÜNE]: Eine Frage: Was hat er eigentlich gesagt?)

- (B) Ich möchte sehr vorsichtig sein bei der Bewertung des Verhältnisses von Unternehmern und Arbeitnehmern in diesem Zusammenhang der Steuerrückstände. Steuerrückstände an sich sind ein normaler Bodensatz und eigentlich nichts Ungewöhnliches, erst recht dann nicht, meine Damen und Herren, wenn Finanzämter aus arbeitsmarktpolitischer Sicht sich bei Vollstreckungsmaßnahmen eine gewisse Zurückhaltung auferlegen.

(Abg. Willers [GRÜNE]: Hört, hört!)

Dies ist heute noch nicht zum Ausdruck gekommen, und ich möchte das unterstreichen.

Wenn ich jetzt in meinem Beitrag die Steuerrückstände in Bremen kritisch behandle, dann soll das nicht ein Aufruf an die Finanzämter Bremens sein, diese Zurückhaltung im Interesse der Sicherung der Arbeitsplätze aufzugeben, das soll nicht erreicht werden, denn die Lage ist leider so, daß ohne eine angemessene Zurückhaltung Arbeitsplätze durch Konkurrenz vernichtet werden. Das wollte ich gerade im Hinblick auf das, was der Kollege Mützelburg zu den Unternehmern und ihrem Verhältnis zu den Arbeitnehmern gesagt hat, hier betonen.

Meine Damen und Herren, wir haben in der Tat aufgrund der offiziellen Antwort des Senats festzustellen, in Bremen hat es im letzten Jahr einen Gesamtsteuerrückstand von 470,5 Millionen DM gegeben. Es ist zu Recht gesagt worden, das sind 10,75 Prozent des gesamten Steueraufkommens. Die Frage ist, ob wir es mit einem normalen, nicht ungewöhnlichen Steuerrückstand zu tun haben oder ob dieser

- (C) Steuerrückstand zu kritisieren ist. Muß er verringert werden? Wenn ja, wie?

Ich komme aus zwei Gründen zu der Auffassung, daß dieser Steuerrückstand von insgesamt 470,5 Millionen DM zu hoch ist. Der erste Grund ist der Vergleich mit dem Gesamtsteuerrückstand im Bundesgebiet. Ich beziehe mich hier auf eine in Fachkreisen anerkannte Fachzeitschrift, die „Neuen Wirtschaftsbriefe“, die unter dem 14. 5. 1984 in ihrer Abteilung „Steuer- und Wirtschaftsrecht“ folgendes mitteilen:

„Die gesamten Steuerrückstände beliefen sich 1983 auf 16,3 Milliarden DM, während das Kassensoll dieser Steuern ein Volumen von 286 Milliarden DM erreichte. Die Rückstandsquote als Anteil der gesamten Rückstände am Kassensoll erhöhte sich leicht von zuvor 5,62 vom Hundert auf nunmehr 5,69 vom Hundert.“

Wir können also als gesichert davon ausgehen, meine Damen und Herren, daß im Vergleich zum gesamten Bundesgebiet Bremen doppelt so hohe Steuerrückstände hat, denn das gesamte Steueraufkommen des Bundesgebietes weist nur einen Gesamtrückstand von 5,69 Prozent aus, während der Senator den Rückstand in Bremen in seiner offiziellen Regierungsantwort mit 10,75 Prozent des bremischen Steueraufkommens beziffert hat. Dies ist ein ganz wichtiges Indiz dafür, daß das bremische Aufkommen zu hoch ist und daß wir aufgerufen sind, etwas zu unternehmen, um es angemessen zu reduzieren.

(D) Der zweite Grund, meine Damen und Herren, ist die Zuwachsrates der Steuerrückstände in Bremen. Während wir gesehen haben, daß von 1982 auf 1983 der Steuerrückstand im gesamten Bundesgebiet nur von 5,62 auf 5,69 Prozent gestiegen ist, also relativ geringfügig, habe ich eine Zahl aus Bremen, daß die Steigerungsrate von 1981 auf 1982 bei den beiträglichen Steuern sage und schreibe 32 Prozent beträgt. Auch diese Größe der Steigerungsrate ist ein weiteres Indiz für die Auffassung, daß der bremische Steuerrückstand wesentlich zu hoch ist und deswegen reduziert werden muß.

Meine Damen und Herren, es ist in der Tat richtig, daß eine solche Reduktion für Bremen nicht mehr Geld, nicht mehr Masse bringt, um Defizite zu decken, weil nach dem Prinzip der kommunizierenden Röhren eine Erhöhung der Steuereinnahmen in Bremen einen Rückgang des sehr beachtlichen Länderfinanzausgleichs zur Folge hätte.

Gleichwohl müssen wir darauf bedacht sein, im Bundesdurchschnitt Steuerrückstände zu haben, also, wenn Sie so wollen, übliche normale Steuerrückstände, denn immerhin klagt der Senat beim Bundesverfassungsgericht gegen das Finanzausgleichsgesetz, also gegen die Mehrheit der Bundesländer. Er sagt in dieser Klage unter anderem folgendes — ich darf einen Satz mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten zitieren —:

„Wie die üblichen finanzwirtschaftlichen und ökonomischen Kennziffern — Deckungsquote, Kreditfinanzierungsquote, Zinslastquote, Verschuldung je Einwohner, Bruttoinlandsprodukt, Arbeitslosenzahl

(A) len — im einzelnen ausweisen, hat Bremen im Ländervergleich die schlechteste Finanz- und Wirtschaftslage. Dies gibt Anlaß zu der Besorgnis, ob Bremen auch künftig in der Lage sein wird, die Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse in seinem Hoheitsgebiet im Verhältnis zu den anderen Bundesländern zu wahren." Zitat des Senats aus der Klage vor dem Bundesverfassungsgericht, Mitte Dezember 1983 geschrieben!

Meine Damen und Herren, wer so etwas in einer solchen Klage mit einer solchen politischen Bedeutung schreibt, muß natürlich seine Bücher in Ordnung halten. Selbst dann, wenn die Bücher Schreckliches ausweisen, wie wir gehört haben, muß das Haushaltswesen ordentlich und gehörig geführt sein, und dazu gehört, daß der Steuerrückstand, ein wichtiger Einnahmerückstand, sich entsprechend dem Bundesdurchschnitt verhält und nicht doppelt so hoch ist wie der Bundesdurchschnitt. Also selbst dann, wenn eine Mehreinnahme nicht zu verzeichnen ist, sollten wir gehörige Anstrengungen unternehmen, diesen von mir als wesentlich zu hoch erkannten Rückstand zu mildern.

Die Frage ist nun, wie das geschehen soll. Ich sage gleich vorweg, wir schließen uns dem Antrag der SPD an und lehnen den Antrag der GRÜNEN ab. Das muß ich kurz begründen.

(Abg. Willers [GRÜNE]: Ja, allerdings!)

(B) Wir haben zu beklagen, daß bei den Einsparungsvorgaben der Finanzverwaltung 149 Stellen bis 1987 gestrichen werden sollen. Davon sind 57,5 Stellen im Bereich der Oberfinanzdirektion und der Steuerverwaltung zu streichen. Wir sind der Meinung, daß diese Kürzungsvorgabe von 57,5 Stellen im Bereich der Oberfinanzdirektion und der Steuerverwaltung nicht vollzogen werden soll, damit durch eine bessere Personalausstattung der Finanzverwaltung diese Steuerrückstände aufgeholt werden können. Dies ist eine Ergänzung zu dem, was Sie vorgetragen haben. Sie haben einige beachtliche Verbesserungsvorschläge gemacht, Herr Kollege Stäcker, Sie haben aber bezüglich der Personalausstattung meines Erachtens keine zufriedenstellenden Vorschläge gemacht.

Um dem Antrag der SPD Genüge zu tun, die Steuerrückstände zu reduzieren — wir wollen das auch —, muß an die Personalausstattung gedacht werden, und es kann nicht dabei bleiben, daß der Senator dem Hause offiziell antwortet, die Personalausstattung sei knapp ausreichend, wenn wir wissen, daß sie unzulänglich ist und daß wir hier nur Erfolge erzielen werden, wenn eine entsprechende Reduktion der Kürzungsvorgabe erfolgt. Von den 149 Stellen sollen also 57,5 Stellen, die bei der Steuerverwaltung und bei der Oberfinanzdirektion entfallen sollen, nicht entfallen.

Meine Damen und Herren, damit dürfte dem Anliegen der Reduktion der Steuerrückstände Rechnung getragen sein. Wir halten es nicht für erforderlich,

wie die GRÜNEN es wünschen, die gesamte Kürzung von 149 Stellen rückgängig zu machen und darüber hinaus noch eine große Anzahl von Stellen neu zu bewilligen. Das steht im Widerspruch zu der außerordentlich kritischen finanzpolitischen Lage Bremens. Wir halten es auch für sachlich überflüssig. Selbst nach den Äußerungen der Steuergewerkschaft reicht es aus, wenn hier ein Stellenvolumen von 50 Stellen im Bereich der Steuerverwaltung und der Oberfinanzdirektion zur Verfügung gestellt wird, um diesen zu hohen Rückstand entsprechend abzubauen. Deswegen haben Sie bitte Verständnis dafür, meine Damen und Herren, daß wir mit unserem Durchführungsvorschlag dem Antrag der SPD Folge leisten, nicht aber dem Antrag der GRÜNEN!

Abschließend, meine Damen und Herren, möchte ich einen Punkt aufgreifen, der, Herr Bürgermeister Thape, korrigiert werden muß. Sie haben in Ihrer Antwort an die Bürgerschaft auf die Anfrage nach den Steuerrückständen zum Ausdruck gebracht, daß Sie bei der Prüfung der Großbetriebe einen Zeitabstand der einzelnen Prüfungen von 3,65 Jahren im Jahr 1983 haben, während der Bundesdurchschnitt 4,67 Jahre betrage. Das haben Sie auf Seite sechs Ihrer Antwort dem Hause mitgeteilt.

Herr Bürgermeister, diese Antwort ist falsch.

(Bürgermeister Thape: Nein, richtig!)

So leid es mir tut, sie beruht darauf, daß Sie 119 Großbetriebe als geprüft mit eingerechnet haben, obgleich Sie diese 119 Großbetriebe nicht haben prüfen lassen, weil, wie Sie selbst sagen, bei Ihrer knapp ausreichenden Personalausstattung diese 119 Großbetriebe innerhalb des Verjährungszeitraums nicht hätten geprüft werden können. Deswegen haben Sie einfach von der Zahl der zu prüfenden Großbetriebe diese Zahl von 119 statistisch abgesetzt, und damit kommen Sie dann natürlich auf einen wesentlich kürzeren Zeitabstand der einzelnen Prüfungen bei Großbetrieben. Herr Bürgermeister, das ist also kein korrektes Verfahren, und das ist keine korrekte Antwort auf eine solch wichtige Frage!

In Wirklichkeit verhält es sich folgendermaßen: Es sind 520 Großbetriebe tatsächlich geprüft worden, siehe diese Absetzung von 119. So kommen Sie auf eine statistische Zahl von 639, und das allein ist besser als im Bund. Wenn Sie die tatsächlich geprüften Betriebe allein zugrunde legen, kommen Sie auf eine bundesdurchschnittliche Zahl.

Wir sind selbstverständlich dafür, meine Damen und Herren, daß auch bei den Großbetrieben entsprechend geprüft wird und daß nicht wegen Personalmangel eine solche Absetzung bei 119 Betrieben erfolgt. Wir sind aber dagegen — ich darf das abschließend noch einmal betonen —, ein solches Verwaltungsfehlverhalten, wohl auch geboren aus der Not der leeren Kassen, zum Anlaß zu nehmen, einen ideologischen Konflikt zwischen Unternehmern und Arbeitnehmern künstlich zu erzeugen. Das ist nicht

(C)

(D)

- (A) sachgerecht und dient nicht einem sachgerechten Klima, das gerade bei der Reduktion der Steuerrückstände sicherlich außerordentlich angebracht ist. — Ich darf mich für Ihre Aufmerksamkeit bedanken!

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort Herr Bürgermeister Thape.

**Bürgermeister Thape, Senator für Finanzen:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Der große Engpaß bei der Verringerung der Steuerrückstände ist die zentrale Vollstreckungsstelle, die mit 100 Kräften zwar im wesentlichen der Personalstärke ihrer Vorgänger nach dem Stand von 1982 entspricht, also der Finanzämter Mitte, Ost und West und dem Steueramt, die aber wegen des dramatischen Anstiegs von außersteuerlichen Vollstreckungsfällen seit 1983 in eine äußerst bedrängte Situation geraten ist.

Daneben gibt es natürlich auch noch ein statistisches Problem. Das ist von Herrn Stäcker sehr deutlich angesprochen worden. Der Bundesdurchschnitt bei der Niederschlagung von Besitz- und Verkehrssteuern ist zwei- bis dreimal so hoch wie in Bremen. Die Rückstände könnten durch die gleiche Praxis — und das wollen wir tun — bei uns um zirka 80 bis 120 Millionen DM gesenkt werden. Das bringt zwar keine zusätzliche Mark, würde aber eine rechnerische Verringerung der Rückstände durch Anpassung an die allgemeine Bundespraxis bedeuten und zu Zahlen führen, die unnötige Auseinandersetzungen beseitigen. Es hat ja keinen Zweck, daß jeder mit anderen Zahlen arbeitet und zum Schluß nachher herauskommt, daß man von völlig unterschiedlichen Grundlagen aus argumentiert.

- (B) Ich habe bereits bei der Beantwortung der Großen Anfrage auf die Ursachen der Steuerrückstände hingewiesen, die auch in der ungünstigen wirtschaftlichen Situation Bremens zu suchen sind. Ich möchte sehr deutlich sagen, bei aller Strenge der Prüfungen pfänden wir eine Firma nicht pleite, wenn sie vorübergehende Schwierigkeiten hat.

Damit kann ich gleich auf die Bemerkung von Herrn Mützelburg eingehen, daß die Arbeitnehmer nicht mit Vergnügen sehen, daß es in den Firmen Steuerrückstände gibt. Herr Mützelburg, die Arbeitnehmer, die sonst auf die Straße fliegen würden, wenn wir mit dem Gerichtsvollzieher in die Firma gingen, die werden sicherlich mit Vergnügen sehen, daß wir auch einmal so lange über Steuerrückstände hinwegsehen, bis der Betrieb wieder festen Boden unter den Füßen hat.

(Beifall bei der SPD)

Hinzu kommt die zusätzliche Bearbeitung von finanziell gesehen Bagatellfällen, die aber aus Gründen der rechtlichen Gleichstellung nicht einfach vernachlässigt werden dürfen, wie die Verkehrsord-

nungswidrigkeiten, die Gebühren für Krankentransporte durch das Kostendämpfungsgesetz und Gebühren für Kindertagesheime und die Fehlbelegungsabgabe.

(C)

Hinsichtlich der Krankentransporte ist durch das Kostendämpfungsgesetz festgelegt worden, daß jeder, der transportiert wird, fünf DM bezahlen muß. Man hat sich nicht darüber einigen können, daß die Fahrer die fünf DM gleich einziehen. Das ist abgelehnt worden. Infolgedessen landet die Forderung bei der Vollstreckungsstelle, bei uns, und wir müssen allein hier 8000 bis 10 000 Fälle zusätzlich bearbeiten, Maßnahmen, die 1982 natürlich noch keine Rolle gespielt haben. Wir können aber diese kleinen Beträge nicht beiseite schieben und zunächst die Großbeträge bearbeiten, sondern das muß generell nacheinander geschehen.

Wir prüfen zur Zeit eine Reihe von Maßnahmen, die zu einer Verringerung der Belastung der Vollstreckungsstelle führen könnten. Dazu gehört auch die Rückführung der Probleme zum Gläubiger, so daß wir nicht mehr automatisch jede Gläubigerforderung übernehmen und über die Vollstreckungsstelle abwickeln. Probleme, die vom Gläubiger der Forderung organisatorisch und kostengünstiger gelöst werden können, dürften nicht die Landeshauptkasse und die Vollstreckungsstelle belasten.

Meine sehr verehrten Damen, meine Herren, die Rückstände sollen verringert werden, aber es ist keine finanzielle Sensation zu erwarten — das ist hier auch schon deutlich geworden —, weil ein großer Teil der Rückstände tatsächlich nicht mehr eintreibbar ist und weil durch den Länderfinanzausgleich eine Situation entsteht, die Herr Klein sehr deutlich angesprochen hat. Aber darauf komme ich noch!

(D)

Die Vollstreckungsstelle braucht personelle Verstärkung, wenn der Stau schnell beseitigt werden soll. Das bedeutet entweder vorübergehende Umsetzung von Bediensteten oder organisatorische Maßnahmen. Ob vorübergehend oder auf Dauer Personalverstärkungen in diesem speziellen Bereich möglich sind, muß im Rahmen des allgemeinen Personaleinsparungsprogramms geprüft werden. Da bestehen natürlich Meinungsverschiedenheiten zwischen der Steuergewerkschaft, der ÖTV und dem Senat und mir. Wenn wir allgemein Personal in erheblichem Maße zurückschrauben müssen, können wir die Finanzverwaltung nicht automatisch ausschließen. Steuergewerkschaft und ÖTV sagen, in diesem Fall sollten wir das tun. Darüber wird noch zu reden sein.

Ich habe letztes Mal bedauert, daß nicht gleich nach Beantwortung der Großen Anfrage die Diskussion stattgefunden hat, weil dann schneller zu erkennen gewesen wäre, daß der eine oder andere hier in der Diskussion doch mit falschen Karten spielt. Wenn Herr Mützelburg den Eindruck erweckt, als hätte die Finanzverwaltung die Meinung vertreten, das spielt doch alles gar keine Rolle, weil der Länder-

- (A) finanzausgleich sowieso die entstandenen Lücken ausfüllt, dann ist das eine absolute Unwahrheit.

Wir sind nur der Behauptung entgegengetreten, daß das Geld in Bremen auf der Straße liegt und daß wir unsere erheblichen Deckungsprobleme im Haushalt dadurch beseitigen könnten, daß wir die Steuer rückstände rigoros eintreiben. In diesem Zusammenhang ist darauf hingewiesen worden, daß das ein Irrtum ist. Durch den Finanzausgleich würde nur ein erheblich kleinerer Teil in die bremischen Kassen fließen.

Das ist eine Erläuterung gewesen und nicht etwa eine Feststellung, daß wir es nicht nötig haben, Steuersäumige an die Zahlung zu gemahnen und sie auch zur Zahlung zu zwingen. Das geschieht in Bremen wie in allen anderen Bundesländern auch. Nur ist unsere Situation im wirtschaftlichen Bereich so schwierig, daß sich hier größere Rückstände anbahnen als bei der großen Zahl der übrigen Bundesländer, mit Ausnahme des Saarlandes. Sie brauchen nur die Zahlen mit dem Saarland zu vergleichen, dann kommen Sie auf fast die gleichen Ergebnisse.

Noch ein letztes Wort zu dem Hinweis auf eine Steuerreform, die dann größere Gerechtigkeit bringen sollte! Aus meiner Erfahrung möchte ich sagen, man möge in den nächsten zehn oder 20 Jahren keine Steuerreformen durchführen, denn jede Steuerreform, die bisher durchgeführt worden ist, um Abläufe und Abwicklungen zu erleichtern, hat zu weiteren Komplizierungen und zu einer weiteren Belastung der Steuerverwaltung geführt.

(B)

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Mützelburg.

**Abg. Mützelburg (GRÜNE):** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die moderate Rede des Kollegen Stäcker hat ja im Grunde die Fakten bestätigt, die wir vorgetragen haben. Zugleich aber, Herr Kollege Stäcker, habe ich Ihre Ausführungen als einen Beitrag empfunden, den man eigentlich „Versuch der Spurenverwischung“ nennen kann. Sie bestätigen nämlich all das, was wir angeben, und anschließend sagen Sie, was wir brauchen, sind im Grunde Maßnahmen weiterer Rationalisierung in den Finanzbehörden, um wenigstens kleine Erfolge zur Einlösung bei der Erledigung der Probleme zu bekommen, die wir vorgetragen haben. Ich denke, daß dieses Verfahren System hat, wobei ich nicht weiß, ob Sie sich dieses System ausgedacht haben oder ob es sich nur immer wieder einschleicht.

Was schlagen Sie nämlich vor? Herr Senator Thape hat das eben noch einmal im einzelnen aufgeführt. Als erstes Heilmittel wollen Sie die Statistik bereinigen und die Steuerrückstände auf dem Papier durch Erhöhung der Niederschlagungsquote senken. Wenn Sie das aber ordentlich machen und ordentlich prüfen wollen, was niedergeschlagen wird, was bereinigt wird, den Bundesschnitt erreichen wollen,

dann brauchen Sie dazu wiederum auch zusätzliches Personal, das das erledigt.

(C)

Wie sieht es aber nun tatsächlich aus, Herr Senator Thape, Herr Stäcker, Herr Klein? Sie wissen das! Der Personalbestand der Vollstreckungsstelle ist seit 1980 faktisch gleich geblieben. Die Aufgaben aber sind ständig gestiegen. Die Zugänge, also die Rückstandsanzeigen, nehmen schneller zu als die Abgänge. Das heißt, die Zahl der unerledigten Fälle wächst doch ständig. Allein im ersten Quartal 1984 gab es zirka 40 000 Zugänge und nur etwa 20 000 Abgänge. Das heißt, die Zahl der unerledigten Fälle hat um fast 20 Prozent zugenommen. Gehen Sie jetzt mit Ihrem Verfahren wie dargestellt vor, wird sich diese Zahl kurzfristig natürlich auch nicht ändern, sondern man braucht eher zusätzliches Personal zur Prüfung. Was hier also passiert, ist, daß Sie, um das zu erledigen, was aufgelaufen ist, jetzt plötzlich eigentlich mehr Personal brauchen. Das haben Sie nicht. Also muß woanders weiter rationalisiert werden. Also werden woanders wieder Rückstände auftreten.

Ich sage, das ist Spurenverwischung, weil Sie sich — das, denke ich, ist die Politik, die dahintersteckt — bei den Überlegungen, wie man die Ausgaben im Landeshaushalt senken kann, nämlich zum Beispiel die Ausgaben für Personal, nicht hinreichend Gedanken darüber machen, was an Einnahmen damit auch ausfällt. Jetzt stehen wir vor dem Dilemma mit den überhöhten Steuerrückständen, also muß man plötzlich wieder auf irgendeine Weise in diesem Bereich besonders tätig werden, was dann wieder zu Lasten anderer Bereiche geht. Das nennen wir kurzzeitig, das hilft nichts weiter.

(D)

Des weiteren, Herr Klein, Sie haben völlig recht mit Ihrer Grundüberlegung, daß, wenn man dort unter Umständen zu hart prüft, es vielleicht einigen Betrieben an den Kragen gehen kann oder sie in finanzielle Engpässe kommen. Das sehen wir auch; ich möchte das nicht bestreiten. Die Überlegung aber, die dahintersteckt, finde ich eigentlich doch etwas merkwürdig. Hier wird nämlich das System der Steuereintreibung zu einem System der Wirtschaftsförderung gemacht, wo doch schon unsere Steuergesetzgebung im Grunde eine Wirtschaftsförderungsgesetzgebung ist. Das, Herr Senator Thape, habe ich vorhin versucht zu erklären.

(Abg. Klein [CDU] meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

Nein, Herr Klein, im Moment nicht!

Machen Sie das einem Arbeitnehmer klar, nicht nur dem Arbeitnehmer in dem betroffenen Betrieb, sondern den Arbeitnehmern, denen monatlich die Lohnsteuer abgezogen wird! Wie viele Arbeitnehmer sind in der heutigen Wirtschaftslage, wo die Ehefrau zum Beispiel nicht mehr mitverdienen kann, wo die Löhne gesunken sind, wo ständig Kurzarbeitergeld gezahlt wird oder während des Streiks auch nicht gezahlt wird, überhaupt nicht in der Lage, ihre

- (A) Zahlungsverpflichtungen zu erfüllen? Da fragt keiner, ob sie pleite gehen, ob sie nachher Sozialhilfe in Empfang nehmen müssen, was auch wieder den Staatshaushalt belastet. Das nennen wir kurzfristig in dieser Angelegenheit.

Es ist aber so, daß offensichtlich unser Steuersystem, unser Steuereintreibungssystem, die gesamte Finanzpolitik als Wirtschaftsförderungsmaßnahme verstanden wird, wobei der Arbeitnehmer am Ende hinten herunterfällt. Das Aufrechnen des einzelnen Arbeitnehmers in diesem Betrieb gegen die Masse der Gesamtarbeitnehmer kann doch nicht funktionieren. Der Haken liegt unseres Erachtens im System und in der Kurzichtigkeit, mit der Sie da vorgehen.

Sie haben gestern ratlos vor den Erfolgen der GRÜNEN bei der Europawahl gestanden.

(Heiterkeit bei der SPD)

Sie suchen nach Begründungen. Man kann das ihren Erklärungen entnehmen, man kann es heute noch wieder in den Zeitungen lesen, was Herr Kunick sich ausgedacht hat. Sie suchen nach Gründen. Vielleicht überlegen Sie sich einmal, wo Sie die Gründe finden! Die Gründe finden Sie hier in der Kurzichtigkeit Ihrer Politik.

(Beifall bei den GRÜNEN — Abg. Kunick [SPD]: Wer jeden zehnten Wähler hat, ist noch längst nicht der Größte!)

(B)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Stäcker.

Abg. Stäcker (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zu der letzten Bemerkung! Eigentlich haben Sie diese Stimmen gar nicht verdient, denn so positiv ist Ihre politische Arbeit hier nicht!

(Beifall bei der SPD)

Sie sind nur im allgemeinen Trend geschwommen, und das wird sich auch wieder regulieren.

(Abg. Mützelburg [GRÜNE]: Das haben Sie vor fünf Jahren auch schon gesagt!)

Dann können Sie andere Spuren suchen.

Wir haben es hier zunächst mit dem Finanzressort und mit den Steuerrückständen zu tun. Ich will Ihnen dazu sagen, daß 1975 beim Senator für die Finanzen 1230 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt waren, 1983 waren es 1356, also ein Plus. Was Ihre Ausführungen zu den Betriebsprüfern angeht, möchte ich auf folgendes hinweisen: Das Finanzamt Bremen-West hatte zu keiner Zeit 48 Betriebsprüfer. Zwar war einmal 1979 ein Ausbau der Außendienst geplant, tatsächlich ist aber die Soll-Stärke auf 43 Prüfer im Jahr 1983 festgelegt worden. Wenn dort Stellen unbesetzt sind, dann — darauf habe ich vor-

hin verwiesen —, findet ab 1. August 1984 wie in jedem Jahr die Auffüllung wieder statt. Es ist also Unsinn, wenn in Veröffentlichungen zum Ausdruck gebracht wird, daß 50 Betriebsprüferstellen unbesetzt bleiben.

Ich will Ihnen das an einem zweiten Beispiel deutlich machen, das in der OTV-Stellungnahme abgedruckt ist, und zwar aufgrund eines Leserbriefes. Dort heißt es, daß in Bremerhaven 32 Stellen vorhanden sein sollen. Wenn man sich aber einmal genau den Stellenplan angesehen hätte, hätte man festgestellt, daß es nur 29 Stellen sind, von denen 28 besetzt sind. Die eine Stelle wird auch ab 1. August wieder aufgefüllt werden mit einem derjenigen, die jetzt die Prüfungen machen.

Im übrigen möchte ich zur Betriebsprüfung generell sagen, daß die Ausstattung der Betriebsprüferstellen durchaus einem Vergleich mit anderen Bundesländern standhalten kann.

(Abg. Willers [GRÜNE]: Was anderswo schlecht ist, braucht hier nicht besser zu sein!)

Auf die Frage der Zuwächse ist Herr Bürgermeister Thape schon eingegangen. Ich habe das auch versucht deutlich zu machen. Es ist richtig, daß wir jährlich 40 000 zusätzliche Fälle haben werden. Das ist auf die in den letzten Monaten verstärkt eingetretene schwierige wirtschaftliche Situation, die sich auch auf diesen Bereich und dementsprechend auch auf die Zahlungsbereitschaft auswirkt, zurückzuführen. Es ist eine aktuelle Situation, mit der wir uns auseinandersetzen haben. Dazu sind von mir eine Reihe von Vorschlägen gemacht worden, die auch die zusätzliche Verstärkung durch Umsetzung von Personal beinhalten. Es ist ein Bündel von Maßnahmen, die erfolgen müssen. Ziel muß sein, daß man versucht, die Rückstandsanzeigen um 25 Prozent abzubauen. Wenn wir dieses Ziel erreichen, dann haben wir, natürlich nicht im nächsten Vierteljahr, aber doch mittelfristig gesehen, eine ganze Menge erreicht.

Ich wollte auch noch eine Klarstellung, die ich vorhin vergessen habe gegenüber Herrn Mützelburg, hier anbringen, die die Rückstände betrifft. Er hat von 29,6 Millionen DM gesprochen, die von der OTV angeführt worden sind. Richtig ist aber, daß auch die Beträge einzubeziehen sind, die von der Kasse ange-mahnt, aber noch nicht von der Vollstreckungsstelle aufgegeben worden sind, und dann macht das eben den Betrag von 44 Millionen DM und nicht von 29,6 Millionen DM aus. Das sind Kleinigkeiten, die aber nachher irgendwo stehenbleiben und die, weil sie falsch sind, nachher korrigiert werden müssen. Deswegen mache ich es lieber jetzt.

Im übrigen zu Ihrer Bemerkung über die falschen Spuren! Sie haben sich auf die Spurensuche begeben, wir meinen, daß wir mit unserem Antrag — und da bin ich dem Kollegen Klein für die Unterstützung der

(C)

(D)

- (A) CDU-Fraktion dankbar — die richtige Fährte gefunden haben. Sie müssen noch etwas länger suchen!

(Beifall bei der SPD — Abg. Mützelburg [GRÜNE]: Dann finden wir noch mehr!)

**Präsident Dr. Klink:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Meine Damen und Herren, wir kommen zur Abstimmung.

Als erstes stimmen wir über den Antrag der Fraktion der GRÜNEN mit der Drucksachen-Nummer 11/149 ab.

Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür GRÜNE)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD und CDU)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

- (B) Nunmehr lasse ich über den Antrag der Fraktion der SPD mit der Drucksachen-Nummer 11/151 abstimmen.

Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD und CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

(GRÜNE)

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag zu.

#### **Ausbildungsverträge in öffentlichen Eigen- und Beteiligungsgesellschaften**

Große Anfrage der Fraktion der CDU  
vom 27. April 1984  
(Drucksache 11/146)

Die Bürgerschaft (Landtag) hat zu Beginn ihrer Sitzung beschlossen, diesen Punkt von der Tagesordnung abzusetzen.

Die Anfrage kommt auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung.

#### **Ausbildungsplatzdefizit**

Antrag der Fraktion der SPD  
vom 8. Mai 1984  
(Drucksache 11/152)

(C)

Die Beratung ist eröffnet. — Wortmeldungen liegen nicht vor. — Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zu Abstimmung.

Wer dem Antrag der Fraktion der SPD seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag zu, und zwar einstimmig.

#### **Konkrete Maßnahmen zur Verbesserung der Strukturen der Verwaltung**

Mitteilung des Senats vom 20. März 1984  
(Drucksache 11/121)

Wir verbinden hiermit:

#### **Bericht zur Lage und Entwicklung des öffentlichen Dienstes**

Antrag der Fraktion der GRÜNEN  
vom 14. Juni 1984  
(Drucksache 11/193)

(D)

Die dringliche Behandlung des Antrags Drucksache 11/193 hat die Bürgerschaft (Landtag) zu Beginn ihrer Sitzung beschlossen.

Die gemeinsame Beratung ist eröffnet.

Das Wort hat der Abgeordnete Klein.

Abg. **Klein** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Ich habe endlich Gelegenheit — und das erfüllt mich mit Genugtuung und mit einer gewissen Freude —, auf diesen alten Antrag der CDU-Fraktion zurückzukommen und ihn hier behandeln zu dürfen. Ich darf kurz die Vorgeschichte erläutern!

(Vizepräsident v. d. Schulenburg  
übernimmt den Vorsitz.)

Die Bemühungen des Senats, Personal einzusparen, dauern schon einige Jahre an. Wir haben auch in der letzten Legislaturperiode Einsparungsrunden gehabt. Die Auswirkungen sind zum Teil heute noch festzustellen, und auch der Vollzug ist noch nicht ganz gelungen. Im Zuge dieser Einsparungsbemühungen hat die CDU-Bürgerschaftsfraktion eine organische Einsparung gefordert, nicht nur fiskalische Vorgaben aufgrund von Finanzplandaten, sondern eine inhaltliche, materielle Unterfütterung von Einsparungsvorschlägen, und das war nach unserer Auffassung nur möglich durch ein Konzept der Auf-

- (A) gabenentlastung und auch der Verwaltungsreorganisation.

Bürgermeister Koschnick hat in seiner Regierungserklärung diese vielfachen Anregungen der CDU-Bürgerschaftsfraktion verbal aufgegriffen und folgendes zum Ausdruck gebracht — ich darf kurz zitieren —:

„Differenziertes Vorgehen bei Personalkostensenkung heißt, ressortspezifisch Personal unterschiedlich einzusparen, indem Personalreserven mobilisiert werden, die Arbeit besser organisiert wird, rückläufige Aufgaben berücksichtigt und“ — meine Damen und Herren von der SPD — „Aufgaben ganz oder teilweise abgebaut werden. Mit diesem Ziel wird der Senat die einzelnen Bereiche aufgabenkritisch überprüfen. Aufgabenkritik ist für Personaleinsparungen ebenso wichtig wie für den Abbau von Überstunden und Nebentätigkeiten sowie die Umsetzung von Maßnahmen zur Verkürzung der Arbeitszeit.“ Eine wirklich lupenreine Übernahme der Position der CDU-Bürgerschaftsfraktion, und es wäre im Interesse Bremens, wenn dem nun auch Taten folgen würden!

Wir haben deswegen diese Erklärung zum Anlaß genommen, einen Antrag einzubringen, und zwar am 19.12.1983, kurz nach der Regierungserklärung, und in diesem Antrag fordern wir den Senat auf, der Bürgerschaft rechtzeitig bis zu den Haushaltsberatungen 1984 in den Grundzügen über die konkreten Maßnahmen zu berichten, mit denen die Strukturen der Verwaltung des Landes und der Stadtgemeinde zu verbessern sind. Insbesondere ist klarzulegen, welche Aufgaben bei der Verwaltung unter welchen Haushaltsentlastungen entfallen oder auf andere Träger verlagert werden können. Dabei ist davon auszugehen, daß globale Stellenplaneinschränkungen für sich allein auf Dauer kein hinreichendes Instrument sind, die Verwaltung besser in den Stand zu setzen, bürgergerechte Leistungen wirksam und wirtschaftlich zu erbringen.

(B)

Das war also unser Antrag, den Bürgermeister in diesem Punkt zum Vollzug der Regierungserklärung zu veranlassen, und aufgrund dieses Antrags hat dann der Senat am 20. März 1984 schriftlich geantwortet. Diese Antwort steht jetzt hier zur Debatte, jetzt erst, leider für die Haushaltsberatungen 1984 zu spät, nicht aber zu spät für die Haushaltsberatungen 1985. Der Haushaltsausschuß wird sich ja damit nach der Sommerpause in einem ersten Durchgang zu befassen haben.

Meine Damen und Herren, ich darf die Auffassung der CDU-Fraktion zur Stellungnahme des Senats in seiner Mitteilung vom 20. März 1984 zusammenfassen! Diese Mitteilung des Senats ist ungenügend, sie wird dem Antrag nicht gerecht, sie enthält keine konkrete Maßnahme, sie entspricht nicht der Anforderung, dem Hause konkret über Reorganisation und Aufgabenentlastung Mitteilung zu machen. Es handelt sich um mehr oder weniger unverbindliche Absichtserklärungen, die schon in der Formulierung

in die Zukunft verweisen. Ich möchte einen Satz zitieren. Auf Seite zwei steht:

(C)

„Die Senatsbereiche werden aus ihrer Ressortverantwortlichkeit heraus untersuchen, welche Möglichkeiten zu nutzen sind, um ihren Beitrag zum Haushaltsausgleich zu leisten. Daraus werden sich neue Strukturen der Verwaltung und für den Bürgerservice entwickeln.“

Meine Damen und Herren, die futuristische Formulierung der Absichtserklärung ist nichts anderes als das Verkleistern von politischer Schwäche. Wir haben jahrelang gefordert, hier konkret zu werden, hier auch wirklich Aufgabenentlastungen vorzunehmen, Reorganisation zu vollziehen. Und was bleibt nach jahrelanger Verzögerung davon übrig? Eine futuristische Absichtserklärung, die davon spricht, daß sich in der Ferne einmal die Strukturen der Verwaltung mit der Folge der Haushaltsentlastung verändern werden! Das ist ungenügend!

(Beifall bei der CDU)

Der Senat kommt dann, wenn er solch einen Satz in eine offizielle Antwort hineinschreibt, natürlich nur zu der folgenden Formulierung: „Deshalb kann der Senat zur Zeit nur folgende allgemeine Angaben machen.“ Herr Senator Grobecker, ich hätte mir gewünscht, nachdem ein angeblich neuer, frischer Besen aus Bonn in den Bremer Senat gekommen sein soll, daß Sie die Gelegenheit genutzt hätten, hier nun wirklich einmal mit hartem Besen zu kehren und Aufgabenentlastung auf Ihre Fahnen zu schreiben! Sie haben das Gegenteil getan, Sie haben den laichen, unverbindlichen Kurs weiter vollzogen, und das steht Ihnen schlecht an, und vor allem steht das auch Ihrer Art schlecht an, denn die ist kurz und bündig!

(D)

(Abg. M ü t z e l b u r g [GRÜNE]: Hemdsärmelig!)

Meine Damen und Herren, eine weitere Aussage in diesem Papier des Senats! „Die Einsparungen im Personalkostenbereich sollen vor allem durch eine Reihe von Maßnahmen zur Veränderung des Aufgabenbestandes erbracht werden.“ Sollen! Dann folgt eine unverbindliche Aufzählung. Beliebig! Daraus können Sie noch nicht einmal erkennen, wie viele Stellen bei einzelnen Einsparungsmaßnahmen denn als eingespart erbracht werden sollen, und Sie können auch nicht erkennen, wie denn die Zurechnung der Einsparungssumme zu verstehen ist, denn die ist immer nur allgemein bei jedem Ressort angebracht.

Die Erklärung für ein solch allgemeines, ungenügendes und auch nur, wie gesagt, futuristisch formuliertes Vorhaben ist, daß in Sachen Personalkosteneinsparung nach wie vor ausschließlich der bloße Fiskalismus und damit das Regiment des Zufalls waltet. Ich darf mir erlauben, das an zwei kurzen Beispielen klarzumachen.

Für den Haushalt 1985 bekommen die Ressorts vom Finanzsenator die Anweisung, Personalkosten-

(A) einsparungseckwerte zu beachten, und diese Personalkosteneinsparungen werden aufgabenorganisch in gar keiner Weise untermauert, sondern beziehen sich auf die Finanzplanvorgaben zur Einsparung der Deckungslücke, aufgeteilt auf die Ressorts, so daß zum Beispiel bei der Finanzverwaltung ein Betrag von 13,58 Millionen DM für den Finanzplanzeitraum als Einsparungseckwert aufgegeben wird, der sich dann auf 1984 mit 0,79 Millionen DM, 1985 mit 2,43 Millionen DM, 1986 mit 4,21 Millionen DM und 1987 mit 6,15 Millionen DM verteilt, ohne irgendeinen tauglichen Versuch zu begründen, wie solche steigenden Einsparungssummen bei der Personalkosteneinsparung inhaltlich zu erbringen sind.

Sehen Sie sich dann die Antwort des Senats zum Bereich Finanzen an! Wie ist es nun möglich, diese 13,58 Millionen DM zu erbringen? In der Antwort heißt es: Angestrebte Maßnahmen sind Aufgabenkonzentration, und zwar in der senatorischen Behörde und im Verteidigungslastenamt, im Finanzamt Bremen-Mitte bezüglich der Aufgabe des früheren Steueramts, in der Hausverwaltung und im Liegenschaftsamt. Die Aufzählung ist weiße Salbe, wichtig ist hier nur Aufgabenkonzentration.

(Abg. Wedemeier [SPD]: Wenn schon, dann rote Salbe!)

(B) Aufgabenkonzentration ist aber eine allgemeine Forderung, die immer für jede Verwaltung, für jedes Ressort täglich zu erfüllen ist. Das ist keine Aufgabenentlastung in einer Zeit solcher finanzpolitischen Schwierigkeiten.

Der zweite Spiegelstrich bei der Finanzverwaltung: Fortsetzung und Modernisierung der Automation in der Landeshauptkasse, Reduzierung interner Prüftätigkeit in den Kassen, Einrichtung neuer Organisationsstrukturen in den Finanzämtern und Berücksichtigung des Aufgabenrückgangs in der Sparprämienstelle der Finanzämter!

Meine Damen und Herren, das ist zu dünn, um klarzumachen, weshalb ausgerechnet von 1984 bis 1987 Personalkosten in Höhe von 13,58 Millionen DM eingespart werden können. Deswegen wird auch eine solche Einsparungsrate nicht zu erzielen sein. Hier ist ein konkretes organisches Konzept nötig und nicht der Mißbrauch der Fluktuationsrate. Hier wird eine Fluktuationsrate, also ein Abgang unterstellt, der entsprechend hochgerechnet worden ist, und dann kommt man zu einer bloß fiskalischen Einsparung, ohne daß hier konkrete organische Maßnahmen der Reorganisation und der Entlastung vorgebracht werden.

Meine Damen und Herren, bei einer solchen Lage bin ich sehr gespannt, was nun Herr Senator Grobecker antworten wird. Vielleicht kann Herr Senator Grobecker konkreter werden, denn in der Mitteilung des Senats heißt es, schon im Februar habe der Senat eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die sich mit diesem Thema beschäftigen werde. Das scheint auch wohl nötig gewesen zu sein, denn die Antwort ist ja

(C) in der Tat über eine unverbindliche Absichtserklärung nicht hinausgekommen.

Uns würde interessieren, und insoweit ist die Zeitverzögerung sicherlich günstig, was diese Arbeitsgruppe, die seit Februar arbeitet, auf diesem Gebiet konkret herausgebracht hat. Vielleicht könnten Sie, Herr Senator Grobecker, darüber Aufschluß geben.

Abschließend, meine Damen und Herren, möchte ich zum Antrag der GRÜNEN kommen! Die GRÜNEN steigen auf unseren Zug. Sie haben mein Engagement für Aufgabenentlastung immer schon verfolgt, auch die Vorgänger dieser GRÜNEN in der letzten Wahlperiode. Insoweit sind Sie Erben der BGL, Herr Mützelburg!

(Abg. Wedemeier [SPD]: Ich glaube, das Erbe lehnen sie ab!)

Herr Mützelburg, ich wehre mich nicht gegen das Besteigen dieses Zuges. Das bedeutet, daß wir Ihrem Antrag bis zum letzten Spiegelstrich zustimmen. Wenn Sie vor allen Dingen unter dem drittletzten Spiegelstrich zum Ausdruck bringen, daß der Bericht Überlegungen und Pläne zur strukturellen Veränderung im öffentlichen Dienst, zum Beispiel Aufgabenkritik, Aufgabenvermehrung, Rationalisierungsmaßnahmen und Automatisierung sowie Neuorganisation öffentlicher Dienste, enthalten soll, dann übernehmen Sie uralte Forderungen der CDU-Bürgerchaftsfraktion.

Solange diese Einsparungsdiskussion hier andauert, ist das für uns ein ganz wichtiger Diskussionspunkt. Wir machen das also mit und hoffen, daß das eine zusätzliche Unterstützung ist, die endlich zum Durchbruch in dieser Angelegenheit verhilft.

Wir können allerdings nicht den letzten Absatz mitmachen. Damit muten Sie dem Senat zu, zu all diesen Spiegelstrichen konträre Positionen, zum Beispiel zwischen Bund und Land sowie zwischen der Tarifgemeinschaft der Länder und den Gewerkschaften aufzuführen. Für eine solche Fleißarbeit, sind wir der Meinung, ist der Senat nicht zuständig.

Der Senat soll seine Stellungnahme aus eigener politischer Verantwortung abgeben. Wenn diese Stellungnahme im Widerspruch steht zu Stellungnahmen anderer gesellschaftlich relevanter Kräfte, dann ist es Ihre Sache, das festzustellen und daraus die entsprechenden Schlüsse zu ziehen. Der Senat ist aber nicht dazu da, für Sie — wenn ich mir die Bemerkung erlauben darf — Schularbeiten zu machen. Er soll seine eigene, von ihm politisch zu verantwortende Stellungnahme abgeben. Den letzten Absatz halten wir für nicht zumutbar.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch den Hinweis geben, daß ich bei Stellung unseres Antrags, dessen Antwort wir heute beraten, davon ausging, rechtzeitig bis zu den Haushaltsberatungen 1984 entsprechendes Material zu bekommen. Wir stehen jetzt bald vor den Haushaltsberatungen 1985. Es wäre wichtig, Herr Senator Grobecker, wenn wir nach der Sommerpause konkreteres Material für die Haushaltsberatungen 1985 hätten.

(C)

(D)

(A) Deshalb, Herr Kollege Mützelburg, ist der Antrag der GRÜNEN auch in einem Punkt nicht ganz erfolgversprechend, wenn Sie formulieren, bis zum 31.12.1984. Vielleicht können Sie sich an die Formulierung „rechtzeitig bis zum Beginn der Haushaltsberatungen 1985“ gewöhnen und sie aus Sachgründen statt Ihrer Formulierung „bis zum 31.12.1984“ übernehmen, so daß wir dann die Hoffnung haben, Herr Kollege Stäcker, nach der Sommerpause, wenn der Haushaltsausschuß mit den Beratungen beginnt oder spätestens dann, wenn die Fraktionen mit den Haushaltsberatungen 1985 beginnen, besseres Material für diesen wichtigen Einsparungsbereich zu haben. Was nützen uns wieder irgendwelche Auskünfte im Jahr 1985, wenn alles schon verabschiedet ist! Auch für die Finanzplanberatung wäre das wichtig. Das wäre abschließend mein Vorschlag!

Im übrigen, meine Damen und Herren, bin ich der Auffassung, daß es im Interesse des Hauses sein muß, gerade wegen der großen Debatte über Verbesserungen des Finanzausgleichs, Personalkosteneinsparungen konkret, organisch und sachgerecht zu gestalten. Es kann nicht Ihr Interesse sein, meine Damen und Herren von der SPD, fiskalische Vorgaben mit der Folge der Scheindeckung zu bejahen, um hinterher festzustellen, daß nur die Hälfte des Ertrags hereinkommt, weil zum Beispiel die Fluktuationsrate um 50 Prozent zu hoch angesetzt worden ist.

(B) Auch Sie sollten hier für eine sachgerechte Arbeit mit Ihren Mitteln Sorge tragen, und das würde bedeuten, daß Sie sich meinem Begehren nach Aufgabentlastung allmählich anschließen. — Ich darf mich bedanken!

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident v. d. Schulenburg:** Herr Klein, war das ein Vorschlag zur Änderung des Antrags, oder sollte das nur ein Hinweis an den Antragsteller sein, das zu übernehmen? Das habe ich nicht ganz verstanden!

(Abg. Klein [CDU]: Ich teste die von Herrn Mützelburg selbst in Anspruch genommene Einsichtsfähigkeit! Vielleicht übernimmt er diese Anregung, dann brauche ich keinen Änderungsantrag zu stellen!)

Sie haben also bisher keinen Änderungsantrag gestellt, der unter Umständen nachgereicht wird!

(Abg. Gassdorf [CDU]: Das war mehr futuristisch!)

Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Mützelburg.

Abg. **Mützelburg** (GRÜNE): Herr Präsident, meine Damen und Herren! In der Tat handelt es sich um ein futuristisches Thema, futuristisch insofern, als es einen Einblick in die Zukunftsperspektiven des öffent-

lichen Dienstes und der Organisation des Staatsdienstes überhaupt geben soll. (C)

Herr Kollege Klein, als Sie vor einem halben Jahr den Antrag einbrachten, aufgrund dessen hier heute ein Bericht zur Debatte vorliegt, war Ihnen wie uns — der Fraktion der GRÜNEN — klar, daß eigentlich nicht sehr viel anderes als dieser Bericht herauskommen konnte. Es war ein Bericht zugeschnitten auf Haushaltsberatungen. Es war ein Bericht, bei dessen Anforderung klar war, daß der Senat schon ein Ausgleichskonzept hatte, und auch klar war, wenn auch nicht im Detail, wie er es vollziehen wollte. Also haben Sie auch alle, Sie wie ich, ich habe das damals hier gesagt, erwartet, daß nicht sehr viel mehr als eine solche Auflistung herauskommen würde. Ich fürchte, das wird auch so bleiben, wenn wir dieses Thema allein unter fiskalischen Gesichtspunkten betrachten.

Herr Kollege Klein, Sie haben eigentlich im Grunde eben nichts anderes gemacht. Der ständige Verweis auf die Haushaltsberatungen ist ja nur der Anhaltspunkt dafür, daß Sie Daten und Beweismittel haben möchten, um in anderen Bereichen Kürzungen vornehmen zu können, wobei Sie noch zu vornehm sind, hier nachher tatsächliche Kürzungen vorzuschlagen, weil das vielleicht irgendwelchen Leuten draußen oder auf der Tribüne peinlich sein könnte.

(Abg. Wedemeier [SPD]: Das sind Sie aber auch!)

Herr Kollege Wedemeier, wir haben Anträge gestellt, und nicht nur welche auf Stellenvermehrung! (D)

(Abg. Klein [CDU]: Herr Mützelburg, das müssen Sie einmal lesen! Das steht sogar in unserem Programm, über 40 Einsparungsvorschläge! — Abg. Kunick [SPD]: Siehe Frage nach dem Unibereich!)

Meine Damen und Herren, das heißt nicht, daß wir uns dem Vorschlag von Herrn Klein verwehren. Selbstverständlich können wir auch den Antrag so formulieren, daß der neue Bericht bis zu den Haushaltsberatungen vorliegt.

Allerdings haben wir diesen Berichtsantrag nicht gestellt, um eine Neuauflage dessen zu bekommen, was uns vorliegt. Wir haben den Antrag auch nicht gestellt, um die einen oder anderen Daten zu erhalten, die wir uns zum Beispiel über die Deputation für öffentliches Dienstrecht oder aus zugänglichen Quellen in der Verwaltung natürlich auch so beschaffen könnten.

Wir haben diesen Antrag vielmehr gestellt, weil wir doch derzeit im Land Bremen folgende Situation haben: Im öffentlichen Dienst gibt es so gut wie keine Einstellungen, und auch auf absehbare Zeit wird sich dies nicht ändern. Im Land Bremen gibt es kaum Vermehrung der Ausbildungsstellen und Ausbildungsangebote im öffentlichen Dienst, obwohl das dringend nötig wäre. Im Land Bremen gibt es auf ab-

(A) sehbare Zeit — es sei denn, der Senat verkündet heute etwas überraschend Neues — keine Arbeitszeitverkürzung im öffentlichen Dienst. Im Land Bremen gibt es vorerst keine Bewältigung sozial notwendiger Aufgaben, weil Personal und Mittel fehlen. Im Land Bremen gibt es, auch das ist absehbar, nicht eine beliebige Flexibilität unter den Verwaltungsangestellten und Beamten zur Umsetzung von dieser und jener Behörde.

Kurz und gut, dennoch ist der öffentliche Dienst ein ganz, ganz großer massiver Brocken, der nicht nur haushaltsmäßig, sondern vor allem politisch im Raum steht. Über diesen Brocken zu diskutieren, diesen Brocken nicht einfach so als statistischen Fels hier stehenzulassen, darum muß es eigentlich in der heutigen Situation gehen.

Wir haben vom Senat derzeit eben nur organisatorische Lösungen zu erwarten. Wir hatten heute morgen das Problem mit der Universitätsbibliothek, wir haben Stellenstreichungen hier und da. Das kann so auch nicht anders gehen, solange nicht die umfassende Debatte darüber eröffnet wird — und wir haben das schon bei den Haushaltsberatungen versucht —, wie es mit dem öffentlichen Dienst weitergeht.

Dazu gibt es eigentlich nur zwei Konzepte, über die verhandelt werden muß. Das eine Konzept, das leuchtet uns immer wieder schlagzeilenmäßig von seiten der die Bundesregierung tragenden Parteien auf, heißt: Privatisierung hier, Privatisierung da, Privatisierung überall, außer in den Bereichen, in denen wirklich der starke Staat hervorgekehrt wird. Das ist ein Weg, der weder für die Beschäftigten noch für die Bürger mittelfristig wirklich etwas bringt, auch wenn er einmal für einen Tag ein bißchen Haushaltsentlastung bringt. Die Folgen sind unabsehbar.

Auf der anderen Seite gibt es dagegen nur die Möglichkeit einer Strukturreform des öffentlichen Dienstes. Die Strukturreform umfaßt sowohl dienstrechtliche Fragen als auch die Frage des einheitlichen Dienstrechts und der Statusangleichung von Beamten und Angestellten und die Aufnahme neuartiger Konzepte von nicht rein staatlichen Dienstleistungen im Bereich der Selbsthilfe, der autonomen Verwaltung auch in bisher öffentlichen Bereichen. Es umfaßt weiter die Frage einer umfangreichen Arbeitszeitverkürzung, bei der in der Tat der volle Gehaltsausgleich — ich habe das ja schon öfter gesagt — für die besser Bezahlten auch zur Diskussion stehen muß.

Das sind Vorschläge, die nicht von heute auf morgen zu realisieren sind, das ist klar. Aber diese Debatte kann nicht endlos weiter vertagt werden, und diese Debatte muß hier im Haus geführt werden. Um dafür Materialien, Anstöße und Grundlegendes zutage zu fördern, haben wir diesen Antrag hier gestellt. Daß das auch Haushaltsauswirkungen hat, darüber sind wir ja alle sehr einig. Daß das gründlich gemacht werden muß, darüber sind wir auch einig.

Um so etwas gründlich zu machen, halten wir es auch für notwendig, die Interessenvertretungen einzubeziehen und die Interessen zu benennen. Wenn so ein Bericht ohne Mitwirkung von Gewerkschaften und Personalräten erstellt wird, ist er halbherzig und einseitig. Wenn dieser Bericht nicht darauf eingeht, welche Stellung das Land Bremen etwa in der Tarifgemeinschaft deutscher Länder hat, welche Stellung das Land Bremen zu bestimmten Fragen im Bundesrat einnimmt, dann ist er ebenfalls halbherzig, weil der Konfliktspielraum und die Pole in der Frage der Entwicklung des öffentlichen Dienstes sehr weit auseinander gehen.

Worauf es ankommt und worauf es uns GRÜNEN ankommt, ist, daß wir jetzt wirklich einmal einen Schritt weiterkommen, daß die Sozialdemokratische Partei und der Senat aus ihrer Bewegungslosigkeit in dieser Frage — und es ist im Grunde eine Bewegungslosigkeit, wenn man die Universitätsbibliothek einmal so, einmal anders, einmal wieder so, je nach tagesspezifischen Gründen organisiert, und so geht es auch in anderen Bereichen im Land Bremen — herauskommen und daß wir uns gleichzeitig darüber verständigen, ob wir Wege gehen wollen, wie sie die CDU vorschlägt, oder tatsächlich neue Wege, für die wir GRÜNE hier ja schon während der Haushaltsberatungen verschiedene Vorschläge gemacht haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Vizepräsident v. d. Schulenburg:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Griesche. (D)

Abg. **Griesche** (SPD): Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Ich kann vielleicht vorab bei dem anknüpfen, was Herr Mützelburg zuletzt sagte, weil mir das — im Gegensatz zu dem, was hier ja schon bekanntermaßen von Herrn Klein kommt — doch in einer spezifischen Weise einleuchtet.

Herr Mützelburg, Sie haben insofern recht, wenn Sie von den zwei großen Wegen reden. Da gibt es einerseits das, was von dem derzeit herrschenden Rechtskartell,

(Abg. **Hollweg** [CDU]: Was ist das denn?  
— Abg. **Mützelburg** [GRÜNE]: Stamokap!)

nicht nur von den Parteien, sondern auch sozusagen durch die Unterstützung aus den verschiedenen Verbänden und ähnlichen Organisationen in Richtung Privatisierung und ähnlicher Maßnahmen betrieben wird. Dies ist eine Angelegenheit, die wir in Bremen auch beeinflussen können, die wir im übrigen seit längerem tagtäglich diskutieren. Zu dem, was die Privatisierung angeht, sage ich gleich etwas.

Andererseits — das ist das sehr viel Wichtigere, und deswegen gehe ich darauf ein — gibt es die große Lösung. Ich habe in der letzten Debatte hier am 23. Februar schon versucht klarzumachen, daß das, was eigentlich die Voraussetzung für eine große wirkliche Strukturreform auch in Bremen wäre,

(A) hier weder vom Senat, in welcher Zusammensetzung auch immer, noch von einer Großen Koalition aller Parteien realisiert werden kann. Diese Strukturreform, da haben Sie völlig recht, ist nämlich abhängig von dem, was seit Jahrzehnten von eben diesem Rechtskartell — ich wiederhole das noch einmal — gegen die Interessen der Gewerkschaften, der Sozialdemokratie und neuerdings auch der GRÜNEN, die das immer wieder fordern, verschleppt wird.

(Unruhe bei der CDU)

Herr Klein, seien Sie bitte einmal ruhig! Sie können ja vielleicht für diese Sache noch etwas mitnehmen und das Ihren Freunden in Bonn durchgeben! Das ist ja vielleicht einmal möglich.

Die einen charakterisieren das als große Personalrechtsreform, für die anderen heißt das — aus der Sicht der öffentlichen Arbeitgeber — Dienstrechtsreform. Die ist in der Tat zusammen mit den organisatorischen Maßnahmen sowie sicherlich auch neuen Vorschlägen wie Arbeitszeitverkürzung, so wie Sie gesagt haben, zu sehen. Das muß man sehen, wenn man dieser ganzen Angelegenheit, die hier auf dem Tisch liegt und die Ihnen auch in Zukunft sicherlich weiterhin von der Seite des Senats vorgetragen wird, wirklich annähernd qualifiziert — weil Sie ja sagen, Herr Klein, da müssen organische Konzepte, und wie das alles heißt, auf den Tisch kommen — gerecht werden will. Sie tun das nicht! Ich will das einmal versuchen! Vor diesem Hintergrund wird man sich mit dem auseinandersetzen müssen, was nun auf dem Tisch liegt.

(B) Natürlich sind die Haushaltsberatungen vorbei. Dennoch ist das aus meiner Sicht in der Tat anders, als Sie das versuchen hier darzustellen. Ich gehe einmal davon aus, Sie haben die Vorlage entweder nicht richtig oder nur in Teilen gelesen. Ich mache Ihnen das einmal an zwei Beispielen klar. Bei jedem Punkt, der da aufgelistet worden ist — was wollen Sie denn an Begriffen wie „Verzicht auf“, „Schließung von“, „Aufgabe von“ herumdeuteln? —, handelt es sich um ganz konkrete Maßnahmen, die Strukturveränderungen enthalten. Von diesen zirka 80 Maßnahmen, die hier aufgeführt worden sind, gehen etwa — und da muß man schon einmal qualifizieren — 40 in eine Richtung, wo tatsächlich Strukturveränderungen, soweit wir sie in Bremen überhaupt beeinflussen können, gemacht worden sind. Dies finde ich vor dem Hintergrund der Regierungserklärung in der Tat eine beachtliche Leistung, obwohl auch ich das als Durchgangsstadium für weitere Maßnahmen sehen würde.

Dies ist keine rein fiskalische Maßnahme, denn die öffentliche Diskussion darüber — das können wir tagtäglich verfolgen — zeigt doch, wie weit doch eigentlich diese Einschnitte struktureformmäßige in Bremen gehen.

(Abg. Klein [CDU]: Das ist die fiskalische Peitsche!)

(C) Wenn Sie sagen, da steht ja nicht einmal dabei, was das denn eigentlich bedeutet, wieviel Personal und welche Summen dahinter stehen, dann muß ich sagen, Sie sitzen ja im Haushaltsausschuß, spätestens da hätten Sie merken müssen, und hier können Sie es noch einmal wiederholen, daß auf jeder Seite jeder Punkt für jedes Ressort mit der konkreten Summe beginnt, was denn da, zumindest in der Summe, eingespart wird, wieviel Personal dahinter steht und was mit dem Personal im einzelnen passiert. Da haben Sie konkrete Fragen.

(Abg. Klein [CDU]: Lesen Sie das doch einmal durch!)

Das empfehle ich Ihnen einmal! Wir werden auf diesem Weg natürlich weiterschreiten.

Was uns unterscheidet — ich rede jetzt einmal zunächst in Richtung CDU — ist in der Tat das, was man neulich auch in dem öffentlichen Medium, in der ja seit Jahren in der Bevölkerung kostenlos verteilten, Ihnen nahestehenden Sonntagszeitung „Weser-Report“, lesen konnte, wo Sie sehr konkrete sozialdemokratische Politik vor dem Hintergrund der Regierungserklärung etwa folgendermaßen qualifiziert haben: Da stand als Überschrift: „Skandal! Senator feuert private Putzfirmen — aber 300 000 DM für Duschräume und neue Maschinen.“

(D) Ich sage Ihnen von hier aus, der Haushaltsausschuß, in dem Sie ja sitzen, hat inzwischen über diese Sache positiv in unserem Sinne beschlossen. In der nächsten Ausgabe haben Sie nämlich versucht, einen Widerspruch unter den Sozialdemokraten zu konstruieren. Die Sache ist entschieden! Dies ist sozialdemokratische Politik, und wir werden auch in anderen Bereichen in Zukunft verhindern, daß diese privaten Firmen, von denen jeder weiß, daß es möglicherweise, was in diesem Fall überhaupt nicht zutrifft, in dem einen oder anderen Fall zu kurz- und mittelfristigen Haushaltsentlastungen führt, langfristig aber — wie es kürzlich die Vorsitzende der OTV auf Bundesebene wieder verkündet hat, auf der Basis ganz konkreter seriöser Untersuchungen — die öffentlichen Haushalte belasten, nämlich über die sozialen Kosten. Das ist das eine!

Das andere ist, das hat sich heute herumgesprochen, zum Teil auch, das war ja sehr vorsichtig in letzter Zeit bei Ihnen, das will ich zugeben, in Bereichen der CDU, daß natürlich über diese Privatisierung — den Weg Nummer eins, wie Herr Mützelburg sagt — nicht nur Kosten gespart werden, nicht nur das Personal sozial entrechtet wird, jedenfalls drastisch unter die Sätze heruntergestuft wird, sondern daß auch die Leistungen ganz eklatant verschlechtert werden. Sie müssen einmal sehen, wenn Sie das immer noch nicht glauben, wie das im einzelnen läuft.

Insofern, denke ich, sind diese Punkte und die harten Einschnitte, die wir hier bei 40 Maßnahmen von den 80 planen — ich möchte sie nicht im einzelnen benennen, sonst würde ich meine Zeit überziehen

- (A) —, schon ein Stück Aufgabenkritik, was viele Leute belastet.

Ein Letztes! Sie werden natürlich zur Kenntnis nehmen müssen, daß Sie hier — ich gestatte mir das einmal — wieder eine Doppelstrategie zwischen Bund und Land haben. Ich denke etwa an die Diskussion über diese sogenannte Nebentätigkeit, Bauvorlageberechtigung, die wir in der vorletzten Sitzung gehabt haben.

(Präsident Dr. Klink übernimmt wieder den Vorsitz.)

Da habe ich Ihnen an dieser Stelle vorausgesagt, was Ihre Freunde in Bonn machen werden, nämlich genau das Gegenteil von dem, was Sie hier fordern, und das war richtig. Sie haben die Anträge, die die SPD-Fraktion auf Bundesebene zur Nebentätigkeit eingebracht hat, wiederum schlicht als verfassungswidrig, als überhaupt nicht durchsetzbar, weil wir aufgrund der konkreten Arbeitsmarktlage auch diesen Aspekt neu hinzuziehen wollten, denunziert. Das kann jeder nachlesen. Jeder kann nachlesen, wo in dieser Frage die Gewerkschaften stehen, nämlich an der Seite der Sozialdemokraten.

Leider haben wir in Bonn zur Zeit nicht die Mehrheit, das auch durchzusetzen, was sozusagen die drei Komponenten unserer Politik auch in Zukunft sind und was auch in diesem Bericht am Anfang deutlich wird. Erstens wird im Gegensatz zu Ihren Vorschlägen gespart, und der Haushalt wird konsolidiert. Zweitens werden aber auch die Kollegen im öffentlichen Dienst und in anderen Bereichen aus ihren sozialen Strukturen nicht schlechterdings einfach hinausgeworfen. Drittens wird im Interesse der Bürger dieses Landes auch bei allen Veränderungen noch die Leistung für den Bürger immer mit berücksichtigt.

Aus diesen drei Punkten wird deutlich, was uns unterscheidet. Sie haben nur die Kasse im Blick und reden von fiskalischen Maßnahmen. Dies ist, Herr Klein, unredlich, und das kennen wir inzwischen von Ihnen auch.

(Beifall bei der SPD)

Ich fasse zusammen! Erstens: Die Vorlage des Senats macht deutlich, welche Anstrengungen unternommen worden sind, organisatorische Veränderungen, wo immer sie aufgrund des Arbeitsanfalls wegen veränderter Anforderungen notwendig sind und sinnvoll erscheinen, umzusetzen.

Zweitens: Es werden trotz der Haushaltslage verstärkt — auch das dürfte Ihnen aufgefallen sein — technologische Innovationen im öffentlichen Dienst vorgenommen, um die Arbeit sinnvoller, moderner zu gestalten und die Ausbildungsmöglichkeiten zu modernisieren. Sie müssen einmal mit unseren Auszubildenden reden, wo da die Probleme sind, da waren Sie noch nie.

Drittens: Es gab keine Entlassungen und soll auch zukünftig keine Entlassungen geben. Dazu müßten Sie irgendwann einmal etwas sagen.

- (C) Viertens: Wir werden die Arbeitnehmerrechte wahren. Es gibt eigentlich — heute morgen hat Herr Senator Franke dazu schon Stellung bezogen anläßlich einer Anfrage — überhaupt keinen Anlaß, Mitbestimmungsrechte zu ändern, nur weil in dem einen oder anderen Bereich Schwierigkeiten auftauchen, weil Dienststellenleiter möglicherweise mit dem Personalvertretungsgesetz nicht so richtig umgehen können.

(Abg. Mützelburg [GRÜNE]: Das glaubst nur du!)

Fünftens: Senat und SPD-Fraktion werden alles tun, um die Voraussetzungen zu schaffen — das ist natürlich zugegebenermaßen schwierig —, um den Stellenstopp, über den niemand glücklich ist, auch wir nicht, irgendwann aufzuheben.

Sechstens: Wir werden auch weiterhin sparen, bis der Haushalt so ausgeglichen ist, daß neue Gestaltungsspielräume — und das ist entscheidend — erschlossen werden können, damit Leistungen im Interesse unserer Bürger auf Feldern vorgenommen werden können, wo wir das im Moment noch nicht können oder noch nicht machen.

Ein Letztes! Ich mache jetzt einmal Schluß, sonst springen Sie hier noch herauf.

(Zurufe von der CDU: Bravo!)

- (B) Zu dem Antrag der GRÜNEN muß ich in der Tat noch einen Satz sagen. Den Antrag der GRÜNEN lehnen wir natürlich ab — (D)

(Abg. Willers [GRÜNE]: Überraschung!  
— Zurufe von der CDU: Natürlich!)

ganz ruhig, Herr Willers, wissen Sie auch warum? —, weil der Senat zur Zeit dabei ist und Mitte dieses Jahres ein Personalentwicklungskonzept und alles, was dazu gehört, vorlegen wird. Es ist völlig überflüssig, die Kollegen in der SKP, die ohnehin, wie Sie ja auch immer ständig hier beklagen, eine überlastete Arbeitsplatzsituation haben, noch mit überflüssiger Arbeit zu überziehen, nur damit Sie hier eine öffentliche Diskussion durchführen können. Dies ist in der Tat nicht richtig. Deshalb lehnen wir ihn ab!

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort Herr Senator Grobecker.

(Abg. Mützelburg [GRÜNE]: Jetzt muß er wieder die Kastanien aus dem Feuer holen!)

**Senator für Arbeit Grobecker:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Mir liegt daran, vorweg zu sagen, daß die späte Debatte über diesen Bericht nicht in die Verantwortung des Senats fällt. Herr

(A) Klein, das haben Sie auch nicht gesagt, aber es hätte der Eindruck entstehen können. Das ist Sache des Parlaments.

Zweiter Punkt! Verehrter Herr Klein, ich hätte Ihnen gern einmal in so einer Debatte recht gegeben, aber ich muß ein paar Sachen korrigieren. Zunächst und vorweg, das ist ganz wichtig, wenn Sie bemängeln, daß keine konkreten Maßnahmen in diesem Bericht dargelegt worden sind, dann verstehe ich das überhaupt nicht. In dem Bericht sind dreieinhalb Seiten acht Punkt halbfette Futura — so heißt die Schrift, das ist eine kleine Schrift, und da geht viel auf eine DIN-A-4-Seite —,

(Zuruf des Abg. J a c k i s c h [CDU])

dreieinhalb Seiten acht Punkt halbfette Futura voller konkreter Vorschläge und Maßnahmen. Meine Damen und Herren, wenn Sie, Herr Klein, meinen, Sie müssen jetzt ausgerechnet bei der Fülle sagen, es gäbe keine konkreten Vorschläge, keine Maßnahmen, dann bitte ich Sie, daß Sie das korrigieren, weil ich denke, daß wir auch zukünftig vernünftig miteinander arbeiten wollen.

Erlauben Sie mir, meine Damen und Herren, zu dem vom Senat vorgelegten Bericht noch ein paar allgemeine Bemerkungen zu machen! Bei den einschneidenden Sparmaßnahmen — —.

(Heiterkeit)

(B) Ich mache gern Spaß, aber gespart werden muß auch!

(Abg. W i l h e l m s [CDU]: Aber nicht aus Spaß!)

Bei den einschneidenden Sparmaßnahmen, auch auf dem Sektor des Personals, ist die Sorge, Herr Klein, um die Erhaltung der Funktionsfähigkeit der Verwaltung und die Gewährleistung der Dienste der Bürger — und diese Sorge spricht ja aus dem Beschluß der Bürgerschaft und kommt auch in Ihrem Antrag vom letzten Jahr zum Ausdruck — durchaus gerechtfertigt.

Der Senat hat einen Mittelweg gesucht, der trotz der unausweichlichen Sparzwänge zur Sanierung der bremischen Finanzen gleichzeitig sicherstellt, daß, wenn es denn zu Aufgabeneinschränkungen kommen muß — und ich denke, darüber sind wir uns einig, Sie haben nichts anderes gesagt —, dann diese Einschränkungen sich auch in einem zumutbaren Rahmen halten und durch abgewogene gezielte Maßnahmen, nämlich durch, ich nenne dieses abgegriffene Wort ungern, Aufgabenkritik, gesteuert werden müssen. Zumutbar, das Wort bezieht sich vor allem auf die Bürger. Zumutbare Maßnahmen für die Bürger heißt, daß man mit der notwendigen Vorsicht an dieses Verfahren herangehen muß.

Bereits in seiner Regierungserklärung — und ich bestätige Ihnen gern das Zitat des Herrn Bürgermeister, daß Sie gebracht haben —

(Abg. K l e i n [CDU]: Schönen Dank!)

(C) hat der Bürgermeister ja darauf abgestellt, daß im Zusammenhang mit ganz oder teilweise vorgesehennem Abbau von Aufgaben die senatorischen Bereiche kritisch zu überprüfen seien und die Arbeit besser zu organisieren sei.

Auch in den zurückliegenden Jahren ist bei größeren Sparaktionen, in denen die Ressorts je nach Stellenbestand prozentuale Einsparungsquoten erbringen mußten, spätestens intern, im Ressort nämlich, von den Senatsbereichen kritisch untersucht worden, an welcher Stelle, soweit damals nicht noch Überkapazitäten vorhanden waren, Einsparungen Hand in Hand mit Aufgabenreduzierung vertreten werden konnten. Insofern haben wir da durchaus eine Kontinuität. Willkürliches Weghacken von Stellen und Personalmitteln war jedenfalls nie die Politik des Senats.

Das jetzt angelaufene Sparvorhaben des Senats, das sich folgerichtig an diesem Grundsatz orientiert, hat für die nächste und die weitere Zukunft weitaus größere Dimensionen als bisher. Die mit diesem Vorhaben verbundenen Auswirkungen auf die Aufgabenentwicklung und den Verwaltungszuschnitt, auch auf eine Umorientierung der Verwaltung und des Verwaltungshandelns, werden ungemein tiefgreifender sein als je zuvor. Wenn dabei nichts kaputtgehen soll, braucht das auch seine Zeit, Herr Klein. Ich denke, daß Sie das als alter Fuhrmann in der öffentlichen Verwaltung kennen.

(D) Dies alles kann auch nach meiner Auffassung — ich bedanke mich ja sehr, daß Sie mir meine Charaktereigenschaft noch einmal bestätigt haben — nicht von heute auf morgen aufgrund von theoretischen Überlegungen umgepolt, anders zurechtgestutzt werden, wenn es nicht zu ernsthaften Störungen kommen soll. Deshalb müssen die Erkenntnisse zu Sparmöglichkeiten sorgsam durchgeprüft und mit den Gegebenheiten der praktischen Verwaltungsnotwendigkeiten in Einklang gebracht werden.

Die Ergebnisse aller dieser Überlegungen sind Mitte Februar und nicht erst ab Februar, wie Sie irrtümlich gesagt haben, Herr Klein, im Senat beraten worden. Konkrete Sparbeschlüsse hat der Senat bereits hinsichtlich der Vorschläge gefaßt, die ressortübergreifend wirken. Da bin ich in einem besonderen Dilemma, das will ich gern zugeben, bei dieser Funktion als Vorsitzender der Senatskommission. Es gab da zwei Varianten, die eine, die die Senatskommission mehr und stärker in die Lage versetzt, selbst zu handeln und anzuordnen, wie das denn verwirklicht werden soll, und die andere Vorlage, die gemäßiger eher den Ressorts die Verantwortung überläßt, und zwar bis zu einem bestimmten Meldepunkt. Dieser Zeitpunkt ist noch nicht erreicht. Deshalb bin ich auch nicht in der Lage, weiter über das hinauszugehen, was ich hier sage.

Der Senat hat sich für diese zweite Möglichkeit entschieden, aus der Sicht der Ressorts durchaus auch zu Recht, weil ich ihre Argumentation, nämlich sich nichts überstülpen zu lassen, sondern selbst vor Ort aufgabenkritisch und sortierend den zukünfti-

(A) gen Zuschnitt herauszuarbeiten, auch im nachhinein durchaus für vernünftig halte.

Synchron mit den angelaufenen aufgabenkritischen Überlegungen und Maßnahmen zur Umsetzung der Einsparungen werden die Änderungen in der Verwaltungsstruktur sichtbar werden. Das ist ein Punkt, Herr Klein, den Sie besonders bemängelt haben. Ich nenne kurz das Stichwort Futurologie noch einmal, wir sind jetzt nicht — ich auch nicht — nach diesem Verfahren, das ich für das bessere halte, nämlich die Verantwortlichkeit der Ressorts herauszustellen, in der Lage zu sagen, so oder anders wird die Verwaltungsstruktur aussehen, sondern das wird jeweils vor Ort erarbeitet werden. Aber es ist dann danach darstellbar.

Da das Gesamtvorhaben, meine Damen und Herren, wie gesagt, noch im Fluß ist und bei unserer Art des Vorgehens deutliche Profile neuer Verwaltungsstrukturen erst im Laufe der nächsten Monate sichtbar werden, ist es heute nur möglich, in Grundzügen zu diesem Thema zu berichten, so wie in der Mitteilung des Senats dargestellt. Wir bitten Sie daher um etwas Geduld, bis wir Ihnen im Zusammenhang mit dem Haushalt 1985 berichten können. Herr Griesche hat Ihnen inzwischen schon gesagt, daß es dann einen Personalentwicklungsplan geben wird. Wir berichten Ihnen dann auch in dem Zusammenhang mit diesem Haushalt, was die Verwaltung unter einschneidenden geänderten Verhältnissen künftig leisten müssen, mit welchen unterstützenden Instrumentarien sie dabei auszustatten ist und schließlich, welche Änderungen sich im Erscheinungsbild der Verwaltung, in deren Aufbau und Ablauf, ergeben.

(B) Fest steht jedenfalls, daß der Senat mit unbeirrbarer Zielstrebigkeit die bremischen Finanzen mit den Realitäten der wirtschaftlichen Lage in Einklang bringen wird und daß dabei auch um den öffentlichen Dienst keine Jägerzäune errichtet werden können. Hier im Parlament, wie bei den Beschäftigten der öffentlichen Hand muß klar sein, daß die Wirtschaftsrezession, daß die wirtschaftlichen Gegebenheiten draußen nicht unbemerkt am öffentlichen Dienst vorbeigehen.

Letztes abschließendes Wort zu dem Antrag der GRÜNEN! Ich bin ganz dankbar, daß Herr Griesche angekündigt hat, daß dieser Antrag abgelehnt werden soll seitens der sozialdemokratischen Bürgerfraktion. Ich finde, meine Damen und Herren, wir brauchen nun wirklich nicht einen umfassenden Bericht zur Lage des öffentlichen Dienstes. Viel eher würden wir eine Bericht zur Lage der Stahlarbeiter oder der Werftarbeiter brauchen, das wäre ein angemessenes Thema!

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Klein.

Abg. **Klein** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Senator Grobecker, der Brustton

der Überzeugung — ich komme auf den Beginn Ihrer Rede zurück — und die Beschreibung der Schrifttype und der Größe des Schriftbogens allein macht aus einer allgemeinen Aussage noch keine konkrete. Herr Senator, ich muß Sie bei Ihrer eigenen Vorlage festhalten. Sie schreiben selbst auf Seite zwei: „Der Senat kann nur folgende allgemeine Angaben machen.“ Es gibt doch keinen besseren Beweis dafür, daß Sie sich nicht konkret geäußert haben, wenn Sie selbst sagen, nur folgende allgemeine Angaben!

(Beifall bei der CDU)

Zum Schluß sagen Sie dann, Herr Senator, daß ab Mitte Februar 1984 eine Arbeitsgruppe eingesetzt und beauftragt wird, Möglichkeiten vereinfachter Leistungserbringung und Verwaltungsabwicklung herauszufinden, um neben dem unumgänglichen Leistungsabbau — ich nenne das Aufgabenentlastung — verstärkt durch vereinfachtes wirksames Verwaltungshandeln zu der Haushaltsentlastung beizutragen. Das ist doch wiederum die Zukunft, die Sie mit diesem Auftrag umfassen wollen. Das ist doch keine konkrete derzeitige Mitteilung über Aufgabenentlastung oder Aufgabenabbau.

(Beifall bei der CDU)

Herr Senator, sonst wäre die Einleitung in dem Bericht des Senats gar nicht zu verstehen, daß die Senatsbereiche untersuchen werden, welche Möglichkeiten zu nutzen sind, um ihren Beitrag zum Haushaltsausgleich zu leisten! Dabei werden sich neue Strukturen der Verwaltung und für den Bürgerservice entwickeln, werden sich entwickeln! Also, ich bleibe dabei, es ist nicht konkret, es ist allgemein, weil es futuristisch ist, und die nötige Konkretisierung muß erst noch kommen.

In dem Zusammenhang, Herr Senator Grobecker, lassen Sie mich bitte eines sagen, vielleicht spreche ich da für die Kollegen des Haushaltsausschusses insgesamt!

(Abg. **Stäcker** [SPD]: Na! Vorsichtig!)

Die objektive Schwierigkeit eines organischen Konzepts der Personaleinsparung ist der Einstellungsstopp. Die CDU hat ihn abgelehnt, nicht weil sie gegen die Einsparung ist, sondern weil wir das für das falsche Mittel halten.

(Beifall bei der CDU)

Der Einstellungsstopp, meine Damen und Herren, ist nichts anderes als eine fiskalische Nothilfe. Der Einstellungsstopp ist das Regiment des Zufalls. Es wird nämlich der Abgang bei den einzelnen Stellen nicht nach einem System zu verzeichnen sein, erst recht nicht nach einem Einsparungskonzept, sondern der Abgang erfolgt zufällig. Der Abgang betrifft die überlastete Dienststelle, der Abgang betrifft die unverzichtbare hoheitliche Aufgabe, der Ab-

(C)

(D)

- (A) gang betrifft aber auch eine vielleicht nicht hinreichend belastete Stelle und vielleicht eine nicht so nötige Aufgabe. Diesen Abgang, dieses Regiment des Zufalls hat der Senat sozusagen zu dem fiskalischen Allheilmittel der Personaleinsparung gemacht, und das ist falsch!

(Beifall bei der CDU — Abg. K u n i c k  
[SPD]: Was halten Sie von Umsetzung, Herr  
Kollege? — Glocke)

**Präsident Dr. Klink:** Sind Sie bereit, eine Zwischenfrage anzunehmen?

Abg. **Klein** (CDU): Sehr gern!

**Präsident Dr. Klink:** Bitte, Herr Stäcker!

Abg. **Stäcker** (SPD): Herr Kollege Klein, würden Sie mir zustimmen, daß, wenn wir von 681 frei gewordenen Stellen seit dem 1. November 1983 bis zum 1. Juni 1984 ausgehen, wir sicherlich es nicht dem Zufall überlassen haben, wenn wir 171,5 Stellen wieder bewilligt haben, zur Verfügung gestellt haben, um dort, wo die Notwendigkeit besteht, auch Wiederbesetzungen zu ermöglichen? Man kann doch dann nicht vom Zufall reden!

(Beifall bei der SPD)

- (B) Abg. **Klein** (CDU): Herr Kollege Stäcker, ich bin Ihnen dankbar für die Frage. Ich mache Sie zum Zeugen meiner Anklage, das ist doch gerade die Not, daß wir im Haushaltsausschuß gezwungen sind, die wir nicht den Einstellungsstopp zu verantworten haben, mit Stangen im Nebel stakend das Schlimmste zu verhindern dadurch, daß wir schon ein Drittel Ausnahmen von den bisher frei gewordenen Stellen bewilligt haben.

(Abg. Frau **Uhl** [SPD]: Aber für welche Bereiche?)

Wir sind nichts anderes als die Buhmänner und Not Helfer des Senats, der sich zu schade ist, den Vollzug seines Einstellungsstopps selbst zu bewerkstelligen!

(Beifall bei der CDU)

Der Senat sollte dafür sorgen, daß die Ausnahmen bei ihm beraten und beschlossen werden. Wenn er das nämlich machen würde, würde er die Konzeptionslosigkeit und das Zufallsregiment des Einstellungsstopps am eigenen Leib erfahren. Was hat er gemacht?

(Abg. **Stäcker** [SPD] meldet sich zu einer Zwischenfrage — Glocke)

Ich bin noch nicht dabei, meinen Satz zu beenden, Herr Präsident!

(C) Was hat er gemacht? Er hat diese scheußliche Arbeit dem Haushaltsausschuß überlassen, und der Haushaltsausschuß erlebt bei jeder Tischvorlage über Ausnahmen vom Einstellungsstopp das Unorganische, das Antikonzeptionelle dieses scheußlichen Vorgangs der Verbesserung einer vom Senat wirklich verschlimmerten Situation. Insoweit, Herr Stäcker, bin ich Ihnen für den Hinweis dankbar!

Herr Senator Grobecker, Herr Stäcker hat in der letzten Haushaltsausschußsitzung gesagt, zu Recht, mit meiner Zustimmung, es ist an der Zeit, daß wir bei den Anträgen auf Ausnahmen vom Einstellungsstopp auch senatorische Verantwortung zu spüren bekommen. Herr Senator, Sie sind der Chef der Senatskommission für das Personalwesen. Sie sollten politische Verantwortung für die Ausnahmen vom Einstellungsstopp übernehmen, dann würden Sie mit mir zum Beispiel ein Konzept fordern von Herrn Senator Scherf für das Schließen der Kindertagesheime. In den Beiräten erklären die Vertreter von Herrn Senator Scherf, wir planen nur für ein Jahr. Das könnten Sie dann gar nicht akzeptieren, weil Finanzplanung mindestens über fünf Jahre geht, und das setzt voraus, daß der Einsparungsplan — und bei Kindertagesheimen auch — länger als ein Jahr ist. Das werden Sie am eigenen Leib erfahren, wenn dann plötzlich Mitarbeiter in den Kindertagesheimen gefordert werden, und Sie sollen den Einstellungsstopp vollziehen.

(D) Herr Stäcker hat mit Recht gesagt, wir machen das nicht mehr allein, wir sind nicht mehr die Buhmänner des Senats.

(Abg. **Stäcker** [SPD]: Das habe ich nicht gesagt!)

Das habe ich gesagt!

(Heiterkeit)

Aber in der Sache waren wir einer Meinung! Hier sollen der Finanzsenator und vor allen Dingen der Chef der Senatskommission für das Personalwesen Mitverantwortung übernehmen, denn schließlich arbeitet uns die Senatskommission für das Personalwesen zu.

Abschließend noch einen Punkt, wo sich der Widersinn geradezu schlagartig zeigt! Da komme ich auch noch einmal auf die Mitteilung des Senats zurück. Hier ist das Tabu wiederholt, keine Privatisierung vorzunehmen. Solange dieses Tabu nicht zu einer Kostenerhöhung führt, kann man es zur Kenntnis nehmen. Aber, meine Damen und Herren von der SPD, dieses Tabu darf nicht zu einer ungerechten, nicht sachgerechten Kostenerhöhung führen. Was ist uns in den letzten Sitzungen des Haushaltsausschusses zugemutet worden?

(Abg. **Dittbrenner** [SPD]: Das Rechtskartell!)

(A) Der Senator Franke hat die Fremdreinigung in drei großen Schulen in Eigenreinigung überführt gegen die Ablehnung der Finanzverwaltung und deswegen auch gegen die Stimmen der CDU,

(Abg. G r i e s c h e [SPD]: Das ist doch gar nicht wahr!)

weil bei dieser Überführung der Fremdreinigung in Eigenreinigung ab 1987 eine Million DM Mehrkosten entstehen. Das ist ein zu teures Tabu, meine Damen und Herren!

(Abg. H o l l w e g [CDU]: Unerhört!)

Herr Kollege Griesche, wenn Sie es nicht glauben, dann werde ich Ihnen einmal eben aus der Vorlage der Finanzverwaltung zitieren, da heißt es nämlich:

„Aufgrund der vorstehenden Ausführungen ist somit eine Anrechnung der von Bildung angegebenen Einsparungen auf die nach dem Ausgleichskonzept zu erbringenden Sparquoten nicht zulässig. Der Verzicht auf den Abbau von 45 Reinigungsstellen würde ab diesem Zeitpunkt eine jährlich fortlaufende Belastung bei den Personalausgaben von zusammengesamt netto einer Million DM erbringen.“ Deswegen lehnt die Finanzverwaltung ab! Bei der nächsten Sitzung ist das politisch geklärt worden, und dann hat die Finanzverwaltung erklärt, sie hielte ihre Bedenken aufrecht, und es ist zugestimmt worden gegen unsere Stimmen.

(B)

Ich halte das für einen Skandal, daß dieses Tabu nicht dazu führt, daß Kosten gespart werden, sondern daß Kosten in Höhe von einer Million DM wider besseres Wissen erhöht werden. Deswegen, meine Damen und Herren, bitte ich Sie, solchen Skandalvorfällen nicht mehr Ihre Stimme zu geben!

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort Herr Senator Grobecker.

Ich würde Sie herzlich bitten, daß wir diesen Punkt jetzt noch vor der Mittagspause abschließen!

**Senator für Arbeit Grobecker:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es könnte ja auch sein, daß ich Herrn Klein zu diesem großen Auftritt verholfen habe!

Ich will, obwohl ich auch Lust zur Selbstdarstellung habe, in aller Ruhe sagen: Ich bin der Auffassung — und das ist hinreichend bekannt, auch bei meinen Freunden hier im Parlament —, daß der Einstellungsstopp das drastischste, das letzte Mittel personalwirtschaftlicher Politik sein kann und daß dieser Einstellungsstopp, so schnell das geht — die Frage ist aber auch, ob es geht — aufgehoben werden muß. Das ist meine Auffassung!

(Abg. K l e i n [CDU]: Das steht im Haushaltsgesetz!)

(C) Dazu aber, meine Damen und Herren, um dieses Ziel zu erreichen, hat der Senat Beschlüsse gefaßt, die Ihnen allen bekannt sind. Ich habe eben versucht, das noch einmal darzulegen. Die Ressorts müssen in ihrer Eigenverantwortung versuchen, bis Ende Juli ihren Teil zu leisten. Das ist vernünftig so, weil das dort besser gesehen und erledigt werden kann. Ab Juli wird die Personalausgleichsstelle bei der SKP die Funktion übernehmen, die sonst für einen normalen Arbeitnehmer das Arbeitsamt hat,

(Abg. J a c k i s c h [CDU]: Rasenmäher!)

nämlich abgebende Ressorts und aufnehmende Ressorts müssen ihren Bedarf dort melden, und dann wird nach Qualifikation und den entsprechenden Möglichkeiten ausgeglichen, das heißt, mit anderen Worten, vermittelt. Das ist das Arbeitsamt im öffentlichen Dienst. Ich würde Sie ganz herzlich bitten, dieses Verfahren kritisch zu begleiten, und jede Auskunft, die dafür notwendig ist, bekommen Sie.

Ich will mich zur Rolle des Haushaltsausschusses aus verständlichen Gründen nicht äußern. Aber klar ist, Herr Klein, die Buhmänner sitzen einmal hier und einmal dort. Ich will mich gern an der Arbeit des Haushaltsausschusses beteiligen. Das habe ich auch meinem Kollegen Stäcker versprochen.

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Stäcker.

(D)

Abg. **Stäcker** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Auf die allgemeinen Ausführungen wird meine Kollegin Frau Leinemann eingehen. Ich möchte nur vom Haushaltsausschuß folgendes richtigstellen:

Erstens: Wir haben die Vorlage für die drei Schulen zunächst nicht behandelt, weil auch Korrekturen in der sachlichen Darstellung vorgenommen wurden. Ich habe die Unterlagen leider nicht bei mir, sonst würde ich Ihnen das jetzt konkret sagen und nachweisen. Aber wenn ich das hier ausführe, können Sie sich darauf verlassen, daß das richtig ist und daß dementsprechend auch noch von der Finanzverwaltung weitere Nachprüfungen erforderlich waren.

Zweitens: Wir haben, weil bis 1987 hier ein echter Einsparungseffekt erzielt wird, und zwar mit einem namhaften Betrag, uns außer Stande gesehen, dies jetzt anders zu entscheiden. Wir haben — das ist das, was Sie hier nicht mit erwähnt haben, Herr Kollege Klein, und was so eine Irritation in der Öffentlichkeit herbeiführt, wenn das nicht noch hinzugefügt wird —, wir haben gesagt, daß wir rechtzeitig vor 1987 uns darüber unterhalten werden, ob und in welcher Weise diese Eigenreinigung, wie wir sie uns jetzt vorgenommen haben, einschließlich dieser 45 Stellen, weitergeführt werden kann oder ob notfalls andere Überlegungen angestellt werden müssen.

(Abg. K l e i n [CDU]: Aber dann nutzen Sie doch die 45 Stellen!)

(A) Dies hat zu einer Entgegnung des Gesamtpersonalratsvorsitzenden — das darf man ja auch sagen — im Haushaltsausschuß geführt. Er hat grundsätzlich dazu Stellung genommen. Wir haben dem nicht widersprochen, sondern wir waren uns dann gemeinsam einig, daß wir dieses Problem zu gegebener Zeit, das heißt rechtzeitig vor 1987, erneut aufgreifen.

Was im übrigen Ihre Anmerkungen zu der Bewirtschaftung der Personalstellen angeht, ist darauf hinzuweisen, daß wir sehr wohl hier weder nach dem Rasenmäherprinzip noch nach Ungewichtigkeiten entscheiden, sondern wenn Notwendigkeiten vorhanden sind, diese uns von den einzelnen Ressorts aufgegeben werden, dazu Stellung genommen wird, ob von der Senatskommission oder dem Senator für Finanzen. Wir haben einige Regularien in der Haushaltsausschußsitzung vorgeschlagen, weil nämlich die Übergangszeit bis zum Ende der Haushaltsberatungen Ende März nun ausgestanden war und wir damit für das laufende Verfahren, das aufgrund dieser allgemeinen Situation noch länger andauern wird, eine neue Behandlungsform erreichen wollten. Dem wird Rechnung getragen werden. Ich kann nur sagen, daß es falsch ist zu behaupten, daß hier womöglich völlige Fehlentscheidungen getroffen oder Stellen nicht besetzt werden können, obwohl die Dringlichkeit vorhanden ist.

Was die Stellen im Kindergartenbereich angeht, haben wir uns auch dafür entschieden, daß wir gesagt haben, das laufende Kindergartenjahr darf nicht gefährdet werden. Dies ist im auslaufenden Kindergartenjahr in diesem Jahr der Fall. Wir müssen uns dann über weitere Dinge, wenn auch die Anmeldungen in voller Zahl bekannt sind,

(B)

(Abg. Klein [CDU]: Eben, das ist doch die Diskussion!)

die zum damaligen Zeitpunkt noch nicht vorlagen, erneut klar werden. Insofern ist also hier etwas, was so hineingelegt wird, daß wir womöglich nicht sachgerecht und sachgemäß und nicht im Interesse von Betroffenen verfahren, unrichtig.

(Glocke)

**Präsident Dr. Klink:** Sind Sie bereit, eine Zwischenfrage entgegenzunehmen?

Abg. Stäcker (SPD): Ja!

**Präsident Dr. Klink:** Bitte sehr, Herr Abgeordneter Kunick!

Abg. Kunick (SPD): Herr Kollege Stäcker, gestatten Sie,

(Abg. Neumann [CDU]: Nein!)

daß ich folgende Frage noch einmal stelle, um den von Herrn Kollegen Klein erzeugten Eindruck richtigzustellen? Ist es nach Ihren Erkenntnissen richtig,

daß die Nichtprivatisierung der im Streit befindlichen Schulen in dieser Legislaturperiode billiger war als die Privatisierung, bei der Putzkräfte eingesetzt werden konnten, die ansonsten beschäftigungslos im öffentlichen Dienst gewesen wären? (C)

Abg. Stäcker (SPD): Es ist bis 1987 günstiger. Was nach 1987 passiert, muß man erneut überlegen. Ich bin allerdings der Meinung, da komme ich auf die 45 Betroffenen noch einmal zu sprechen, daß man auch über Einsatzmöglichkeiten dann reden muß, wenn dies ansteht, damit die, die jetzt davon betroffen wären, nicht 1987 vielleicht im Regen stehen und unter Umständen nicht weiter beschäftigt werden können.

Ich habe Ihnen durch meine Zwischenfrage versucht deutlich zu machen, daß die Fluktuation es durchaus hergibt, daß wir hier auf dem richtigen Weg der von uns vorgenommenen Sparmaßnahmen sind. Wenn wir von 681 Stellen 171 wiederbesetzt haben, dann meine ich, ist das schon ein Ergebnis, das sich sehen lassen kann. Sie kennen die Schwierigkeiten in einzelnen Bereichen, zum Beispiel im Klinik-, im Sozialbereich oder im Gebührenbereich, wo wir gerade auch für das Klärwerk Seehausen eine kostendeckende Stellenbewirtschaftung haben, daß wir hier Zugeständnisse haben machen müssen. Aber das Gesamtergebnis ist nicht unbefriedigend, sondern im Gegenteil, es zeigt auf, daß das, was man sich vorgenommen hat, möglich sein wird. Dementsprechend glaube ich, können wir auch so verfahren. (D)

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Dr. Klink:** Meine Damen und Herren, ich bitte, damit einverstanden zu sein, daß wir noch die letzte Wortmeldung annehmen und daß wir dann die Beratung schließen.

Als nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Leinemann.

Abg. Frau Leinemann (SPD): Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Ich mache es ganz schnell. Wenn Herr Klein gestattet hätte, eine Frage zu stellen, wäre es damit erledigt gewesen.

Erstens, Herr Klein, ich würde Sie gern fragen, ob Sie diese Äußerungen auch vor den Gewerkschaften wiederholen würden, insbesondere vor der ÖTV.

(Abg. Klein [CDU]: Ich rede öffentlich, Frau Kollegin!)

Sie haben noch an keiner Gewerkschaftsveranstaltung teilgenommen, in der auch Raumpflegerinnen anwesend waren. Das möchte ich Ihnen hier nur einmal sagen.

(Beifall bei der SPD — Abg. Klein [CDU]: Sie wollen mir doch nicht drohen?)

(A) Nein, aber ich möchte Ihnen empfehlen, die letzte OTV-Zeitung zu lesen und auch die vom Januar! In beiden Zeitungen wurde noch einmal berichtet, daß sowohl Köln als auch jetzt Gelsenkirchen von der Privatreinigung wieder auf Eigenreinigung umgestellt haben, weil nämlich die Unternehmer — das ist ja auch ganz klar — im Laufe der Jahre immer mehr Geld genommen haben, so daß unterm Strich die Eigenreinigung billiger als die Fremdreinigung war.

(Beifall bei der SPD — Zuruf des Abg.  
Jackisch [CDU])

**Präsident Dr. Klink:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Es ist beantragt worden, über den Antrag der GRÜNEN mit der Drucksachen-Nummer 11/193 getrennt abstimmen zu lassen, und zwar bis auf den letzten Absatz. Das wäre ein Abstimmungsvorgang. Der erste Teil wäre dann der andere Abstimmungsvorgang. Soll so verfahren werden, Herr Abgeordneter Mützelburg?

(Abg. Mützelburg [GRÜNE]: Herr Präsident, ich wollte nur sagen, daß wir der Empfehlung von Herrn Klein, das auf die Haushaltsberatungen einzugrenzen, übernehmen! — Abg. Klein [CDU]: Anstatt 31. 12. 84! — Abg. Wedemeier [SPD]: Statt 31. 12., den 31. 13.!)

(B)

**Präsident Dr. Klink:** Die Formulierung „bis zum Beginn der Haushaltsberatungen“ wird vom Antragsteller übernommen.

Meine Damen und Herren, wer dem ersten Teil seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür CDU und GRÜNE)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD)

Stimmhaltungen?

Ich stelle fest, der erste Teil ist damit abgelehnt.

Nunmehr rufe ich den zweiten Teil auf.

Wer dem zweiten Teil seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür GRÜNE)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD und CDU)

Stimmhaltungen?

Damit ist auch der zweite Teil abgelehnt.

Ich stelle fest, damit ist der gesamte Antrag abgelehnt.

(C)

Im übrigen nimmt die Bürgerschaft (Landtag) von der Mitteilung des Senats Drucksache 11/121 Kenntnis.

Meine Damen und Herren, es ist jetzt 13.10 Uhr. Wir setzen die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) um 14.40 Uhr fort.

Ich unterbreche bis dahin die Sitzung.

(Unterbrechung der Sitzung 13.10 Uhr)

\*

Präsident Dr. Klink eröffnet die Sitzung wieder um 14.41 Uhr.

**Präsident Dr. Klink:** Ich stelle fest, die unterbrochene Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist wieder eröffnet.

An unserer heutigen Nachmittagssitzung nehmen als Zuhörer unter anderen folgende Gruppen teil: eine Gruppe der Altentagesstätte Woltmershausen, ein Lehrgang der Krankenpflegeschule am Zentralkrankenhaus Reinkenheide in Bremerhaven, eine Gruppe von Auszubildenden der Sparkasse in Bremen.

Ich begrüße die Zuhörer in unserem Kreis.

(Beifall)

(D)

Wir fahren in der Tagesordnung fort.

**Bericht über bereits eingeleitete und weiterhin beabsichtigte Maßnahmen zur Bekämpfung der illegalen Beschäftigung und der Schwarzarbeit im Lande Bremen**

Mitteilung des Senats vom 27. März 1984  
(Drucksache 11/133)

Wir verbinden hiermit:

**Verbesserung der Datenlage im Bereich Bekämpfung der illegalen Beschäftigung und der Schwarzarbeit im Lande Bremen**

Antrag der Fraktion der CDU  
vom 11. Mai 1984  
(Drucksache 11/158)

**Bekämpfung der illegalen Beschäftigung und Schwarzarbeit**

Antrag der Fraktion der SPD  
vom 4. Juni 1984  
(Drucksache 11/181)

Die gemeinsame Beratung ist eröffnet.

Als erster hat das Wort der Abgeordnete Urban.

(A) **Abg. Urban (CDU):** Herr Präsident, haben Sie bitte etwas Nachsicht mit mir, wenn ich meine Redezeit um einige wenige Minuten überziehe, denn wir haben drei Anträge zu beraten, und ich möchte es gern im Zusammenhang erledigen!

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Vor vier Monaten haben alle Fraktionen dieses Hauses einem CDU-Antrag zugestimmt, mit dem der Senat aufgefordert wurde, einen Bericht über die im Lande Bremen eingeleiteten und beabsichtigten Maßnahmen zur Bekämpfung der Schwarzarbeit und der illegalen Tätigkeit vorzulegen, weil wir alle nicht bereit waren, die gesellschaftlichen Schäden, die durch eine solche Schattenwirtschaft entstehen, weiter hinzunehmen. Dieser von uns angeforderte Bericht liegt mittlerweile vor.

In der Grundtendenz, unabhängig von dem dürftigen Zahlenmaterial, auf das ich noch zu sprechen komme, können wir zustimmen, daß es strukturelle und auch personelle Verbesserungen — wenn ich allein an die regionale Zuordnung der Bekämpfungsstelle in Oldenburg denke — bei der Bekämpfung der organisierten illegalen Tätigkeit geben sollte. Auf die gesetzgeberische Komponente, die durch den Antrag der SPD erheblich ausgeweitet wurde — bald möchte man sagen unzulässigerweise —, komme ich an anderer Stelle noch zurück.

(B) Einen Bereich möchte ich jetzt ansprechen! Ein erster Erfolg unseres Antrags zeigte sich ja schon darin, daß es kurz nach der Einbringung in Bremen zu vorher so nicht bekannten Aktivitäten bei der Bekämpfung der illegalen Tätigkeit und der Schwarzarbeit gekommen ist. Ich brauche Ihnen nur die ganzen Presseartikel vorzulesen, die wir in den vergangenen Jahren immer vermißt haben. Hier auch gleich unsere Stellungnahme, Herr Kollege Beckmeyer, zum ersten Absatz Ihres Antrags!

Das einzige, was wir begrüßen können, ist, daß es jetzt endlich vorzeigbare Anstrengungen des Senats gibt. Die jetzige Formulierung, die wir ablehnen, ist der Jubelantrag, wie wir ihn schon verschiedentlich gehabt haben.

Zweitens! Die CDU bedauert, daß auch die legale Arbeitnehmerüberlassung ohne saubere Trennung — und darauf kommt es mir besonders an — wieder in den Bericht, vor allen Dingen aber in den SPD-Antrag einbezogen wurde. Wir als CDU betonen erneut, daß der Denkansatz falsch ist, durch ein generelles Verbot der legalen auch die legal-illegale Arbeitnehmerüberlassung ausrotten zu können. Das Gegenteil ist der Fall.

Außerdem, das müssen Sie doch wohl zugeben, haben Sie in den sauber arbeitenden, auch tarifvertraglich abgesicherten legalen Arbeitnehmerüberlassungsfirmen die besten Kombattanten bei der Bekämpfung der illegalen. Deswegen lehnt die CDU auch den Rest des SPD-Antrags ab, der sich mit legaler Arbeitnehmerüberlassung und Zeitarbeitsverträgen befaßt. Hier wird doch vom Senat und von der SPD etwas scheinheilig argumentiert: In der Öffent-

lichkeit nämlich gegen Zeitarbeitsverträge zu wettern und im eigenen Bereich selbst dafür zu werben. (C)

Ich will gar nicht, Herr Senator Grobecker, auf die Anzeige in der Presse zurückkommen. Ich meine, diese Konstellation ist nicht gerade originell. Es wäre überhaupt in der Tat einmal lohnenswert — wenn man schon einmal Zeitarbeit und legale Arbeitnehmerüberlassung einbezieht —, eine Untersuchung darüber anzustellen, wie viele Zeitarbeitsverträge mit welcher Laufzeit im öffentlichen Dienst abgeschlossen wurden. Ich kann Ihnen heute schon sagen, das sind gar nicht wenige.

Gleichfalls wäre es lohnenswert zu ermitteln, welche Möglichkeiten in einem 40 000-Mitarbeiter-Betrieb, wie ihn der öffentliche Dienst ja darstellt, bestehen, durch befristete Umsetzung quasi Zeitarbeitsverträge zu unterlaufen und, Herr Senator Grobecker, Personal hin- und herzuschieben, was Sie heute vormittag im Zusammenhang mit der Personalausgleichsstelle erwähnt haben, die ja im Grunde genommen auch etwas in diese Richtung arbeitet. Das können Sie aber nur in einem Betrieb machen, der ähnliche Größenordnungen hat wie der öffentliche Dienst. Vielleicht sollte man einmal untersuchen, welche Möglichkeiten bestehen, auch im öffentlichen Dienst etwas schwarz zu werkeln.

Daneben wäre einmal zu untersuchen, wie viele zeitlich befristete Engpässe im öffentlichen Dienst durch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen aufgefangen werden, wie zum Beispiel jetzt bei der Erstellung der Dokumentation über das Anhörungsverfahren zur Ausländerpolitik. Im Grunde genommen sind diese Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen im öffentlichen Dienst nichts anderes als Zeitarbeitsverträge zum Nulltarif. (D)

(Beifall bei der CDU — **Abg. Gerhard Fischer [SPD]:** Aber das wollen Sie doch wohl nicht zusammenwerfen in einen Topf!)

Nein, ich habe vorhin von der Scheinheiligkeit gesprochen! Um nichts anderes geht es!

(**Abg. Gerhard Fischer [SPD]:** Sie verwechseln Äpfel mit Birnen!)

Wir müssen uns auch einmal fragen, sehr geehrter Herr Kollege Fischer, in welchen Fällen der öffentliche Dienst den Bürger bei berechtigten Ansprüchen, zum Beispiel im Steuer-, Sozialrecht oder Baurecht, einfach warten lassen kann und dies in einer Form, die in normalen Betrieben einfach existenzgefährdend wäre.

Wir sollten aber wieder zur illegalen Tätigkeit zurückkommen! Ich muß immer wieder diese Einschübe machen wegen des SPD-Antrags. Der Hauptkritikpunkt der CDU: Das im Bericht des Senats veröffentlichte Zahlenmaterial für Bremen ist völlig unbefriedigend!

Dieser Bericht setzt die von uns schon früher kritisierte mißliche Tradition fort. Damit aber steht und

(A) fällt die Auseinandersetzung, was die Bremer Szene der illegalen Tätigkeit und der organisierten Schwarzarbeit anbelangt, und der Bericht wird hier einfach in weiten Teilen zu Makulatur. Es war doch der Sinn und der Zweck unserer Anfrage vor etwa einem halben Jahr, Zahlen, Daten und Fakten für das Land Bremen zu erfahren.

Was müssen wir in dem Bericht lesen? Ich möchte nur drei Beispiele nennen! Zum Umfang der illegalen Beschäftigung heißt es: „Eine separate Statistik nur für den Arbeitsamtsbezirk Bremen und Bremerhaven existiert nicht.“ Zur Frage der Verhängung von Bußgeldern — immer wörtliche Zitate —: „Da keine nach Arbeitsamtsbezirken getrennte Statistiken geführt werden können, können keine separaten Zahlen für das Land Bremen genannt werden.“

Drittes Beispiel: Tätigkeit des auch für Bremen zuständigen sogenannten Stützpunktes in Oldenburg, der ja für insgesamt fünf oder sechs Arbeitsamtsbezirke im norddeutschen Raum zuständig ist! Hier sagt der Bericht: „Es liegen dort noch 550 nicht abgeschlossene Fälle vor.“ Kein Wort davon, wie hoch der Anteil Bremens hieran ist und was hier bereits an Bremer Angelegenheiten aufgearbeitet wurde!

Ich habe bei der Einbringung unseres Antrags — Sie werden sich erinnern — im Februar auf den Hinweis von Radio Bremen vom 5. Januar 1984 aufmerksam gemacht, daß es 1983 bei eben diesem Stützpunkt in Oldenburg 20 000 Hinweise auf illegale Tätigkeiten gegeben hat, und gefragt, welche Erkenntnisse sich eben aus diesen 20 000 Hinweisen, die ja irgendwo einmal registriert worden sein müssen, für Bremen ableiten. Im Bericht kein Wort davon! Das sind nur drei Beispiele von weiteren, die angeführt werden können.

(B) Dann, meine Damen und Herren, kommt aber der wirkliche Hammer auf Seite neun, Punkt sieben des Berichtes, und hier darf ich den Originalwortlaut des Berichtes des Bremer Senats vorlesen, der lautet: „Die Überschaubarkeit des Wirtschaftsraumes Bremen und die von hier aus geleistete Amtshilfe haben es in der Vergangenheit ermöglicht, bei der Bekämpfung der illegalen Beschäftigung im Lande Bremen“ — auch in der ferneren — „gute Erfolge zu erzielen.“ Mein Gott, Herr Senator Grobecker, dann listen Sie doch diese guten Erfolge einmal auf!

(Beifall bei der CDU)

Sie sind doch sonst nicht so unbescheiden, wenn es darum geht, Ihre Erfolge der Öffentlichkeit vorzustellen!

Schluß, aus, Bremer Szene 1983, und der CDU reicht das nicht, was wir durch unseren Antrag in Erfahrung gebracht haben!

Betrachten wir aber weitere Kriterien, zum Beispiel die in Bremen verhängten Bußgelder im Bereich der Schwarzarbeit! Der Bußgeldrahmen in Einzelfällen beträgt hier bis zu 50 000 DM. Es ist ja wichtig, das zu wissen. 1983 vom Gesetzgeber eingeleitete Verfahren zur organisierten gewerbsmäßig be-

(C) triebenen Schwarzarbeit: null! Daneben 30 Bußen nach der Handwerksordnung zwischen 500 und 2 000 DM, die die Handwerkskammer in eigener Regie verhängt, und das bei einem Einzelbußgeldrahmen von 50 000 DM.

Zu diesem Nullverfahren des Gesetzgebers heißt es, mehr sei regelmäßig nicht leistbar gewesen. Was heißt denn mehr als null und regelmäßig?

Nehmen wir das Kriterium illegale Tätigkeit! Auch hier läßt der Bußgeldrahmen im Einzelfall Geldbußen in Höhe von bis zu 150 000 DM zu plus gegebenenfalls Gefängnis bei Straftatbeständen. Dazu heißt es im Bericht: „Zahlen seien nur für den Bereich des Landesarbeitsamtes Niedersachsen/Bremen vorhanden.“ Zwar stieg die Zahl der Ermittlungsfälle im gesamten niedersächsischen Gebiet um das Fünffache, von 346 Fällen in 1981 auf 1503 in 1983, gleichzeitig war aber ein uns völlig unerklärlicher Rückgang der Bußgeldgesamtsumme von einer Million DM in 1981 auf nur 470 000 DM in 1983 zu verzeichnen. Aufschlüsselung des Bremer Anteils: wiederum Fehlansätze!

Meine Damen und Herren, wir wissen, daß es wegen der vielen Grauzonen fürchterlich schwer ist, die Erfolge zu erzielen, die sicherlich alle Parteien in diesem Hause gern haben möchten. Weil uns aber in Bremen entscheidende Beurteilungskriterien fehlen, stochern wir doch noch zusätzlich mit einer langen Stange im Nebel herum. Wir dürfen uns dann nicht wundern, wenn es hier in Bremen in der Vergangenheit — ich gebe ja zu, in den letzten Wochen ist es etwas besser gewesen — zu nicht gerade vorzeigbaren Erfolgen gekommen ist.

Um dies zu ändern, haben wir unseren Antrag vorgelegt, damit zumindest zukünftig für vernünftiges Zahlenmaterial — regional aufgegliedert, um auch Bremer Zahlen abrufen zu können — Sorge getragen wird. Für diesen Antrag erbitten wir Ihre Zustimmung. Erst wenn dieses Material abrufbar ist, wird es uns gelingen, der organisierten Schwarzarbeit und der illegalen Tätigkeit im Lande Bremen besser zu begegnen.

Nach diesem Bericht ist leider erneut deutlich geworden, daß in der Vergangenheit eine Nichtausschöpfung der bestehenden Grundlagen an der Tagesordnung war. Nur wer die bestehenden Gesetze ausschöpft, das ist unsere Überzeugung, wird glaubwürdig, wenn er nach Verschärfung und höheren Strafen ruft.

Damit kann ich überleiten zum letzten Punkt, zur Gesetzgebung und zum SPD-Antrag, der nur in Teilen und am Rande mit dem ursprünglichen Thema Bekämpfung der illegalen Arbeitnehmerüberlassung und der gewerbsmäßig organisierten Schwarzarbeit zu tun hat. Deswegen ist es so fürchterlich schwer, diese Dinge immer genau und lupenrein auseinanderzuhalten.

In dem 16 Punkte umfassenden Vorschlag für ein Gesetz zur Förderung der Beschäftigung, das die CDU durch den Bundesarbeitsminister Blüm zur Zeit behandelt, gibt es auch Vorschläge zur Einführung

(C)

(D)

- (A) von Ausweiskarten für den Bereich der offenen Baustellen und auch für eine Verschärfung der Strafen bei illegaler Ausländerüberlassung. Wir gehen hier also Dinge an, meine Damen und Herren von der SPD, über die Sie in 13 Jahren Regierungsverantwortung nur geredet haben.

(Beifall bei der CDU)

Doch von dieser Absicht der Bundesregierung in Ihrem Antrag kein Wort!

Es gibt dann drei weitere zusammenhängende Punkte im SPD-Antrag: erstens befristete legale Arbeitsverträge, zweitens Verlängerung der dreimonatigen Frist nach dem Arbeitnehmerüberlassungsgesetz und drittens Abgeltung von Überstunden durch Arbeitsbefreiung, die, wie ich vorhin schon sagte, nur bedingt mit illegaler Tätigkeit und Schwarzarbeit etwas zu tun haben und die ja auch nur — auch das haben Sie vergessen, in Ihrem Antrag zu erwähnen — für einen befristeten Zeitraum aufgrund einer besonders angespannten wirtschaftlichen Lage eingeräumt werden.

Wir meinen, diese Punkte gehören dann auch in der Behandlung zusammen, weil sie dem Ziel dienen, und das ist die Absicht der CDU, eine wieder anlaufende Konjunktur — und ich möchte hoffen, daß sich auch nach Beendigung der Streiksituation hieran nicht viel ändert — weder in Überstunden noch in Sonderschichten und eben auch nicht in illegale Tätigkeit münden zu lassen. Wir wollen, daß eine wieder anlaufende Konjunktur unmittelbar den Arbeitslosen zugute kommt.

(B)

Sicherlich ist es richtig, daß auch die Sozial- und Arbeitsmarktpolitik ihren Beitrag zur Solidarität der Arbeitsplatzbesitzenden mit den Arbeitslosen leisten muß. CDU und SPD haben dazu unterschiedliche Ordnungsvorstellungen, das gebe ich ja zu, aber wir sind der festen Überzeugung, daß wir der Lage dadurch am besten gerecht werden, indem Überstunden nicht mehr bezahlt, sondern abgefeiert werden müssen. Das ist eine Hilfe für die, die draußen stehen, und es entspricht doch nun wirklich einer alten gewerkschaftlichen Forderung, in diesem Sinne mit Überstunden zu verfahren.

Dann hilft doch die sozial abgesicherte — die Betonung liegt auf sozial abgesicherte — Teilzeitarbeit denen, die keine Arbeit haben, wie auch denen, die einen Vollzeit Arbeitsplatz für weniger Arbeit eintauschen möchten, und wir fragen uns, was an einer solchen Einstellung denn falsch sein kann.

Ferner wollen wir auch durch ein lebensnahes Reagieren auf sichtbare Probleme des Arbeitsmarktes eine beschäftigungspolitische Schubwirkung auslösen, weil wir wissen, daß zunächst befristete Arbeitsverhältnisse in vielen Fällen auch in unbefristete Arbeitsverhältnisse münden anstatt in dauernde Überstunden. Sie helfen auch besonders kleinen und mittelständischen Betrieben.

Auf die Lösung sichtbarer Probleme unter Einhaltung von Schutzvorschriften kommt es uns an, um

zum Beispiel bei Mutterschaft, Wehr- und Zivildienst sowie bei der Offenhaltung von Arbeitsplätzen wesentlich flexibler reagieren und diese Schwierigkeiten überbrücken zu können. Wir sollten uns auch einmal Gedanken darüber machen, ob diese Überlegungen hinsichtlich eines Gesetzes zur Arbeitsförderung nicht auch dazu beitragen können, sich auf den Ansturm von noch geburtenstarken Jahrgängen besser vorbereiten zu können.

(C)

Die CDU-Fraktion stimmt hier vorbehaltlos dem Bundesarbeitsminister Norbert Blüm zu, der gesagt hat: „Besser befristet in Arbeit als unbefristet arbeitslos.“

(Beifall bei der CDU)

Weil der SPD-Antrag, meine Damen und Herren, nach unserer festen Überzeugung kein Verhinderungsgesetz gegen Schwarzarbeit und illegale Tätigkeit ist, sondern in Teilbereichen genau das Gegenteil bewirkt — und ich habe versucht, das eben deutlich zu machen —, folgen wir auch nicht Ihrem Schlußsatz, daß das geplante Gesetz zur Förderung der Beschäftigung ein Schritt in die falsche Richtung ist. Nicht das Gesetz ist ein Schritt in die falsche Richtung, sondern Ihr Antrag. — Danke schön!

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Beckmeyer.

(D)

**Abg. Beckmeyer (SPD):** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Präsident, ich bitte im Hinblick auf die Redezeit um die gleiche Nachsicht, die Sie meinem Vorredner gewährt haben. Ich möchte aber versprechen, diese nicht voll auszuschöpfen.

Herr Urban, Ihre gewohnte sachliche Art haben Sie bei der Behandlung dieses Themas, zumindest in einzelnen Bereichen, verlassen, weil Sie ein wenig, so fand ich, neben dem Thema lagen. Ich möchte da zu einige Beispiele nennen.

Erstens: Sie fingen mit den Erfolgen der CDU an, die in den Aktivitäten des Arbeitssenators liegen. Sie wissen genau wie ich, daß, seitdem am 22. November 1982 die Koordinierungsstelle eingerichtet worden ist, die Arbeit aufgenommen wurde und daß durch die Initiative des zur Zeit amtierenden Arbeitssenators gerade im Bereich der Schwarzarbeit und der illegalen Beschäftigung, insbesondere auf dem Gebiet der illegalen Beschäftigung, seit Beginn seiner Amtszeit deutliche Aktivitäten im Land Bremen unternommen worden sind.

Zweitens: Jubelantrag! Was wird hier eigentlich jubelt? Wir stellen ganz nüchtern fest, welche Erfolge oder Nichterfolge eine Koordinierungsstelle in Oldenburg unter anderem auch für den Bereich Bremen und Bremerhaven in der Vergangenheit gehabt hat. Insofern argumentiert die SPD auch nicht scheinheilig.

(A) Ich glaube eher, mein Kollege Fischer hat recht, daß Sie, Herr Urban, bedauerlicherweise in dieser Sachfrage Äpfel mit Birnen verwechseln. Sie können nicht ABM-Beschäftigte mit Zeitverträgen und illegaler Leihfähigkeit verwechseln! Ich glaube, da tun Sie den ABM-Beschäftigten im öffentlichen Dienst und anderswo unrecht.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Drittens: Sie begründen Ihren Antrag damit, daß Sie sagen, daß das im Bericht genannte Zahlenmaterial unbefriedigend und der Bericht daher Makulatur sei. Die Beispiele, die Sie dazu aufzeigen, sind meiner Meinung nach nicht geeignet, dies zu begründen. Illegale Beschäftigung und illegale Leiharbeit spielen sich nun einmal im dunklen Raum ab, in einem Bereich, der schwer zugänglich ist. Nur die Maßnahmen und die Teile, die wir durch Verwaltungshandeln, durch tatsächlichen Zugriff sichtbar gemacht haben, sind überhaupt erst öffentlich bekanntgeworden und können in Statistiken aufgearbeitet werden.

Das bedeutet, die Arbeitsstatistiken führen im Grunde nur die tatsächlich verfolgten und aufgedeckten Fälle, aber nicht die dunkel gebliebenen Fälle auf. Sie können daher nicht erwarten, daß Sie in diesem Bericht eine umfassende Statistik über diesen Bereich finden. In dieser Frage stellen Sie insofern eine falsche Anforderung an diesen Bericht.

(B) Ich möchte zu dem übergehen, was der Bericht aufzeigt! Im Gegensatz zu Ihnen meine ich, daß unser Zusatzantrag zu Ihrem Antrag nicht unzulässig ist, sondern Ihren Antrag in richtiger Weise ergänzt, weil wir nämlich auch aufzeigen, wo diese Landesregierung in Bremen in der Vergangenheit durch Gesetzesinitiativen angetreten ist, um — sage ich einmal — den Dunkelraum Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung aufzuhellen.

Sie finden diese ganzen Maßnahmen auf der Seite zehn! Die Gesetzesinitiativen, die im Bundesrat eingebracht worden sind in Verbindung mit anderen Bundesländern, sind durch die Bank durch CDU/CSU-regierte Bundesländer abgelehnt worden. Ich frage, wer will eigentlich diesen Raum aufhellen, Sie oder wir!

(Beifall bei der SPD)

Zu dem Antrag, den die SPD-Fraktion gestellt hat, der sich vor allen Dingen mit den aktuellen Gesetzesvorhaben der Bundesregierung zu diesem Problemkreis beschäftigt, möchte ich folgendes sagen: Das Gesetz, das Herr Blüm vorgelegt hat, heißt Gesetz zur Förderung der Beschäftigung. Wir meinen, daß dies eine irreführende Bezeichnung dieses Gesetzentwurfs ist. Der Bundesarbeitsminister übernimmt mit diesem Gesetzentwurf einseitig — so ist unsere feste und glaubwürdige Auffassung — Arbeitgeberforderungen. Es werden wesentliche Teile des Arbeits- und Sozialrechts demontiert, Arbeitsplätze gefährdet und der Sozialstaat in verfassungswidriger

Weise in Frage gestellt. Ich komme zur Begründung meiner Meinung, insbesondere der letzten Aussage! (C)

In diesem Gesetz wird die vom Verleihgewerbe und den Arbeitgeberverbänden immer wieder geforderte und von Herrn Blüm jetzt geplante Erweiterung der Einsatzbegrenzung für Leiharbeiter von bisher drei auf sechs Monate durch entsprechende Änderung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes durchgesetzt. Damit kommt es, meine Damen und Herren, zu einer erheblichen Erweiterung des Betätigungsfeldes der Verleiher, so daß das verfassungsrechtlich geschützte Arbeitsvermittlungsmopol der Bundesanstalt für Arbeit nachhaltig geschwächt wird.

Mich überrascht, daß gerade die Christdemokraten im Land Bremen dieser Forderung der CSU aus Bayern im Grunde hier indirekt Schützenhilfe leisten. Nach den Maßstäben und Kriterien der beiden Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts vom 4. April 1967 zum Arbeitsvermittlungsmopol der Bundesanstalt für Arbeit und zur gewerbsmäßigen Arbeitnehmerüberlassung erweisen sich die Pläne der Bundesregierung zur weiteren Ausdehnung der Leiharbeit anstelle der gebotenen Einschränkung, wie wir meinen, nicht nur als sozial schädlich und gefährlich für den Arbeitsmarkt, sondern, wie gesagt, als eindeutig verfassungswidrig.

In seiner Entscheidung von 1967 hat das Bundesverfassungsgericht den Verfassungsrang des Arbeitsvermittlungsmopols der Bundesanstalt für Arbeit als wichtiges Instrument zum Schutz sozialer Sicherheit und zur Erhaltung der Ordnung und Gestaltbarkeit des Arbeitsmarktes eindrucksvoll bestätigt. Das bis 1967 geltende Verbot der Leiharbeit wurde damals nur deshalb aufgehoben, weil das Bundesverfassungsgericht entgegen der später tatsächlich eingetretenen Entwicklung von einer lediglich geringfügigen, die soziale Sicherheit und die Ordnung des Arbeitsmarktes nicht beeinträchtigenden Bedeutung der Leiharbeit ausgegangen war, und Sie wollen sie ausdehnen! (D)

Allein die statistisch erfaßbare Bedeutung der legalen gewerbsmäßigen Arbeitnehmerüberlassung und die Expansionsbestrebungen der Firmen, die auf diesem Gebiet tätig sind, gehen jedoch weit über den vom Bundesverfassungsgericht im Jahr 1967 vorausgesetzten geringen Umfang hinaus. Schon heute, meine Damen und Herren, stehen auf den Teilarbeitsmärkten — darunter versteht man Arbeitseinsätze, die auf eine Dauer von bis zu drei Monaten befristet sind — die Arbeitsämter und die Verleiher, die wirtschaftlich gesehen ebenfalls eine Vermittlung von Arbeitskräften betreiben, in direkter Konkurrenz zueinander.

Das Verhältnis der Überlassungsfälle durch Verleiher zu den Vermittlungen der Arbeitsämter hat sich kontinuierlich zugunsten der Verleiher verschoben. Nach meinen Informationen betrug es 1981 rund eins zu 2,3. Weiterhin wurde in rund 30 Prozent, im Baugewerbe sogar in fast 45 Prozent aller Fälle, in denen Betriebe bei der vorübergehenden Besetzung

(A) eines Arbeitsplatzes einen Dritten einschalteten, eine Verleihfirma beauftragt.

Meine Damen und Herren, als Folge der seit 1982 nochmals gestiegenen Arbeitslosigkeit, als Folge einer noch rigoroseren Rationalisierungs- und Personalpolitik vieler Unternehmen und als Folge des hierdurch begünstigten Expansionsdranges der Verleihfirmen haben die bereits in den siebziger Jahren deutlich gewordenen negativen Auswirkungen der Leiharbeit auf die soziale Sicherheit der Arbeitnehmer, auf den Bestand der Tarifautonomie und auf die Ordnung des Arbeitsmarktes weiter zugenommen. Die Arbeitgeber werden bei der Verwirklichung dieses Gesetzentwurfs noch mehr aus ihrer Verpflichtung zu einer vorausschauenden Personalplanung in ihrem Bereich entlassen, und zwar einschließlich rechtzeitiger Qualifizierungsmaßnahmen. Sie werden zur weiteren Vernichtung von Dauerarbeitsplätzen geradezu ermuntert.

Die aus den Angaben der Arbeitsämter zu entnehmende Entwicklung der Leiharbeit bis 1983 zeigt, daß die Verleihbranche zu Beginn kräftiger Konjunkturreinbrüche, die zwangsläufig massive Beschäftigungsrückgänge auslösen, Einbußen hinnehmen mußte. Sie war kurzfristig ebenfalls stark betroffen. Anschließend konnte sie aber im Gefolge der vorausgegangenen allgemeinen Freisetzungswelle ihre Aktivität mit einer erheblich erhöhten Leiharbeitnehmerzahl kräftig verstärken. Die gewerbsmäßigen Arbeitnehmerüberlassungsfirmen erweisen sich eindeutig als Nutznießer der 1974 bis 1975 eingetretenen und sich im Jahr 1982 wiederholenden und verschärften Wirtschaftskrise.

Meine Damen und Herren, was möchte ich damit sagen? Begünstigt durch das Angebot des legalisierten Verleihgewerbes gehen die Unternehmen immer mehr dazu über, sich knappe Stammbeschaftungen möglichst gesunder und qualifizierter Arbeitskräfte unter verschärfter Aussonderung von kranken, behinderten, un- und angelernten Arbeitnehmern sowie unter Nutzung der Einsatzreserve von Leiharbeitnehmern und Arbeitnehmern mit befristeten Arbeitsverträgen zu schaffen. Ich halte eine solche Entwicklung im Namen der Sozialdemokraten dieses Hauses für sozial unverträglich.

(Beifall bei der SPD)

Daß die Verleihbranche sich dabei selbst als Motor der zu immer mehr Arbeitslosigkeit führenden Freisetzungswelle versteht, meine Damen und Herren, macht sie in ihrer Eigenwerbung tagtäglich selbst unmißverständlich deutlich. Die Verleihfirmen werben für ihre „Dienstleistungen“ unverhohlen mit dem Hinweis auf ihre Hilfestellung beim Abbau der betrieblichen Kosten, insbesondere im Bereich der betrieblichen und tariflichen Sozialleistungen und der gesetzlichen Sozialversicherung. Außerdem werben sie mit der Hilfestellung beim Abbau von Arbeitsplätzen. Ich muß Ihnen ganz ehrlich sagen, die

Unterstützung einer solchen Entwicklung ist unverträglich. (C)

(Zuruf der Abg. Frau Stieringer [CDU])

Entschuldigen Sie, Frau Stieringer! Durch dieses Gesetzesvorhaben des Arbeitsministers kommt es zu einer klaren Verstärkung dieser Situation, indem es nämlich die Leiharbeit ausweitet und den Leiharbeitern somit ein weiteres Feld der Aktivität überläßt.

Das wirtschaftliche Interesse der Verleihunternehmer im Hinblick auf eine Begrenzung des Beschäftigungsrisikos, also vorübergehend einen nicht bei einem Entleiher eingesetzten Arbeitnehmer entlohnen zu müssen, führt — entgegen den Erwartungen des Bundesverfassungsgerichts — zu einer fast durchgängigen Abwälzung des Risikos auf die Arbeitnehmer. Das Bundesverfassungsgericht und der Gesetzgeber haben 1967 die Leiharbeit nur unter der Voraussetzung zugelassen, daß der Verleiher selbst die Arbeitgeberpflichten übernimmt und sich nicht auf seine Vermittlungsfunktion beschränkt. Deshalb wurde dem Verleiher die Befristung von Arbeitsverhältnissen mit Leiharbeitnehmern nur für Ausnahmefälle gestattet.

In der Praxis ist dagegen die im Arbeitnehmerüberlassungsgesetz zur Abgrenzung von Arbeitsvermittlungen und Arbeitsüberlassungen als Ausnahme vorgesehene Befristung des Arbeitsverhältnisses zwischen Verleihern und Arbeitnehmern auf die Zeit des Einsatzes inzwischen zur Regel geworden. Das ist der zweite Punkt, auf den wir aufpassen müssen! (D)

Das jetzt vom Bundesarbeitsminister geplante Gesetz, das die Befristung massiv ausweitet, verschärft die ohnehin schon ungünstige Situation. Wer ist wieder einmal der Benachteiligte? Es ist derjenige, der sich in ein solches Leiharbeitsverhältnis aufgrund der Arbeitsmarktlage begibt.

Die Sozialdemokraten lehnen aus diesem Grunde diese Vorgehensweise von Minister Blüm energisch ab. Wir plädieren für unseren Antrag Drucksache 11/181.

Wir sind nicht der Meinung, daß dieses Gesetz, Herr Urban, in irgendeiner Weise — wie haben Sie es gesagt? — in einer wirtschaftlich begründeten schwierigen Lage durch diese Ausweitung der Befristung dem Arbeitsmarkt hilft. Im Gegenteil, mit diesem Gesetz werden die Interessen der Arbeitnehmer auf diesem Arbeitsmarkt nachhaltig geschädigt, und es werden letztendlich den naheliegenden Interessen der Arbeitgeber und entsprechender anderer Verbände des Leihgewerbes durch die Bundesregierung hiermit zum Durchbruch verholfen. Insofern bin ich der Meinung, daß auch Sie sich überlegen sollten, ob Sie nicht diesem Antrag zustimmen.

Nun noch ein allerletztes zu dem Antrag, den die CDU-Fraktion in diesem Haus gestellt hat! Ich habe vorhin schon ausgeführt, daß Sie in diesem Antrag fehlendes statistisches Material fordern. Wir sind der Meinung, daß wir uns sicherlich bemühen könn-

(A) ten und sollten, dieses statistische Material zu beschaffen. Bloß, Sie haben den Adressaten in Ihrem Antrag vergessen. Der Adressat ist eindeutig die Bundesanstalt für Arbeit, und zwar ihre Landesarbeitsämter, die über ihre Landesarbeitsämter und ihre in Oldenburg eingesetzte — —.

(Zuruf)

Entschuldigen Sie, das „ihre“ bezog sich auf die Bundesanstalt für Arbeit, falls Sie das nicht gehört haben sollten, Herr Senator!

(Zurufe)

Ich meine, ein weiterer Grund, warum wir sagen, daß es schwierig ist, auf diesem Felde Statistiken zu beschaffen, ist, daß sich die illegalen Leiharbeiter in diesem Fall natürlich in der Illegalität am wohlsten fühlen und natürlich auch nicht bestrebt sind, solche Unterlagen preiszugeben. Die Praktiken, die in dem Bericht des Senators für Arbeit aufgeführt sind, zeigen unter anderem, daß die Organisation solcher Unternehmen nicht auf Bremen oder Niedersachsen begrenzt ist, sondern daß diese Unternehmen sich bundes- und europaweit organisieren. Sie haben die verschiedensten Firmensitze und nutzen die unterschiedlichen Möglichkeiten voll aus.

(B) Herr Urban, zum Schluß zu dem Antrag! Wir sind uns der Schwierigkeiten bei der Beschaffung von statistischem Material bewußt. Wir sagen zwar, der Adressat müsse das Landesarbeitsamt sein, aber trotz dieser sicherlich zugegebenen Schwierigkeiten sind wir der Meinung, daß wir diesem Antrag zustimmen sollten. — Herzlichen Dank!

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort Herr Senator Grobecker.

**Senator für Arbeit Grobecker:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Verehrter Herr Urban, Sie haben festgestellt oder meinten, feststellen zu müssen, erst nach Ihrem Antrag sei spürbar mehr Aktivität in diese Materie gebracht worden. Das ist so nicht richtig. Das stimmt auch deshalb nicht, weil natürlich auch schon vorher etwas passiert ist. Aber ich sage dennoch Dank, das kann auch auf mich gemünzt sein, das gebe ich aber zurück.

(Abg. Urban [CDU]: Auch Dank zurück!)

Erster Punkt! Ich sage ausdrücklich, daß wir in dieser Angelegenheit, was uns — die Deputation für Arbeit — angeht, eigentlich nur geringfügige Differenzen bis jetzt gehabt haben. Nach dieser Debatte bin ich nicht mehr ganz sicher, ob das durchzuhalten ist. Ich münze Ihre Feststellung um und sage herzlichen Dank den Beschäftigten und Bediensteten, Polizisten und Beamten, daß diese neue Zusammenarbeit von

Oldenburg, Bremen, Hannover immerhin erste Früchte trägt. Es darf überhaupt kein Zweifel aufkommen: Auch aus dieser Debatte, so kontrovers sie geführt wird, darf nicht der Eindruck entstehen, als könnten sich die illegalen Verleiher jetzt in Sicherheit wiegen, nur weil wir uns hier streiten. Das geht vielmehr so weiter, das ist nicht bis zu dieser Debatte terminiert sozusagen, sondern diese Aktivitäten gehen weiter. (C)

Zweiter Punkt! Den öffentlichen Dienst lassen wir einmal heraus. Die Kolleginnen und Kollegen der Deputation für öffentliches Dienstrecht haben Vordrucke erhalten, die wir demnächst beraten werden, und ich denke, daß das dann auch noch ein Anlaß ist, hier darüber zu reden, was mit Nebentätigkeit zusammenhängend auch unter Schwarzarbeit geführt werden kann. Ich denke, daß das eine gute Chance sein wird, hier noch einmal darüber zu reden.

Dritter und wichtigster Punkt! Ich komme zu Ihrer Kritik, Herr Urban, an diesem Bericht, das sind die nach Ihrer Auffassung mangelhaften Bremer Zahlen! Meine Damen und Herren, wir haben es mit einem Landesarbeitsamt zu tun, das sich nicht nach den politischen Grenzen — ich sage jetzt die politisch-geografischen Grenzen — des Landes Bremen und des Landes Niedersachsen richtet, und das ist wohl auch ganz gut so, sonst müßten wir bei der Bundesanstalt für Arbeit noch mehr Bedienstete haben. Wir sind also angewiesen auf das, was wir mit dem Landesarbeitsamt in Hannover zustande bekommen.

(D) Das gilt übrigens auch für das Arbeitsamt in Bremen. Auch das Arbeitsamt in Bremen hat grenzüberschreitend, wenn ich mich so ausdrücken darf, seinen eigenen Bezirk, Osterholz-Scharmbeck zum Beispiel gehört dazu. In Bremerhaven ist das ähnlich so. Das heißt, wir würden von denen zusätzliche Arbeit erwarten, die wir eigentlich brauchen, um illegale Beschäftigung zu bekämpfen, wir würden ihnen also zusätzliche Arbeit aufbürden, wenn wir, ich weiß nicht warum, nur und ausschließlich Bremer Zahlen haben wollen. Die illegale Beschäftigung und die illegale Tätigkeit von Verleihern hört ja nicht an der Landesgrenze auf, es ist ja außerordentlich schwierig, das überhaupt festzustellen. Wir haben illegale Verleiher in Bremen gefangen, die ihren Sitz in Nordrhein-Westfalen haben. Das schlägt sich in der Statistik Nordrhein-Westfalens nieder, obwohl die hier verliehen haben. Das ist alles nicht so einfach, aber auch nicht so bedeutsam. Ich verstehe das nicht, Herr Urban, wenn wir nur Bremer Zahlen hätten, dann wären wir natürlich noch eher in der Lage, auch unsere Erfolge nachzuweisen. Ich bin aber gar nicht so sicher, ob das in Ihrem Interesse ist.

Also, ich stelle fest, wir brauchen den Beschäftigten, den Beamten, die damit befaßt sind, die damit zu tun haben, nicht zusätzliche Arbeit aufzubürden, um den Bedürfnissen nach Bremer Zahlen nachzukommen. Im Gegenteil, meine Damen und Herren, wir freuen uns sehr — und das stelle ich ausdrücklich fest —, daß mit der Einrichtung in Oldenburg, mit der Koordinierungsstelle beim Senator für Arbeit, der

- (A) bremischen Polizei, insgesamt die Zusammenarbeit mit der Bundesanstalt so erfreulich und so gut ist, daß sie auch zu diesen Erfolgen geführt hat. Das wollen wir nicht dadurch belasten, daß wir denen jetzt zusätzliche Arbeit aufbürden, von der ich nicht weiß, ob sie überhaupt geleistet werden kann.

Vierter Punkt, Herr Urban, das Gesetz zur Förderung der Beschäftigung! Nur wegen der kontroversen Debatte hier will ich meinen Teil dazu beitragen. Das Gesetz zur Förderung der Beschäftigung soll die Arbeit, die Arbeitszeiten flexibler machen. Ich sage Ihnen rundheraus, was ich erwarte, was bei diesem Punkt, der uns in diesem Zusammenhang hier interessiert, passiert, nämlich die Verlängerung der Fristen beim Arbeitnehmerüberlassungsgesetz. Das führt zu einer zusätzlichen Flexibilisierung bei den illegalen Verleihern, meine Damen und Herren, darauf können Sie Gift nehmen!

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, wir waren uns jedenfalls bei den bisherigen Debatten — und bei Herrn Urban klang das eben auch an, ich bin darüber ganz froh — einig in diesem Haus, daß wir nicht nur genauestens unterscheiden müssen zwischen illegalen Verleihpraktiken und der traditionell so genannten Schwarzarbeit. Ich denke, das muß so bleiben. Der Senat legt hier großen Wert auf eine klare Abgrenzung: Nachbarschaftshilfe, Gegenseitigkeitshilfe und Selbsthilfeaktionen sollen und dürfen nicht diskreditiert werden.

- (B) Es darf auch unsere Debatte nicht dazu führen, daß wir einen Schwall von Denunziantentum erzeugen, zum Beispiel bei der Koordinierungsstelle beim Senator für Arbeit. Die Bekämpfung der Schwarzarbeit konzentriert sich auf die organisierte und gewerbsmäßig ausgeübte illegale Beschäftigung, denn diese Form von Wirtschaftskriminalität nutzt Arbeitskräfte aus, die als Folge der Massenarbeitslosigkeit in zunehmendem Maße aus sozialer und materieller Not heraus einem sogenannten Arbeitsmarkt ausgeliefert sind, der die Arbeits- und Sozialrechte sowie die tarifrechtlichen Mindestnormen mißachtet und geradezu Formen eines modernen Sklavenmarktes produziert.

Meine Damen und Herren, verehrter Herr Urban, auch die Bundesanstalt für Arbeit hat in ihrem Bericht, der jetzt vorliegt, die Angaben, die wir Ihnen mit unserem Bericht gegeben haben, bestätigt. Sowohl in der Größenordnung der illegalen Beschäftigung als auch in den Ausführungen über die Strategie der illegalen Verleiher ist ganz eindeutig das gleiche ausgesagt. Ich denke, daß es da zwischen den Institutionen keinen Dissens gibt, und ich hoffe sehr, daß es auch in diesem Punkt hier keine Meinungsverschiedenheiten gibt, was die Bedeutung der Verfolgung dieser Delikte angeht.

Meine Damen und Herren, was bleibt zu tun, außer derartige Berichte zu schreiben und dem Parlament vorzulegen? Wir haben in unserem Bericht darge-

- legt, was nach Auffassung des Senats notwendig ist, und ich verweise auf die Seite neun des Berichts, auf der das dargelegt worden ist. Ich will das nicht wiederholen, auch wegen der Zeitökonomie hier im Haus. (C)

Das Wichtigste nach unserer Auffassung ist, meine Damen und Herren von der CDU — das ist wirklich ganz notwendig —, daß wir die Entleiher mit in die Verantwortung nehmen. Alle gesetzgeberischen Initiativen des Senats, des Bundesrates und auch die, die im Bundestag erörtert werden, gehen in diese Richtung. Ich hoffe sehr, und dabei können Sie uns helfen, daß eines Tages, nicht eines fernen Tages, sondern möglichst bald, ein Konsens darüber zustande kommt, daß wir die Entleiher mit in die Verantwortung nehmen und daß wir für die Straftatbestände, die für die Verleiher gelten und die deshalb so selten geschnappt werden können wegen ihrer kriminellen Arbeit, die Entleiher in die Verantwortung mit hineinnehmen. Das bringt uns einen ganz erheblichen Schritt weiter.

(Beifall bei der SPD)

Sie können uns dabei helfen, ich hoffe es sehr. Wenn aus dieser Debatte dieser Konsens entsteht, sind wir ein ganzes Stück weiter, und dann werden wir sicherlich, wenn jemand in diesem Haus auf die Idee kommt, noch einen Bericht und wieder einen zu bekommen, das auch darlegen können.

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Urban. (D)

**Abg. Urban (CDU):** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es wäre über vieles zu reden, nur, wir haben eines festgestellt: Wir sind immer auf Nebenkriegsschauplätze ausgewichen

(Beifall bei der CDU)

und haben über die legale Arbeitnehmerüberlassung geredet, und die illegale und die organisierte Schwarzarbeit ist dabei zu kurz gekommen. Das ist auch wieder ein Zeichen, wie wenig Greifbares in unseren Händen ist. Das muß aufgearbeitet werden. Aber das wollte ich Ihnen nicht allein sagen. Herr Senator Grobecker und auch Herr Kollege Beckmeyer, Sie interpretieren in den Entwurf eines Gesetzes zur Arbeitsförderung, was die Frage der Verlängerung der dreimonatigen Frist nach dem Arbeitnehmerüberlassungsgesetz anbelangt, viel zuviel hinein. Das, was Sie hier alles dem Haus mitgeteilt haben, steht überhaupt nicht zur Überlegung.

Wie ist das denn früher gewesen? Nehmen wir einmal den Mutterschutz! Da hat es vor und nach der Niederkunft eine Freistellung gegeben, und die war in jedem Fall in dem zulässigen Rahmen von drei Monaten abgedeckt.

(Abg. Beckmeyer [SPD]: Wir verleihen doch keine Mütter, Herr Urban!)

(A) Heute haben wir vier Wochen vor der Niederkunft und sechs Wochen nach der Niederkunft plus drei Monate Mutterschaftsurlaub. Wir haben völlig veränderte Bedingungen, unter denen nach dem Arbeitnehmerüberlassungsgesetz, nach dem diese vakanten Plätze dann besetzt werden, flexibel reagiert werden muß. Ich habe das letzte offizielle Papier des Bundesarbeitsministers hier. Nichts anderes ist mit der Verlängerung der Frist vorgesehen, nämlich gerade die vielen Fälle der Vertretung im Bereich der Mutterschaftsfreistellung flexibel auffangen zu können. Früher hat man sich da etwas anders geholfen, indem man etwas in den Bereich der Illegalität ausgewichen ist, und das hat natürlich auch zusätzliche Kosten im Bereich der Arbeitslosen- und Rentenversicherung durch nicht eingedommene Beiträge verursacht.

Deshalb, so meinen wir, sollte man auf die veränderten Bedingungen flexibel reagieren. Von daher, Herr Senator Grobecker, haben wir den Senat aufgefordert, bei den entsprechenden Institutionen vorstellig zu werden, um gegebenenfalls doch die eine oder andere Bremer Zahl zu bekommen, zumal wir ja bereits in einem anderen Antrag, ich glaube vor zwei Jahren, dieses Problem schon einmal angesprochen haben. Daß wir das Unsere in Bonn dazu beitragen, ist selbstverständlich. Nur werden Sie mir doch zugeben, wenn es diesen Stützpunkt in Oldenburg gibt, der 500 unerledigte Fälle hat, dann müßte es doch eigentlich möglich sein, hier einmal herauszufiltern, ob der Anteil Bremens zehn Prozent oder 20 Prozent beträgt. Man muß schon etwas über die Größenordnung wissen, die man bekämpfen will.

(B) Als letztes: Ich habe nie die Absicht gehabt — und das habe ich mit Sicherheit hier auch nicht getan —, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und Zeitverträge in einen Topf zu werfen. Wir stellen bloß zunehmend fest, daß Sie Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen im öffentlichen Dienst auch für Aufgaben einsetzen, die sonst im Wege von Zeitarbeitsverträgen hätten erledigt werden müssen. Sie wissen genau, daß in der letzten Debatte, die wir zu diesem Thema in diesem Haus geführt haben, Herr Senator Thape — ich entsinne mich noch sehr genau — zugegeben hat, daß es im Bereich des öffentlichen Dienstes zur Aufarbeitung von Engpässen sehr wohl Arbeitnehmerüberlassungsfälle auch von legalen Arbeitnehmerverleihunternehmen gegeben hat. Ich habe zunehmend das Gefühl, und Sie werden das sicherlich bestätigen müssen, daß das jetzt vornehmlich mit Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen aufgefangen wird, und insofern gibt es natürlich schon Zeitarbeitsverträge im Bereich des öffentlichen Dienstes.

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Dr. Klink:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Meine Damen und Herren, wir kommen zur Abstimmung.

(C) Als erstes lasse ich über den Antrag der Fraktion der CDU mit der Drucksachen-Nummer 11/158 abstimmen.

Wer dem Antrag der Fraktion der CDU mit der Drucksachen-Nummer 11/158 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD und CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe!  
Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag bei Nichtbeteiligung der Fraktion der GRÜNEN zu.

Nunmehr rufe ich den Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 11/181, auf.

Wer dem Antrag der Fraktion der SPD mit der Drucksachen-Nummer 11/181 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD und GRÜNE)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen CDU)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt auch diesem Antrag zu.

Im übrigen nimmt die Bürgerschaft (Landtag) von der Mitteilung des Senats, Drucksache 11/133, Kenntnis. (D)

#### **Internationale Nordseeschutzkonferenz**

Antrag der Fraktion der SPD  
vom 8. Mai 1984  
(Drucksache 11/153)

D a z u

#### **Änderungsantrag der Fraktion der CDU**

vom 11. Mai 1984  
(Drucksache 11/159)

#### **Änderungsantrag der Fraktion der GRÜNEN**

vom 14. Mai 1984  
(Drucksache 11/161)

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort hat der Abgeordnete Töpfer.

Abg. **Töpfer** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Zustand der Nordsee hat sich in den letzten Jahren dramatisch verschlechtert. Er ist sehr ernst. Für die Öffentlichkeit wurde das besonders deutlich, als im Winter 1982/83 nicht nur Zehntausende toter Vögel an unseren Küsten strandeten, sondern auch, als es im letzten Jahr fast zum Umkippen der Nordsee kam.

(A) Schon das Sondergutachten „Nordsee“ des Rates von Sachverständigen für Umweltfragen vom Juni 1980 wies auf die Gefahren hin.

Zentrale Aussagen dieses Gutachtens waren: Erstens: Die Nordsee ist ein in sich weitgehend geschlossenes Ökosystem. Seine Gewässer stehen in einem viel geringeren Austausch mit dem Atlantik, als bisher angenommen. Zweitens: Der Nordseeteil vor der deutschen Küste ist der austauschärmste. So hat das Wasser in der Norddeutschen Bucht eine Verweildauer von mindestens drei Jahren.

(Vizepräsident Frau Knorr übernimmt den Vorsitz.)

Drittens: Die Nordsee ist von mehreren Seiten bedroht, nämlich durch Nutzung und Abfallbeseitigung in der Nordsee selbst, durch vielfältige Einleitungen über die Flüsse von Land aus und durch schädliche Einbringungen aus der Luft. Viertens: Die Nordsee kann durch Wachsamkeit und geeignete Anstrengungen aller an ihrer Verschmutzung und Vergiftung Beteiligten noch gerettet werden.

Für die SPD-Bürgerschaftsfraktion ist deshalb sonnenklar: Nur hier muß der Hebel angesetzt werden. Für uns ist auch klar, daß die Nordseeverschmutzung ein internationales Problem ist und internationale Lösungen erfordert. Ich betone aber in diesem Zusammenhang schon jetzt: Die Forderung nach internationalen Lösungen darf kein Freibrief für nationales Nichtstun sein!

(B)

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Die sozialliberale Bundesregierung nahm das Sondergutachten zum Anlaß, als Einstieg dazu eine Ministerkonferenz zur Verbesserung zum Schutz der Nordsee vorzubereiten. Der entsprechende Kabinettsbeschluß wurde dazu am 1. September 1982 gefaßt. Die Bremische Bürgerschaft trat am 17.3.1983 mit einstimmigem Beschluß ebenfalls für eine solche Konferenz ein. Deshalb begrüßen wir es, daß die neue Bundesregierung diese eingeleiteten Vorarbeiten ihrer Vorgängerin fortgesetzt hat und eine solche Umweltministerkonferenz nun am 31. Oktober und 1. November bei uns in Bremen durchführen wird. Die Konferenz ist für Bremen als Tagungsort von großer Bedeutung. Die SPD-Fraktion dankt der Bundesregierung für die Standortwahl.

Von ganz besonderer Bedeutung ist die Konferenz aber für das weitere Überleben der Nordsee und des Wattenmeeres. Wir erwarten deshalb, daß auf dieser Tagung der Fachminister durchgreifende Entscheidungen und wirkungsvolle Maßnahmen beschlossen werden, die eine weitere Verschmutzung der Nordsee verhindern. Mit anderen Worten: Wir hoffen, daß diese internationale Konferenz nicht als Alibiaktion für Nichthandeln mißbraucht wird. Allerdings ist dies zu befürchten, das will ich hier ganz offen betonen. Mit diesen Zweifeln stehen wir leider nicht allein. Auch namhafte und seriöse Umweltschutzorganisationen sehen das so.

Warum nun unsere Skepsis? Die führen wir unter anderem auf ein Interview zurück, das Bundesinnenminister Zimmermann am 30. März dieses Jahres gegenüber der „Wirtschaftswoche“ gegeben hat. Dort hat er bereits ein halbes Jahr vor Konferenzbeginn von einer Folgekonferenz in zwei Jahren gesprochen. Für diese würde er sich mit Nachdruck einsetzen, und zwar für Themen, die in Bremen noch nicht behandelt oder noch nicht abgeschlossen werden können. Solch eine Aussage des verantwortlichen Ministers lange Zeit vor der eigentlichen Konferenz ist doch wohl nur so zu verstehen: Heiße Eisen, wie der Nordsee wirklich zu helfen ist, werden nicht angepackt. Man hat ein gutes Gewissen, denn in den nächsten zwei Jahren ist ja die nächste Konferenz, und inzwischen kann die Nordsee weiter sterben! Dazu, meine Damen und Herren, dürfen wir es nicht kommen lassen!

(Beifall bei der SPD)

Noch ist es Zeit genug, auch für dieses Parlament, Forderungen Bremens in die Konferenzberatungen einfließen zu lassen. Immerhin findet die abschließende Staatssekretärskonferenz der beteiligten Länder dazu erst im September statt.

Damit bin ich bei unseren Hauptforderungen des Absatzes drei angelangt. Diese müssen unseres Erachtens unbedingt mit in die Ministerkonferenz aufgenommen werden. Diese acht Forderungen sind Bestandteil eines 67-Punkte-Forderungskataloges der SPD-Fraktionen der Küstenländer, des Bundestages und des Europäischen Parlaments für die Nordseeschutzkonferenz. Aufgestellt haben wir diesen Katalog Anfang April 1984 in Bremerhaven. Gesagt werden muß dazu, daß solch ein Forderungskatalog zur Rettung der Nordsee in dieser Breite bisher noch von keiner Fraktion im Bund und in den Küstenländern vorgelegt worden ist.

Der Forderungskatalog geht weit über das hinaus, was die Bundesregierung bisher erarbeitet und für die Nordseeschutzkonferenz vorgelegt hat. Darauf komme ich aber nachher noch genauer zurück, eventuell auch in einem zweiten Debattenbeitrag. Es wäre aber eine Überforderung für dieses Parlament, wenn wir einen mehrere Seiten langen Katalog hier zur Abstimmung stellen würden. Darum haben wir uns auf die wichtigsten Forderungen in unserem Antrag bezogen. Ich bitte um Verständnis, wenn wir auch aus diesen Gründen den Antrag der GRÜNEN bis auf den Absatz fünf ablehnen.

(Abg. Mützelburg [GRÜNE]: Ihr macht euch das aber sehr einfach!)

Wir könnten sonst auch 67 Punkte hier aufstellen, und wir stehen auch hinter diesen 67 Punkten.

Ich möchte nun auf die Hauptforderungen der Bremerhavener Beschlüsse eingehen! Da wäre zuerst der Punkt 3 a), Erklärung der Nordsee bis zum 61. Breitengrad als Sondergebiet. Bisher soll diese Frage, ob die Nordsee als Sondergebiet gemäß dem Marpol-

(C)

(D)

(A) Abkommen ausgewiesen wird, von den Regierungsexperten der Nordseeanliegerstaaten nur untersucht werden. Das ist uns viel zu wenig. Wir fordern einen klaren Beschluß von der Nordseekonferenz dazu, auch mit der notwendigen Breitengradangabe, und das ist für uns der 61. Breitengrad, der sich in der Höhe der Shetlandinseln bis Bergen befindet. Zu diesem Abschnitt sind natürlich noch eine Reihe von weiteren Maßnahmen vordringlich umzusetzen, wenn ich an die gesamten Anlagen des Marpol-Abkommens eins bis fünf denke. Ich möchte darauf nun nicht näher eingehen. Ich erspare mir das für einen zweiten Teil der Debatte, falls es noch erforderlich ist.

Zu dem Komplex Abfallbeseitigung — und damit bin ich bei dem Punkt 3 b) unseres Antrags — ist bisher nach unseren Informationen bei der Vorbereitung der Konferenz am wenigsten geschehen. Nach den Vorstellungen Bonns sollen lediglich zunächst einmal die Mengen und Konzentrationen der ins Meer gebrachten Schadstoffe vermindert und später völlig eingestellt werden. Dies können wir überhaupt nicht hinnehmen, und wir fordern deshalb, daß unter Nennung eines konkreten Termins jegliche Verklappung in die Nordsee einzustellen ist.

(Beifall bei der SPD)

(B) Die Nordsee wird auch von Bohrplattformen verschmutzt. Damit bin ich bei Punkt 3 c) unseres Antrags. Eine internationale Überwachung der Einhaltung von Sicherheitsvorschriften beim Abbau von Bodenschätzen mit mobilen und festen Förderplattformen und Pipelines ist auch im Ansatz nicht erkennbar. Es ist auch damit zu rechnen, daß eine küstenstaatliche Kontrolle der Off-shore-Technik nicht ausreicht, um die Nordsee zu schützen. Wir Sozialdemokraten fordern deshalb über das, was der Konferenz bisher vorgelegt worden ist, hinaus, daß der Sicherheitsstandard für Förder- und Bohrplattformen in der Nordsee dem Sicherheitsstandard wie in bestehenden Sondergebieten, zum Beispiel der Ostsee, anzugleichen ist. Auch zu diesem Punkt wie zu den anderen Punkten ließe sich noch einiges anmerken. Darauf möchte ich aber im Moment nicht eingehen.

Punkt 3 d) unseres Antrags betrifft die Bekämpfung von Öl-, Gas- und Chemietankerunfällen. Sie wissen, daß die Bürgerschaft sich mit dieser Problematik schon mehrfach auf Initiative unserer Fraktion befaßt hat. Nach wie vor ist aber festzustellen, daß wir auf die Bekämpfung derartiger Unfälle immer noch nicht oder nur ungenügend vorbereitet sind. Die Folgen von Tankerunfällen lassen sich nur unter günstigen Witterungsbedingungen mit den vorhandenen Möglichkeiten bewältigen. Gegen Unfälle von Chemikalientankern gibt es keine aussichtsreiche Gegenwehr. Gegen Katastrophenfolgen im Wattenmeer sind heute keine wirksamen Maßnahmen bekannt. Zu diesem Komplex gibt es für die Nordseeschutzkonferenz so gut wie gar nichts an vorbereiteten Thesen, obwohl zum Beispiel noch

(C) nicht alle Anliegerstaaten der Nordsee über Ölunfallmelde- und Ölbekeämpfungsorganisationen verfügen. Wir fordern deshalb, daß die Bekämpfungsmaßnahmen von Öl-, Gas- und Chemietankerunfällen erheblich verbessert werden müssen.

(Beifall bei der SPD)

Nun zu den Punkten 3 e) und f) unseres Antrages! Die Nordsee wird auch zu großen Teilen aus der Luft verschmutzt. Das wissen Sie. Zirka ein Drittel der Nordseeverschmutzung erfolgt durch Schadstoffeinträge aus der Luft. Die internationale Nordseeschutzkonferenz hat vor, sich zunächst mit der Sammlung vorhandener Informationen über diese Belastung und mit der Schließung von Informationslücken durch Datenaustausch zu befassen. Welche konkreten Maßnahmen beschlossen werden sollen, ist uns noch nicht bekannt. Wir Sozialdemokraten fordern deshalb einen sofortigen Stopp der Verbrennung hochgiftiger Substanzen in der Nordsee, und wir fordern die Nordseeanliegerstaaten auf, daß sie für eine konsequente Luftreinhaltepolitik eintreten, um die enormen Schadstoffeinträge, die von den Ländern über die Luft in die Nordsee gelangen, zu stoppen.

Nun wird die Nordsee auch über die Flüsse verschmutzt und das ganz erheblich, wie auch im Nordseegutachten nachzulesen ist. Anzumerken ist, daß dieses Thema ein besonderer Schwerpunkt der Nordseeschutzkonferenz werden soll. Das erkennen wir an. Allerdings haben wir den Eindruck, daß Beschlüsse weniger über Reduzierungen und Verbote, sondern mehr über Erfassung und Sammlung von Daten gefaßt werden sollen. Das geht unseres Erachtens nicht. Wir fordern deshalb, daß das Einleiten von ungeklärten und unzulänglich geklärten Abwässern in die Flüsse und in das Meer verboten werden muß, deshalb Punkt 3 g) unseres Antrages.

(Beifall bei der SPD)

(D) In diesem Zusammenhang bedauern wir, daß bei dieser internationalen Schutzkonferenz drei wichtige Binnenstaaten ausgeklammert werden, die ganz maßgeblich mit an der Schadstofffracht unserer Flußsysteme beteiligt sind. Ich nenne die Schweiz für den Rhein, ich nenne die CSSR für die Elbe, und ich nenne die DDR für die Weser und auch für die Elbe.

(Abg. G a s s d o r f [CDU]: Und Bremen für die Unterweser haben Sie vergessen!)

Da es um die Nordsee geht, meinen wir Sozialdemokraten, müssen diese Staaten noch mit an den Verhandlungstisch und Konferenztisch.

Letzter Punkt unserer Schwerpunktforderungen: Wattenmeerschutz! Daß das Wattenmeer ein wichtiger Bestandteil des Ökosystems Nordsee ist, ist dem Herrn Zimmermann auch erst später aufgegangen. Ursprünglich sollte das Thema Wattenmeerschutz bei der Nordseeschutzkonferenz gar nicht behandelt

(A) werden. Inzwischen ist es Tagesordnungspunkt. Auch hier ist nicht erkennbar, was man nun beschließen will. Ich erinnere dazu an unsere Beschlüsse von 1981, wo ja von der SPD-Bürgerschaftsfraktion dazu ein Antrag vorgelegt worden ist, und wir stellen nochmals fest, zur Sicherung des Wattenmeeres ist ein internationales Wattenmeerschuttabkommen notwendig.

Ich möchte jetzt auf Absatz vier unseres Antrags eingehen. Ich sagte schon einleitend, der Ruf nach internationalen Lösungen kann kein Freibrief für nationales Nichtstun sein. So verstehen wir auch unseren Appell in Absatz vier unseres Antrags. Für uns ist klar, daß sich dieser Appell, der sich an die Bundesregierung und an die Regierungen der deutschen Küstenländer richtet, genauso an den Senat richtet. Das braucht nicht extra erwähnt zu werden. Der Wortlaut läßt keine andere Deutung zu. Deshalb lehnen wir auch die Anträge der CDU und der GRÜNEN zu diesem Punkt ab.

Bevor ich zu Absatz fünf komme, möchte ich noch einmal sagen, daß die Forderungen, die wir hier vorgelegt haben, sowohl die Hauptforderungen als auch die 67 Forderungen in den Bremerhavener Beschlüssen, bei weitem übertreffen, was die Bundesregierung bisher erarbeitet und in die Konferenz eingebracht hat. Wir halten die Erfüllung dieser Forderungen zur Rettung der Nordsee für unbedingt notwendig, und wir fordern die Bundesregierung auf, diese zu übernehmen und in die Ministerkonferenz noch einzubringen.

(B)

Nun zum Absatz fünf unseres Antrags! Mitte des letzten Jahres hat Bundesinnenminister Zimmermann die Frage aufgeworfen, ob der Schutz der Nordsee vor weiterer Verschmutzung durch die Einrichtung eines internationalen Forschungszentrums neue Impulse erhalten könnte. Die SPD-Fraktionen aus Bund und Ländern sind davon überzeugt und unterstützen ein solches Vorhaben. Wir betonen aber ausdrücklich, die Einrichtung eines internationalen Forschungszentrums darf keine Gelegenheit bieten, um eigene Anstrengungen zum Schutz der Nordsee zu vermindern. Für die SPD-Bürgerschaftsfraktion möchte ich erklären, daß für die Ansiedlung eines solchen Instituts im Land Bremen beste Voraussetzungen vorhanden sind.

Lassen Sie mich nun abschließend zu unserem Antrag sagen: Unterstützen Sie unseren Antrag, und tragen Sie mit dazu bei, daß die achtziger Jahre zum Rettungsjahrzehnt für die Nordsee werden! — Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsident Frau Knorr:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Oeing.

**Abg. Oeing (CDU):** Frau Präsident, meine Damen und Herren! Als ich von diesem uns vorliegenden Antrag der SPD zum ersten Mal in der Zeitung gelesen habe, das muß ich zugeben, hat es mich förmlich

aus den Schuhen gerissen, Herr Töpfer, nicht weil Ihr Antrag so gut war —.

(C)

(Abg. **Stelljes** [SPD]: Seitdem laufen Sie barfuß!)

Was sagen Sie?

(Abg. **Wedemeier** [SPD]: Seitdem laufen Sie barfuß, meint er, aber Sie haben Schuhe an, das hat er nicht gesehen!)

Es wäre doch einmal ganz gut, wenn Sie einmal nach vorn kämen und hier ab und zu Ihre witzigen Bemerkungen machten!

(Unruhe bei der SPD — Glocke)

Meine Damen und Herren, ich wollte sagen, der Antrag hat mich deshalb aus den Schuhen gerissen, weil dieser Antrag im Grunde genommen etwas ist, womit wir wirklich nicht gerechnet haben. Ich komme gleich noch einmal darauf zurück. Sie haben ja eine ganz fantastische Presseerklärung dazu abgegeben.

(Abg. **Wedemeier** [SPD]: Das machen wir immer so!)

Ich werde das gleich noch einmal vortragen. Sie haben, wie Sie es schon häufig getan haben, in letzter Minute versucht, auf einen umweltpolitischen Zug zu springen, der für Sie schon längst abgefahren ist.

(D)

Zu diesem Antrag, meine Damen und Herren, gibt es eine Vorgeschichte, und die möchte ich Ihnen nicht vorenthalten. Es ist bekannt — die Medien haben gerade in letzter Zeit häufig darüber berichtet —, daß am 31.10. und am 1.11.1984 in Bremen die internationale Nordseeschutzkonferenz stattfindet mit Vertretern aller Anliegerstaaten der Nordsee, nämlich Belgien, den Niederlanden, Frankreich, Großbritannien, Norwegen, Schweden und der Bundesrepublik Deutschland. Außerdem nehmen als Beobachter die übrigen EG-Staaten und die Länder Portugal, Spanien und Finnland teil.

Meine Damen und Herren, diese Tatsache nahm der umweltpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Herr Töpfer, zum Anlaß, in der Presse eine Erklärung abzugeben, ich zitiere aus einer Bremerhavener Tageszeitung vom 4.4.1984.

(Bürgermeister **Koschnick**: Aus der Bremerhavener Tageszeitung!)

Das ist genau richtig, was Sie sagen! Ich zitiere aus der Bremerhavener Tageszeitung vom 4.4.1984. Dort sagte Herr Töpfer wörtlich: „Wir befürchten, daß die Konferenz in Bremen zu einer Schauveranstaltung wird, bei der für die Nordsee nur wenig Konkretes herauskommt.“

(Abg. **Frau Hänecke** [CDU]: Wer hat das gesagt?)

(A) Das hat Herr Töpfer erklärt, es kommt aber noch schlimmer! Ich habe darauf in der Presse erklärt, daß ich diese Aussage der SPD zur Nordseeschutzkonferenz für ausgesprochen töricht halte und daß es zu Verhandlungen überhaupt keine Alternative gibt.

Diese meine Ansicht scheint sich dann auch in der SPD-Fraktion durchgesetzt zu haben, denn genau einen Monat später mußte Herr Töpfer folgendes öffentlich erklären — ich zitiere diesmal aus einer Bremer Tageszeitung vom 9.5.1984 —: Die Überschrift lautete diesmal „SPD begrüßt Initiative zum Schutz der Nordsee“. Dazu wörtlich der Sprecher der SPD, Herr Töpfer: „Diese internationale Konferenz der Umweltminister aller Nordseeanliegerstaaten ist auch für Bremen als Tagungsort von großer Bedeutung, ganz besonders aber für das weitere Überleben der Nordsee und des Wattenmeeres wichtig.“

(Abg. W e d e m e i e r [SPD]: Und wo ist der Widerspruch jetzt?)

Meine Damen und Herren, dies war die Wende der SPD in Bremen. Allerdings, Herr Töpfer, wenn ich Ihren Ausführungen so gelauscht habe, kann ich nur sagen, Sie haben gerade hier oben Ihre Wende wieder wackeln lassen!

(Beifall bei der CDU — Abg. W e d e m e i e r [SPD]: Da müßt ihr lachen! Das steht so in seinem Konzept!)

(B) Meine Damen und Herren, dieser Vorgang ist leider nicht einmalig in der SPD. Vielmehr erinnert er mich an das, was zur Zeit von den Genossen in Bonn kommt oder in der Vergangenheit gekommen ist. Je nach Bedarf oder Publikumswirksamkeit erklärt die SPD Vorhaben der jetzigen Bundesregierung zu ihren eigenen mit dem Hinweis, die hätte man ohnehin beim Fortbestehen der SPD/FDP-Regierung durchgeführt, oder dieses oder jenes Vorhaben habe man schon in der Schublade gehabt.

Lassen Sie mich das Ihnen anhand von drei Beispielen deutlich machen! Erster Punkt! Als Bundesinnenminister Zimmermann die TA Luft, also die technische Anleitung zur Reinhaltung der Luft, nach fünfjährigem Schubladendasein sofort nach Übernahme der Regierung in Kraft setzte, hetzte die SPD gegen den nicht ausreichenden Inhalt, obwohl ausschließlich von ihr, nämlich der SPD, diese Verordnung erarbeitet wurde.

Zweiter Punkt: Als die Bundesregierung die Nordseeschutzkonferenz vorbereitete, wurde diese im Vorfeld wieder von der SPD in Frage gestellt. Als die Medien sich aber immer intensiver mit der Konferenz beschäftigten, kam plötzlich von der SPD der Hinweis, die Vorbereitung dieser Konferenz sei schon damals von der SPD eingeleitet worden, und es kam wieder der übliche Hinweis auf die Schublade. Ich werde gleich noch einmal im einzelnen darauf eingehen.

Nun zu meinem dritten Beispiel, und genau in diesem dritten Beispiel fehlt nämlich dieser Hinweis auf

die vielzitierte Schublade gänzlich, obwohl er dann ausnahmsweise stimmen würde, und zwar beim Amnestiegesetz für Steuersünder. Meine Damen und Herren, ich möchte auf diesen Punkt nicht mehr eingehen, denn ich glaube, meinen Kollegen ist es in der letzten Debatte gelungen, die Scheinheiligkeit der SPD in dieser Angelegenheit sehr deutlich zu machen.

(Beifall bei der CDU)

An diesen Beispielen, meine Damen und Herren, kann man die Glaubwürdigkeit der Politik, die diese SPD macht, bestens überprüfen.

Ich finde es bedauerlich, Herr Töpfer, daß Sie sich von Ihren Freunden in Bonn haben anstecken lassen, denn daß Sie nun diesen uns vorliegenden Antrag — so richtig er ist — eingebracht haben, läßt vermuten, daß Sie dies getan haben, um Ihre schwache Bilanz in der Umweltpolitik ein wenig aufzubessern. Trotzdem freue ich mich, daß Sie in Ihrem Antrag die jetzige Bundesregierung und damit auch Herrn Zimmermann loben und daß sich bei Ihren Parteifreunden in Bremen die Einsicht durchgesetzt hat, daß sich die Umweltprobleme nur lösen lassen, wenn wir alle gemeinsam das Vorhaben der Bundesregierung unterstützen.

Meine Damen und Herren, die Forderungen der SPD beziehungsweise — wie Herr Töpfer es gerade sagte — ihre Hauptforderungen, wie es in dem Antrag heißt, sind richtig und zum überwiegenden Teil auch Tagesordnungspunkte der Nordseeschutzkonferenz, deren Vorbereitung im großen und ganzen schon abgeschlossen ist.

(Präsident D r . K l i n k übernimmt wieder den Vorsitz.)

Ich möchte Ihnen einmal die Tagesordnung, wie sie zur Zeit vorliegt, bekanntgeben. Es geht dort um die Reduzierung der Gefahr der Verunreinigung durch Einträge über die Flüsse und Küstengewässer, hierbei geht es auch um die Vereinbarung über Umweltqualitätswerte für bestimmte Schadstoffgruppen. Es werden weiter die Probleme der Eutrophierung in der Nordsee, das heißt Kontrolle von Einleitungen seitens verschiedener Staaten behandelt. Es geht um die Verschmutzung der Nordsee über die Atmosphäre, über die Bestandsaufnahme, über Ölauffanganlagen in einzelnen Benutzerländern mit dem Ziel optimaler Verfahren aufgrund minimaler Kosten in internationaler Abstimmung, um die Erklärung der Nordsee zum sogenannten Sondergebiet, auch hier gibt es zwei Möglichkeiten, entweder Änderung des Marpol-Übereinkommens mit Wirksamkeit für sämtliche Staaten oder als Alternative ein regionales Abkommen mit begrenztem Geltungsbereich für die Schiffe der Anrainer sowie für die Hafen- oder Küstenregion.

Weitere Themen werden die Ermittlung und Ahndung von Verstößen gegen die Verschmutzungsverbote mit dem Ziel einer internationalen Harmonisie-

(A) rung der Höhe der Strafraumen sein. Das heißt für uns, die Verschmutzung der Nordsee muß zu einem kriminellen Unrecht werden. Es geht weiter um die Probleme der Abfallbeseitigung auf See, Herr Töpfer, wie Sie es gerade angesprochen haben, und natürlich vor dem Hintergrund der erklärten deutschen Position eines Vorrangs der Abfallbeseitigung auf Land mit dem Ziel einer völligen Einstellung der Verklappung in die See.

Als nächster Tagesordnungspunkt ist die Bekämpfung von Unfällen auf See, auch mit Hilfe einer Luftüberwachung, vorgesehen. Weitere Punkte dürften die Ölverschmutzung durch Plattformen, Aufstellung nationaler Störfallpläne und Darstellung des Gütezustands der Nordsee sein.

Meine Damen und Herren, einen Zustandsbericht der Nordsee erspare ich mir hier, weil er bekannt ist und hier im Hause auch in vielen Debatten erörtert wurde. Ich glaube aber, all diese Debatten haben eines ganz deutlich gezeigt, nämlich daß diese in Bremen stattfindende Nordseeschutzkonferenz im höchsten Maße erforderlich ist, ja, sie hätte im Interesse der Nordsee schon ein paar Jahre früher stattfinden müssen. Wir erwarten von dieser Konferenz wichtige Anstöße zum Schutz der Nordsee, die in ihrer Lebensfähigkeit nur erhalten werden kann, wenn alle Anlieger gemeinsam handeln.

Meine Damen und Herren von der SPD, ich bin natürlich nicht so töricht zu glauben, daß wir mit dieser Konferenz alle Umweltprobleme der Nordsee lösen werden. Es werden auch sicherlich nicht alle Erwartungen erfüllt, schon deswegen nicht, weil hier Länder an einem Tisch sitzen, die längst nicht das Umweltbewußtsein haben, das erforderlich wäre, um in allen Punkten Übereinstimmung zu erzielen. Nationale ökonomische Gründe werden dazu führen, daß Kompromisse eingegangen werden müssen.

(Unruhe — Glocke)

**Präsident Dr. Klink:** Meine Damen und Herren, ich bitte um mehr Aufmerksamkeit für den Redner!

**Abg. Oeing (CDU):** Ich hoffe nur im Interesse der Nordsee, daß es dort zu keinen faulen Kompromissen kommen wird. Auf dieser Konferenz werden in erster Linie die Engländer gefordert sein, die Maßnahmen zur Verringerung der Nordseebelastung nur dann für erforderlich halten, wenn der Nachweis einer Gefährdung der menschlichen Gesundheit und der Meeresumwelt durch die vorhandenen Schadstoffe erbracht wird.

Meine Damen und Herren, an dieser Stelle möchte ich an die Wissenschaft appellieren, verlässliche Daten und Fakten vorzulegen, um einen genauen Überblick über den jetzigen Grad der Verschmutzung zu bekommen, denn das Krankheitsbild der Nordsee läßt noch viele Hypothesen offen. Wenig hilfreich — und das muß an dieser Stelle wieder einmal gesagt werden — finde ich es allerdings, wenn, wie vor einigen Wochen geschehen, ein in Bremerhaven ange-

stellter Wissenschaftler in den Bremer Tageszeitungen erklärt, er halte den Zustand der Nordsee für nicht bedenklich. Meine Damen und Herren, ich brauche kein Wissenschaftler zu sein, um festzustellen, wie verschmutzt unsere Strände sind, wie trübe manchmal die Brühe ist, die wir Wasser nennen, oder daß ölverschmutzte Vögel keines natürlichen Todes gestorben sind. (C)

Ich glaube, all das zwingt uns zum sofortigen Handeln, ohne daß wir den letzten wissenschaftlichen Beweis für eine Gefährdung des Menschen haben. Deswegen bekennen wir uns, bekennt sich die Bundesregierung zum Vorsorgeprinzip, und deswegen bin ich auch nicht so pessimistisch zu glauben, diese Konferenz sei überflüssig, wie es in den ersten Kommentaren der SPD zum Ausdruck kam. Ich glaube, allein die Tatsache, daß man erstmalig alle Anliegerstaaten der Nordsee zusammen an einem Tisch hat und die Bereitschaft vorhanden ist, über die Nordseeschmutzung zu reden, ist ein Erfolg. Unsere Bundesregierung hat deutlich gemacht, daß sie im Gegensatz zur alten Bundesregierung bereit ist, in Sachen Nordseeschutz notfalls eine Vorreiterrolle einzunehmen und so mit gutem Beispiel die anderen Nordseeanlieger zu animieren, nachzuziehen.

Meine Damen und Herren, ich darf noch kurz zu den Anträgen kommen! Wir haben hier einen Änderungsantrag eingebracht, den ich auch kurz begründen möchte. Wir haben vor, den ersten Absatz des SPD-Antrags nicht mitzumachen. Wir haben uns in Bonn erkundigt. Dort sitzen ja die gleichen Herren in den Ministerien, zumindest in den untergeordneten Chargen, die auch damals während ihrer Zeit da gegessen haben. (D)

(Abg. K u n i c k [SPD]: Hört, hört!)

Es gab dort niemanden, der Ihre Aussage bestätigen konnte, daß die SPD/FDP-Koalition jemals einen Plan hatte, eine Nordseeschutzkonferenz vorzubereiten. Das heißt also, somit ist Ihr erster Absatz inhaltlich falsch.

(Abg. T ö p f e r [SPD]: Das ist auch in der Deputation einmal klargestellt worden! Daß Sie das immer noch nicht begreifen!)

Wir freuen uns zwar, daß Sie begrüßen, was die Bundesregierung in Sachen Umweltschutz tut, wir brauchen dies aber nicht zu tun, weil wir dies von einer guten Bundesregierung einfach erwarten.

Den Absatz vier haben wir deswegen geändert, weil Sie an die Bundesregierung Forderungen stellen, bei den erforderlichen Maßnahmen der Länder, also auch Bremen, aber nur appellieren wollen. Ich glaube, auch hier sollte aus einem Appell eine Forderung gemacht werden.

Zu dem Antrag der GRÜNEN! In der Richtung, meine Damen und Herren von den GRÜNEN, ist der Antrag natürlich zu begrüßen, aber es gibt einige Punkte, bei denen die CDU ganz andere Vorstellun-

(A) gen hat. Ich komme einmal zu dem Punkt eins, da geht es ja um die Rohstoffförderung, das heißt also auch unter anderem um das Öl. Ich glaube, es kann sich keine Regierung der Welt zur Zeit leisten, auf Förderung von Öl oder Gas, falls natürlich vorhanden, zu verzichten.

(Abg. Willers [GRÜNE]: Auch im Wattenmeer?)

Deswegen können wir diesen Punkt nicht mittragen.

Zu dem Punkt zwei, hier geht es ja um die Landgewinnung! Hier müßte man natürlich zwischen Landgewinnung aus ökonomischen Gründen und Landgewinnung zum Schutz der Bevölkerung unterscheiden. Ich denke hier an den Deichbau, zum Beispiel in Schleswig-Holstein. Hier wäre eine Differenzierung erforderlich.

Zu dem Punkt vier! Auch den können wir nicht mitmachen. Auf die Erschließung küstennaher Flächen wollen und können wir nicht verzichten, schon gar nicht in Anbetracht der hohen Arbeitslosenzahlen in unserem Gebiet.

Nun zu dem für mich interessantesten Punkt, nämlich zu dem Punkt fünf! Hier, meine Damen und Herren von den GRÜNEN, verlassen Sie eigentlich Ihre Grundsätze. Sie haben in diesem Haus schon häufig erklärt, da spreche ich in erster Linie Herrn Willers an, und damit fanden Sie auch immer meine Unterstützung, daß es Konferenzen, die nur zum Inhalt hätten, eine Zustandsbeschreibung vorzunehmen, in der Vergangenheit schon genug gegeben hätte. Wir brauchen Konferenzen, in denen es im Interesse des Umweltschutzes zu Ergebnissen kommen müßte. Das haben Sie gesagt, das habe ich gesagt, das finde ich so in Ordnung.

(Glocke)

**Präsident Dr. Klink:** Ihre Redezeit ist abgelaufen!

Abg. Oeing (CDU): Ich komme sofort zum Schluß! Nun frage ich Sie allerdings, welches Ziel denn die von Ihnen begrüßte Aktionskonferenz Nordsee hat. Ich kann es Ihnen sagen, meine Damen und Herren, es ist im Grunde genommen nichts anderes als eine alternative Konferenz, in der nämlich auch nur Zustandsbeschreibungen der Nordsee vorgenommen werden, die uns allen hinlänglich bekannt sind. Ich glaube, genau diese Art von Konferenzen hatten wir in der Vergangenheit genug. Was wir brauchen, ist eine Konferenz, in der Entscheidungen getroffen werden müssen, die das Ziel haben, schnellstmöglich — und wenn das nicht zu erreichen ist, dann langfristig — alle Umweltprobleme der Nordsee zu lösen. Mit anderen Worten, geredet haben wir über die Verschmutzung der Nordsee genug, jetzt muß gehandelt werden!

Außerdem bietet die Bundesregierung allen Umweltverbänden und Organisationen an, am 18. 9. 1984 in Wilhelmshaven im Rahmen einer Anhörung

(C) ihre Vorstellungen zur Lösung der Probleme der Nordseeverschmutzung vorzutragen.

(Unruhe — Glocke)

**Präsident Dr. Klink:** Meine Damen und Herren, ich bitte um Aufmerksamkeit, auch auf der Senatsbank bitte!

(Abg. Gassdorff [CDU]: Das war so wichtig gerade, Herr Präsident!)

Wichtig ist der Redner, den wir hier haben! — Bitte sehr!

Abg. Oeing (CDU): Ich danke Ihnen, Herr Präsident! Meine Damen und Herren von den GRÜNEN, machen Sie von dem Angebot Gebrauch, dann brauchen Sie Ihre alternative Konferenz nicht abzuhalten! Trotz der schönen Plakette, die Sie uns hier vorgelegt haben, halten wir diese Aktionskonferenz für überflüssig, weil sie uns mit Sicherheit nichts Neues bringt. Deswegen werden auch wir auch Ihren Antrag ablehnen! — Ich darf mich bedanken!

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort Herr Bürgermeister Koschnick.

**Bürgermeister Koschnick, Präsident des Senats und Senator für kirchliche Angelegenheiten:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Ich äußere mich nicht zur Sache. Ich wollte nur gern etwas dazu bemerken, wenn Abgeordnete darauf hinweisen, daß ihr großer Koalitionspartner, der auch unser Koalitionspartner vorher war, die ganzen Jahre das Bundesinnenministerium und damit den Umweltschutz vertreten hat. Da Sie die ganzen Dinge damals der SPD angelastet haben, darf ich darauf aufmerksam machen, weder Herr Genscher noch Herr Matthöfer, Verzeihung, Herr Maihofer noch Herr Baum waren bisher Mitglieder der SPD, und ich glaube, sie werden es auch nicht. Das nur zu Ihrer Kenntnis!

Zweitens: Verordnungen werden nicht von Sozialdemokraten erarbeitet, sondern von Verwaltungen. Das steht in der Verfassung, wir sollten uns daran halten!

(Beifall bei der SPD — Abg. Klein [CDU]: Herr Bürgermeister, Sie stricken wieder sehr fein! — Abg. Gassdorff [CDU]: Das wird morgen die Schlagzeile werden!)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Willers.

Abg. Willers (GRÜNE): Meine Damen und Herren! Bei dem Beitrag von Herrn Oeing habe ich mich Strecken weit gefragt, ob wir heute in dieser oder in der letzten Woche sind, weil das eigentlich ein Bei-

(A) trag gewesen wäre, der in den Wahlkampf gepaßt hätte, der der Sache aber kaum dienlich ist. Uns ist es jedenfalls relativ egal, wer nun das Erstgeburtsrecht für die Idee beansprucht, eine solche Konferenz abzuhalten. Wir begrüßen es, daß diese Konferenz der Umweltminister stattfindet. Wir haben allerdings Bedenken über die Wirksamkeit einer solchen Konferenz. Die gehen in eine ähnliche Richtung, wie Herr Töpfer sie hier geäußert hat, sie gehen aber auch eine Ecke weit darüber hinaus, das wird Sie auch nicht wundern.

Ich bin in meiner Eigenschaft als Vertreter des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz beim Innenministerium gewesen, und wir haben, weil ja auch die Umweltverbände in dieses Verfahren zur Vorbereitung der Konferenz einbezogen werden sollten, dort konferiert. Die Ergebnisse dieser Gespräche und die Protokolle über die bisherigen vorbereitenden Sitzungen zur Umweltministerkonferenz, die ich alle hier habe, zeigen das, was auch Herr Töpfer hier schon angedeutet hat: Von dieser Umweltministerkonferenz in Bremen werden keine handfesten Ergebnisse ausgehen. Es wurde in Bonn im Innenministerium von Impulsen geredet, und es wurde von atmosphärischer Verbesserung geredet. Aber Impulse und atmosphärische Verbesserungen — atmosphärische Verbesserungen wohlge-merkt! —, es sei denn, sie finden wirklich oben in der Atmosphäre statt, helfen der Nordsee überhaupt nicht.

(B) So fürchten auch wir, daß diese Konferenz letztlich eine Alibifunktion hat. Unter großem Tamtam wird in Bremen eine Schau abgezogen, und diese Konferenz ist so lange unwirksam, wie nicht wirklich Beschlüsse, bindende, alle Länder bindende Beschlüsse dabei herauskommen, die man quantifizieren muß, die man qualifizieren muß und die eben verbindlich sind. Herr Töpfer hat schon gesagt — und das haben wir auch erfahren —, daß in Bonn jetzt schon vorgebaut wird mit dem Hinweis auf eine zweite Konferenz, daß die erst in zwei Jahren stattfinden soll. Herr Töpfer, das wußte ich noch nicht einmal. Also in zwei Jahren, das ist wirklich absurd! Wenn diese Konferenz das erste Vorfühlen sein soll und dann vielleicht in zwei Jahren irgendwelche Beschlüsse in irgendwelchen Teilbereichen gefaßt werden, dann ist alles zu spät, dann können wir die Nordsee wirklich vergessen.

(Abg. G a s s d o r f [CDU]: Woher wissen Sie das denn alles, Herr Willers? — Abg. O e i n g [CDU]: Was soll denn Ihre Konferenz, Herr Willers?)

Herr Gassdorf, ich zeige Ihnen das einmal eben, das kann man alles nachlesen. Man kann nachlesen, mit welchen Intentionen die Beteiligten in die Konferenz hineingehen. Man kann zum Beispiel nachlesen, daß das Vereinigte Königreich sich überhaupt nur an der Konferenz beteiligen will, wenn bei allen Diskussionen, die dort stattfinden, vom Immissions-

prinzip ausgegangen wird, also nicht von der Frage, (C) was kommt an, sondern was geht heraus.

(Abg. Frau B e r n b a c h e r [GRÜNE]: Nein, umgekehrt!)

Umgekehrt, Entschuldigung, umgekehrt! Also bei Emissionen und Immissionen komme ich immer noch einmal durcheinander! Also die Frage ist nach unserer Ansicht von allerhöchster Bedeutung, was produzieren wir eigentlich für Dreck, und nicht, wo kommt der Dreck unter Umständen einmal an. Wenn das Vereinigte Königreich so an die Sache herangeht, dann ist ja von vornherein vor bestimmte Diskussionen ein Riegel geschoben, der die ganze Konferenz nicht weiterbringen kann, weil hier in dieser Konferenz der politische Konsens gefragt ist. Auch das ist ganz eindeutig. Das wurde uns auch bestätigt. Es ist ein Konsens um jeden Preis gefragt und, wie wir fürchten, eben auch um den Preis der Erfolglosigkeit.

Wenn man das nicht glaubt, kann man das auch nachlesen in den Berichten, die das hiesige Umweltschutzressort zu der ersten Konferenz der Staatssekretäre geschrieben hat, wo alle diese Vorbehalte und Bedenken über die Herangehensweise an die Thematik schon geäußert worden sind. Diese Konferenz der Umweltminister wird vom Ausklammern leben, und angewandt wird das, was man als europäische Norm bezeichnen könnte, eben der politische Konsens um jeden Preis.

Außerdem haben wir Bedenken, was die Vorbereitung — auch die fachlich sachliche Vorbereitung — der Konferenz anlangt, die wissenschaftliche Vorbereitung. Die liegt in den Händen des Deutschen Hydrographischen Instituts. Nach allem, was wir von dort bisher wissen, ist auch die fachlich qualifizierte wissenschaftliche Vorbereitung auf die Probleme außerordentlich mangelhaft und auf dem unteren Niveau wissenschaftlicher Arbeit.

Herr Töpfer hat hier gesagt, daß die SPD-Fraktion sich beschränkt hat bei ihrem Antrag auf acht wesentliche Punkte. Er hat gesagt, daß er uns hier nicht weitere hätte zumuten mögen, weil das zuviel geworden wäre. Herr Töpfer, ich hätte mir gewünscht, daß Sie alle 67 Punkte hier eingebracht hätten. Sie unterschätzen da vielleicht ein bißchen unsere Aufnahmefähigkeit. Wir wären schon bereit gewesen, uns damit auseinanderzusetzen. Das hätte vielleicht — ich kenne das nicht so genau, was Sie da beschlossen haben —, aber das hätte vielleicht doch noch zum Auffüllen einer ganzen Reihe von Lücken geführt, die so ganz eklatant in Ihrem Antrag vorhanden sind.

Nachdem wir also, glaube ich, mit ziemlicher Sicherheit feststellen können, daß die offizielle Umweltministerkonferenz nicht die Ergebnisse bringen wird, die sie bringen müßte, ist die Frage, was man jetzt tun kann. Man kann sicher von hier aus Stellung nehmen und versuchen, unterstützend einzuwirken auf die Ausweitung der Themenbereiche und

(C)

(D)

(A) auf die Konsequenzen, die daraus gezogen werden. Aber wichtiger noch, viel wichtiger scheint mir zu sein, daß wir in Bremen unseren Beitrag zur Reinhaltung der Nordsee leisten. Genau an dem Punkt, Herr Töpfer, kommt von Ihnen nichts. Da gehen Sie, und das war die Intention, bremische Politik abzuklopfen, auf die Frage, welchen Beitrag leisten wir denn hier als betroffenes Land an der ganzen Geschichte, überhaupt nicht ein, genau über diesen Punkt haben Sie hinweggeschlurt. Sie haben gesagt, wir akzeptieren Ihren Punkt fünf, wo Sie die alternative Aktionskonferenz Nordsee unterstützen, aber alles andere machen wir nicht mit.

Da hätte ich gern einmal gewußt, wie stellen Sie sich denn nun einen bremischen Beitrag vor, angesichts der Tatsache, daß hier in Bremen wirklich einiges im Argen liegt auf dem Sektor? Es wäre ja schön gewesen, wenn man hätte sagen können, Bremen ist Gastgeber dieser Konferenz, Bremen ist das gute Beispiel, wir können ein gutes Gewissen haben, hier in Bremen tun wir das Möglichste und Äußerste selbst zur Reinhaltung der Nordsee. Aber wie sieht das denn aus? In Bremen wird mehr oder weniger geschickt kaschiert Rechtsbruch betrieben auf dem Umweltsektor. In Bremen wird das Abwasserabgabengesetz unterlaufen. In Bremen wird das Wasserhaushaltsgesetz nicht eingehalten, nicht von irgend jemandem, sondern von der Regierung in Bremen.

(B) Ich weiß, daß Sie wahrscheinlich die Presseartikel gelesen haben von den Erklärungen, die wir in der letzten Woche abgegeben haben. Angesichts dieser Lage steht Bremen wirklich in schlechten Schuhen da. Wir können vielleicht organisatorisch eine gute Konferenz auf die Beine bringen, aber als politischer Partner in einem solchen Konzert und als Autor einer solchen politischen Erklärung, die Sie hier verabschieden wollen und sollen, sind wir denkbar unglaubwürdig. Das ist leider Fakt.

Wir haben also versucht, den SPD-Antrag zu ergänzen und zu konkretisieren nach dem Motto, hic Rhodus, hic salta, hier ist Bremen, tanzt einmal hier!

(Abg. G a s s d o r f [CDU]: Aber hier ist doch nicht Rhodos!)

Wir legen ganz besonders Wert auf folgende Forderungen, abgesehen davon, daß wir der Meinung sind, daß im Wattenmeer unter gar keinen Umständen weitere Rohstoffexplorationen oder -förderungen stattfinden dürfen,

(Abg. T ö p f e r [SPD]: Das ist auch unsere Meinung!)

weil wir sonst den Nationalpark Wattenmeer, der nach unserer Auffassung Internationalpark sein sollte, vergessen können.

Wenn Sie sagen, „die Bremische Bürgerschaft appelliert außerdem an die Bundesregierung und die Regierungen der deutschen Küstenländer, die Forderungen, die auch auf nationaler Ebene regelbar sind,

(C) schnellstmöglich umzusetzen“, dann sind wir ja auch gemeint. Dann ist das Land Bremen ganz konkret gemeint. Diese Umsetzung muß man dann aber auch konkretisieren. Man muß sagen, welchen Beitrag man denn leisten will.

Deswegen haben wir uns erlaubt, Ihren Antrag, Herr Töpfer, zu ergänzen, indem wir sagen: Als Konsequenz aus diesen Forderungen wird das Land Bremen seinen Beitrag zur Rettung der Nordsee leisten, indem es veranlaßt, daß die bremischen Kraftwerke unverzüglich mit Rauchgaswaschanlagen nach dem neuesten Stand der Technik ausgerüstet werden, daß man sich sofort um Alternativen zur bisherigen umweltschädlichen Müllverbrennung bemüht. Es muß klar sein, und das ist ja auch der SPD-Fraktion klar, daß auch ein erheblicher Schadstoffeintrag über die Luft in die Nordsee erfolgt.

Weiter fordern wir, daß die Kläranlage Seehausen mit einem Regenrückhaltebecken und einer chemischen Stufe nachgerüstet wird — über dieses Thema werden wir uns morgen noch unterhalten — und daß die bisherige Genehmigungspraxis für Emissionen bestehender Industriebetriebe hier in Bremen überprüft und gegebenenfalls neue Auflagen erteilt werden.

(D) Schließlich, Herr Töpfer, und das taucht bei Ihnen auch nicht auf, und deswegen sind Sie auch ein Chefausklammerer, muß auf die weitere Erschließung küstennaher Flächen für die Industrie verzichtet werden, da dies ökologisch nicht mehr zu verantworten und ökonomisch fragwürdig ist. Wir haben, glaube ich, in der letzten Bürgerschaftsdebatte über das Problem der Zubetonierung der Küste und all ihrer negativen Folgen ausgiebig geredet. Ich erinnere noch einmal daran, daß es 25 000 Hektar Industrieerweiterungsland in der Nordrange geben soll, wovon nur ein Bruchteil, das wissen Sie alle, je genutzt wird. Das übrige wird Betonwüste bleiben, und das trägt wirklich nicht zur Sanierung der Nordsee bei. Das wird negative Folgen auch für die Nordsee haben.

(Abg. K u n i c k [SPD]: Auch wenn das Land nicht besiedelt wird?)

Auch dann, Herr Kunick! Zubetonieren hat immer negative Folgen! Ein Eingriff in großem Maßstab in die Küstenökologie hat immer negative Folgen.

(Abg. K u n i c k [SPD]: Dabei handelt es sich doch um Grünländereien, die nur planungsrechtlich anders ausgewiesen sind!)

Nein, nein, das können wir nachher einmal diskutieren, Herr Kunick! Darauf können wir jetzt nicht eingehen!

Die ganze Problematik der Küstenindustrialisierung ist auch im Antrag der SPD-Fraktion nicht enthalten, und ich will Ihnen einmal sagen, und das ist auch gleich eine Antwort an Herrn Oeing, warum denn diese alternative Konferenz, die in Bremen drei Tage vorher stattfinden soll, sinnvoll ist. Die Ak-

(A) tionskonferenz Nordsee hat einen Forderungskatalog erstellt, der sehr umfangreich ist und den ich Ihnen hier nicht in allen Punkten vortragen kann. Dieser Forderungskatalog geht sowohl weit über das hinaus, was von der SPD gefordert wird, als auch über das, was von der offiziellen Konferenz als Thema behandelt wird. Ich lese Ihnen nur einen Punkt vor, damit Sie wissen, was alle deutschen Umwelt- und Naturschutzverbände sowie eine ganze Reihe anderer aus Nordseeanrainerländern fordern. Es betrifft das Problem der Industrialisierung der Küstenregion, damit Sie nicht denken, das haben sich ein paar GRÜNE aus den Fingern gesogen.

Dort steht: „Die Nordseeanrainerstaaten müssen ein gemeinsames Industrie- und Hafenkonzzept erarbeiten und anwenden, das auf den bereits erschlossenen Industrieansiedlungsflächen aufbaut. Jede weitere Erschließung neuer Industrie- und Gewerbeflächen ist zu unterlassen. Dazu zählen auch bisher lediglich geplante Maßnahmen wie Dollarhafen, Luneplate und Cuxhaven-Altenbruch. In allen Nordseeanrainerstaaten muß Schluß gemacht werden mit einer Wirtschaftspolitik, die jedes Land dazu zwingt, riesige Flächen bereitzuhalten, nur um dem anderen Land einen eventuellen Ansiedlungsbewerber abjagen zu können. Diese Politik führt zur Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlagen, ohne daß seitens der Industrie überhaupt eine entsprechende Nachfrage vorhanden ist.“

(B) Zur Verbesserung der Situation in strukturschwachen Gebieten müssen andere Maßnahmen ergriffen werden als die Ansiedlung von Großindustrie. Kleinindustrie und mittleres Gewerbe sind arbeitsintensiver, sind leichter zu überwachen — immissionsmäßig — „und können mit den für die Anlage von Industrieerweiterungsplätzen benutzten Geldern finanziert werden.“ Soweit die Umweltverbände!

Ich will noch zwei Punkte nennen, die mir zusätzlich die bremische Politik in diesem Bereich fragwürdig machen. Wenn hier auf der einen Seite solche relativ wortradikalen Anträge gestellt werden, dann muß man sich natürlich auf der anderen Seite auch immer wieder vor Augen halten, was an offizieller Regierungspolitik passiert, und dazu zitiere ich einmal aus einem Grußwort von Bürgermeister Thape bei einem Empfang aus Anlaß der 50. Sitzung der Senatskommission für Ozeanographie der DFG. Da hat Herr Thape gesagt: „Geowissenschaftliche Forschung und Lehre ist im Bereich des Meeres von langfristiger und steigender Bedeutung. Ihr entspricht die gleichfalls langfristige und steigende Bedeutung der wirtschaftlichen Nutzung der Meere und der meeresbedeckten Erdoberfläche.“

Wenn das Wirklichkeit wird, was Herr Thape hier so relativ unpräzise, aber doch in der Tendenz klar ausgesagt hat, wenn das Wirklichkeit wird, dann können wir unsere Nordseekonferenz und Sie Ihre Nordseekonferenz und jede Art der Nordseekonferenz vergessen, Herr Töpfer!

Eines noch! Die Schizophrenie, mit der der Senat Industrialisierungsvorhaben beurteilt, wird auch

deutlich — ich habe dabei ein wenig gegrinst —, wie Herr Senator Brinkmann eingeht auf Industrialisierungspläne an anderen Stellen und wie er dabei die bremischen Probleme in der gleichen Hinsicht ausklammert. Da war neulich im Fernsehen ein Bericht über das Dollarhafen-Projekt und die ganzen Probleme, die damit zusammenhängen. Herr Senator Brinkmann wurde anschließend gefragt, was er denn von diesem Dollarhafen-Projekt, was bekanntlich in Niedersachsen liegt, halte. Da hat Herr Senator Brinkmann gesagt, sinngemäß jetzt, das sei alles nicht so wild, das würde alles wahrscheinlich gar nicht realisiert werden. Es gebe überhaupt gar keine Nachfrage nach so etwas im Augenblick, und deswegen würde alles nicht so heiß gegessen, wie es gekocht werde.

Wenn Herr Brinkmann das zum Dollarhafen-Projekt sagt, dann frage ich mich allerdings, warum Bremen und Niedersachsen in das Luneplate-Projekt, das ein direktes Konkurrenzprojekt dazu ist, über 80 Millionen DM investieren. Warum Kritik an einer Stelle, aber da, wo es einen selbst betrifft, nicht? So eine Art von schizophrener Politik ist nicht hilfreich und wird uns in der Frage der Nordseereinhaltung überhaupt nicht weiterbringen.

Zum Abstimmungsverhalten: Den CDU-Antrag werden wir ablehnen, weil wir uns — wie gesagt — an der Frage des Hin- und Herschiebens von Schwarzen Petern nicht beteiligen. Wir freuen uns, daß Sie wenigstens die Aktionskonferenz Nordsee unterstützen, wenn auch nur verbal, und ich bin gespannt, ob es auch irgendwelche Sachbeiträge gibt. Sie sind herzlich dazu eingeladen.

Da ich jetzt weiß, daß Sie unseren Zusatzantrag zum SPD-Antrag nicht mitmachen werden, werden wir uns an der Abstimmung über Ihren unkonkreten Teil nicht beteiligen, weil wir uns nicht zu Komplizen einer Politik des Ausklammerns machen wollen. Wenn wir wüßten, daß Sie es allein nicht schaffen, diesen Antrag durchzusetzen, würden wir mitstimmen, aber so machen Sie es einmal allein!

**Präsident Dr. Klink:** Als nächste hat das Wort Frau Senator Lemke.

**Senator für Umweltschutz Frau Lemke:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Auf die Inhalte will ich nicht mehr lange eingehen, weil wir ja nun nicht zum ersten Mal über den „Gütezustand“ der Nordsee hier debattieren. Entsprechende Beschlüsse, zum Teil einstimmig, sind im Landtag gefaßt worden in Sachen Verklappung, in Sachen Verbrennung und vieles andere mehr. Bestimmte Grundlagen dazu sind also vorhanden.

Die Konferenzthemen, jedenfalls die wesentlichen Konferenzthemen sind hier auch bereits für die Nordseeschutzkonferenz, die im Herbst dieses Jahres in Bremen stattfindet, von mehreren Rednern genannt worden. Dabei möchte ich nur sagen, daß dies und auch die Tagesordnung erst abschließend im Juli behandelt werden wird. Zur Zeit ist der Stand der

(C)

(D)

- (A) Vorbereitungen so, daß internationale Expertensprache stattfinden für die Themen, die vorgegeben worden sind.

Ich verhehle nicht, daß auch ich einige Bedenken habe, ob hier nun wirklich konkrete Ergebnisse erzielt werden. Dies ist eine internationale Konferenz. Bremen ist nur Gastgeber. Der Senat ist erfreut darüber, und wir begrüßen es, daß diese Konferenz in Bremen stattfindet. Nichtsdestoweniger habe ich einige Bedenken, ob konkrete Ergebnisse erzielt werden, die auch in Kürze Abhilfe schaffen können. Der Senat, das kann ich hier sagen, wird sich mit allem Nachdruck auf der Konferenz, zumal wir den Vorteil der Gastgeberrolle haben, für die Punkte einsetzen, die heute im Landtag beschlossen werden. Er wird auch das, was bisher zur Reinhaltung der Nordsee und im Interesse der Nordsee beschlossen worden ist, mit Nachdruck dort unterstützen und auch als Forderungen einbringen. In entsprechenden Vorgesprächen ist das, was bislang Beschlußlage in Bremen ist, auch bereits eingebracht worden.

Auf den Termin, wer die Vorbereitungen eingeleitet hat beziehungsweise wer nun zunächst diese Idee hatte, diese Konferenz durchzuführen, hat der Präsident des Senats geantwortet. Auch dazu kann ich mir Ausführungen ersparen. Im übrigen würde ich aber auch empfehlen, und da schließe ich mich insbesondere den Worten des Abgeordneten Töpfer an, die Ergebnisse zunächst einmal abzuwarten, und erst dann, Herr Oeing, würde ich mir die Federn an den Hut stecken, nicht schon vorher.

(B)

(Abg. O e i n g [CDU]: Hat doch keiner getan! — Zurufe von der CDU)

Vielleicht steht ihm ein Hut ja ganz gut! Das gleiche würde ich auch Herrn Willers empfehlen.

Nichtsdestoweniger muß ich doch noch einiges richtigstellen, insbesondere das, was hier von den Abgeordneten Oeing und Willers ausgeführt worden ist. Sie sind, Herr Willers, insbesondere darauf eingegangen, was Bremen denn tue, Sie sind auch in Ihrem Antrag darauf eingegangen. Sie haben hier das hinlänglich bekannte Klagelied gesungen, trotzdem muß ich darauf noch einmal antworten. Sie fordern hier, daß Rauchgasreinigungen installiert werden. Sie wissen aber, daß die entsprechenden Beschlüsse vorliegen, daß die Planungen dafür laufen, sowohl zum Kraftwerk Hafens als auch zur Müllverbrennungsanlage. Daß Sie inzwischen auf eine andere Beseitigung von Müll gekommen sind, darüber wird man sich an anderer Stelle unterhalten müssen. Sie haben jedenfalls bislang einen entsprechenden Antrag der SPD unterstützt. Das will ich noch einmal nachdrücklich herausstellen.

Bremen unternimmt seine Anstrengungen und erbringt Leistungen. Sie wissen, daß die biologische Kläranlage in Seehausen am 1. April in Probebetrieb gegangen ist. Wenn Sie es nicht wissen, sage ich es Ihnen hiermit. Sie wissen, daß die Zentrale Kläranlage in Bremerhaven ebenfalls biologisch klärt. Sie

wissen, daß wir als Mitgliedsland der ARGE Weser uns an den umfangreichen Maßnahmen zur Reinhaltung der Weser beteiligen, allem voran die Chloridbelastung der Werra und Weser zu senken.

(C)

Sie fordern, daß die bisherige Genehmigungspraxis überprüft werden solle. Das muß ich zurückweisen. Der Senator für Arbeit, in diesem Fall das Gewerbeaufsichtsamt, hält sich an die gesetzlichen Grundlagen und strebt darüber hinaus, wie die vorzeitigen freiwilligen Bemühungen zeigen, auch noch Maßnahmen zum Einbau einer Rauchgasreinigung beim Kraftwerk Hafens und auch bei der Müllverbrennungsanlage an.

Nun noch eine Bemerkung zu Ihrer Presseerklärung bezüglich des Vorwurfs zum Abwasserabgabengesetz! Es ist nicht immer alles richtig, was an Presseerklärungen abgegeben wird, und ich bezeichne es als Europawahlkampfmanöver, das Sie zwei Tage vorher noch eingeleitet haben, nachdem der Wahlkampf selbst nicht sehr beeindruckend gewesen ist.

(Beifall bei der SPD — Abg. Willers [GRÜNE]: Aber das Ergebnis! — Abg. G a s s - d o r f [CDU]: Aber es hat etwas gebracht!)

Darüber wird man sich an anderer Stelle unterhalten müssen!

Auf jeden Fall ist es unrichtig und falsch, was dort behauptet worden ist. Ich habe entsprechend darauf reagiert. Wir kommen unseren Aufgaben und Verpflichtungen, die sich aus der gesetzlichen Grundlage ergeben, ordnungsgemäß nach. Das wissen Sie ganz genau. Auch darüber ist hier mehrfach diskutiert worden. Ich bin gern bereit, wenn eine solche Prüfung stattfinden soll, sämtliche Unterlagen zur Verfügung zu stellen, damit dieser unhaltbare Vorwurf dann auch rechtlich richtiggestellt wird.

(D)

(Glocke)

**Präsident Dr. Klink:** Frau Senator, sind Sie bereit, eine Zwischenfrage anzunehmen?

**Frau Senator Lemke:** Ja, bitte!

**Präsident Dr. Klink:** Bitte, Herr Willers!

Abg. Willers (GRÜNE): Frau Senator, stimmen Sie mir zu, wenn ich sage, daß nach Ihrer Logik mindestens einige Wochen vor jedem Wahlkampf eigentlich kein Sachbeitrag mehr geliefert werden könnte, der vom Gegner nicht als Wahlkampf diskreditiert werden könnte?

**Frau Senator Lemke:** Nein, dem stimme ich nicht zu, Herr Willers, sondern das, was Sie geleistet haben, war schlichtweg falsch und unrichtig, und genau das habe ich gesagt!

(Beifall bei der SPD)

(A) Meine Damen, meine Herren, acht Anliegerstaaten nehmen an der Nordseeschutzkonferenz teil, darüber hinaus Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft und die Unterzeichner der Konventionen von Oslo und Paris. Ich wollte nur noch einmal darauf hinweisen, daß neben dieser alternativen Nordseekonferenz, die auch in Bremen kurz vor der Internationalen Nordseeschutzkonferenz durchgeführt werden wird, die Umweltverbände Mitte September dieses Jahres die Gelegenheit zur Anhörung erhalten werden bei Anwesenheit aller Konferenzteilnehmer und daß im Anschluß daran dann ein Staatssekretärstreffen stattfinden wird, das die Ergebnisse dieser Anhörung und die Stellungnahmen mit berücksichtigen wird, so daß diese je nach Beratungsstand für die Internationale Nordseeschutzkonferenz vorliegen werden.

Ich jedenfalls — und das möchte ich abschließend für den Senat sagen — werde alles im Rahmen meiner Möglichkeiten und meiner Kraft Stehende tun, um diese Forderungen, die heute beschlossen werden, im Interesse des konsequenten Umweltschutzes und im Interesse der Nordsee umzusetzen und vorzutragen auf dieser im Herbst stattfindenden Internationalen Nordseeschutzkonferenz.

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Dr. Klink:** Meine Damen und Herren, wir sind bei Tagesordnungspunkt zehn. 35 Punkte haben wir auf der Tagesordnung der Sitzung der Bürgerschaft (Landtag). Ich bitte Sie sehr herzlich, daß wir unseren Beitrag leisten, daß wir die Tagesordnung weitgehend abarbeiten!

(B)

Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Oeing.

Abg. **Oeing** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Töpfer, ich möchte kurz noch eine Frage beantworten. Daß Sie hier den Erfolg der ersten Konferenz in Frage stellen, nur weil Herr Zimmermann eine Konferenz folgen läßt, halte ich für äußerst dünn. Es dürfte Ihnen bekannt sein, daß mit Sicherheit nicht alle Probleme im Augenblick zu lösen sind, daß es Folgekonferenzen geben muß. Ich bin der Meinung, daß ausgehend allein von der großen Tagesordnung sicherlich sehr viele Punkte einfach in einer zweiten Konferenz behandelt werden müssen.

Zu Ihnen, Herr Willers! Ich finde es nicht gut, daß Sie die noch nicht abgehaltene Konferenz schon jetzt verteufeln. Sie sind auch die Antwort schuldig geblieben, was denn nun eigentlich Ihre Konferenz soll, denn wenn Ihre Konferenz nur stattfinden soll, um Forderungskataloge zu erstellen, Herr Willers, dann können Sie sich das einfach machen. Ich kann Ihnen eine ganze Menge Forderungskataloge aushändigen zu dem Thema. Ich glaube, das ist nicht das Problem, und so lösen wir auch nicht die Probleme der Nordsee. Ich glaube, Sie sollten von dem Angebot Gebrauch machen, am 18. 9. in Wilhelmshaven Ihren Sachverstand vorzutragen. Dann können Sie sich diese Konferenz sparen!

Herr Präsident, ich bitte, den ersten Absatz im SPD-Antrag gesondert zur Abstimmung zu stellen! Ansonsten werden wir den Antrag der SPD mitmachen. (C)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Willers.

(Abg. **Gassdorf** [CDU]: Das ist ja eine Aktionskonferenz! Die brauchen nur zu agieren!)

Abg. **Willers** (GRÜNE): Meine Damen und Herren! Ich habe mich nur noch einmal gemeldet, um Herrn Oeing darüber aufzuklären, was die Aktionskonferenz Nordsee soll.

(Abg. **Oeing** [CDU]: Ja, da bin ich gespannt!)

Herr Oeing, ganz einfach politischen Druck machen, den Herren und Damen Politikern — —.

(Zuruf des Abg. **Oeing** [CDU])

Ach, Sie halten das für überflüssig? Glauben Sie wirklich, daß ohne den politischen Druck der Umweltverbände wir in der Umweltpolitik so weit wären, wie wir heute sind, glauben Sie das wirklich? Es ist grotesk zu glauben, daß das, was sich an ökologischer Bewegung in den letzten zehn Jahren in der Bundesrepublik getan hat, überflüssig sei! (D)

(Abg. Frau **Bernbacher** [GRÜNE]: Das ist nicht von Herrn Zimmermann allein entdeckt!)

Eben! Herr Zimmermann ist ein sehr geschickter Mann, das gebe ich Ihnen zu. Seine ganze reaktionäre Politik, die er in Bonn betreibt, kann er mit einem Vorhang von vermeintlicher Fortschrittlichkeit in der Umweltpolitik sehr schön bemänteln.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber, Herr Oeing, ich sage es noch einmal!

(Abg. Frau **Bernbacher** [GRÜNE]: Warum hat er das nie vorher gesagt in der Opposition? Nie vorher!)

Lesen Sie die bisherigen Planungspapiere zu dieser offiziellen Konferenz, und Sie werden sich die Antwort, warum eine Aktionskonferenz der betroffenen Bürger notwendig ist, selbst geben können!

**Präsident Dr. Klink:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Meine Damen und Herren, ich habe, bevor wir zur Abstimmung kommen, noch eine Frage an die Fraktion der SPD. Ist es richtig, daß wir abschnittsweise

- (A) Abstimmung durchführen wollen bei dem Antrag der Fraktion der GRÜNEN, und zwar von der ersten bis zur vierten Ziffer, und danach den zweiten Abschnitt abstimmen wollen? — Gut!  
Wir kommen zur Abstimmung.  
Gemäß Paragraph 51 Absatz 7 unserer Geschäftsordnung lasse ich zunächst über die beiden Änderungsanträge abstimmen.  
Ich rufe in der Reihenfolge des Eingangs die Drucksachen-Nummern 11/159 und 11/161 auf.  
Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der CDU mit der Drucksachen-Nummer 11/159 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!
- (Dafür CDU)
- Ich bitte um die Gegenprobe!
- (Dagegen SPD und GRÜNE)
- Stimmenthaltungen?  
Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt diesen Änderungsantrag ab.  
Wir kommen nunmehr zum Änderungsantrag der Fraktion der GRÜNEN mit der Drucksachen-Nummer 11/161.
- (Unruhe)
- (B) Meine Damen und Herren, wir sind in der Abstimmung!  
Es ist beantragt worden, abschnittsweise abzustimmen, und zwar die Ziffern 1 bis 4 und dann die Ziffer 5.  
Wer den Ziffern 1 bis 4 des Änderungsantrags Drucksache 11/161, vorgelegt von der Fraktion der GRÜNEN, seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!
- (Dafür GRÜNE)
- Ich bitte um die Gegenprobe!
- (Dagegen SPD und CDU)
- Stimmenthaltungen?  
Ich stelle fest, die Ziffern 1 bis 4 sind abgelehnt.  
Wer der Ziffer 5 des Antrags Drucksache 11/161 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!
- (Dafür SPD und GRÜNE)
- Ich bitte um die Gegenprobe!
- (Dagegen CDU)
- Stimmenthaltungen?  
Ich stelle fest, die Ziffer 5 ist angenommen.
- Nunmehr kommen wir zur Abstimmung über den Hauptantrag, Drucksache 11/153.
- Hier ist ebenfalls abschnittsweise Abstimmung beantragt worden, und zwar stimmen wir zuerst über den ersten Abschnitt ab.  
Wer dem ersten Abschnitt der Drucksachen-Nummer 11/153, vorgelegt von der SPD-Fraktion, seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!
- (Dafür SPD)
- Ich bitte um die Gegenprobe!
- (Dagegen CDU)
- Stimmenthaltungen?  
Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt der ersten Ziffer zu.  
Nunmehr lasse ich über den Rest abstimmen, und zwar unter Berücksichtigung des soeben beschlossenen Änderungsantrags.  
Wer dem Rest des Antrags unter Berücksichtigung der soeben beschlossenen Änderung seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!
- (Dafür SPD und CDU)
- Ich bitte um die Gegenprobe!
- Stimmenthaltungen?  
Ich stelle fest, damit ist der Antrag Drucksache 11/153 angenommen.
- (D)
- Anerkennung der Türkei im Europarat**  
Antrag (Entschließung) der Fraktionen der GRÜNEN und der SPD  
vom 19. Juni 1984  
(Drucksache 11/196)
- Die Beratung ist eröffnet.  
Das Wort hat der Abgeordnete Willers.
- Abg. **Willers** (GRÜNE): Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich einmal vorweg sagen, daß ich sehr froh bin, daß wir hier zu einem gemeinsamen Antrag von SPD und GRÜNEN gekommen sind, weil ich denke, daß bei einem solchen Thema Parteienhickhack soweit wie irgend möglich außen vor bleiben sollte.
- (Beifall bei den GRÜNEN — Vizepräsident Frau **K n o r r** übernimmt den Vorsitz.)
- Der Antrag, den wir zur Anerkennung der Türkei im Europarat gestellt haben, ist ein Ergebnis dessen, was wir in der letzten Zeit in den Zeitungen darüber lesen konnten. Er ist aber auch das Ergebnis der Reise einer Delegation, die im April stattgefunden hat, und anderer Delegationen, die in der Türkei ver-

(A) sucht haben festzustellen, ob die Vorwürfe, die gegen die Regierung und das Militär in der Türkei erhoben werden und die hier immer wieder in der Presse auftauchen, stimmen.

Ich versuche, mich bei meinem Beitrag so sachlich wie möglich auszudrücken, obwohl Sachlichkeit in diesem Fall schwerfällt. Wenn man so persönlich betroffen ist, wenn man einmal von den türkischen Sicherheitsbehörden durch die Mangel gedreht worden ist, an die Wand gestellt und durchsucht worden und mehrere Tage lang hautnah bewacht worden ist, dann stellt sich ein Gefühl der Betroffenheit mit Sicherheit ein.

Mit diesem Antrag, einem Ergebnis der Erfahrungen, Untersuchungen der Kommissionen, Delegationen und Organisationen, wollen wir erreichen, daß von hier, von der Bremischen Bürgerschaft ein deutliches Wort zu den Zuständen in der Türkei und zur Entscheidung des Europarats gesagt und ein praktischer Schritt — und das ist uns wichtig — der Solidarität mit den geschundenen und mißhandelten politischen Gegnern der türkischen Junta getan wird.

Schließlich konnten wir uns heute morgen mit der SPD-Fraktion auch noch darauf einigen, daß unserem gemeinsamen Antrag ein Passus angefügt wird, der sich speziell mit den jetzt bevorstehenden zahlreichen Hinrichtungen in der Türkei beschäftigt.

Man kann, das sagte ich, immer mehr über die Verhältnisse in der Türkei hören und lesen. Die Weltöffentlichkeit nimmt immer stärker Kenntnis und Anteil, auch die deutsche Öffentlichkeit, Gott sei Dank. Dazu hat wohl nicht zuletzt der Fall des unglücklichen deutschen Fernfahrers beigetragen, der nur noch fast tot aus der Türkei zurückgebracht werden konnte und jetzt aufgrund der Behandlung in einem türkischen Gefängnis gestorben ist.

(B) Während aber einerseits die Sensibilität wächst, arbeiten die westlichen Regierungen den türkischen Militärs und ihren Folterknechten unberührt weiter in die Hände. In der Türkei wurde seit September 1980 in Gerichtsprozessen in 5 984 Fällen die Todesstrafe gefordert. Seit Ausrufung des Kriegsrechts im Dezember 1978 wurden 377 Todesstrafen verhängt, und gerade in den letzten Wochen vermehrt sich die Zahl der Todesurteile wieder. Das Regime fühlt sich offensichtlich durch Anerkennung im Westen sanktioniert. Seit September 1980 wurden 48 Menschen hingerichtet.

In den türkischen Gefängnissen sitzen zwischen 20 000 und 30 000 politische Gefangene, meist schon viele Jahre und in vielen Fällen noch in Untersuchungshaft. Genaue Zahlen sind nicht zu bekommen. Große Teile des Landes und viele Städte werden weiter unter Ausnahmerecht von Militärkommandanten regiert, zum Beispiel auch Ankara, eine Stadt von fast zwei Millionen Einwohnern. Die Militärs kontrollieren de facto trotz Wahlen, trotz Parlament und trotz Regierung alle gesellschaftlichen Bereiche.

Bei den Universitäten zum Beispiel werden Zwangsveranstaltungen in Staatsbürgerkunde abge-

halten, die so umfangreich sind, daß an einen vernünftigen, unseren Maßstäben entsprechenden wissenschaftlichen Forschungs- und Lehrbetrieb überhaupt nicht zu denken ist. Auch das wird Auswirkungen auf die ökonomische Entwicklung der Türkei haben.

Lediglich im wirtschaftlichen Bereich hat die Regierung Spielräume erhalten, und Ministerpräsident Özals erklärtes Vorbild ist Ludwig Erhard. Seine Gesprächspartner im Ausland, wie zum Beispiel Franz Josef Strauß, rekrutieren sich eher aus Kreisen, denen Menschenrechtsverletzungen ein nachgeordnetes Problem sind.

Die Anlässe für Verurteilungen in der Türkei sind nach unserem Rechtsverständnis teilweise nichtig, die Höhe der Strafen drakonisch. So wurde mir zum Beispiel von einer Mutter berichtet, daß ihr Sohn als Student wegen des Betrachtens staatsfeindlicher Plakatpropaganda zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt worden sei. Der ehemalige Bürgermeister der kurdischen Stadt Diyarbakir, schon zu 24 Jahren Gefängnis verurteilt, bekam wegen des Rufens separatistischer Parolen und Beleidigung des Gerichts eine zusätzliche Strafe von sieben Jahren und acht Monaten.

Die Verhältnisse in den Militärgefängnissen sind zumeist katastrophal. Gemeinschaftszellen mit 60 Gefangenen sind die Regel, oft müssen sich vier Gefangene ein Bett teilen. Im Durchschnitt stellt der Staat für die Versorgung seiner Gefangenen pro Tag und Kopf eine DM bereit.

Zur Folterung der Gefangenen zitiere ich aus der „Frankfurter Rundschau“ einen Artikel über Erkenntnisse von Amnesty International, die ich aufgrund der Erkenntnisse, die ich erlangt habe, voll bestätigen kann. Darin steht unter anderem:

„Tausende von Männern und Frauen sind gefoltert worden, und noch sei kein Ende dieser Folterpraxis abzusehen. In mehreren Fällen seien Gefangene auch zu Tode gequält worden. Amnesty stützt sich auf eine große Zahl von Zeugenaussagen und ärztlichen Berichten, unter deren erschreckenden Details kaum eine Form der Folter fehlt. Zahlreiche namentlich genannte Opfer berichten davon, daß sie in abgedunkelten Isolationszellen gehalten, zusammengeschlagen, an Stricken aufgehängt und auf die Fußsohlen gepeitscht wurden. Stromstöße in die Geschlechtsteile zählen ebenfalls zu den gebräuchlichsten Foltermethoden.“

Eine der Zeuginnen, die ehemalige Studentin Semar Ogur, wurde nach Amnesty-Informationen in den 47 Tagen nach ihrer Festnahme von der Polizei in Ankara täglich gefoltert und anschließend im Militärgefängnis von Mamak bei Ankara 14 Monate lang mißhandelt.

Häufig werden, wie in Semar Ogurs Fall, Ehepaare und Freunde gezwungen, Folterungen des jeweiligen Partners mitanzusehen. Selbst Jugendliche beiderlei Geschlechts bleiben von den Folterungen nicht verschont, wie die Aussage der damals sechzehnjährigen Gulhan Tomak belegt, die 1981 im Ge-

(C)

(D)

- (A) fängnis von Antalya festgehalten wurde und heute im Ausland lebt.

Den Nachforschungen von Amnesty zufolge werden die meisten Folterungen in sorgsam abgeschirmten Räumen türkischer Polizeistationen und Militärgefängnissen vorgenommen. Der Bericht nennt als Folterzentrum das Polizeipräsidium von Ankara, dessen ‚Forschungslaboratorien‘ als spezieller Gebäudekomplex der Geheimpolizei von Ankara für Folterungen zur Verfügung stehen.“

Einschub von mir: Wenn ich den Begriff Forschungslaboratorium lese, kommen mir Assoziationen an das Dritte Reich und an die KZ.

„Von den Militärgefängnissen zählt Amnesty die Gefängnisse von Diyarbakir, das Mamak-Gefängnis bei Ankara, das Metris-Gefängnis in Istanbul und das osttürkische Erzurum-Gefängnis zu den schlimmsten.“

Der Protest gegen diese KZ-ähnlichen Lebensumstände in den Gefängnissen läßt nicht nach. Zur Zeit ist zum Beispiel wieder eine Gruppe von 25 Gefangenen in einem Istanbuler Gefängnis in einem Hungerstreik, der schon 60 Tage andauert. Einige liegen in lebensgefährlichem Zustand im Krankenhaus, einer ist vor einigen Tagen gestorben.

Ich konnte während einem der Massenprozesse im Gefängnis Mamak selbst mit ansehen, wie Menschen nach 45 Tagen Hungerstreik aussehen. Ich werde diese Bilder sicher mein Leben lang nicht vergessen.

- (B) Selbst Justiz- und Gesundheitsminister der Türkei haben es trotz verschiedener Versuche noch nicht geschafft, sich Zugang zu einem dieser Militärgefängnisse zu verschaffen, um Einblick zu bekommen, was dort wirklich passiert, geschweige denn irgendeine der Delegationen, die in der Vergangenheit zu diesem Zweck in die Türkei gereist sind. Auch wir sind nicht in die Gefängnisse hineingekommen, sondern wir haben, wie gesagt, nur an einem Prozeß teilnehmen können, der in einem Gefängnis stattgefunden hat.

Für Ministerpräsident Özal und Staatspräsident Evrem sind die Gefangenen — ich zitiere — „irregelgeleitete und vom Ausland gesteuerte Jugendliche, die wieder in die Gesellschaft integriert werden müssen“. Offensichtlich, koste es, was es wolle! Evrem kommentierte im Mai — ich zitiere noch einmal —: „Sie machen Hungerstreik, sie schicken ihren gleichgesinnten Freunden im Ausland Nachrichten, damit sie Propaganda gegen die Türkei betreiben, sie versuchen, auf die Türkei Druck auszuüben. Egal was sie auch tun, sie werden ihre Strafe verbüßen.“

Die Türkei ist nach unserer Einschätzung bis auf weiteres ein faschistisch regiertes Land! Mein subjektiver Eindruck aus den Erlebnissen in der Türkei: Der sogenannte normale türkische Bürger hat sich unter diesem Druck fatalistisch arrangiert. Er hat die Einschränkung seiner Rechte so weit verinnerlicht, daß zum Beispiel der Gehorsam gegenüber den Staatsorganen, besonders der Polizei und dem Sicherheitsdienst, schon fast als Reflex erfolgt.

(C) Wir sind mehrfach mit dem Taxi gefahren. Unsere Bewacher mußten uns dann ja irgendwie folgen. Sie hatten auch Autos, aber sie hatten Angst, uns im Verkehrsgewühl zu verlieren. Dann ist einer der Geheimpolizisten ganz kurz einmal zum Taxifahrer gegangen und hat einfach nur gesagt: langsam fahren! Das reichte völlig, um bei dem Taxifahrer sofort den Reflex auszulösen, das ist einer von der Polizei — obwohl er in Räuberzivil war —, ich muß dem gehorchen.

Wenn wir Diskussionen auf den Hauptstraßen inmitten des Fußgängergewühls hatten, und einige türkische Bürger wollten sich einmal anhören, was wir denn dort redeten, genügte eine nur knappe Handbewegung eines Zivilpolizisten, um diese Bürger zu verscheuchen. So weit ist der Gehorsam und die Angst vor Polizei- und Sicherheitsbehörden verinnerlicht.

Ich denke, daß dieser Zustand, wie alle geschichtliche Erfahrung zeigt, nicht von Dauer ist. Nach meiner Einschätzung sammelt sich wie bei einem Dampfkessel ein Überdruck an, der sich eines Tages möglicherweise in einer Explosion entladen wird.

Dies ist der Staat, mit dem westdeutsche Konzerne wie Daimler-Benz in aller Ruhe Geschäfte machen. Es ist auch der Staat, der von der Bundesrepublik als Nato-Partner Hunderte von Millionen DM Militärhilfe bekommt. Es ist der Staat, der vor kurzem mit den Stimmen seiner zwölf türkischen Vertreter wieder vollberechtigtes Mitglied in der parlamentarischen Versammlung des Europarats werden konnte.

(D) Um diese Entscheidung vorzubereiten, war Ende April auch eine Delegation des Europarats in der Türkei, gleichzeitig mit der sogenannten Hirsch-Kommission, die auch von Bremen besetzt war. Ich nehme an, Sie haben auch in der Zeitung lesen können, auf welche Weise diese Delegationen in die Irre geführt worden sind, und zwar indem man ihnen im wahrsten Sinne des Wortes Türken gebaut hat, indem man ihnen vorbereitete Gefängnisse, Gefängnistraktate und Gefangene — allerdings nur zwei — gezeigt hat, die mit den Verhältnissen in den Gefängnissen außerordentlich zufrieden gewesen sind.

Ich glaube, daß nicht einmal ein anders lautender Bericht dieser Delegation dazu geführt hätte, anders in der Versammlung des Europarats zu stimmen. Das Ergebnis war, daß 91 Parlamentarier sich für die Wiederaufnahme ausgesprochen haben, 50 waren dagegen und zehn haben sich der Stimme enthalten. Die Enthaltungen kamen vorwiegend aus den Reihen der französischen Sozialisten und der deutschen Sozialdemokraten.

Das geschah gleichzeitig, während die Menschenrechtskommission des Europarats aufgrund einer Staatenklage Frankreichs, Dänemarks, Norwegens, Schwedens und der Niederlande gegen die Türkei verhandelte. Ein Ausschuß desselben Gremiums also, das die Wiederaufnahme der Türkei beschließt, berät auf der anderen Seite eine Staatenklage. Das Ergebnis liegt meines Wissens noch nicht vor.

(A) Für die CDU/CSU und ihre Exponenten ist die ganze Entwicklung in der Türkei ein Lernprozeß — die Türken lernen —, der in der Türkei vielleicht langsamer als in anderen Ländern abläuft und in den man nicht eingreifen sollte. Besonders bei Otto von Habsburg ist dabei eine herablassende Herrenmenschentalität zu beobachten, die ich nur schwer erträglich finde: die Türkei als kulturell und zivilisatorisch nicht voll entwickeltes Land, dem man noch eine Chance geben müsse.

Meine Damen und Herren, ich denke, hier geht es um etwas ganz anderes! Hier geht es darum, wirtschaftliche Investitionen in der Türkei abzusichern und zu ermöglichen. Hier geht es um die militärische Zuverlässigkeit an der Südostflanke der Nato. Diesen Interessen ordnet sich alles andere unter.

(Präsident Dr. Klink übernimmt wieder den Vorsitz.)

Es sind die Interessen unserer Regierungen — das kann man nicht genügend betonen —, die den Zustand in der Türkei hervorgerufen haben und stabilisieren. Darum können wir uns auch nicht aus der Verantwortung für die Menschen stellen, die unter diesen Verhältnissen leiden, ganz besonders dann nicht, das möchte ich hinzufügen, wenn unsere Regierung gerade dabei ist, türkische Mitbürger aus Deutschland in dieses Land zurückzuführen.

(B) Herr Neumann, darum haben auch wir — Sie haben letztes Mal gesagt, was soll das hier im Parlament — hier und überall, wo wir es können, in diesem Parlament, in den Bundesländern, auf allen Ebenen ein offenes Wort zu sagen, damit der Protest insgesamt in der Türkei unüberhörbar wird. — Danke schön!

(Beifall bei den GRUNEN und bei der SPD)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort Herr Bürgermeister Koschnick.

**Bürgermeister Koschnick, Präsident des Senats und Senator für kirchliche Angelegenheiten:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Gerade heute erreicht mich ein Schreiben des Herrn Bundesaußenministers, in dem er mir mitteilt, daß er sich für mein Schreiben vom 6. April bedanke. Ich habe ihm in diesem Brief von dem Beschluß der Bremischen Bürgerschaft und von dem Inhalt der Überlegungen, die hier im Parlament angestellt worden sind, Kenntnis gegeben. Er schreibt:

„Das Auswärtige Amt und unsere Auslandsvertretung in der Türkei sind gern bereit, die Unabhängige Kommission bei der Erfüllung ihres Auftrags zu unterstützen.“ Er verweist dann auf die beiden Delegationen, die in der Türkei gewesen sind. An der einen Delegation haben Herr Willers und Herr Ohm, an der anderen Delegation Herr Dr. Zenker und Herr Bernhard Schulz teilgenommen.

Der Bundesaußenminister verweist im übrigen auf seine Ausführungen im Deutschen Bundestag vom

30. März, in denen er deutlich machte, daß es die Aufgabe der deutschen Bundesregierung, aber auch des Deutschen Bundestages sei, mit den Mitgliedern des neu gewählten türkischen Parlaments einen geeigneten Weg zu finden, die demokratischen Kräfte in der Türkei bei der Überwindung der Relikte des Militärregimes zu unterstützen, und daß es die besondere Aufgabe sei, um nicht einäugig zu sein, gerade in Partnerländern des Europarats und der Nato mit besonderem Nachdruck auf die Einhaltung der Menschenrechte mit einem Mindestmaß rechtsstaatlicher Positionen hinzuwirken.

Der Europarat hat nun mit den Stimmen, die Herr Willers angegeben hat, die Wiederaufnahme der Abgeordneten der Türkei in den Europarat beschlossen. Er hat es aber nicht ohne Konsequenzen getan. Mir liegt der Beschluß des Europarats, Entschließung 822, betreffend die Lage in der Türkei vor. Hier hat der Europarat im Zusammenhang mit der Wiederanerkennung der Abgeordnetenmandate — und nur um die ging es! — folgendes gesagt:

„Die Versammlung fordert die türkischen Behörden dringend auf,

a) die demokratische Normalisierung der Lage des Landes fortzusetzen und dabei den Erfordernissen der Satzung des Europarats und der europäischen Menschenrechtskonvention vor allem durch folgende Maßnahmen Rechnung zu tragen:

Erstens: Abschaffung des Kriegsrechts im ganzen Land, was die volle Wiederherstellung der vollen Gerichtsbarkeit der Zivilgerichte und die Abschaffung derjenigen Bestimmungen impliziert, die die Polizeibehörden ermächtigen, eine Person 45 Tage — ohne Kontakt zu ihrer Familie oder ihrem Rechtsanwalt — in Untersuchungshaft zu halten.

Zweitens: zum frühestmöglichen Zeitpunkt: Abschaffung der Maßnahmen, die gemäß Artikel 15 der europäischen Menschenrechtskonvention in Ausnahmefällen angewandt werden können, denn solche Maßnahmen sind nur 'in dem Umfang, den die Lage unbedingt erfordert', zulässig.

Drittens: Eine Amnestie für alle diejenigen, die aufgrund ihrer politischen Überzeugung verfolgt werden oder inhaftiert sind.

Viertens: Volle Bekräftigung des politischen Pluralismus, der gewerkschaftlichen Freiheiten, der Parteienfreiheit, aller Minderheitsrechte, der Vereinigungsfreiheit, der Pressefreiheit und der Erziehungsfreiheit, um die Meinungsfreiheit der Bürger im Rahmen einer demokratischen Gesellschaft sicherzustellen.

b) sich um die Achtung der Menschenrechte zu bemühen, erstens durch die entschiedene Bekämpfung aller Fälle von Folter und unmenschlicher oder entwürdigender Behandlung, zweitens durch die Verbesserung der Haftbedingungen, drittens durch gründliche Überprüfung aller Behauptungen über angebliche Folter und Mißhandlung, viertens durch die Sicherstellung des Rechtes jeder Person auf rechtliches Gehör innerhalb einer angemessenen Frist, fünftens durch Sicherstellung der Achtung der

- (A) Rechte der Verteidigung und sechstens durch Einstellung des Unrechts, das den politischen Flüchtlingen in verschiedener Hinsicht zugefügt wird, wie etwa Aufhebung ihrer Staatsangehörigkeit, Konfiszierung ihres Vermögens in der Türkei und verweigte Paßausstellung an Familienmitglieder, um eine Familienzusammenführung zu verhindern."

Man kann nun unterschiedlicher Meinung sein, ob der Europarat klug beraten war, jetzt schon, im Zustand der beginnenden Demokratisierung, die volle Anerkennung der Abgeordnetenrechte wieder zu akzeptieren. Dies hat ein Gremium entschieden, in dem Abgeordnete aus den verschiedenen westeuropäischen Ländern zusammen waren. Ganz sicher ist es aber, daß der Europarat sehr wohl gesehen hat, daß in der Türkei, wenn überhaupt, lediglich erste Schritte zur Wiederherstellung demokratischer und rechtsstaatlicher Verhältnisse unternommen worden sind und daß die Fragen der Menschenrechtsverletzung bis heute nicht bereinigt sind.

Dabei geht es nicht nur um die Fragen bisheriger Juntapolitik, sondern auch um Fragen der jetzigen Durchsetzung der militärpolizeilichen Rechte oder der militärpolizeilichen Gewalt in der Türkei.

Es ist nicht meine Aufgabe, diese Vorgänge zu qualifizieren. Meine Aufgabe ist es, deutlich zu machen, daß wir in Bremen, wo immer wir politisch auftreten, wo immer wir auch in anderen Fragen angesprochen worden sind, in besonderer Weise darauf hinzuweisen haben, daß alle unsere Agitationen gegen die Verletzung von Menschenrechten in der Welt, sei es in Afghanistan, sei es in Mittelamerika, sei es in Afrika, unglaublich werden, wenn wir nicht bereit sind, im Bereich der Europäischen Gemeinschaft, im Bereich des Europarats und der Nato von unseren Partnern und Verbündeten mindestens das Recht zu fordern, von dem wir von anderen erwarten, daß sie es beachten.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Die Diskussion um die Entwicklung in der Türkei wird fortgesetzt werden. Ich meine allerdings, daß folgendes dabei auch bedacht werden muß: Es hat keinen Sinn, diejenigen heute an den Pranger zu stellen, die sich jetzt unter Schwierigkeiten bemühen, in der Kommunalpolitik und der Landespolitik neue Formen von demokratischer Entwicklung möglich zu machen. Es kommt darauf an, in einer gemeinsamen Aktion aller Demokraten — und alle Fraktionen des Bundestages haben ja dem Herrn Bundesaußenminister Beifall gespendet — dafür zu sorgen, daß schneller als es bisher scheint, die Chancen bestehen, wirklich rechtsstaatliche und dann demokratische Verhältnisse in der Türkei einzuleiten.

Ich sage bewußt erst rechtsstaatliche Verhältnisse, denn die Menschenwürde ist das erste, um was es hier geht. Der zweite Punkt muß dann die verfassungsrechtliche Entwicklung in Richtung auf den demokratischen Staat sein, wie wir ihn uns in Westeuropa vorstellen.

Von daher verstehe ich die Sorgen, die hier in diesem Parlament schon im April und jetzt erneut geäußert worden sind, und sage — auch in all den Fragen, zu denen ich angesprochen worden bin, und ich habe ja Gelegenheit, mit verschiedenen Vertretern aus der Türkei zu sprechen —, ich werde die Gespräche nutzen, dort wie auch in anderen Fällen, wie etwa im Verhältnis zu Südafrika, wie etwa in Zentralamerika, wie etwa auch dazu, den Vertretern des Ostblocks deutlich zu machen, wie die Position der, wie ich meine, großen Mehrheit der Bremer ist.

Dies ist keine Frage einer Partei allein, sondern es ist die Frage, ob wir selbst es aus unserer Geschichte heraus ernst meinen, für Menschenrechte und für rechtsstaatliche Prinzipien einzutreten. Alle diejenigen, die mit uns für Europa zusammenarbeiten wollen, sollten wissen, daß das eine gemeinsame Aufgabe ist.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ich sage das nicht mit erhobenem Zeigefinger, denn unsere eigene Geschichte spricht dagegen. Aus der Geschichte aber die richtige Lehre zu ziehen und gemeinsam zu handeln, das sollten wir. Insofern verstehe ich den Antrag als einen Appell in die Richtung: Laßt uns gemeinsam handeln.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Teiser. (D)

**Abg. Teiser (CDU):** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die CDU-Bürgerschaftsfraktion wird diesen Antrag ablehnen, meine Damen und Herren. Diese Ablehnung bedeutet jedoch nicht, und das müssen Sie uns abnehmen, daß die CDU-Fraktion wie auch die CDU insgesamt Folterungen in türkischen Gefängnissen bestreitet. Diese Verstöße gegen die Menschenrechte werden wie alle Verstöße gegen die Menschenrechte von der CDU scharf verurteilt, verurteilt wahrscheinlich mit größerer innerer Überzeugung

(Abg. Frau Bernbacher [GRÜNE]: Als wir!)

als Sie — und da spreche ich insbesondere Sie, die GRÜNEN, an — dies mit Ihrem, ich sage das einmal so, Schauantrag ausdrücken können,

(Abg. Frau Bernbacher [GRÜNE]: Das ist eine Unverschämtheit!)

denn Sie, insbesondere Sie,

(Abg. Gerhard Fischer [SPD]: Mehr fällt Ihnen dazu nicht ein?)

müssen sich die Frage gefallen lassen, was Sie mit diesem Antrag eigentlich erreichen wollen. Wenn

(A) Sie uns ernsthaft klarmachen wollen, daß Sie mit diesem Antrag die Verhältnisse in der Türkei verbessern wollen, dann müssen Sie vielleicht über die Beantwortung Ihrer eigenen Frage noch einmal nachdenken!

Meine Damen und Herren, Sie fordern durch diesen Antrag die politische Isolation der Türkei und gefährden damit die Bemühungen der Türken und der europäischen Länder, weiter an einer Verbesserung der Verhältnisse in der Türkei zu arbeiten.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ich darf hier eine kurze Zwischenbemerkung machen! Ich bedauere, daß die sozialdemokratische Fraktion diesen Antrag der GRÜNEN fast identisch übernommen hat.

(Abg. Neumann [CDU]: Das ist doch eine allgemeine Entwicklung in Deutschland!)

Wir wären sicherlich mit der SPD auch auf einen gemeinsamen Nenner in der Verurteilung der Verletzung von Menschenrechten gekommen. Nur, meine Damen und Herren, Sie haben sich hier vielleicht — ich unterstelle das sogar — von der Fraktion der GRÜNEN etwas hinter das Licht führen lassen,

(Abg. Wedemeier [SPD]: Für so eine Bemerkung sind Sie noch ein bißchen grün hinter den Ohren! — Zurufe von der SPD)

(B) denn der eigentliche Hintergrund —. Wissen Sie,

(Abg. Wedemeier [SPD]: Daß du den da hinschickst! — Glocke)

das sollten nicht gerade Sie unbedingt sagen, denn so alt, daß Sie der Weisheit Krönung sind, sind Sie auch noch nicht!

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, der Kollege Willers hat vorhin hier einige Dinge ganz leicht angedeutet und damit die Ziele zu erkennen gegeben, die zumindest die GRÜNEN mit diesem Antrag eigentlich verfolgen. Sie wollen doch unter anderem — und das sollten Sie dann wenigstens hier klar bekennen oder einen entsprechenden Antrag einbringen — durch die Annahme dieses Antrags erreichen, daß jeder türkische Asylbewohner ohne Prüfung des Einzelfalls in der Bundesrepublik Asyl erhält. Meine Damen und Herren, und das können wir unter anderem nicht mitmachen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich eine ganz kurze Zwischenbemerkung zu den Folterungen in türkischen Gefängnissen machen, die ich, und das darf ich vielleicht an dieser Stelle bemerken, nur aus den Medien und aus Berichten kenne! Der einzige, der hier im Parlament scheinbar den ganz großen Einblick und die Kenntnisse hat, ist wohl der Kollege Willers. Meine Damen und Herren, wenn wir wirk-

lich ehrlich sind, und das müssen wir hier sein, sind doch die Ursachen dieser Menschenrechtsverletzungen weder in der Türkei noch in anderen Ländern dieser Region ausschließlich in der Beteiligung von Militärs an der Regierung zu suchen, auch wenn es vielleicht in manche Ideologie paßt, jedes Militär als Folterknecht darzustellen; das will ich hier nicht ausschließen.

Meine Damen und Herren, daß es für Folterungen keine Entschuldigung geben kann und wird und daß wir dafür kein Verständnis aufbringen, ich glaube, das können Sie uns wenigstens abnehmen. Wir werden Vorgänge dieser Art überall und immer verurteilen.

(Abg. Willers [GRÜNE]: In Südafrika!)

In allen Ländern, Herr Willers, in allen Ländern! Im Gegensatz zu Ihnen, Sie verurteilen das nur in ganz bestimmten Ländern!

(Beifall bei der CDU)

Denken Sie in diesem Zusammenhang nur einmal an die in orientalisches geprägten Ländern heute noch legal praktizierten Rechtsgrundsätze mit ihren grausamen Folgen! Auch darüber können Sie vieles lesen, ohne daß das angeprangert wird. Auch das sind Menschenrechtsverletzungen, auch dagegen haben Sie sich zu wenden! Und auch die Vollstreckung von Todesurteilen, meine Damen und Herren, das kann ich hier im Namen der CDU-Fraktion offen und deutlich sagen, trifft auf unsere kategorische Ablehnung. Todesurteile, für welche Tat auch immer und wo auch immer, lehnen wir ab.

(Beifall bei der CDU)

Lassen Sie mich zum Schluß noch auf etwas eingehen, was die zweite Intention, insbesondere der GRÜNEN, war! Das kommt ja praktisch bei jeder ihrer politischen Aktionen zum Tragen, der Bundesregierung einen mitzugeben. Meine Damen und Herren, es ist einfach unrichtig, wenn behauptet wird, die Bundesregierung setze sich nur halbherzig für eine weitere Demokratisierung in der Türkei ein!

(Abg. Klein [CDU]: Eine unerhörte Frechheit, so etwas!)

Die Bundesregierung — und das zeigt sich an vielen Beispielen — ist darauf bedacht, politisch angemessen, aber konsequent dazu beizutragen, der türkischen Regierung deutlich zu machen, welche Maßstäbe wir an eine Demokratie und an einen Rechtsstaat legen.

(Beifall bei der CDU)

Insofern ist die Entscheidung, die türkischen Mandate in der parlamentarischen Versammlung des Europarats wieder anzuerkennen, vielleicht nicht über-

(C)

(D)

(A) schwänglich zu begrüßen, zumindest doch nicht abzulehnen.

Lassen Sie mich als letzte Bemerkung in Richtung Fraktion der GRÜNEN noch folgendes sagen, und das zeigt sich in vielen Gebieten, auf denen Sie „Politik machen“: Wenn Sie immer nur nach der Devise handeln, „alles sofort“ oder „gar nichts“, dann, das sage ich Ihnen heute und von hier oben, wird das Ergebnis in der Regel „gar nichts“ heißen!

(Abg. Willers [GRÜNE]: Das sagen Sie einmal denen, die übermorgen gehenkt werden!)

Und weil wir das nicht unterstützen, lehnen wir diesen Antrag ab! — Danke schön!

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Dr. Klink:** Meine Damen und Herren, das war die Erstrede des Abgeordneten Teiser. Es war gleich eine streitbare.

(Abg. Willers [GRÜNE]: Die hätte er einmal lieber nicht gehalten!)

Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Wedemeier.

(B) Abg. **Wedemeier** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Teiser, es war Ihre erste Rede, ich weiß noch nicht, ob ich Ihnen böse sein soll oder nicht. Man muß es eigentlich vom Inhalt der Rede her sein, aber ich glaube, daß es mehr ein Problem Ihrer Fraktionsführung ist, was hier eben passiert ist, als Ihr Problem.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ich kann Ihnen sagen, daß wir, wenn Sie diesen Antrag gestellt hätten, weil Sie uns auch mit angreifen, ihn auch unterschrieben hätten, wenn er von Ihnen gekommen wäre. Wir haben keinen eigenen Antrag eingebracht, aber wir sind der Meinung, daß, wenn die Fraktion der GRÜNEN einen Antrag zu diesem Thema einbringt und wir mit ihnen die Meinung, die darin zum Ausdruck kommt, teilen, dann ist es parlamentarisch auch selbstverständlich, den Antrag mit zu unterschreiben. Das machen wir mit anderen Anträgen von Ihnen auch. Das ist selbstverständlich. Ich verstehe Ihre Antragstaktiererei nicht. Sie wollen sich hier um eine klare Meinungsäußerung drücken, das ist das Problem.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Das mit dem Wort Schauantrag zu titulieren bei den ernstesten Ausführungen, die nicht polemisch waren, die Herr Willers hier vorgetragen hat, dazu Schauantrag zu sagen, finde ich unerhört!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

(C) Wir verurteilen Gewalt in allen Ländern, das ist völlig klar. Das kann aber jeder sagen. Die Frage ist, ob ich dazu konkret stehe oder ob ich nur über die Sowjetunion rede, das ist unser gemeinsamer Antrag. Gerade weil wir gegen Gewalt in allen Ländern sind, haben wir die Pflicht, gerade bei unseren Freunden mehr als deutlich darauf hinzuweisen, daß Gewalt zu unterbleiben hat.

Die Türkei und Deutschland verbindet eine lange Freundschaft, und da ist es schon Pflicht, wenn wir die Türkei aufnehmen wollen, daß wir gerade sie daran erinnern, was wir unter Demokratie verstehen, was wir von ihnen erwarten, daß da auch Druck ausgeübt wird. Gegenüber Freunden können Sie eher Druck ausüben als gegenüber Gegnern.

Es ist nicht so, daß wir Gewalt in anderen Ländern etwa auch noch verherrlichen oder entschuldigen wollen. Sie haben hier Saudi-Arabien angeführt. Haben Sie schon einen hier im Hause gesehen, der das verteidigt hat, was da passiert ist? Ich habe auch noch keinen Antrag von Ihnen gesehen, der das verurteilt. Auch das verurteilen wir.

Aber hier reden wir konkret über eine Abstimmung im Europarat, hier geht es um die Türkei, darüber ist im Europarat abgestimmt worden. Deshalb wenden wir uns gegen das Ergebnis dieser Abstimmung und sind der festen Überzeugung, daß nicht genug Druck von der Bundesregierung ausgeübt wird. Man darf äußerlich — und das ist das, was im Europarat passiert ist — nach meiner Meinung nicht so tun, als seien da die Verhältnisse bereits wieder in Ordnung. Man hätte ihnen sagen müssen, wir nehmen euch wieder auf, wenn die Verhältnisse bei euch in Ordnung sind.

(D) Das hat man aber nicht getan, sondern man tut so, als ob die Verhältnisse in Ordnung sind. Sie sind etwas besser geworden, aber Sie haben der Schilderung hoffentlich zugehört, was da im Einzelfall passiert. Und da meine ich, kann man das so, wie Sie es vortragen, hier nicht sagen. Man kann sich als Fraktion auch nicht so verhalten, wie Sie meinen, daß Sie sich verhalten müssen.

Zu den Urteilen, die in der Türkei gesprochen worden sind! Es gibt politische Gefangene, es gibt rechtmäßig Verurteilte, aber auch ein rechtmäßig Verurteilter hat Anspruch auf menschliche Behandlung im Gefängnis!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Darum geht es hier. Es geht um nichts anderes, auch nicht um Polemik gegenüber der Bundesregierung. Das hat damit nichts zu tun.

Ich will Ihnen eines empfehlen, was wir Sozialdemokraten auch bei einer sozialliberalen Koalition gewagt haben: Wagen Sie auch einmal, in solchen Punkten gegenüber Ihrer eigenen Regierung in Bonn, Ihren eigenen Freunden Kreuz zu zeigen! Vielleicht ändert sich dann einiges schneller!

(Beifall bei der SPD)

(A) **Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Neumann.

Abg. **Neumann** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich will noch einmal erklären, Herr Teiser hat das schon angedeutet, warum wir diesem Antrag nicht zustimmen. Vorweg aber eine Bemerkung zu den grundsätzlichen Tendenzen, die sich in diesem Hause insbesondere seit dem Einzug der GRÜNEN abzeichnen!

Wir sind im Hinblick auf den Umfang der Tagesordnung und auf die Probleme, die es in Bremen gibt — 80 von uns sind auch Kommunalabgeordnete, die haben wichtigere Anliegen, die die Leute in Bremen betreffen, zu diskutieren und über diese zu befinden —, zunehmend in der Situation, daß wir trotz zeitlicher Beschränkung, wenn auch oft nicht vorgeschrieben, die Tagesordnung nicht mehr abwickeln können. Das ist die Lage! Das wiederholt sich von Sitzung zu Sitzung.

(Abg. **Mützelburg** [GRÜNE]: Aber nicht in der Stadtbürgerschaft!)

Diese Situation wiederholt sich insgesamt! Ich bedauere, Herr Kollege Mützelburg, daß auch Sie dazu neigen, die Stadtbürgerschaft zum Schluß ganz schnell durchzuziehen, während dort die eigentlichen Kompetenzen, die dieses Parlament hat, sind. Die Kompetenzen liegen nicht auf dem Gebiet, zu dem Sie einen Antrag eingebracht haben.

(B)

(Beifall bei der CDU)

Die Sozialdemokraten

(Abg. **Gerhard Fischer** [SPD]: Kommen Sie einmal zu dem Antrag!)

müssen sich einmal überlegen, ob weiterhin so verfahren werden kann. Das nimmt hier munter seinen Lauf. Mit der Türkei hat das jetzt speziell gar nichts zu tun.

(Abg. **Gerhard Fischer** [SPD]: Darüber reden wir jetzt! Das ist doch Ablenkung, was Sie machen!)

Ach, wissen Sie, Herr Kollege Fischer, ich will nicht dasselbe in der Qualifizierung Ihrer Reden tun, wie das gerade Herr Wedemeier mit meinem Kollegen zu unrecht getan hat. Was meinen Sie, was dabei herauskäme, zumal ich Sie ganz selten hier gehört habe!

(Abg. **Klein** [CDU]: Er hat aber einen schönen Bart!)

Das tue ich, weil jeder unterschiedliche Möglichkeiten hat und jeder auf unterschiedlichen Feldern tätig ist, wie sich das gehört.

(Zurufe von der SPD)

Sie regen sich jetzt in einer unerhörten Form auf! Der Herr Wedemeier versuchte mit einer ironischen Art, meinen Kollegen Teiser abzuqualifizieren.

(C)

(Abg. **Gerhard Fischer** [SPD]: Sie versuchen doch hier, von der Problematik dieses Antrags abzulenken! Das ist das Schlimme an dieser Sache! — Abg. **Frau Bernbacher** [GRÜNE]: Herr Neumann, es kann nicht jeder so ein Staatsschauspieler sein wie Sie! — Heiterkeit und Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

**Präsident Dr. Klink:** Fahren Sie bitte fort, Herr Abgeordneter Neumann!

Abg. **Neumann** (CDU): Verehrte Frau Kollegin, daß das so ist, erklärt sich bei manchen schon aus der Physiognomie!

Herr Fischer, auch wenn Sie es nicht hören wollen, es war die Eingangsbemerkung von meinem Kollegen Teiser, die ich voll teile, daß hier zunehmend im Landtag, in einem Bereich, in dem wir eigentlich andere Dinge zu entscheiden haben, die wir nicht entscheiden, Schauanträge, große Deklarationen, die in der Regel nichts bewirken, sondern sozusagen nur als Alibi für irgendwelche Aktionen dienen, eingebracht werden. Deswegen unterstütze ich die Aussage.

(Beifall bei der CDU)

(D)

Das setzt sich im Lauf der Tagesordnung fort, und das wird in Zukunft auch noch so weitergehen. Die Sozialdemokraten werden sich überlegen müssen, ob sie das so mitmachen.

Natürlich bin ich — das zum übernächsten Antrag — gegen das, was mit Sacharow in der UdSSR geschieht. Wir werden den Antrag unterstützen. Man kann gar nichts anderes tun. Selbstverständlich können wir über alles mögliche reden. Es stellt sich bloß die Frage: Was haben wir denn eigentlich hier zu entscheiden, welche Kompetenzen haben wir, und was ist mit den Punkten, die die Bürger vor Ort bewegen? Die kommen dabei immer zu kurz. Aus diesem Grund bezeichne ich solche Anträge als Schauanträge, die hier nicht hineingehören!

(Beifall bei der CDU)

In der Sache können wir bei diesem Antrag einem Teil zustimmen. Unsere Zustimmung betrifft den Abschnitt — das hat Herr Kollege Teiser auch gesagt —, der die eklatante Verletzung der Menschenrechte beinhaltet, Folterung und anderes. Wir unterstützen auch das, was Sie zu den Todesurteilen gesagt haben, genauso wie wir das in der ganzen Welt kritisieren, selbstverständlich auch in dem Bereich — da hat Herr Wedemeier recht —, wo wir noch bedingt Einfluß haben. Hier stimmen wir zu!

Wir stimmen bei zwei Absätzen — und das ist gesagt worden — nicht zu. Man muß sich darüber un-

(A) terhalten, ob es richtig ist, daß man die Türkei und ihre Vertreter eben mit der Begründung, daß in der Türkei Menschenrechte nicht eingehalten werden, hier und dort ausschließt, wie Sie das indirekt zum Ausdruck bringen. Sie kritisieren, daß die Abgeordnetenmandate der Türkei in der parlamentarischen Versammlung des Europarats nach einer anderen vorangegangenen Entscheidung wieder anerkannt worden sind.

Wir vertreten die Meinung, daß es viel sinnvoller ist, in den verschiedenen Institutionen gerade diese Vertreter mitwirken zu lassen, weil man nur dann, wenn man miteinander spricht, in der Regel aufeinander Einfluß nehmen kann. Das ist eine Politik gewesen, Herr Wedemeier, die insbesondere, was die Ostfrage angeht, von Willy Brandt eingeleitet worden ist.

(Abg. Klein [CDU]: Mit dem Archipel Gulag!)

Wir wollen uns nicht darüber täuschen lassen, daß die Zustände in den sogenannten sozialistischen Staaten wie der Sowjetunion und anderen in der Qualität betreffend Demokratie oder Nicht-Demokratie sich nicht entscheidend von denen in der Türkei unterscheiden.

Dennoch hätte man sagen können — es gab auch bei uns dementsprechende Positionen —, solange das nicht so ist, solange die Mauer in Ost-Berlin steht und Deutschland teilt, reden wir nicht miteinander

(B)

(Abg. Wedemeier [SPD]: Miteinander reden ist etwas anderes!)

und beteiligen uns nicht in Institutionen, wo man die Möglichkeit hat, miteinander zu reden.

(Abg. Wedemeier [SPD]: Hier geht es um die Aufnahme in den Europarat!)

Ich beziehe das jetzt generell auf die verschiedensten Institutionen, so auch auf den Europarat. Es leuchtet mir ein, daß es richtiger ist, insbesondere dann, wenn man sich noch in einem Nato-Bündnis befindet, sich mit den Vertretern dieses Landes an einen Tisch zu setzen und jede Möglichkeit zu suchen, auch in persönlichen Kontakten, darauf aufmerksam zu machen, daß wir ein solches System, daß wir die Diktatur, daß wir Verstöße gegen die Demokratie nicht teilen können, immer mit dem Ziel, dies zu ändern. Das ist unsere Position.

(Beifall bei der CDU)

Ich halte es für richtig, daß irgendwann einmal die Türkei in den Bereich der Europäischen Gemeinschaft aufgenommen wird. Ich behaupte sogar, daß die Tatsache, daß die Griechen wie auch die Portugiesen und die Spanier — die einen bereits im Vollzug, die Spanier in Aussicht, daß es vollzogen wird — die Chance hatten und haben, im Bereich der Euro-

päischen Gemeinschaft mitzuwirken, den Weg zur Demokratie in diesen Ländern in der Vergangenheit gefördert hat und daß, wenn Portugal und Griechenland sich in dieser Europäischen Gemeinschaft befinden, die demokratischen Verhältnisse, die ich dort als nicht besonders stabil bezeichne, stabilisiert werden. Das heißt, einbeziehen und mitmachen lassen bedeutet die große Chance, Einfluß zu nehmen, so daß man dort tatsächlich etwas ändern kann.

(C)

(Beifall bei der CDU)

Die Äußerung Schauantrag bezieht sich deshalb, Herr Kollege Wedemeier, nicht darauf, daß hier möglicherweise ein Antrag gestellt wird, der nicht ernst zu nehmen ist. Natürlich unterstelle ich auch den GRÜNEN, daß ihnen das genauso mißfällt wie uns. Warum denn auch nicht?

Sie von der SPD konnten im übrigen nicht anders handeln, nachdem dieser Antrag der GRÜNEN auf der Tagesordnung war. Das geht uns bei den anderen Anträgen genauso. Wir müssen dann selbst Anträge einbringen, wenn Sie ein bestimmtes Thema auf die Tagesordnung setzen, damit es nicht so aussieht, als hätten wir zu diesem Thema gar nichts zu sagen.

Aber die Äußerung Schauantrag bezog sich auf die Tatsache, daß zunehmend im Parlament in großen oder weniger großen Reden zu Themen Stellung genommen werden muß, die nichts Entscheidendes bewegen, zu Themen, die normalerweise im Deutschen Bundestag ihren Ort haben oder die auf Parteitag diskutiert werden müssen.

(D)

Die Priorität in diesem Haus besteht darin, daß wir über Landes- und Kommunalpolitik entscheiden. Wenn wir dann noch Zeit haben, kann man über andere Themen reden. Aber die Praxis ist doch, daß sich dieser Rahmen immer zuungunsten der landespolitischen Themen verschiebt. Das war mit Schauantrag gemeint.

Abschließend: Sie sollten sich überlegen, auch seitens der SPD, bei den GRÜNEN sehe ich das nach, ob eine Äußerung, Herr Bürgermeister, richtig ist, daß die neue Bundesregierung sich nur halbherzig für die Menschenrechte einsetzt. Das steht in diesem Antrag. Halbherzig! Ich behaupte, auch die alte Regierung unter Helmut Schmidt hat sich nicht halbherzig eingesetzt. Auch zu diesem Zeitpunkt gab es schon das Problem der Türkei.

(Abg. Klein [CDU]: Damals war es viel schlimmer!)

Es hat sich nicht viel gebessert, verschlechtert hat es sich aber nicht! Es steht mir überhaupt nicht an, die neue Regierung der Türkei zu bewerten. Aber in der Theorie sind zumindest schon Einsichten geweckt worden, an die wir mit dem Ziel anknüpfen müssen, mehr Menschenrechte zu verwirklichen. Das macht die Bundesregierung!

Wenn in einem Antrag steht, die deutsche Bundesregierung setze sich halbherzig für die Demokratisie-

(A) rung der Türkei ein, ist es erstens falsch und zweitens unklug, als regierende Partei dies hier so zu beschließen. Deshalb ist es auch für unsere Begriffe nicht zustimmungsfähig. — Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Willers.

Abg. Willers (GRÜNE): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich will mich ganz kurz fassen. Ich will auch nichts zu Herrn Teiser sagen. Allein die Tatsache, daß Herr Neumann hier nachbessern mußte, disqualifiziert Herrn Teiser. Die Frage ist nur, wieweit Herr Neumann Herrn Teiser verbessert oder verschlimmbessert hat.

(Abg. Beckmeyer [SPD]: Entschuldigen mußte! — Abg. Kunicck [SPD]: Warum er ihn hineingeschickt hat! Das ist die Frage!)

Das ist auch die Frage!

Mir fällt auf, und zwar nicht das erste Mal in solchen Debatten, daß Herrn Neumanns Sorge um die Abwicklung der Tagesordnung nicht bei Tagesordnungspunkten wie Verwaltungsstruktur, Steuer rückständen oder ähnlichem zum Tragen kommt und mit Sicherheit auch nicht, Herr Neumann, wenn wir morgen die Diäten vielleicht noch diskutieren,

(B)

(Abg. Klein [CDU]: Sie wollen wieder absichtlich mißverstehen!)

sondern gerade an den Punkten immer und immer wieder, bei denen es um grundsätzliche Fragen von Menschenrechten, Frieden und so weiter geht, zu denen wir sehr wohl hier Stellung zu nehmen haben.

(Abg. Klein [CDU]: Die Mehrheit der UNO-Staaten ist diktatorisch!)

Herr Neumann, das zeigt mir eben doch die mangelnde Sensibilität, Ihre und die Ihrer Partei, gegenüber solchen Fragen.

Es ist einfach nicht wahr — und da spreche ich auch noch einmal Herrn Bürgermeister Koschnick an —, daß die Verhältnisse in der Türkei trotz eines jetzt vorhandenen Parlaments und trotz einer jetzt gewählten Regierung, wenn auch nicht von allen und nicht frei gewählten Regierung, sich wesentlich gebessert haben.

Wir haben in der Türkei auch mit deutschen Beamten, die dort tätig sind, gesprochen, mit vielen, die die Lage dort viel besser kennen als wir. Es ist uns immer wieder bestätigt worden, daß die behauptete Demokratisierung in der Türkei eine Täuschung ist, daß hinter diesem Vorhang der Demokratisierung die alten Zustände weiter fortgeführt werden.

Zur Frage der Zusammenarbeit und der Einflußnahme in Gremien auf türkische Funktionsträger!

(C) Wir haben, nicht nur in der Türkei, sondern auch woanders, immer wieder mit Türken gesprochen. Wir haben nicht einen einzigen getroffen, Herr Neumann, der der Meinung gewesen wäre, daß die Aufnahme der Türkei in irgendwelche Gremien wie etwa den Europarat die Chance böte, in der Türkei wirklich die Verhältnisse zu verbessern. Im Gegenteil! Alle, die wir gesprochen haben — und das waren nicht nur Leute, von denen Sie annehmen, daß nur wir mit ihnen korrespondieren —, haben gesagt, um Gottes willen, isoliert diese Regierung von euren westlichen Institutionen, isoliert sie so lange, bis sie gezwungen wird, andere Verhältnisse einzuführen! Nur das ist der einzig mögliche Weg.

(Abg. Klein [CDU]: Das ist ein strohdummer Ansatz! Nennen Sie einmal ein geschichtliches Beispiel!)

Jawohl, es gibt in bestimmten Situationen auch nur die Möglichkeit der Isolation! Ich erinnere einmal an das Dritte Reich, Herr Klein.

(Abg. Klein [CDU]: Ja, das ist genau der Gegenbeweis!)

Was beweist denn das Gegenteil daran?

(Abg. Klein [CDU]: Das ist genau der Gegenbeweis! Der Terror ist im Dritten Reich durch die Isolation gesteigert worden!)

(D)

Ach, Herr Klein!

Herr Koschnick, ich habe noch eine Bitte an Sie! Sie haben gesagt, daß Sie viele Kontakte haben und daß Sie mit vielen türkischen Vertretern reden. Ich bitte Sie, diese Kontakte auch wirklich in dem Sinne wahrzunehmen. Wir haben in der Türkei Ihre Spuren gefunden. Wir haben zum Beispiel mit dem Vorsitzenden der „Partei des wahren Weges“ gesprochen, der Sie sehr genau kannte. Er hat früher in der Bundesrepublik als Mediziner praktiziert.

(Zurufe von der CDU)

Ich weiß nicht, ob Sie ihn kennen! Jedenfalls schien es uns so zu sein, daß Ihr Name in der Türkei durchaus Gewicht hat. Ich bitte Sie, von diesem Gewicht im Sinne dieses Antrags Gebrauch zu machen! Wenn der Antrag dann beschlossen wird, habe ich die Bitte, daß Sie jetzt dazu Stellung nehmen, wie wir mit diesem Antrag weiter verfahren wollen.

In den nächsten Tagen wird es Hinrichtungen in der Türkei geben. Deswegen würde ich vorschlagen, daß wir den Text dieses Antrags so schnell wie möglich per Fernschreiben oder wie auch immer an die Nationalversammlung der Türkei schicken, an das Auswärtige Amt und alle Gremien, von denen wir glauben, daß sie sonst noch Einfluß nehmen können.

(Glocke)

(A) **Präsident Dr. Klink:** Sind Sie bereit, eine Zwischenfrage des Abgeordneten Teiser anzunehmen?

Abg. **Willers** (GRUNE): Nein! Herr Präsident, ich bitte auch Sie, sich bei der Überlegung, was wir jetzt mit diesem Antrag direkt und schnell machen, mit einzuschalten. — Danke schön!

(Beifall bei den GRUNEN)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort Herr Bürgermeister Koschnick.

**Bürgermeister Koschnick, Präsident des Senats und Senator für kirchliche Angelegenheiten:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich mache es kurz! Ich würde gern zwei Bemerkungen abgeben.

Die geschichtliche Erfahrung — ich glaube nicht, daß das Dritte Reich ein Beispiel war, ich sehe nämlich nicht die Isolation dieses Systems —

(Abg. **D r . P a w l i k** [CDU]: Aber die Kleinen isolieren und die Großen hofieren!)

kann eine Antwort sein, muß es aber nicht. Die Frage, ob in der Abwägung des Prozesses es besser ist, mit Menschen zu sprechen, wo Ansätze auf dem Weg zur Demokratie vorhanden sind, oder nicht, wird jeder für sich entscheiden müssen. Die einen werden sagen, es reicht uns noch nicht aus, deswegen sprechen wir noch nicht mit ihnen. Die anderen werden sagen, wir suchen das Gespräch, um über das Gespräch zu besseren Bedingungen zu kommen.

(B)

Wenn wir uns nicht gegenseitig Ehrverletzung und Preisgabe von Menschenrechten unterstellen wollen, müssen wir auch die Möglichkeit haben, den jeweils besseren Weg zu finden, wie wir ihn verstehen. Ob er der bessere Weg ist, das wissen wir nicht.

Ich habe einige Schwierigkeiten bei Bemühungen, Menschen, die vor der Hinrichtung stehen, davor zu bewahren, weil es nicht immer ganz einfach ist, da in Staaten mit diesem — das darf ich einmal sagen — Unrechtsgehalt im Vollzug von Rechtsstaatlichkeit auch Vertreter des Auswärtigen Amtes nicht immer gleiche Einflüsse haben, übrigens weder jetzt noch früher hatten. Dies können wir nur versuchen, aber nicht, indem wir Schwarzer Peter spielen in der Frage des Verhältnisses zwischen Bürger, Staat und Vertretung der Bundesregierung im Ausland, sondern indem wir uns bemühen, daß jeder seine Möglichkeiten nutzt.

Nur sage ich Ihnen außerdem, Herr Willers, ich habe zu einigen politischen Kräften in der Türkei Beziehungen, wobei der größere Teil, zu dem ich diese politischen Beziehungen habe, an Wahlen nicht teilnehmen darf, da er sich zum Teil in Gefängnissen befindet. Dies ist einer der Faktoren, mit denen ich mich nicht abfinde, aber die ich eben nicht nur in der Türkei vorfinde.

Ich sage aus diesem Grund: Jede Partei und jede Gruppe mag ihren Weg suchen, Dinge zu beschleunigen,

die in Richtung auf mehr Rechtsstaatlichkeit und mehr Demokratie gehen. Aber es wäre gefährlich, wenn wir uns gegenseitig bescheinigen würden, daß wir Narren sind, nur weil wir diesen Weg gehen wollen. Ich setze darauf, daß sich jeder bemüht, seinen Teil dazu beizutragen, hier zu helfen.

(Beifall bei der SPD — Abg. **K l e i n** [CDU]: Das klingt anders als bei Herrn Wedemeier!)

**Präsident Dr. Klink:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Meine Damen und Herren, wer dem Entschließungsantrag der Fraktionen der GRUNEN und der SPD mit der Drucksachen-Nummer 11/196 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD und GRUNE)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen CDU)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Entschließungsantrag zu.

Ich werde den Entschließungsantrag dem Senat zur weiteren Veranlassung überreichen.

(D)

#### **Drohende Einstellung des Bilgenentölungssammel-dienstes auf der Weser**

Antrag der Fraktion der SPD  
vom 9. Mai 1984  
(Drucksache 11/154)

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort hat der Abgeordnete Töpfer.

Abg. **Töpfer** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! In den sechziger Jahren hat das illegale Ablassen des Bilgenöls immer wieder zu erheblichen Verschmutzungen der Flüsse geführt. Da diese Verschmutzung durch die Binnenschifffahrt auch durch verstärkte polizeiliche Überwachungsmaßnahmen nicht verhindert werden konnte und zudem die Überwachung der Gewässer sehr kostenintensiv ist, setzen die Länder zum Beispiel auf der Weser seit mehr als zehn Jahren Bilgenentölungsschiffe ein. Diese pumpen das Öl von den Binnenschiffen kostenlos ab. Für den Bereich Bremen betreibt eine hiesige Firma ein solches Bilgenentölungsboot im Auftrag des Landes Bremen.

Die Finanzierung der Bilgenentölung auf der Weser erfolgt wie folgt: 13 Prozent werden durch den Verkauf des Altöls gedeckt, 27 Prozent kommen vom Bundeswirtschaftsminister, 60 Prozent, das sind

(A) jährlich etwa 220 000 DM, werden durch die Weser-anliegerstaaten Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Bremen aufgebracht. Durch Verwaltungsvereinbarung von 1976 trägt Bremen vom Länderteil 32 Prozent. Das sind zirka 70 000 DM jährlich.

Dieses bewährte System des Gewässerschutzes ist in Gefahr. So hat der Bund angekündigt, ab 1985 seinen Anteil von 27 Prozent für die Weser nicht mehr zu zahlen. Ähnliche Ankündigungen hat er für die übrigen Binnenwasserstraßen gemacht, wo es ebenfalls derartige Entölungsschiffe und Sammeldienste gibt. Ich nenne zum Beispiel den Rhein oder auch die Elbe.

Deshalb hat die Länderarbeitsgemeinschaft Wasser den für Umweltschutz zuständigen Bundesinnenminister aufgefordert, dafür zu sorgen, daß diese gemeinsamen Bilgenentölungsdienste auch weiterhin mit dem Beitrag des Bundes sichergestellt werden. Bis auf Bayern sind nämlich alle Länder der Meinung, daß der Bund sich an der Bilgenentölung in angemessener Weise weiter beteiligen soll.

Mit unserem Antrag wollen wir dieses Anliegen politisch unterstützen. Auch der Weserbund hat sich kürzlich auf seinem Wesertag in Höxter für die Beibehaltung dieses Umweltservicesystems ausgesprochen. Dort ist sogar betont worden, daß durch die Bilgenentölung auf der Mittelweser der Eintrag so weit zurückgegangen ist, daß derartige Öle im Wasser kaum noch nachgewiesen werden können. Jedenfalls haben dies die Fachleute des Weserbundes dort vorgetragen. Diese Aussage belegt noch einmal, wie wichtig dieser Dienst zur Vermeidung der Gewässerbelastung ist.

Dies ist ein Erfolg sozialdemokratischer Umweltpolitik, das möchte ich hier einmal betonen, der nicht gefährdet werden darf, denn das Zustandekommen ist allein auf die Initiative der SPD-regierten Länder und des SPD-regierten Bundes zurückzuführen. Immerhin muß man wissen, daß allein auf der Weser in den letzten Jahren 4 000 Tonnen Alt- und Bilgenöle kostenlos abgegeben worden sind. Nicht auszusprechen wäre, wenn wegen des Rückzuges des Bundes ein erneutes rapides Ansteigen der Ölverschmutzung der Gewässer die Folge wäre. Gewässerschäden sind das dann, die nicht wiedergutmachen sind. Das wollen wir verhindern, deshalb unser Antrag!

Inzwischen haben wir aus einem Schriftwechsel zwischen dem Vorsitzenden der Länderarbeitsgemeinschaft Wasser, Herrn Glup, und dem Bundesinnenministerium erfahren, daß der Bund wohl doch noch 1985 seinen Anteil zahlen will, diesen aber ab 1986 endgültig einstellen will.

Unsere Haltung ist klar: Wir wollen an diesem für die Umwelt mit gutem Erfolg betriebenen System für die Zukunft festhalten. Deshalb ist unser Antrag auch so zu verstehen, daß er sich auf die Zeit über 1985 hinaus bezieht. Wir erwarten, daß der Bund zu-

künftig weiter seinen Anteil zahlen wird. — Vielen Dank! (C)

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Gassdorf.

Abg. **Gassdorf** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Bevor ich auf den Antrag der Sozialdemokraten eingehe, ein persönliches Wort an den Kollegen Töpfer! Sie erinnern sich sicherlich mit mir, daß vor einigen Monaten in diesem Hause anläßlich einer Verkehrsdebatte der Hafensenator hier sagte, ihm sei ein bayerischer Verkehrsminister lieber als ein Hamburger Staatssekretär, konkret: Dr. Dollinger, CSU, Bayern, Verkehr; Staatssekretär aus Hamburg war Ruhnau, SPD.

Angesichts dieser Sympathiebekundung in Richtung Bayern frage ich mich heute eigentlich schon den ganzen Tag, ob es sein könnte, daß Sie möglicherweise so etwas wie eine Taschenausgabe des doch sehr erfolgreichen und aktiven Innenministers Dr. Zimmermann sein möchten oder werden möchten. Ich bin der Meinung, eine Schande wäre das nicht, und Sie könnten das auch ruhig zugeben und es dem Hause hier mitteilen. Ich verspreche Ihnen, wenn Sie es nicht wollen, nachdem Sie es zugegeben haben, werden wir das Wortprotokoll auch nicht an Dr. Zimmermann weiterleiten, damit Sie keinen Schaden erleiden! (D)

Es fällt auf, daß es, seitdem die neue Bundesregierung im Amt ist, in diesem Haus förmlich Initiativen des Umweltschützers Töpfer hagelt. Es hagelt nur so Initiativen! Nun ist das an sich nichts Schlechtes, ich erinnere mich allerdings in diesem Zusammenhang, Kollege Töpfer, immer ein bißchen an den Wettlauf zwischen Hase und Igel. Wissen Sie warum? Immer wenn der Kollege Töpfer mit einer Initiative aufhört läßt, höre ich den Dr. Zimmermann rufen, ich war schon da, das ist schon im Vollzug!

(Beifall bei der CDU)

Denken Sie einmal darüber nach, was Sie heute an Beiträgen zum Umweltschutz geliefert haben, daß Sie immer gesagt haben, Erfolge seien der SPD zu verdanken! Da ist für die CDU überhaupt nichts übriggeblieben. Das ist zwar normal, aber es stimmt nur nicht.

Ich möchte jetzt wörtlich noch einmal den Antrag der Sozialdemokraten vorlesen. Er lautet: „Drohende Einstellung des Bilgenentölungssammeldienstes auf der Weser! Die Bürgerschaft (Landtag) unterstützt die Bemühungen der Länderarbeitsgemeinschaft Wasser, die Bundesregierung dazu zu bewegen, sich ab 1985 weiter wie bisher an der Finanzierung des Bilgenentölungssammeldienstes auf den deutschen Binnenschiffahrtsstraßen zu beteiligen.“

Bevor ich nun in wenigen Sätzen die Position der CDU darstelle, möchte ich kurz aufklären, was eine

(A) Bilge ist. Alle, die das schon wissen, sollten weghören und mich nicht kritisieren, aber es gibt Abgeordnete, die wissen es nicht, denen geht es dann so wie mir bei Bildung, KSK oder KSM oder wie das immer heißt.

Also, Bilge kommt jedenfalls aus dem englischen. Es ist ein Seemannsbegriff und bezeichnet den Kielraum eines Schiffes, in dem sich Leckwasser und Ölrreste sammeln. So steht es im Duden, also kann jeder nachsehen, damit es nicht heißt, ich habe die Unwahrheit gesagt. Das ist es! Von daher heißt es auch nicht „Bilge“, sondern „Bilje“. Da ich das gut aussprechen kann, darf ich heute den Antrag begründen.

Noch eine kurze Bemerkung, Kollege Töpfer, weil mir einiges an Ihrer Begründung nicht gefallen hat!

(Abg. Beckmeyer [SPD]: Bilgen-Gassdorf!)

Ja, da muß man erst einmal hinein können, Kollege Beckmeyer, in die Bilge! Aber Bilgen-Beckmeyer, das wird wohl nicht gehen! Wäre auch nichts!

(Abg. Beckmeyer [SPD]: Da irren Sie sich! Was meinen Sie, wie beweglich ich bin!)

Ich muß an dieser Stelle aus Gründen der Vollständigkeit des Protokolls leider noch kurz auf CDU-Initiativen hinweisen, denn leider haben Wortprotokolle es an sich, daß sie hinterher immer nur das wiedergeben, was man gesagt hat. Ich kann es Ihnen daher nicht ersparen, aus Gründen der Vollständigkeit auf drei Initiativen hinzuweisen. Erstens, Fragestunde Landtag vom 12. 11. 1980, Abgeordneter Gassdorf, CDU: „Verminderung der Belastung des Weserwassers mit ölhaltigen Rückständen“, damals ging es um den kostenlosen Entölerdienst auf der Elbe und auf der Weser.

(B) Zweitens, Hafendeputation vom 25. 3. 1982, Bilgenentölungsboot, die Frage von Herrn Gassdorf über die Verhältnisse auf dem Rhein werde er, Hafenkaptän Stender, bis zur nächsten Sitzung klären. Drittens sind die Verhältnisse auf dem Rhein in der HSV-Sitzung am 6. Mai 1982 erklärt worden.

Ich muß nun ergänzen, Kollege Töpfer, was Sie in Ihrem Beitrag einfach weggelassen haben. Sie fordern den Bund auf, etwas zu tun, vergessen dabei aber die ganz wichtigen und allein beeinflussenden Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts. Das ist ja wohl Grundlage Ihres Antrags und Grundlage der Initiative der Länderarbeitsgemeinschaft Wasser.

Das Bundesverfassungsgericht hat am 13. 10. 1962 zunächst die Zuständigkeit der Länder für die wasserwirtschaftlichen Aufgaben auch auf den Bundeswasserstraßen bestätigt. Daraufhin wurde, ausgehend von Nordrhein-Westfalen und dem Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, am 9. 2. 1965 die Gründung des Bilgenentölungsverbandes betrieben. Sachgleiche Vorgänge gab es dann auf der Weser und auf der Elbe. Das war der Vorläufer.

(C) Nun kommt ein zweites Mal das Bundesverfassungsgericht aufs Tableau, es hat nämlich später entschieden, daß Unterstützungen aus dem Altölpfennig nur demjenigen zustehen, der in diesen Fonds auch einzahlt. Die Binnenschifffahrt zahlt aber aufgrund ihrer Befreiung von der Mineralölsteuer nicht in den Fonds ein. Daraufhin war das Bundeswirtschaftsministerium gezwungen, über 1982 hinaus keine Zahlungen des Bundesamtes für gewerbliche Wirtschaft mehr zu leisten.

Bei dieser Darstellung, glaube ich, bekommt die ganze Angelegenheit eine andere Dimension. Hätte man nur Ihre Begründung gehört, Kollege Töpfer, dann müßte man in der Tat zu dem Eindruck kommen, es ist einmal wieder die böse Bundesregierung. Die ist es hier gar nicht, sondern es liegen Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts vor, die dies so nicht mehr zulassen.

Das war die Entwicklung bisher, und nun galt es, in Bonn und in Zusammenarbeit mit den Ländern nach Lösungen zu suchen, wie man diesen Dienst weiterhin anbieten kann. Damit sind wir nun schon beim SPD-Antrag. Darin steht doch erstens: „Drohende Einstellung des Bilgenentölungssammeldienstes auf der Weser“.

Ich möchte Ihnen zunächst sagen, an sich droht da überhaupt nichts. Drohen würde nur die Einstellung der kostenlosen Entölung, aber wenn zum Beispiel Bremen bereit wäre, den Kostenanteil des Bundes zu übernehmen, drohte da gar nichts, es ginge weiter wie bisher.

(D) Wir haben Verständnis dafür, daß dieser Service weiterhin nach Möglichkeit kostenlos vorgehalten werden sollte, aber die Drohung kommt nicht vom Bund, sondern die drohende Einstellung ergibt sich daraus, daß der Bund sich nicht mehr beteiligen darf aufgrund einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts. Das ist doch eine völlig andere Lage. Angesichts dieser Rechtslage müssen wir überlegen, was denn eigentlich zu tun ist.

Sie sagen nun zweitens, Kollege Töpfer, in dem SPD-Antrag: „Die Bürgerschaft (Landtag) unterstützt die Bemühungen der Länderarbeitsgemeinschaft Wasser, die Bundesregierung dazu zu bewegen“. Ich habe hier, ehrlich gesagt, ein bißchen Schwierigkeiten, ich will nicht sagen, daß mir das richtig peinlich ist, aber wenn Sie selbst einräumen, daß bis auf Bayern, und zwar aus anderen Gründen, auf die ich jetzt nicht eingehen will, alle Bundesländer einstimmig der Meinung sind, den Entölerdienst zukünftig neu zu regeln, dann müssen wir uns als das „mächtige Bundesland Bremen“ hier hinstellen und dem Senat, dem die Sozialdemokraten offensichtlich nichts zutrauen, den Rücken stärken, er solle sich dafür einsetzen, daß nun endlich etwas geschieht!

Ich warte nur darauf, Kollege Töpfer, wenn das Schule macht, daß wir demnächst zu sämtlichen Initiativen, die der Senat im Bundesrat einbringt, hier noch eine Entschließung verabschieden mit dem Inhalt: Dieses Landesparlament ist gemeinsam der Meinung, daß der Senat sich im Bundesrat dafür stark

(A) machen soll. Ich meine, wir sollten uns auch nicht übernehmen!

Herr Kollege Töpfer, dies ist doch ein Selbstläufer! Der läuft doch so schnell, daß wir kaum noch hinterherkommen. Warum müssen wir uns mit diesem Thema befassen, wenn wir weder in der Sache noch in der Zielrichtung den Hauch eines Schimmers eines Ansatzes kontrovers sind? Wenn Sie verstehen, was ich meine! Wir sind es doch gar nicht!

Eine vorletzte Bemerkung! Der Vorsitzende dieser Länderarbeitsgemeinschaft — —.

(Abg. T ö p f e r [SPD]: Zur Zeit Herr Glup, CDU!)

Ja, Sie kennen den schon auswendig! Offenbar reizt er Sie mehr als mich, denn ich muß noch nachlesen, wie er mit vollem Namen heißt! Also, der Vorsitzende der Länderarbeitsgemeinschaft Wasser, Gerhard Glup, niedersächsischer Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, CDU, Herr Beckmeyer,

(Abg. B e c k m e y e r [SPD]: Klammer zu!)

engagiert sich mit dem Votum aller Länder in Richtung Bonn und hat dem Herrn Bundesminister des Innern am 29. 2. 1984 — am 29. geht das im Februar übrigens nur alle vier Jahre, in diesem Jahr ging das, weil es ein Schaltjahr war — unter anderem geschrieben:

(B) „Daher bitte ich Sie als federführenden Bundesminister im Bereich des Umweltschutzes, dafür Sorge zu tragen, daß der Finanzierungsanteil des Bundes gegebenenfalls durch Zwischenleistungen auch nach dem 31. 12. 1984 gewährleistet ist. Lösungswege sollten angesichts der Dringlichkeit kurzfristig erörtert werden“. Ende des Zitats und Ende des Schreibens des Vorsitzenden, des niedersächsischen Ministers Glup, CDU, an den Bundesinnenminister, CSU!

Von daher sind wir im Lot, denn darauf hat der Bundesinnenminister Dr. Zimmermann geantwortet und hat signalisiert, daß es Möglichkeiten gibt, zu einer neuen Lösung zu kommen, daß er im Rahmen seiner Möglichkeiten nach Lösungen sucht, zunächst über den 1. Januar 1985 hinaus zu einer Zwischenfinanzierung zu kommen. Er sagt in dem Brief vom 3. April 1984 an den Vorsitzenden der Länderarbeitsgemeinschaft Wasser — ich zitiere —:

„Mit dem Inkrafttreten der hierzu notwendigen Bestimmungen — Änderung des Paragraphen 8 des Altölgesetzes — im Rahmen der vierten Novelle zum Abfallbeseitigungsgesetz und Erlaß einer auf dem Altölgesetz basierenden Rechtsverordnung durch den BNV ist allerdings nicht vor Ende des Jahres 1985 zu rechnen.“

Von daher, Kollege Töpfer, ist also aus Sicht der Bundesregierung signalisiert worden, daß man vor dem Hintergrund der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts nach einer anderen Lösung sucht, diese aber aufgrund der Rechtslage erst frühestens Ende des Jahres 1985 wird erreichen können, so daß

von daher ich den Kollegen in der SPD-Fraktion vorschlagen möchte, ihren Antrag doch um einen Halbsatz zu ergänzen. Der Antrag endet — ich zitiere diesen Teil —: „auf den deutschen Binnenschiffahrtsstraßen zu beteiligen“. Dann würde ich ein Komma setzen und fortfahren: „bis die Abgabepflicht der Binnenschiffahrt durch ein Bundesgesetz geregelt ist“. So lange muß das sichergestellt sein.

Ob es überhaupt zu einer Regelung für die Binnenschiffahrt im Wege eines Gesetzes kommt, ist eine ganz andere Frage. Darüber ist noch nicht das letzte Wort gesprochen. Da gibt es auch essentielle bremische Interessen. Wir können zum Beispiel als Hafengstadt uns nicht einfach die Kunden vergraulen.

Ich möchte aber nur deutlich machen, dies wäre durch die Ergänzung dieses Halbsatzes eine Vorgabe an den Bund, so lange seinen Kostenanteil zu leisten, bis, wie gesagt, die Abgabepflicht der Binnenschiffahrt durch ein Bundesgesetz geregelt ist, denn genau darauf zielt die Initiative des Bundesinnenministers.

Ich wiederhole noch einmal: Auch in dem Punkt gibt es zwischen Sozialdemokraten und christlichen Demokraten keine Kontroverse. Uns als Hafenpolitiker kann es nicht egal sein, daß wir diejenigen sind, die die Binnenschiffahrt vor den Kopf stoßen. Ob es überhaupt zu einem Gesetz kommt, ist eine andere Frage, die gemeinsam mit den anderen Bundesländern und der Binnenschiffahrt geregelt werden muß.

Das wäre eine klare Vorgabe in Richtung Bonn. So möchten wir es als Zwischenlösung geregelt haben, und dann sehen wir weiter. Inzwischen können sich die Binnenschiffer zu Wort melden und sich dazu äußern.

Wir stimmen dem Antrag zu und würden uns freuen, wenn die SPD diese Ergänzung übernehme. Wenn es absolut nicht geht, würden wir den Antrag auch so annehmen, wie er dem Hause vorliegt. Aber mit unserer Ergänzung wäre der Antrag deutlicher.

(Abg. T ö p f e r [SPD]: Wir übernehmen das, Herr Gassdorf!)

Ich darf dem Herrn Präsidenten die Änderung überreichen und danke Ihnen fürs Zuhören!

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Dr. Klink:** Meine Damen und Herren, die vorgelegte Änderung ist vom Antragsteller übernommen worden.

Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Wierk.

Abg. **Wierk** (GRÜNE): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Gassdorf und Herr Töpfer, Sie müssen entschuldigen, daß ich in dieses harmonische Bild doch noch etwas Trennendes bringe!

(Abg. K l e i n [CDU]: Wollen Sie zündeln?)

Ja, ganz wahnsinnig viel Temperament kommt jetzt von mir, Herr Klein, Sie kennen mich ja!

(C)

(D)

(A) Herr Töpfer, die Darstellung, die Herr Gassdorf eben gegeben hat von den Anstrengungen des Ministers Zimmermann, sind eigentlich in der Intention völlig diametral zu dem, was Sie in Ihrem Antrag dargestellt haben. Ich möchte einmal versuchen, das zu begründen!

Mir ist aufgefallen, daß Herr Gassdorf in seiner Darstellung ein Dokument nicht erwähnt hat, das diesem Briefwechsel mit angeheftet ist, nämlich das Schreiben, das der Wasserverband zum Schutze des Rheins und seiner Nebenflüsse vor Verunreinigung durch Bilgenwasser und Mineralöle der Schiffe, kurz Bilgenentwässerungsverband genannt, an den Bundesinnenminister gerichtet hat. Ich hoffe, daß Sie dieses Schreiben auch erhalten haben.

(Abg. G a s s d o r f [CDU]: Nein, ich nehme an, das haben nur die GRÜNEN bekommen, aus guten Gründen, sonst hätten sie ja jetzt nichts!)

Wir haben es, soviel ich weiß, alle vom Senator für Umweltschutz bekommen. Vielleicht ist es gut, wenn ich daraus einmal zitiere. Es heißt dort, daß „jegliche Form einer Abgabenslösung, daß heißt einer auf Bundesgesetz beruhenden Lösung, die das Verursacherprinzip beinhaltet, fundamental abgelehnt wird“.

Dieser Bilgenentwässerungsverband betreibt auf dem Rhein seit 20 Jahren Umweltschutz, speziell in dieser Aufgabe. Die Argumentation ist eigentlich ziemlich deutlich. Ich möchte einmal zwei Punkte daraus verlesen.

(B) Der Status quo bei den Maßnahmen gegenüber der Ölverschmutzung ist ein Nulltarif für die Leute, die ihren Dreck loswerden wollen. Dieser Nulltarif führt dazu, daß wir es hier nicht mit einem Verursacherprinzip zu tun haben, sondern man könnte sagen, dies sei ein Vorsorgeprinzip. Dadurch, daß kein Kapitän für den Dreck, den er loswerden will, etwas bezahlen muß, kommt er auch gar nicht bei dem engen Netz, das sich über die europäischen Rheinanrainerstaaten zieht, auf die Idee, seinen Dreck ins Wasser abzugeben.

Das heißt, dieses Prinzip des Nulltarifs ist vorbeugend. Man braucht hinterher nicht irgend etwas nachzubessern, man braucht nichts wiederherzustellen, was zerstört worden ist. Sie verstehen das.

Der Bilgenentwässerungsverband sagt dazu folgendes: „Nur die kostenlose Bilgenentölung, zu deren Finanzierung die vermittelnde Tätigkeit des Bilgenentwässerungsverbandes benötigt wurde, konnte eine fast vollständige umweltfreundliche Beseitigung des Bilgenwassers gewährleisten.“

Kollege Töpfer hat auf den gleichen Punkt abgehoben. Er hat herausgehoben, daß gerade diese kostenlose Bedienung das A und O dieser Maßnahme ist. Sobald wir versuchen, diese Maßnahmen kostenpflichtig zu machen, kommen Nachfolgekosten, und die Sicherheit dieser Maßnahmen ist nicht mehr gewährleistet. Sie können sich das sicherlich vorstellen. Es muß ein gewaltiges Kontrollsystem aufgebaut

(C) werden, es muß eine Behörde aufgebaut werden, die die Gelder verwaltet, die sie einsammelt und ähnliches. Es muß eine ständige Bereitschaft nicht nur für Ölunfälle, sondern auch für mutwillige Verschmutzungen des Wassers aufgebaut werden.

Nun ist es ja so, daß Graf Lambsdorff — und das hat Herr Gassdorf richtig festgestellt — kategorisch gesagt hat, ab 1985 zahlen wir vom Bund nichts mehr. Es gibt jetzt zwei Möglichkeiten für Herrn Zimmermann. Die eine ist die, auf der Basis eines Bundesgesetzes eine Gebührenordnung einzuführen, eine Abgabenverordnung nach dem Verursacherprinzip: Wer Dreck macht, bezahlt dafür sofort.

Die andere Möglichkeit ist die, diese Maßnahmen aus der Kompetenz des Bundes herauszulösen und voll in die Hand der Länder zu geben,

(Abg. G a s s d o r f [CDU]: Wo sie ist in diesem Fall!)

wo sie im Augenblick ja auch ist.

Der Auffassung, daß dieser Weg der richtige sei, ist nicht nur der Vorgänger von Herrn Zimmermann, Herr Baum, ist nicht nur Graf Lambsdorff, sondern dieser Auffassung sind vor allem die Bundesländer, die am Rhein diesen Dienst aufrechterhalten. Sie haben nämlich im März letzten Jahres beschlossen, die Kompetenz des Bundes nicht mehr in Anspruch zu nehmen, sondern den Anteil, den der Bund bisher finanziert hat, aus eigener Kraft, aus der Kraft der Länder, aufzubringen mit dem Ziel, diesen Nulltarif in der Entsorgung beibehalten zu können.

(D) Ich darf noch einmal zitieren aus dem Schreiben dieses Verbandes. Das ist jetzt ein ganz wichtiger Punkt:

„Jedes Beitragssystem“ — Herr Gassdorf, und das ist wirklich der Punkt — „ist speziell im Fall der Bilgenentölung umweltpolitisch unververtretbar. Es würde die effektivste und zugleich kostengünstigste Umweltschutzmaßnahme der Schifffahrt auf dem Gebiet des Gewässerschutzes aushöhlen, mithin zu nicht wiedergutzumachenden Gewässerschäden führen und zudem unüberwindbare Schwierigkeiten bei der Abwicklung und unüberschaubare Mehraufwendungen bei der Durchführung der Bilgenentölung sowie bei der Beseitigung von Gewässerverschmutzungen nach sich ziehen.“

(Zuruf)

Ich habe noch fünf Minuten bis 18 Uhr! Vielleicht kann ich die noch ausnutzen!

Ich hatte darauf hingewiesen, daß in Kenntnis der Undurchsetzbarkeit und Unzweckmäßigkeit solcher gesetzlicher Regelungen die Länder am Rhein schon eigene Maßnahmen getroffen haben, und ich muß leider feststellen, Herr Gassdorf, daß Sie gegenüber der augenblicklichen Haltung Ihres Innenministers Zimmermann schon vorgeprescht sind. Sie haben genau den entgegengesetzten Standpunkt markiert.

(A) Sie gehen eigentlich davon aus, in Ihrem Zusatzantrag wird es deutlich — —.

(Unruhe — Glocke)

**Präsident Dr. Klink:** Meine Damen und Herren, ich bitte um mehr Aufmerksamkeit für den Redner!

**Abg. Wierk (GRÜNE):** In Ihrem Zusatzantrag wird deutlich, daß das Ziel eine solche umfassende Gebührenordnung ist.

(**Abg. Gassdorf [CDU]:** Nein, Sie haben nicht richtig zugehört, was meine Argumentation ist! Es war nur eine Fristenregelung!)

Als Ziel haben Sie doch sicherlich vor Augen, was Herr Zimmermann auch anstrebt!

(**Abg. Gassdorf [CDU]:** Als Ziel muß diskutiert werden, ob es überhaupt jemals durchgesetzt wird! Ich habe die Frage gestellt!)

Sie meinen, das Ziel ist zu klären, ob es eine praktikable Alternative zum Nulltarif gibt! Das ist die Aufgabe von Herrn Zimmermann im Augenblick. Das ist richtig.

(B) Ich wollte gerade darstellen, Herr Gassdorf, daß Herr Zimmermann im Augenblick auch noch nicht weiß, welcher dieser beiden Möglichkeiten er nun seine Zustimmung geben soll. Es stellt sich die Frage — ich habe das Schreiben hier, Sie haben es selbst auch —, welcher Lösung die Länder wohl den Vorzug geben werden.

Herr Töpfer, eine Lösung, wie Sie und auch wir als GRÜNE sie gern sehen würden, wie Sie sie in Ihrem Antrag formuliert haben, ein Fortbestehen der Nulltariflösung mit Förderung des Bundes, wird es meines Erachtens nicht geben können. Ich glaube, da kennen wir beide viel zu gut die legendäre Umweltpolitik des Herrn Dr. Zimmermann.

(**Abg. Oeing [CDU]:** Was ist das denn?)

Ich frage mich, wie die SPD sich verhalten wird, wenn sie nun tatsächlich durch diesen Beschluß des Bundes vor die Alternative gestellt wird, entweder den bisherigen Bundesanteil zu übernehmen oder eine Lösung zu praktizieren, wie sie im Augenblick auch bei dem seewärts gehenden Verkehr praktiziert wird, nämlich das Verursacherprinzip. Das ist die Frage, die ich mir stelle.

Wenn Sie Ihren Antrag konsequent fortführen würden, müßten Sie, wenn der Beschluß von Herrn Zimmermann kommt, sagen, Bremen geht mit den Weseranrainern zusammen und macht eine eigene Nulltariflösung. Macht Bremen das?

(**Abg. Töpfer [SPD]:** Zur Zeit machen sie das! — Unruhe — **Abg. Wille [SPD]:** Wir wollen hier auch etwas hören!)

(C) Ich frage mich nur, was geschieht, wenn vom Bund eine Lösung kommt, die auch praktikabel ist, die — —.

(Zurufe — Unruhe — Glocke)

**Präsident Dr. Klink:** Bitte fahren Sie fort, Herr Abgeordneter Wierk!

**Abg. Wierk (GRÜNE):** Wenn Sie der Meinung sind, diese kostenlose Entsorgung auch weiterhin in Bremen unter allen Umständen zu garantieren, auch wenn es an Ihr Eingemachtes geht, dann sind wir völlig d'accord. Wir würden sogar noch weiter gehen und fordern, diesen Nulltarif auch für den seewärtsgehenden Verkehr zu entwickeln.

Wir können deswegen — ich komme zum Schluß — dem Antrag der SPD mit gutem Gewissen zustimmen, wenn er in der Weise zu verstehen ist. — Danke schön!

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Präsident Dr. Klink:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Meine Damen und Herren, ich habe zur Kenntnis genommen, daß die SPD-Fraktion den Änderungswunsch der CDU übernommen hat. Soll ich den letzten Satz noch einmal vorlesen? (D)

(Zurufe: Nein!)

Weitere geschäftsordnungsmäßige Anträge sind nicht gestellt worden.

Bitte, Herr Abgeordneter Wierk!

(**Abg. Wierk [GRÜNE]:** Ich möchte darum bitten, über den Zusatz getrennt abzustimmen!)

Dann lasse ich zunächst über den Antrag der Fraktion der SPD in der alten Fassung abstimmen.

Wer dieser Fassung seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dieser alten Fassung zu.

(Einstimmig)

Jetzt lasse ich über den Zusatz, der von der CDU beantragt wurde, abstimmen.

Wer diesem Zusatz seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD und CDU)

(A) Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen GRÜNE)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, gegen die Stimmen der GRÜNEN bei der Abstimmung über den Zusatz ist der Antrag insgesamt nun angenommen.

Meine Damen und Herren, damit ist Punkt zwölf ebenfalls abgehandelt.

Ich würde Ihnen vorschlagen, meine Damen und Herren, daß — wir waren heute noch nicht sehr fleißig — wir die Tagesordnungspunkte ohne Debatte jetzt aufrufen. Das sind die Tagesordnungspunkte 23, 24, 27, 28 und 29. Morgen früh würden wir mit den Punkten 31 und 21 beginnen.

Können wir geschäftsordnungsmäßig so verfahren?

Wer mit der Umstellung der Tagesordnung einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD und CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, dann ist es so beschlossen.

**Gesetz zur Änderung des Bremischen Gebühren- und Beitragsgesetzes**

Mitteilung des Senats vom 4. Juni 1984

(Drucksache 11/185)

1. Lesung

(B)

Im Nachgang zu seiner Mitteilung gibt der Senat bekannt, daß die Finanzdeputation dem Gesetzentwurf am 8. Juni 1984 zugestimmt hat.

Wir kommen zur ersten Lesung.

Die Beratung ist eröffnet. — Wortmeldungen liegen nicht vor. — Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Gesetz zur Änderung des Bremischen Gebühren- und Beitragsgesetzes in erster Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD und CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

(Abg. Frau Bernbacher [GRÜNE])

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

**Gesetz zur Änderung und Aufhebung vollstreckungsrechtlicher Vorschriften**

Mitteilung des Senats vom 4. Juni 1984

(Drucksache 11/186)

1. Lesung

Im Nachgang zu der genannten Mitteilung gibt der Senat bekannt, daß die Finanzdeputation dem Gesetzentwurf am 8. Juni 1984 zugestimmt hat. (C)

Wir kommen zur ersten Lesung.

Die Beratung ist eröffnet. — Wortmeldungen liegen nicht vor. — Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Gesetz zur Änderung und Aufhebung vollstreckungsrechtlicher Vorschriften in erster Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

(Einstimmig)

**Bericht des Petitionsausschusses Nr. 10 vom 8. Mai 1984**

(Drucksache 11/156)

**Bericht des Petitionsausschusses Nr. 11 vom 21. Mai 1984**

(Drucksache 11/163)

**Bericht des Petitionsausschusses Nr. 12 vom 4. Juni 1984**

(Drucksache 11/180)

(D)

Eine Aussprache ist nicht beantragt worden.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer der Behandlung der Petitionen in der empfohlenen Art zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD und CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

(Abg. Frau Bernbacher [GRÜNE] und Abg. Willers [GRÜNE])

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt entsprechend.

Meine Damen und Herren, damit sind die Punkte, die wir heute abhandeln wollten, erledigt. Wir setzen morgen die Sitzung um 9.45 Uhr fort. Wir beginnen mit dem Punkt 31, setzen die Beratung fort mit dem Punkt 21 und fahren dann in der Reihenfolge der Tagesordnung fort.

Ich wünsche Ihnen allen einen guten Heimweg. Wir sehen uns morgen früh um 9.45 Uhr wieder.

Die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung 18.05 Uhr)

(A)

**Anhang zum Plenarprotokoll****Schreiben des Präsidenten des Senats  
vom 18. Juni 1984**

Betr.: Ermittlungsverfahren wegen Steuerhinterziehung im Zusammenhang mit Spenden für politische Parteien

Bezug: Fragestunde der Sitzung der Bremischen Bürgerschaft (Landtag) am 14. Mai 1984

Sehr geehrter Herr Präsident!

Der Senator für Rechtspflege und Strafvollzug hat in der oben angesprochenen Sitzung der Bremischen Bürgerschaft die vom Senat beschlossene Antwort auf die Frage der Abgeordneten Christa Bernbacher, Mützelburg und Fraktion der GRÜNEN erteilt und dabei erklärt, er werde Zusatzfragen, die sich auf Angaben über die Namen von Spendern und Empfängern bezogen, im Verfahren nach § 30 Abs. 5 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft beantworten.

Mit Rücksicht auf diese Erklärung des Senators für Rechtspflege und Strafvollzug ist die Angelegenheit unter Einbeziehung des Generalstaatsanwalts geprüft worden. Bei dieser Prüfung ist der verfassungsrechtlich begründete Rang des parlamentarischen Fragerechts und der ihm korrespondierenden Pflicht zur Antworterteilung gesehen und durchaus in den Mittelpunkt der Überlegungen gestellt worden.

(B)

Gleichwohl ist der Senat zu dem Ergebnis gelangt, daß er aus Rechtsgründen nicht in der Lage ist, die in den Zusatzfragen angesprochenen Angaben gegenüber der Bremischen Bürgerschaft zu machen. Der Senat sieht sich daran zum einen durch den Grundsatz gehindert, daß das Ermittlungsverfahren bis zu seinem Abschluß ein nichtöffentliches Verfahren ist; ein Grundsatz, der sich aus dem wohlverstandenen Interesse der Beschuldigten, aber nach den Vorschriften der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten als unschuldig geltenden Person ergibt. Des weiteren ist auch der Grundsatz des Steuergeheimnisses zu beachten, der in § 30 der Abgabenordnung seinen gesetzlichen Niederschlag gefunden hat. Auch die Möglichkeit einer Durchbrechung des Steuergeheimnisses nach § 30 Abs. 4 der Abgabenordnung ist im vorliegenden Fall nicht eröffnet, weil die Voraussetzungen dieser Vorschrift nach Auffassung des Senats nicht gegeben sind. Der Senat darf darauf hinweisen, daß diese seine Auffassung auch einer Verwaltungsanweisung des Bundesministers der Finanzen vom 2. Februar 1983 — VIA 7 — S 0130 — 74/82 — veröffentlicht im Deutschen Steuerrecht 1983, S. 198/199 — in Ablichtung beigelegt — zugrundeliegt.

Der Senat läßt in diesem Zusammenhang offen, ob Fälle denkbar sind, in denen es gerechtfertigt oder sogar geboten sein kann, die Namen von beschuldigten Personen schon während eines noch nicht abgeschlossenen Ermittlungsverfahrens in öffentlicher

Sitzung eines Gesetzgebungsorgans zu nennen und weitere Einzelheiten aus dem Verfahren zu erörtern. Dies könnte vielleicht in Betracht kommen, wenn der Name der betroffenen Person in bereits öffentlich geführter Diskussion schon genannt und die betroffene Person auf andere Weise eindeutig und für jeden identifizierbar bezeichnet oder erkennbar gemacht worden ist. So liegt der Fall hier indessen nicht.

(C)

Der Senat darf um Verständnis für die von ihm nicht zuletzt auch aus datenschutzrechtlichen Gründen vertretene Auffassung bitten und zugleich darauf aufmerksam machen, daß der Senator für Rechtspflege und Strafvollzug gegen Ende seiner Ausführungen auch bereits darauf hingewiesen hat, daß eine Namensnennung nur in Betracht käme, „wenn das wohlverstandene Interesse dieser zu benennenden Firmen und Adressaten dabei von untergeordneter Rolle“ sei.

Mit vorzüglicher Hochachtung

gez. Koschnick

Koschnick

Bürgermeister

**Anlage zum Schreiben des Präsidenten des Senats  
vom 18. Juni 1984 betr. Ermittlungsverfahren wegen Steuerhinterziehung im Zusammenhang mit  
Spenden für politische Parteien**

(D)

**Verwaltungsanweisungen****Abgabenordnung**

48. Wahrung des Steuergeheimnisses gegenüber den Parlamenten

Unter Bezugnahme auf das Ergebnis der Erörterungen mit den obersten Finanzbehörden der Länder vertrete ich nach Abstimmung mit den Bundesministern des Innern und der Justiz zu der o. g. Frage folgende Auffassung:

Das Frage- und Interpellationsrecht des Parlaments legt den Mitgliedern der Regierung die verfassungsrechtliche Verpflichtung auf, auf Fragen Rede und Antwort zu stehen und den Abgeordneten die zur Ausübung ihres Mandats erforderlichen Informationen zu verschaffen. Dabei sind Bundesregierung und Landesregierungen nach Art. 20 Abs. 3 GG an Gesetz und Recht gebunden. Zu den gesetzlichen Bestimmungen, die beachtet werden müssen, gehören unter anderem die Vorschriften über das Steuergeheimnis.

Die Voraussetzungen, unter denen eine Durchbrechung des Steuergeheimnisses zulässig ist, sind in der Abgabenordnung abschließend geregelt. Die Tatsache, daß der Empfänger einer Information verpflichtet ist, diese Information vertraulich zu behandeln, oder sich hierzu freiwillig bereit erklärt, ist in der Abgabenordnung nicht als Voraussetzung für eine Durchbrechung des Steuergeheimnisses erwähnt.

- (A) Die zugesicherte vertrauliche Behandlung einer Angelegenheit durch ein Parlament oder seine Ausschüsse rechtfertigt deshalb die Durchbrechung des Steuergeheimnisses nicht.

Im übrigen ist bei der Beantwortung von Anfragen der Parlamente, ihrer Ausschüsse oder einzelner Mitglieder der Parlamente sowie bei der Berichterstattung an die Parlamente folgendes zu beachten:

Erkenntnisse, die dem Steuergeheimnis unterliegen, dürfen mitgeteilt werden, soweit der mitzuteilende Sachverhalt oder die übrigen Umstände des Falles keine Rückschlüsse auf die Identität des Betroffenen zulassen. Rechtsauffassungen der Verwaltung und Entscheidungsprozesse innerhalb der Verwaltung unterliegen als solche dem Dienstgeheimnis, nicht aber in jedem Fall dem Steuergeheimnis. Mitteilungen, die die Identität des Betroffenen direkt oder indirekt preisgeben, sind nur zulässig, wenn einer der in § 30 AO im einzelnen aufgeführten Offenbarungsgründe vorliegt.

Nach § 30 Abs. 4 Nr. 1 AO ist eine Offenbarung steuerlicher Verhältnisse auch dann zulässig, wenn sie der Überprüfung des Besteuerungsverfahrens in Einzelfällen dient. Die Überprüfung des Besteuerungsverfahrens in Einzelfällen obliegt jedoch nicht den Parlamenten. Die Kontrollrechte der Parlamente werden dadurch gewahrt, daß die Rechnungshöfe den Parlamenten zu berichten haben. Eine Bekanntgabe einzelner steuerlicher Verhältnisse ist deshalb auf der Grundlage des § 30 Abs. 4 Nr. 1 AO nur gegenüber den Rechnungshöfen, nicht aber gegenüber Parlamenten möglich.

- (B) Nach § 30 Abs. 4 Nr. 3 AO ist eine Auskunft an Parlamente oder einzelne Abgeordnete zulässig, soweit der Betroffene zustimmt. Von der Zustimmung

des Betroffenen kann in der Regel ausgegangen werden, wenn er sich mit einer Petition an das Parlament wendet oder ein einzelnes Mitglied des Parlaments bittet, sich seines Anliegens anzunehmen. Geschützte steuerliche Verhältnisse Dritter, die ihre Zustimmung nicht erteilt haben, dürfen dabei jedoch nicht mitgeteilt werden.

§ 30 Abs. 4 Nr. 5 AO läßt eine Auskunftserteilung bei zwingendem öffentlichem Interesse zu. Der Begriff des zwingenden öffentlichen Interesses ist in der Abgabenordnung zwar nicht abschließend geregelt, jedoch hat der Gesetzgeber durch die Aufzählung von Regelbeispielen in § 30 Abs. 4 Nr. 5 AO eine Entscheidung für die Auslegung dieses Begriffs getroffen. Ein zwingendes öffentliches Interesse besteht danach an der Verfolgung von Verbrechen und vorsätzlichen schweren Vergehen gegen Leib und Leben oder gegen den Staat und seine Einrichtungen sowie bei schweren Wirtschaftsstraftaten; es ist außerdem gegeben, wenn eine Offenbarung steuerlicher Verhältnisse erforderlich ist zur Richtigstellung in der Öffentlichkeit verbreiteter unwahrer Tatsachen, die geeignet sind, das Vertrauen in die Verwaltung erheblich zu erschüttern. Aus dieser Aufzählung ergibt sich, daß nach dem Willen des Gesetzgebers weder das Informationsinteresse einzelner noch die allgemeinen Kontrollrechte des Parlaments ein zwingendes öffentliches Interesse i. S. des § 30 AO begründen. Unter dem Gesichtspunkt des zwingenden öffentlichen Interesses ist deshalb eine Bekanntgabe steuerlicher Verhältnisse auch an Parlamente nur zulässig, soweit die Unterrichtung zum Schutz der in § 30 Abs. 4 Nr. 5 AO genannten Rechtsgüter notwendig ist.

Schr. BdF vom 2. Februar 1983, IV A 7 — S 0130 — 74/82

(C)

(D)

